

Wirtschaft und Gesellschaft

AK Bibliothek Wien
für Sozialwissenschaften

17. Jan. 2011

606

Editorial

Europäische Wirtschaftspolitik
nach der Großen Rezession

P. Četković, E. Stockhammer
Finanzialisierung und Investitionsverhalten
von Industrie-Aktiengesellschaften in Österreich

Eckhard Hein, Achim Truger
Krise des finanzdominierten Kapitalismus –
Plädoyer für einen keynesianischen *New Deal*

Joachim Becker
Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken
in Osteuropa

Artur Streimelweger
Wohnbauförderung in Österreich –
eine Bestandsaufnahme

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

36. Jahrgang (2010), Heft 4

Inhalt

Editorial

Europäische Wirtschaftspolitik nach der Großen Rezession 443

Predrag Ćetković, Engelbert Stockhammer

Finanzialisierung und Investitionsverhalten von Industrie-
Aktiengesellschaften in Österreich 453

Eckhard Hein, Achim Truger

Krise des finanzdominierten Kapitalismus – Plädoyer für einen
keynesianischen *New Deal* für Europa und die Weltwirtschaft 481

Joachim Becker

Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa 519

Artur Streimelweger

Wohnbauförderung in Österreich – eine Bestandsaufnahme 543

Kommentare

Felix Butschek

Gedämpfte Dramatik 563

Kurt W. Rothschild

Small Is Beautiful. Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich (Fritz)
Schumacher 569

Bücher

Joachim Becker, Andrea Grisold, Getraude Mikl-Horke, Reinhard Pirker,
Hermann Rauchenschwandtner, Oliver Schwank, Elisabeth Springler,
Engelbert Stockhammer (Hrsg.), Heterodoxe Ökonomie
(Johannes Jäger) 577

Wiebke Störmann, Regionalökonomik. Theorie und Politik

(Christian Reiner) 581

Vittorio Magnago Lampugnani. Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen,

Entwürfe, Gebautes (Josef Schmee) 588

Martin Kronauer, Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, 2. Auflage (Ursula Filipič)	594
Bernhard Achitz, Wolfgang Maßl (Hrsg.), Zeitenblicke. Sozialpolitik im Wandel (Hannes Schneller).....	598
Manfred Prisching, Das Selbst. Die Maske. Der Bluff. Über die Inszenierung der eigenen Person (Reinhard Blomert).....	600
Nepomuk Gasteiger, Der Konsument. Verbraucherbilder in Werbung, Konsumkritik und Verbraucherschutz 1945-1989 (Karl Kollmann).....	605
Wolfgang König, Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse (Felix Butschek)	607
Wolfdieter Bihl, Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten (Michael Mesch)	611
Jahresregister 2010	613
Kurt W. Rothschild 1914-2010	617

Unsere AutorInnen:

Joachim Becker ist a. o. Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien.

Felix Butschek war vor seiner Pensionierung Dozent für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien und stellvertretender Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) in Wien.

Predrag Ćetković ist Dissertant an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Eckhard Hein ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Kurt W. Rothschild (1914-2010) war emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler-Universität Linz.

Engelbert Stockhammer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Faculty of Arts and Social Sciences der Kingston University in London.

Artur Streimelweger ist wohnwirtschaftlicher Referent im Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV) in Wien.

Achim Truger ist wissenschaftlicher Referent für Finanz- und Steuerpolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Editorial

Europäische Wirtschaftspolitik nach der Großen Rezession

I.

Schon vor der tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit verstärkten sich die Anzeichen, dass sich sowohl global als auch innerhalb von Wirtschaftsblöcken sowie einzelnen Volkswirtschaften Polarisierungsprozesse vollzogen, dass also Ungleichgewichte aller Art im Zunehmen waren. Global war ebenso ein Auseinanderdriften von Arm und Reich zu beobachten, wie auf nationaler Ebene in den sogenannten hoch entwickelten Industrieländern eine Polarisierung auf den Arbeitsmärkten sowie von Einkommen und Vermögen erfolgte.

In der Europäischen Union wird zwar das „Europäische Sozialmodell“ gepredigt, welches durchaus gewisse Elemente der Solidarität und des Ausgleiches zwischen einzelnen Individuen und Gruppen enthält. Die auf einem weitgehend neoliberalen Weltbild basierende Politik lässt allerdings in der Praxis ArbeitnehmerInnen und sozial Schwächere wenig davon spüren. Dagegen ist es erklärtes Ziel der Europäischen Union, Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen, was insbesondere in einer Währungsunion äußerst sinnvoll ist. Dafür existieren eine ganze Reihe von Politiken und Instrumenten, von den Maastricht-Kriterien und dem Stabilitätspakt bis zu den Strukturfonds. Tatsächlich ist es in den ersten zehn Jahren der Gemeinschaftswährung gelungen, eine gewisse Konvergenz im monetären Bereich, wie etwa bei Inflationsraten und Zinssätzen, herzustellen.

Allerdings akkumulierten sich im Hintergrund schleichend Ungleichgewichte, insbesondere in den Zahlungsbilanzen und in den öffentlichen Haushalten, welche im Zuge der jüngsten Krise dramatische Dimensionen annahmen und drohten, die Währungsunion zu sprengen.

II.

Zu Beginn dieses Jahrzehnts ließ sich generell in der EU ein restriktiver Kurs der Finanzpolitik konstatieren. In der damaligen Krise fiel die Neuverschuldung wesentlich geringer aus als in der Krise zu Beginn der Neunzigerjahre. Doch hat beispielsweise Griechenland schon im gesamten Lauf des Jahrzehnts Haushaltsdefizite von 5 und mehr Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also weit jenseits der Limits des

Stabilitäts- und Wachstumspaktes, eingefahren. Griechenland war diesbezüglich damit tatsächlich ein Sonderfall, der noch dazu von den Ratingagenturen substanziell verschärft wurde, da diese mit ihrer Herabstufung der Bonität zum Wetten auf den Staatsbankrott einluden. Dadurch wurden die Zinsen für Staatsanleihen in Höhen getrieben, welche nicht mehr alleine durch die Haushaltslage erklärbar waren, und somit die öffentlichen Finanzen weiter belastet. Dass Griechenland jahrelang im Laufe der Defizitüberwachungsverfahren geschönte Zahlen gemeldet hatte, führte zu einem massiven Vertrauensverlust, von dem schlagartig auch andere Länder mit extrem hohen Staatsdefiziten oder Schuldenständen betroffen waren. Nicht nur die Unterschiede bei der Entstehung der Defizite gerieten dadurch aus dem Blickfeld, sondern auch jene hinsichtlich der Fähigkeit der einzelnen Länder, ihre Krise zu bewältigen.

Bei den übrigen Problemländern der Eurozone verlief die Entwicklung der öffentlichen Haushalte nicht so kontinuierlich wie im Falle Griechenlands. Irland verzeichnete von 2003 bis 2007 Haushaltsüberschüsse, Spanien von 2005 bis 2007, und erst im Jahr 2009 wiesen beide Länder wie Griechenland zweistellige Neuverschuldungsquoten auf. Portugal konnte in den Jahren vor der Krise sein Haushaltsdefizit von 5,9 Prozent des BIP (2005) auf 3,8 Prozent (2007) zurückschrauben – 2009 wurde beinahe die 10-Prozent-Schwelle erreicht. Und auch Italien verringerte vor der Krise die Neuverschuldungsquote von 4,4 (2005) auf 1,5 Prozent des BIP (2007).

Die aktuelle OECD-Prognose geht davon aus, dass es Griechenland gelingt, bis 2012 die Neuverschuldungsquote zu halbieren, obwohl der extrem restriktive Sparkurs das BIP noch bis 2011 schrumpfen lässt, was wiederum negativ auf die öffentlichen Finanzen wirkt. Spanien und Portugal sollte es gelingen, zumindest in die Nähe der Höchstgrenze des Stabilitätspaktes zu kommen. Die Entwicklung in Irland ist zur Zeit der Abfassung dieses Editorials noch höchstgradig unsicher, die OECD meldet für 2010 einen dramatischen Anstieg der Neuverschuldung auf etwa ein Drittel des BIP, primär bedingt durch die Rettung der irischen Banken.

III.

In Bezug auf den Aufbau der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen bzw. der Diskrepanzen in der Lohnstückkostenentwicklung zeigen sich mehr Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Ländern als bei den Budgetdefiziten. Die Leistungsbilanzungleichgewichte nahmen seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (1999) nahezu kontinuierlich zu und führten zu nachhaltigen Strukturproblemen innerhalb

der Währungsunion, und dies vor dem Hintergrund der trotz einheitlicher Geldpolitik wachsenden Ungleichgewichte bei Lohnstückkosten und Preisen.

In einer Gruppe von Ländern („Überschussländer“) wurde eine vorrangig auf Kostensenkung zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit abgestellte Strategie gefahren. Eine solche *beggar-thy-neighbour*-Strategie der realen Abwertung durch extreme Lohnkostendämpfung geht mit niedrigen Preissteigerungen und einer schwachen Binnennachfrage einher.

Eine andere Gruppe von Ländern („Defizitländer“) verlor ständig an Wettbewerbsfähigkeit, vor allem durch eine schwächere Produktivitätsentwicklung. Die Lohnstückkosten und Preise stiegen seit Einführung der Währungsunion deutlich rascher als in Deutschland, aber auch stärker als in anderen Überschussländern. Das drückte die Exporte, während es die Binnennachfrage antrieb. Die höhere Inflation verbesserte über niedrigere Realzinsen die Finanzierungsbedingungen, regte Konsum und Investitionen (vor allem im Bausektor in Irland und Spanien) an, begünstigte die Bildung von Blasen wie am Immobilienmarkt und alimentierte somit das Auflaufen von Inlands- und Auslandsverschuldung. Diese Ländergruppe kam nach dem Platzen der Immobilienblase, durch die globale Krise der Finanz- und der Realwirtschaft, unter besonderen Druck, was zur Notwendigkeit umfassender Sparprogramme führte. Diese dämpfen wiederum die Binnennachfrage, und da auch die schwache Wettbewerbsfähigkeit kaum große Exportsteigerungen erwarten lässt, zeichnet sich für diese Länder eine längere Stagnationsphase ab.

Beispielhaft für die Überschussländer sei die Entwicklung in Deutschland, den Niederlanden und Österreich skizziert. In Österreich war die Leistungsbilanz zu Beginn des Jahrzehnts leicht im Minus, in Deutschland ausgeglichen und in den Niederlanden mit etwa 2,5 Prozent des BIP noch in vertretbarem Rahmen. Doch ab 2003 schlug die unterschiedliche Zunahme der Lohnstückkosten voll durch, die Leistungsbilanzüberschüsse explodierten bis zu Werten von 7,7 Prozent (Deutschland 2007) und 9,3 Prozent (Niederlande 2006) des BIP. Auch in Österreich stieg das Plus auf 3,5 Prozent des BIP (2007).

Spiegelverkehrt verlief die Entwicklung in Ländern wie Griechenland, wo sich das Defizit von rund 7 Prozent des BIP zu Beginn des Jahrzehnts auf fast 15 Prozent (2008) mehr als verdoppelte. Auch Spanien, wo das Defizit im selben Zeitraum von knapp 4 auf 10 Prozent anstieg, erlitt ein ähnliches Schicksal. Italien könnte als Spiegelbild Österreichs gelten, da sich die zu Beginn des Jahrzehnts praktisch ausgeglichene Leistungsbilanz in ein Defizit von 3,6 Prozent des BIP (2008) verwandelte.

Zumindest zum Teil sorgte die Krise für eine erwünschte Korrektur dieser Auseinanderentwicklung, wenn auch eine Rezession höchstens von extremen Zynikern als erwünschtes Instrument für eine solche Kurskorrektur angesehen werden kann. In den drei angeführten Überschussländern wurden im Laufe der Krise die Überschüsse infolge der internationalen Nachfrageschwäche auf 4,9 Prozent (Deutschland 2009), 4,3 Prozent (Niederlande 2008) und 2,6 Prozent (Österreich 2010) reduziert.

Laut OECD-Prognose werden die drei Defizitländer kontinuierlich zum Abbau der Ungleichgewichte beitragen. Die Leistungsbilanzdefizite in Griechenland/Spanien/Italien sollen bis 2012 auf 5,9/4,9/2,3 Prozent des BIP zurückgehen. Daraus zu schließen, dass die Krise somit nachhaltig zu einer Korrektur der Ungleichgewichte beigetragen hat, wäre allerdings voreilig. Denn die Überschussländer, die in der Krise einen vorübergehenden Einbruch der Exportnachfrage erlitten hatten, scheinen die Notwendigkeit des Abbaus der Diskrepanzen nicht erkannt zu haben und fahren bereits wieder voll dieselbe (Export-)Strategie, die wesentlich zu den Problemen beitrug, unter denen Europa derzeit leidet. Denn die OECD sagt bis 2012 für Deutschland einen erneuten Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses auf 7 Prozent und damit fast auf den Rekordwert von 2007 voraus, für die Niederlande eine Steigerung auf 6,7 Prozent des BIP und für Österreich immerhin auf 3,8 Prozent.

Dass es in der Währungsunion zu divergenten Entwicklungen kommen kann, die sich zu schwerwiegenden Ungleichgewichten entwickeln, war das Hauptargument der – v. a. englischen und amerikanischen – Skeptiker. Argumentiert wurde meist mit sog. „asymmetrischen Schocks“, asymmetrisch im Sinne von unterschiedlichen Produktionsstrukturen oder unterschiedlichen Institutionenstrukturen zur Verarbeitung der Schocks (z. B. Ölpreissprung). Dieser Aspekt erschien bei näherer Betrachtung allerdings kaum relevant und hat auch, so wie er gemeint war, bisher keine Bedeutung erlangt.

Die Ungleichgewichte, die sich im ersten Jahrzehnt des Bestandes der Währungsunion aufgebaut haben, entstanden nicht schockartig, sondern allmählich durch ein Auseinanderdriften der Lohnstückkostenveränderungsraten. Dies Auseinanderdriften scheint kaum auf „exzessive“ Lohnerhöhungen in den Ländern mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten zurückzuführen zu sein – die Reallohnzuwächse waren auch dort bescheiden bis nicht vorhanden (Italien). Die Divergenzen gehen viel stärker auf eine deutlich stärkere Zunahme der Produktivität in Deutschland, Österreich etc. zurück, hinter welcher die Reallöhne zurückgeblieben sind. Auf diese schon 2008 beträchtlich angewachsenen Ungleichgewichte wurde vielfach hingewiesen, ebenso wie auf die

Unvermeidlichkeit einer Korrektur. Aber niemand dachte daran, dass die große Krise im Bereich der Staatsfinanzierung der Defizitländer ausbrechen würde. Der Zusammenhang zwischen Budget- und Leistungsbilanzdefizit ist a priori bei Weitem nicht immer so eindeutig wie im Fall Griechenlands.

IV.

Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zur wirtschaftspolitischen Steuerung und makroökonomischen Überwachung beziehen sich nun nicht mehr einseitig auf die Budgetdefizite, sondern versuchen, beide Ungleichgewichte in ihrem Zusammenhang ins Visier zu nehmen. Am 30. Juni 2010 hat die Kommission ihre Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung der EU vorgestellt. Kernstück dabei ist eine verstärkte Überwachung sowohl der Budgetpolitik wie auch der Makroökonomie und der Strukturreformen. Es wird dabei ein Stufenverfahren angestrebt. Die Verschärfungen gelten unmittelbar für die Euroländer, die anderen EU-Staaten sollen in einem zweiten Schritt dazu stoßen. Großbritannien hat von vornherein festgestellt, dass es an diesem Koordinierungsprozess in keiner Form teilnehmen möchte.

Die Kommission teilt dabei ihre Vorstellungen in drei Reformblöcke:

Mit der Einführung des „Europäischen Semesters“ wird darauf abgezielt, die wirtschaftspolitischen Überwachungsverfahren der Europäischen Union zeitlich besser mit den nationalen Budgetverfahren zu verzahnen. In Hinkunft übermitteln die Mitgliedstaaten ihre Stabilitäts- und Konvergenzprogramme gleichzeitig mit ihren nationalen Reformprogrammen in der ersten Hälfte eines Jahres. An die daran anknüpfenden Empfehlungen der Kommission sollen sich die Nationalstaaten bei der Ausarbeitung ihrer Detailbudgets für das kommende Jahr halten. Um dies sicherzustellen, hat die Kommission automatische Sanktionsverfahren beim Verletzen der budgetpolitischen Vorgaben vorgeschlagen. Nur wenn eine Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen stimmt, könnte ein Verfahren aufgehalten werden (sog. „*reverse majority rule*“). Zudem möchte die Kommission auch viel striktere Regeln beim sogenannten „präventiven“ Arm des Stabilitätspaktes. Die Nationalstaaten sollen auch unter Kuratel gestellt werden. Strafen drohen, wenn die Länder eine hohe Verschuldung oder ausgesprochene Risiken bei der Entwicklung der Schuldenstandsquote aufweisen, selbst wenn ihre Defizite unter der 3%-Maastricht-Grenze liegen.

Um die abschreckende Wirkung zu erhöhen, hat sich die Kommission eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen überlegt, die auch schon beim präventiven Arm zum Tragen kommen können. Dies gilt aber vorerst nur für die Euroländer. Als Faustpfand sieht die Kommission verzinste

Einlagen vor, die die Mitgliedstaaten hinterlegen müssen und die dann in Strafzahlungen umgewandelt werden können; alternativ, dass Teile des EU-Haushalts wie Agrar- oder Strukturfondsgelder bei Nichteinhalten der Regeln nicht ausbezahlt werden.

Es ist allerdings höchst fraglich, ob solche weit reichenden Maßnahmen ohne Primärrechtsänderungen möglich sind – sicherlich nur bei einer sehr lockeren Rechtsauslegung. Deutschland, das befürchtet, dass dies vor dem Höchstgericht in Karlsruhe nicht Bestand haben wird, setzt sich deshalb für eine Vertragsänderung ein. Da diese aber sehr aufwändig und mit hohen Risiken behaftet wäre, weil alle nationalen Parlamente diese ratifizieren müssten, möchte die überwiegende Mehrheit der Staaten, so auch Österreich, diesen Prozess vermeiden. Deutschland wollte anfänglich sogar einen Stimmrechtsentzug einzelner Mitgliedstaaten als Sanktionsmaßnahme, wofür jedenfalls eine Vertragsänderung notwendig wäre.

Als zweiten Maßnahmenblock schlägt die Kommission eine über die Haushaltsüberwachung hinausgehende Kontrolle vor, um makroökonomische Ungleichgewichte unter den Mitgliedstaaten, die den Zusammenhalt der EU und insbesondere des Euroraums schwächen, anzugehen. Dabei soll ein Indikatorenset einen Früherkennungsmechanismus bilden und bei entsprechenden Ungleichgewichten genauso strengen Sanktionsmechanismen unterworfen werden wie in der Budgetpolitik. Dabei ist völlig unklar, wie außenwirtschaftliche Ungleichgewichte tatsächlich gemessen und bewertet werden können. Die Diskussion über die Indikatoren ist noch nicht abgeschlossen. Zentrale Bedeutung wird neben dem Leistungsbilanzsaldo den Lohnstückkosten zukommen, wobei allerdings keineswegs a priori selbstverständlich ist, wie bestimmte Entwicklungen zu beurteilen sind. Auf keinen Fall sollte gelten: je niedriger die Lohnstückkosten, desto besser. Der Weg in die Deflation wäre damit vorprogrammiert.

Der dritte Reformblock umfasst eine EU-weite Überwachung von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten, auf Basis der im Juni 2010 beschlossenen EU-2020-Ziele. Engpässe sollen identifiziert und nationale Zielsetzungen in den nationalen Reformprogrammen festgelegt werden, um diese zu beseitigen. Die Kommission überwacht die Reformprogramme und gibt Empfehlungen ab oder spricht Warnungen aus.

V.

Die Vorschläge der Kommission sind allesamt weiterhin von ihrem einseitigen angebotsorientierten Tunnelblick geprägt. Der angedachte Sparautomatismus führt zu einer Verkleinerung des Sozialstaates und

kann auch zu Lohndruck führen. Gegen die von der Kommission vorgeschlagenen Automatismen und damit Entmachtung haben sich die Mitgliedstaaten bereits ausgesprochen. Der Europäische Rat hat unter der Leitung des Ratspräsidenten Van Rompuy eine Arbeitsgruppe zum gleichen Thema eingerichtet. Im Abschlussbericht, den der Europäische Rat am 28./29. 10. 2010 mittlerweile beschloss, wurde festgelegt, dass die Entscheidung über die Einleitung von Defizitverfahren und die Sanktionen weiterhin bei den Mitgliedstaaten bleiben wird.

Die meisten der aufgeregten Forderungen nach Verstärkung des Stabilitätspaktes reflektieren die bisherigen Versäumnisse und Mängel nicht oder zielen ins Leere. Zwar muss zu allererst der Prozess der Überwachung effektiver gestaltet werden. Während 2001 in dem aus heutiger Sicht unberechtigten Fall Deutschland Sanktionen beantragt wurden, sah man im Fall Griechenlands der Entwicklung tatenlos zu. Durch eine Ausschöpfung der bestehenden Möglichkeiten hätte sich die krisenhafte Verschärfung der Schuldenproblematik wahrscheinlich nicht in dieser Dramatik ergeben. In den Fällen Spaniens und Irlands hätte auch eine stärkere Heranziehung des Schuldenquotenkriteriums nichts bewirkt. Worin der Sinn liegen soll, die große Mehrzahl der Mitgliedsländer über viele Jahre mit einem Verfahren wegen Überschreitung der Schuldenstandsquote zu traktieren, weiß die Kommission allein.

Die bisherigen Erfahrungen gerade mit dem Stabilitätspakt zeigen, dass die Konstruktion sinnvoller Regeln nur nach ideologischen Prinzipien nicht möglich ist, gleichzeitig die Konstruktion sinnvoller und praktikabler Automatismen ein Ausmaß an Antizipation künftiger Problemsituationen erfordert, für das weder die Erfahrung und schon gar nicht die Theorie eine ausreichende Grundlage bereitstellen kann. Deswegen sollte man sich bei der Erstellung eines neuen Regelwerks vor anlassbedingten Schnellschüssen in Acht nehmen. Es ist daher kein Nachteil, wenn in der Sache bisher wenig entschieden wurde.

Die Kommission und der Ecofin-Rat arbeiten jetzt daran, die Beschlüsse in Gesetzesvorhaben zu gießen. Im Jahr 2011 sollen dann alle Mitgliedstaaten diese Reform absegnen, damit die neue Finanzarchitektur im Jahr 2012 in Kraft treten kann. Dabei sollte aber Qualität wichtiger sein als Geschwindigkeit.

VI.

Es ist als Fortschritt zu werten, wenn in der jüngsten Diskussion über die makroökonomischen Ungleichgewichte die Nachfrageseite manchmal zur Sprache kommt, aber das macht die einseitige Ausrichtung bei Weitem nicht wett. Die ökonomische Überwachungsarchitektur nach

den Plänen der Kommission gleicht dem Turm von Pisa, windschief, weil sie auf einem einseitigen und damit nach wie vor unsicheren Fundament gebaut ist. Für eine nachhaltige Verbesserung der mittel- und langfristigen Wirtschaftsentwicklung in Europa bedarf es grundsätzlich einer ausgewogenen Entwicklung auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite, unterstützt durch eine expansive makroökonomische Politik, statt der einseitigen Betonung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Kostenbegrenzung.

Daraus ergibt sich als wichtigste Konsequenz, dass die Einkommen in Zukunft wieder stärker der Produktivitätsentwicklung folgen müssen. Es ist ein erstes Anzeichen für ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik, wenn der deutsche Wirtschaftsminister und sogar ein führender Unternehmensvertreter in Deutschland in letzter Zeit einige Aussagen in dieser Richtung gemacht haben. Für eine Neuorientierung der europäischen Wirtschaftspolitik muss der *circulus vitiosus* von Lohnstagnation, schwächelnder Binnennachfrage und Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums hinter dem langfristigen Potenzial durchbrochen werden durch Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Da die Lohnquote keine unmittelbare, von den zentralen Entscheidungsinstanzen gestaltbare Politikvariable ist, kann dies nur das Ergebnis einer kombinierten Strategie sein. Auf der Ebene der makroökonomischen Politik würde ein stärker expansiver Politikmix eine Annäherung der kollektivvertraglichen Lohnabschlüsse an den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs erleichtern. In dieselbe Richtung würde auch das Ausbleiben von Mahnungen zur Lohnmäßigung wirken in Situationen, wo die Gewerkschaften schon um die bloße Inflationsabgeltung kämpfen müssen. Eine Aufwertung des Makroökonomischen Dialoges zumindest im Sinne eines offenen Austausches zwischen den Trägern der Geld-, Haushalts- und Lohnpolitik über deren Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und Notwendigkeiten könnte dazu einen Beitrag leisten. Wichtig wäre nicht zuletzt auch die Unterlassung von Maßnahmen zur weiteren Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, die zur Unterlaufung kollektivvertraglicher Lohnfestsetzung führen.

Der Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte kann nur in einem allmählichen Prozess erfolgen, zu dem die Überschussländer durch Realloohnerhöhungen, die dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs entsprechen, ebenso beitragen müssen wie die Defizitländer durch eine Lohnmoderation, die aber nicht zu Reallohnsenkungen führt. Unter den divergierenden wirtschaftspolitischen Richtungen gibt es so etwas wie einen Minimalkonsens, dem zufolge Deflation zu vermeiden ist. Auf dieser Grundlage sollten die EU-Kommission und die anderen EU-Instanzen anerkennen, dass die Beseitigung der Leis-

tungsbilanzungleichgewichte nicht dadurch angestrebt werden darf, dass den Gewerkschaften in den Defizitländern Lohnsenkungen oktroyiert werden. Denn wenn wiederum die vor der Krise angewendete Rezeptur von Kosten- und Lohnsenkung angewendet wird und zu einer *beggar-thy-neighbour*-Politik eines realen Abwertungswettlaufes führt, wird erneut die Grundlage für Entwicklungen gelegt, welche die Währungsunion zur Zeit an die Grenzen ihrer Strapazfähigkeit treiben.

Schriftenreihe der Arbeiterkammer Wien

■ sozialpolitik in diskussion ■ sozialpolitik in diskussion

Die Schriftenreihe „Sozialpolitik in Diskussion“ wurde im Jahr 2006 von der Abteilung Sozialpolitik sowie dem Bereich Soziales der Arbeiterkammer Wien ins Leben gerufen, und verfolgt im Wesentlichen die Zielsetzung, als Informations- und Diskussionsplattform in Sachen Sozialpolitik zu fungieren.

Bisher sind folgende Bände erschienen:

- Band 1: Ulrich Schönbauer, Ältere im Betrieb (02/2006)
- Band 2: Ursula Filipič (Hg.), Neoliberalismus und Globalisierung (09/2006)
- Band 3: Ursula Filipič (Hg.), Arbeitsmarktpolitik in Europa (03/2007)
- Band 4: Kai Biehl und Norbert Templ (Hg.), Europa altert – na und? (08/2007)
- Band 5: Helmut Ivansits und Ursula Filipič (Hg.), Privatisierung von Gesundheit – Blick über die Grenzen (11/2007)
- Band 6: Ursula Filipič (Hg.), Soziale Gerechtigkeit versus Eigenverantwortung?
Zur Neujustierung des Sozialstaates (12/2007)
- Band 7: Josef Wallner (Hg.), Gestaltung und Finanzierung von Arbeitsmarktpolitik: Ein internationaler Vergleich (1/2008)
- Band 8: Erik Türk (Hg.), Invalidität: Aktuelle Debatten – Lösungsvorschläge (8/2008)
- Band 9: Gerhard Stemberger (Hg.), Psychotherapie zwischen gesellschaftlicher Anpassung und Emanzipation (4/2009)
- Band 10: Alexander Schneider, Zu alt für Weiterbildung? Determinanten der Weiterbildung älterer Erwerbspersonen (8/2009)
- Band 11: Elisabeth Beer und Ursula Filipič (Hg.), Sozialstaaten unter Druck: Wohlfahrtsstaatliche Veränderungen in Mittelost-europa – Rückwirkungen auf Österreich? (8/2010)

Die einzelnen Bände der Schriftenreihen können bei der AK Wien bestellt werden (01 – 501 65 401), sie stehen aber auch als Download zur Verfügung <http://wien.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=2843>

Finanzialisierung und Investitionsverhalten von Industrie-Aktiengesellschaften in Österreich

Predrag Ćetković, Engelbert Stockhammer

1. Einleitung

Der Begriff Finanzialisierung beschreibt die gestiegene Bedeutung der Finanzmärkte seit den 1980er-Jahren. Er umfasst Phänomene wie die Deregulierung der Finanzmärkte und die Liberalisierung der internationalen Kapitalströme, zunehmende Instabilität auf Finanzmärkten und häufige Finanzkrisen, die Zunahme der Haushaltsverschuldung, die gestiegenen Finanzinvestitionen bzw. die gestiegenen Einkommen aus solchen Investitionen, den gestiegenen Einfluss institutioneller Investoren und auch strukturelle Veränderungen im Finanzsektor.¹ Der Begriff wird auch verwendet, um die zunehmende *Shareholder Value*-Orientierung von Unternehmen des Nicht-Finanzsektors auszudrücken. Darunter wird verstanden, dass die Nicht-Finanzunternehmen sich zunehmend am Ziel der (kurzfristigen) Profitmaximierung und steigender Aktienkurse orientieren und einen wachsenden Anteil der Profite als Dividenden ausschütten.

Dieser Artikel untersucht die Effekte der Finanzialisierung auf das Investitionsverhalten österreichischer Aktiengesellschaften der Sachgütererzeugung.² Er baut dabei auf verschiedene Beiträge der postkeynesianischen Theorie auf.³ Diese zeigt zwei Kanäle, durch die die Finanzialisierung negative Effekte auf die Investitionstätigkeit von Industrieunternehmen hat. Erstens kann die steigende Aktivität von Industrieunternehmen auf Finanzmärkten mit einer Veränderung von Managementprioritäten einhergehen; zweitens stehen durch die steigende Dividendenausschüttung weniger Mittel für Investitionen zur Verfügung. Beide Hypothesen werden ökonometrisch anhand der Statistik der Aktiengesellschaften der Statistik Austria im Rahmen einer Panel-Daten-Analyse für den Zeitraum 1996-2006 überprüft.

Die Untersuchung betritt damit in mehrfacher Hinsicht Neuland. Die Diskussion um die Finanzialisierung hat sich vor allem mit den Entwicklungen in den USA und in Großbritannien beschäftigt.⁴ Für Kontinentaleuropa liegen vergleichsweise wenige Arbeiten vor. Diese deuten vor allem für

Frankreich auf eine rasante Finanzialisierung hin, und auch für Deutschland gibt es in einigen Bereichen Anzeichen.⁵

Österreich wird traditionell dem bankorientierten Finanzsystem zugeordnet, in dem Finanzmärkte (im Vergleich zu den marktorientierten Finanzsystemen der angelsächsischen Länder) eine geringe Bedeutung für Investitionsfinanzierung und in der *corporate governance* hatten.⁶ Darüber hinaus waren große Teile des Finanzsektors bis in die 1980er-Jahre staatlich kontrolliert oder nicht (im angelsächsischen Sinn) profitorientiert (z. B. Raiffeisen). Private Pensionsvorsorge war weitgehend unbekannt, und es gab wenige Superreiche, deren Gelder Anlage suchten. Daher spielten institutionelle Anleger kaum eine Rolle. Deshalb ist, zumindest auf den ersten Blick, auch nicht zu erwarten, dass die Finanzialisierung in Österreich starke Effekte hat. Es haben sich jedoch in den letzten Jahren auch im österreichischen Finanzsektor strukturelle Veränderungen ergeben.⁷ Während die österreichischen Banken früher auch gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgt haben, führten sie in den letzten Jahren vor allem einen gewinnorientierten Kurs, der nicht zuletzt zu einer Expansion nach Osteuropa führte. Aber auch die Aktivitäten von internationalen institutionellen Investoren in Österreich haben in den letzten Jahren zugenommen. Im Jahr 2003 betrug deren Anteil an den Börsenumsätzen in Wien weniger als ein Viertel. Bis zum Jahr 2007 ist dieser Anteil jedoch auf rund 64% angestiegen.⁸ Österreich ist somit ebenfalls von der Finanzialisierung betroffen, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Ländern später erfolgte.

Der Artikel gliedert sich wie folgt. Zunächst sollen die theoretischen Hypothesen zu den Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionen der Nicht-Finanzunternehmen vorgestellt werden.⁹ Danach erfolgt ein Überblick über die entsprechende empirische Literatur. Gefolgt wird dies von einer kurzen Erläuterung der verwendeten Daten sowie der Regressions-Spezifikation. Danach werden einige Finanzialisierungsindikatoren für die Aktiengesellschaften vorgestellt. Die ökonometrische Untersuchung schließt hier an und wird dann gefolgt von der Berechnung der ökonomischen Auswirkungen. Am Ende werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und Schlussfolgerungen gezogen.

2. Finanzialisierung und das Investitionsverhalten von Nicht-Finanzunternehmen

Während der Begriff der Finanzialisierung in der Literatur eine breite Palette von Phänomenen umfasst, wird er in diesem Artikel in einem engen Sinne verwendet, d. h. nur soweit als die Finanzialisierung zu Veränderungen im Investitionsverhalten von Unternehmen des Nicht-Finanzsektors führt. Im Folgenden wird, basierend auf der postkeynesianischen Theorie, eine analytische Sichtweise der Finanzialisierung vorgestellt. Die Darstel-

lung ist dabei stark stilisiert und bezieht sich häufig auf die Erfahrungen der angelsächsischen Länder. Untersuchungen zur *Shareholder Value*-Orientierung in Österreich stehen noch aus.

Ausgangspunkt für die Analyse der Veränderungen im Investitionsverhalten von Nicht-Finanzunternehmen ist die Trennung von Eigentum und Kontrolle dieser Firmen. Diese geht auf das späte 19. Jahrhundert zurück. Zu dieser Zeit wurde es in vielen Ländern für kleine Familienunternehmen in zunehmendem Ausmaß schwieriger, den erhöhten Kapitalbedarf bereitzustellen, der durch die fortschreitenden technischen Innovationen gefordert wurde. Eine Welle von Fusionen führte dann zu größeren Unternehmen bzw. Kapitalgesellschaften, und die Kontrolle der Firmen wurde in der Folge an bezahlte ManagerInnen delegiert.¹⁰ Das Eigentum an den großen Kapitalgesellschaften wurde dann in Form von Aktien verbriefte, die den EigentümerInnen das Recht einräumten, an den Profiten der Unternehmen teilzuhaben. Das Unternehmens-Management befasste sich somit mit den alltäglichen Entscheidungen, die in einer Firma getroffen werden müssen. Demgegenüber griffen die EigentümerInnen der Firmen nicht regelmäßig in die Unternehmensführung ein, sondern lieferten ihren Beitrag dazu nur im Rahmen von periodischen Generalversammlungen.

Das Management hat eine ambivalente Klassenposition: Einerseits leitet es das Unternehmen, übernimmt also die Kontroll- und Machtfunktionen des Kapitals im Produktionsprozess, andererseits hat es selbst kaum Eigentum an Produktionsmitteln. Wright (1985) spricht daher von einer neuen Mittelklasse. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg unterschieden sich die Ziele des Managements bei großen Kapitalgesellschaften oft von denen der EigentümerInnen. Während sich das Management stark auf das Wachstum der Firma oder auf höhere Marktanteile konzentrierte, waren die Eigentümerinnen und Eigentümer vor allem an hohen Dividenden und der Aktienkursentwicklung interessiert. Darüberhinaus hatten im Sozialpakt der Nachkriegszeit verschiedene *Stakeholder*, vor allem Gewerkschaften, Mitspracherechte, die einer engen Profitorientierung entgegenwirkten. Stockhammer (2004) argumentiert, dass die Wachstumsorientierung, die aus dem relativ autonomen Management und den starken *Stakeholder*-Einfluss resultierte, zu den hohen Wachstumsraten der Realinvestitionen in der Nachkriegszeit beitrugen.

Durch die Deregulierung der Finanzmärkte kam es Anfang der 1980er-Jahre (in den angelsächsischen Ländern) zur *Shareholder Revolution*, die, so die These, auch das Investitionsverhalten der Nicht-Finanzunternehmen spürbar veränderte.¹¹ Die Entwicklung von *junk bonds* erlaubte feindliche Firmenübernahmen. Dadurch entstand ein Markt für Unternehmenskontrolle, der den Austausch missliebigen Managements durch aktivistische Großaktionäre erlaubt. Die Entlohnungsschemata des Managements wurden geändert, um, nicht zuletzt durch Aktienpakete als Teil der

Bezahlung, die Interessen des Managements mit denen der Aktionäre in Einklang zu bringen. *Shareholder Value* als Managementziel wurde durch Unternehmensberatungsfirmen entwickelt. Prinzipiell geht es darum, das Management eines Unternehmens dazu anzuhalten, in erster Linie den Profit als Unternehmensziel zu verfolgen.¹² Dies führt dann oft zu Entlassungen von MitarbeiterInnen, um dadurch die Kosten zu reduzieren und die Profite zu erhöhen.

Im Rahmen dieser *Shareholder Value*-Orientierung der Nicht-Finanzunternehmen verlagert einerseits das Management seinen Anlagefokus von Realinvestitionen weg und tätigt vermehrt Finanzinvestitionen, um über einen kürzeren Zeitraum Profite, und somit einen höheren *Shareholder Value*, generieren zu können. Auf der anderen Seite steigt durch den wachsenden Einfluss der AktionärInnen auch der Druck auf die Unternehmen, ihre Gewinne auszuschütten, wodurch in Folge weniger Mittel für potenzielle Realinvestitionen zur Verfügung stehen.

Es ergeben sich somit zwei Kanäle, durch die die Finanzialisierung einen Einfluss auf die Realinvestitionen von Unternehmen des Nicht-Finanzsektors haben kann. Der erste Kanal besteht in einer Veränderung der Ziele des Unternehmens. Durch die Möglichkeit feindlicher Übernahmen, durch Zurückdrängen anderer Stakeholder, v. a. der Vertreter der ArbeitnehmerInnen, und durch eine Änderung der Bezahlung von ManagerInnen wurden die Unternehmensziele jenen der Aktionäre angeglichen. Damit wurden Produktions- und Beschäftigungswachstum als eigenständige Ziele zurückgedrängt und machten einer genuinen Profit- und Aktienkursorientierung Platz. Dadurch ändert sich der Stellenwert von Finanzinvestitionen im Unternehmen: Waren diese im klassischen Industrieunternehmen instrumentell für die Expansion des Unternehmens im produktiven Bereich, so wurden sie nun eine normale Alternative zu Realinvestitionen. Die vermehrten Finanzinvestitionen von Nicht-Finanzunternehmen sind damit ein Symptom geänderter Unternehmensziele.¹³ In ökonomischen Untersuchungen werden die Einkommen aus Finanzinvestitionen als Indikator verwendet. Die Variable könnte aber auch einen positiven Effekt auf die Realinvestitionen haben: Sind die Kapitalmärkte nicht perfekt und die Unternehmen daher kreditrestringiert, so könnten höhere Profite aus Finanzeinkommen die realen Investitionen erhöhen.

Die zweite Wirkungsweise der Finanzialisierung auf die physischen Investitionen von Unternehmen des Nicht-Finanzsektors ergibt sich durch die Beschränkung der Investitionsfinanzierung aufgrund der zunehmenden Ausschüttung der Profite (und durch steigende Zinszahlungen). Die Firmen können ihre Investitionen durch interne und durch externe Mittel finanzieren. Die externe Finanzierung besteht zumeist aus Bankkrediten. Die Firmen können die externen Mittel aber nicht zu den gleichen Bedingungen aufbringen wie die internen. Die interne Finanzierung in Form von

einbehaltenen Profiten stellt somit einen sehr wichtigen Faktor bei Investitionsentscheidungen dar. Der gestiegene Aktionärs Einfluss verlangt jedoch von den Unternehmen des Nicht-Finanzsektors, dass sie ihre Profite zunehmend ausschütten. Mit der Hochzinspolitik in den 1980er-Jahren war die Finanzialisierung zunächst durch höhere Zinsaufwendungen bemerkbar. Später wurden diese aber von einem rasanten Anstieg der ausgeschütteten Dividenden an die AktionärInnen überschattet. Die Orientierung des Unternehmens-Managements auf Einbehaltung der Gewinne zur Reinvestition verlagert sich dadurch immer mehr zu einer Strategie der Ausschüttung der Profite und der Reduktion der Unternehmensgröße zum Vorteil der Aktionäre.¹⁴ Einen weiteren wichtigen Faktor bei der Reduktion interner Mittel stellen die Aktienrückkäufe der Unternehmen dar. Diese Rückkäufe von eigenen Aktien haben vor allem die Wirkung, dass der Preis der Aktien des Unternehmens kurzfristig ansteigt. Somit können durch diese Maßnahmen einerseits die Aktienwerte für die Anteilseigner gesteigert werden, und andererseits profitiert auch das Management davon, da dessen Entlohnung zum Teil auch aus Aktienoptionen besteht.¹⁵ Optionsberechtigte sind in der Regel jedoch vom Erhalt von Dividendenzahlungen ausgeschlossen, und deshalb könnten ManagerInnen eher an steigenden Aktienkursen infolge von Aktienrückkäufen interessiert sein als an der Ausschüttung von Gewinnen in Form von Dividenden an AktionärInnen.¹⁶

Um diese beiden Hypothese zu untersuchen, wird folgende Investitionsfunktion verwendet werden:

$$(1) \quad I = I(Y, R, F^I, F^P)$$

wobei I die Investitionen, Y die Nachfrage, R die Profite, F^I die Finanzeinnahmen und F^P die Finanzausgaben darstellen.

Die Nachfragevariable Y wird in empirischen Schätzungen von Investitionsfunktionen regelmäßig als erklärende Variable herangezogen. Sie sollte einen positiven Effekt auf die Investitionen haben. Die Profite dienen als Maß für die Einkommensverteilung zwischen Kapital und Arbeit. Es wird hier erwartet, dass steigende Profite zu einem Anstieg der physischen Investitionen führen.

Die beiden zuvor erläuterten Kanäle der Finanzialisierung werden durch die Finanzeinnahmen bzw. die Finanzausgaben der Unternehmen repräsentiert. Ein Anstieg der Finanzeinnahmen bietet einen Anreiz dafür, dass die Industrieunternehmen ihren Anlagefokus zunehmend auf Finanzinvestitionen verlagern. Steigende Einnahmen in Form von Zinsen, Dividenden etc. könnten das Unternehmensmanagement dazu verleiten, mehr Finanzinvestitionen zu tätigen. Dies könnte dann dazu führen, dass die Firmen sich weniger am Wachstum orientieren und somit auch weniger in physische Anlagen investieren. Die Finanzausgaben stellen einen Indikator für

die Reduktion der internen Mittel dar. Wie bereits erwähnt, führt der gestiegene Aktionärs Einfluss dazu, dass die Unternehmen einen großen Teil ihrer Profite an die AktionärInnen ausschütten. Dies geschieht zumeist in Form von Dividenden, die neben Zinszahlungen dann die internen Mittel für Investitionen vermindern. Es wird somit erwartet, dass sowohl die Finanzeinnahmen als auch die Finanzzahlungen einen negativen Effekt auf die Investitionen haben. Die Effekte werden in Sektion 6 dann näher untersucht.

3. Empirische Literatur zu Finanzialisierung und Investitionsverhalten

Für Österreich gibt es bisher noch keine Arbeiten zu den Auswirkungen der Finanzialisierung auf Unternehmensinvestitionen. Für österreichische Unternehmen wurden generell auch nur wenige Schätzungen von Investitionsfunktionen durchgeführt. Neben den Investitionsfunktionen in den Makromodellen des WIFO,¹⁷ des IHS¹⁸ und der OeNB¹⁹ gibt es nur wenig weitere Literatur. Es gibt einige Analysen auf Basis von Unternehmens-Bilanzdaten, die sich vorwiegend mit dem Thema der asymmetrischen Information beschäftigen.²⁰ Die Untersuchungen basieren auf Akzelelator-Modellen bzw. neoklassischen Investitionsmodellen und kommen zum Ergebnis, dass vor allem kleine Unternehmen in ihren Investitionsentscheidungen von asymmetrischer Information betroffen sind. Es gibt aber auch weitere Arbeiten, die die Investitionen für Österreich auf Makroebene analysieren. Diese Arbeiten ermitteln die Auswirkungen der Einkommensverteilung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in einem Bhaduri-Marglin-Modell.²¹ Während Hein und Vogel (2008) keinen signifikanten Einfluss der Profitquote auf die Investitionen in Österreich finden, ergibt sich bei Stockhammer und Ederer (2008) ein langfristig signifikanter Effekt der Profite auf die Investitionen. Keine dieser Arbeiten berücksichtigt jedoch Effekte der Finanzialisierung.

Empirische Überprüfungen der Auswirkung der Finanzialisierung auf die Investitionstätigkeit sind rar und beziehen sich zum größten Teil auf die Vereinigten Staaten. Es gibt auch hier zum einen Analysen auf Basis von Mikrodaten und zum anderen Untersuchungen, die Makrodaten verwenden. Es folgt nun ein Überblick über die wichtigsten Kernpunkte sowie die Ergebnisse der vorhandenen ökonometrischen Arbeiten zu dieser Problematik.

Stockhammer (2004) untersucht für die Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland die Auswirkungen verstärkter Finanzinvestitionen von Nicht-Finanzunternehmen auf deren Kapitalakkumulation von 1960 bis in die frühen 1990er-Jahre anhand von Makrodaten. Für die Analyse wurde auf Daten aus der OECD Economic Outlook-Datenbank zu-

rückgegriffen. Die Finanzialisierungs-Variable wurde definiert als Verhältnis der Summe aus Zins- und Dividendeneinnahmen zur Wertschöpfung der Nicht-Finanzunternehmen. Die Arbeit kommt zum Ergebnis, dass Einnahmen in Form von Dividenden und Zinsen einen negativen Einfluss auf die Kapitalakkumulation in den USA und in Frankreich hatten. Für Großbritannien konnte zwar ein negativer Zusammenhang festgestellt werden, dort gab es jedoch in der betrachteten Zeitperiode keinen Rückgang der Kapitalakkumulation. Im Fall von Deutschland wurde kein signifikantes Ergebnis gefunden.

Argitis und Pitelis (2006) führen ebenfalls eine Analyse der Auswirkungen der gestärkten Finanzmärkte auf die Kapitalakkumulation von Nicht-Finanzunternehmen durch, ohne dabei jedoch den Begriff der Finanzialisierung zu verwenden. Dies erfolgt für den Zeitraum 1974-2002 für die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Die zugrunde liegenden Daten wurden aus den verschiedensten Datenbanken der OECD, des IMF sowie nationaler Institute bezogen. In dieser Arbeit wird untersucht, welchen Effekt das Verhältnis von Finanzprofiten zu Industrieprofiten auf die Wachstumsrate des Kapitalstocks in der betrachteten Zeitperiode hatte. Dazu wurden die Finanzprofite als Zinszahlungen des Nicht-Finanzsektors definiert, und die Industrieprofiten ergeben sich dann aus der Differenz von Gesamtprofiten und Finanzprofiten. Dem Ergebnis zufolge führt ein Anstieg des Verhältnisses von Finanzprofiten zu Industrieprofiten sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Großbritannien zu einer sinkenden Wachstumsrate des Kapitalstocks.

Eine weitere Untersuchung der Finanzialisierung bietet die Arbeit von van Treeck (2008). Die Analyse wurde für die Vereinigten Staaten durchgeführt, und es wird untersucht, ob Dividenden- und Zinszahlungen von Nicht-Finanzunternehmen dazu führen, dass diese Firmen aufgrund der verringerten internen Finanzmittel weniger physische Investitionen tätigen können. Die Untersuchung bezieht sich auf die Zeitperiode 1965-2004 und verwendet dazu Daten aus der OECD Economic Outlook-Datenbank sowie weitere Daten des amerikanischen Bureau of Economic Analysis. Es wird eine Spezifikation in ECM-Form geschätzt, und neben den Zins- und Dividendenzahlungen wird auch die Profitquote im Modell als Regressor berücksichtigt. Beim Ergebnis konnte sowohl ein negativer Zusammenhang zwischen den Zinszahlungen und den Investitionen als auch zwischen den Dividendenzahlungen und den Investitionen gefunden werden.

Orhangazi (2008) bietet die erste Analyse der Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionen von Nicht-Finanzunternehmen auf Mikroebene. Anhand von Bilanzdaten werden US-Unternehmen für den Zeitraum 1973-2003 im Rahmen einer Panel-Daten-Analyse untersucht. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus der „Standard and Poors‘ Compustat annual industrial database“. Es wird einerseits analysiert, ob

reale Investitionen durch Finanzinvestitionen verdrängt wurden. Dazu wird getestet, ob finanzielle Einnahmen einen negativen Effekt auf die Realinvestitionen haben. Andererseits sollte auch festgestellt werden, ob geringere einbehaltene Profite, die sich aufgrund von gestiegenen Zahlungen an die Finanzmärkte ergeben, zu geringeren Investitionen geführt haben. Die Unternehmen werden zum einen ihrer Größe nach gruppiert, und zum anderen werden Firmen der verarbeitenden Industrie auch getrennt betrachtet. Die variablen Finanzeinnahmen und Finanzaufwendungen stellen die Indikatoren für die beiden zu untersuchenden Finanzialisierungseffekte dar. Zu den Ergebnissen zählt unter anderem, dass zwischen den Finanzaufwendungen und den Investitionen, unabhängig von der Größe der Unternehmen, ein negativer Zusammenhang besteht. Bei den Finanzeinnahmen kann ein negativer Effekt nur für große Unternehmen festgestellt werden. Für die kleinen Firmen ergibt sich hier zwar ein signifikanter Zusammenhang, dieser ist jedoch positiv.

Eine weitere Analyse mit Mikrodaten wurde von Demir (2009) durchgeführt. Hierbei handelt es sich um die einzige Untersuchung der Finanzialisierung für Entwicklungsländer. Es wurden Industrieunternehmen in den Ländern Argentinien, Mexiko und der Türkei in einem Panel mit Halbjahres-Unternehmensbilanzdaten analysiert. Für die beiden lateinamerikanischen Länder wurden die Daten aus der Economatica-Datenbank bezogen, für die Türkei wurde die Online-Datenbank der Börse Istanbul verwendet. Der untersuchte Zeitraum umfasst die Periode 1990-2003, wobei sich die genauen Zeitperioden für die drei Staaten ein wenig unterscheiden. Die entscheidende Variable für die Finanzialisierung wurde als Lücke zwischen den Einnahmen aus physischen Anlagen und den Einnahmen aus Finanzanlagen definiert. Anhand dieser wurden dann zwei Hypothesen getestet. Einerseits sollte festgestellt werden, welchen Einfluss die Finanzialisierung auf die Realinvestitionen der betrachteten Unternehmen hat. Andererseits sollte auch der Effekt auf die Finanzinvestitionen ermittelt werden. Die Regressionsspezifikation erfolgt in einem *portfolio choice*-Modell. Dem Ergebnis zufolge führt in allen betrachteten Ländern ein Anstieg der Einnahmen aus Finanzanlagen, der stärker ist als der Anstieg der Einnahmen aus physischen Anlagen, zu sinkenden Realinvestitionen bzw. zu steigenden Finanzinvestitionen.

Eine Untersuchung der Auswirkungen der Finanzialisierung auf die aggregierte Nachfrage in einem erweiterten Bhaduri-Marglin-Modell für die USA bieten Onaran et al. (2009). Die Untersuchung wurde auf Basis von Quartalsdaten, die aus den „US Flow of Funds“ sowie „NIPA-Tables“ stammen, für den Zeitraum 1960-2007 durchgeführt. Hier wurde die Profitquote in einen Rentier- und einen Nicht-Rentier-Anteil unterteilt. Der Rentier-Anteil sollte dann die Effekte der Finanzialisierung auf die Investitionen messen. Es wurden unterschiedliche Spezifikationen geschätzt,

und im Ergebnis konnte ein negativer Einfluss der Rentier-Profite auf die Investitionen gefunden werden.

Die in dieser Arbeit verwendete Investitionsfunktion ist jener von Stockhammer (2004) und Orhangazi (2008) am ähnlichsten, unterscheidet sich aber von beiden, indem sektorale Daten verwendet werden. Die verwendeten Daten werden im nächsten Abschnitt erläutert. Was aber aus allen zuvor vorgestellten Arbeiten eindeutig hervorgeht, ist dass die Finanzialisierung einen negativen Effekt auf die Investitionen hat. Ob auch für österreichische Unternehmen ein negativer Einfluss zu finden ist, wird in Abschnitt 6 ermittelt.

4. Daten und Spezifikation

Bei der verwendeten Statistik handelt es sich um die Statistik der Aktiengesellschaften, die von der Statistik Austria erhoben wird. In der Statistik werden neben allgemeinen Aktiengesellschaften, zu denen die Unternehmen der Sachgütererzeugung zählen, auch die Versicherungs- und Bankaktiengesellschaften sowie die Pensionskassen getrennt ausgewiesen.²² Der Erfassungsgrad der allgemeinen Aktiengesellschaften beträgt zwischen 70 und 80 Prozent. Es werden die unkonsolidierten Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sowie der Anlagespiegel und die Gewinnverwendung erfasst und nach ÖNACE-Abteilungen (ÖNACE-Zweisteller) aggregiert. Insgesamt betrachtet fällt der Anteil der Aktiengesellschaften an der Gesamtzahl der österreichischen Unternehmen mit 0,5 Prozent sehr gering aus. Der Wertschöpfungsanteil wird jedoch auf rund 25 Prozent geschätzt.²³

In dieser Arbeit werden nur die Unternehmen des Sektors Sachgütererzeugung betrachtet.²⁴ In der ökonometrischen Analyse wurden für die Investitionen die Zugänge zum Sachanlagevermögen verwendet. Die Umsatzerlöse wurden als Nachfrage-Variable herangezogen. Für die Berechnung der Profitquote wurden der Betriebserfolg und der Personalaufwand verwendet. Die Finanzeinnahmen wurden als Summe von Erträgen aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen, Erträgen aus anderen Wertpapieren, sonstigen Zinsen sowie Erträgen aus dem Abgang von Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens definiert. Die Finanzaufwendungen ergeben sich als Summe von Aufwendungen aus Finanzanlagen, Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sowie gezahlten Dividenden. Bis auf die Zugänge zum Sachanlagevermögen sind alle Variablen der ISIS-Datenbank der Statistik Austria entnehmbar. Die Zugänge zum Sachanlagevermögen wurden auf Anfrage von der Statistik Austria bereitgestellt. Weiters wurden die Investitionen mit dem Deflator für Bruttoanlageinvestitionen und die anderen Variablen mit dem BIP-Deflator deflationiert, die beide aus der AMECO-Datenbank stammen.

Die Daten in der ISIS-Datenbank sind in zwei Zeiträume geteilt. Einerseits sind für den Zeitraum 1995-2000 die Daten in 1 Mio Euro-Beträgen angeführt, und andererseits für den Zeitraum 2001-2006 in 1.000 Euro-Beträgen. Generell ist anzumerken, dass in etlichen ÖNACE-Abteilungen nur sehr wenige Unternehmen vorhanden sind, und deren Anzahl noch dazu (vermutlich wegen Änderung der Klassifizierung) beträchtlichen Schwankungen unterliegt (siehe Tabelle A.1 im Anhang), weshalb die Datenqualität zum Zweck einer ökonometrischen Analyse insgesamt nicht als hoch eingestuft werden kann.

Aus Datenmangel konnten die Finanzialisierungs-Variablen in einigen Fällen nicht oder nicht durchgängig berechnet werden.²⁵ Die Abteilungen Ledererzeugung und -verarbeitung (19), Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten (30) sowie Medizin-, Mess- und Regelungstechnik (33) mussten deshalb gänzlich ausgeschlossen werden. Die Abteilung Herstellung von Bekleidung (18) wurde aus selbem Grund nur von 2001 bis 2006 berücksichtigt. Die Abteilung Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (34) ist nur für den Zeitraum 1999-2006 berücksichtigt, da die Investitionen in den Jahren 1996 und 1998, in Relation zu den anderen Jahren, unplausibel hohe Wachstumsraten aufweisen.²⁶ Die Abteilung Rückgewinnung (37) ist nur in wenigen Jahren verfügbar und wurde deshalb ausgeschlossen.

Insgesamt besteht das unbalancierte Panel somit aus 19 Abteilungen für die Zeitperiode 1996-2006 mit insgesamt 155 Beobachtungen. Die Panel-Daten-Analyse erfolgt mithilfe der *fixed effects*-Methode. In Form von *Sektor-Dummies* sollen die Heterogenitäten zwischen den Abteilungen berücksichtigt werden. *Zeit-Dummies* werden ebenfalls in die Regression integriert, um für unbeobachtete zeitliche Effekte zu kontrollieren, die alle Abteilungen in gleicher Weise beeinflussen. Die verwendete Spezifikation ähnelt grundsätzlich einem Akzelerator-Modell. Neben einer Nachfragevariable wurden hier die Profitquote sowie die beiden Finanzialisierungs-Variablen als zusätzliche Regressoren inkludiert. Ausgangspunkt der Schätzung ist eine ADL-Spezifikation mit je zwei Verzögerungen aller Variablen.

$$(2) \quad I_{j,t} = \sum_{k=1}^n I_{j,t-k} + \sum_{k=0}^n Y_{j,t-k} + \sum_{k=0}^n \Pi_{j,t-k} + \sum_{k=0}^n F_{j,t-k}^I + \sum_{k=1}^n F_{j,t-k}^P + \eta_j + v_t + \varepsilon_{j,t}$$

Gleichung 2 stellt die zu schätzende Spezifikation dar. Dabei steht $I_{j,t}$ für die Investitionen, $Y_{j,t}$ für die Umsatzerlöse, $\Pi_{j,t}$ für die Profitquote, $F_{j,t}^I$ für die Finanzeinnahmen und $F_{j,t}^P$ für die Finanzausgaben. Der Parameter η_j steht für die sektorspezifischen Effekte, v_t für die Zeiteffekte und $\varepsilon_{j,t}$ für den Störterm. Der Index j bezeichnet die Querschnittseinheit und t die Zeitperiode. Die Variablen gehen bis auf die Profitquote alle in Logarithmen in die Schätzung ein. Für den Effekt der Profite wurde hier die Profitquote

definiert, da die Profite in den verwendeten Daten auch negative Werte enthalten und diese somit durch logarithmieren aus der Analyse herausgefallen wären.²⁷

5. Stilisierte Fakten

Bevor die Finanzialisierungseffekte ökonometrisch getestet werden, soll zuerst eine deskriptive Darstellung der Entwicklung wichtiger Indikatoren der betrachteten Aktiengesellschaften der sachgütererzeugenden Industrie erfolgen.²⁸

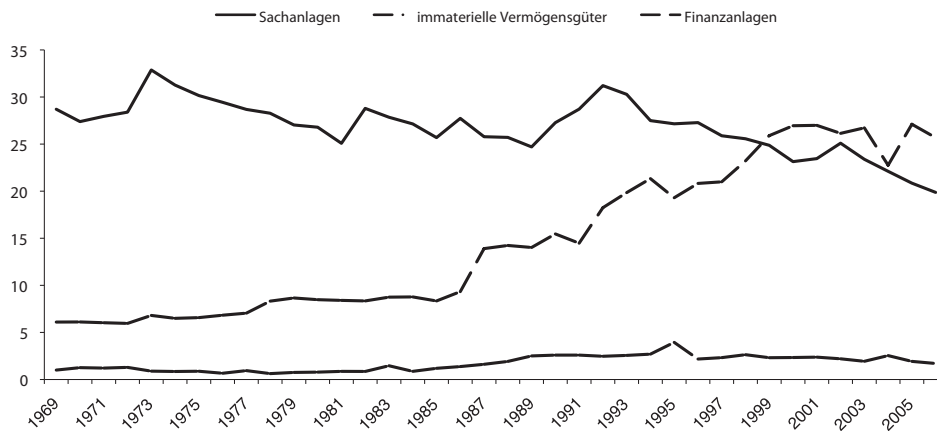
Das Anlagevermögen in Prozent der Bilanzsumme, getrennt nach Sachanlagen, immateriellen Vermögensgütern und Finanzanlagen, ist in Abbildung 1 für den Zeitraum 1969-2006 dargestellt. Beim Sachanlagevermögen (Bauten, Maschinen, Betriebsausstattung etc.) zeigt sich, dass dieses zwischen 1969 und 1992 um einen Wert von 27% der Bilanzsumme schwankte und mit 33% im Jahr 1973 und 31% im Jahr 1992 die höchsten Werte erzielte. Ab dem Jahr 1992 ist jedoch eine kontinuierliche Abnahme des Sachanlagevermögens erkennbar, und das Verhältnis zur Bilanzsumme betrug im Jahr 2006 nur noch knapp 20%.

Die immateriellen Vermögensgüter (Konzessionen, Rechte, etc.) hatten im gesamten betrachteten Zeitraum einen niedrigen Anteil an der Bilanzsumme, wobei hier zwischen 1984 und 1995 ein Anstieg von 1% auf 4% und dann wieder ein Abfall auf 2% bis zum Jahr 2006 erkennbar ist.

Das Finanzanlagevermögen (Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens, etc.) hingegen weist in der gesamten dargestellten Zeitperiode einen steigenden Trend auf. Der Anteil der Finanzanlagen an der Bilanzsumme stieg von 6% im Jahr 1969 auf ungefähr 10% im Jahr 1986. Ab 1986 beschleunigte sich dieser Anstieg sichtbar, und das Verhältnis der Finanzanlagen zur Bilanzsumme betrug im Jahr 2006 bereits mehr als 25%. Weiters ist ersichtlich, dass die Finanzanlagen seit 1999 ständig höher sind als die Sachanlagen. Der Rückgang der Sachanlagen und die Zunahme der Finanzanlagen sind somit ein erstes Anzeichen, dass die hier betrachteten Aktiengesellschaften von der Finanzialisierung betroffen sind. Das Ergebnis über die Entwicklung des Anlagevermögens bis Mitte der 1980er-Jahre deckt sich auch weitgehend mit den Resultaten einer früheren Auswertung der in dieser Arbeit verwendeten Statistik sowie anderer Datengrundlagen.²⁹

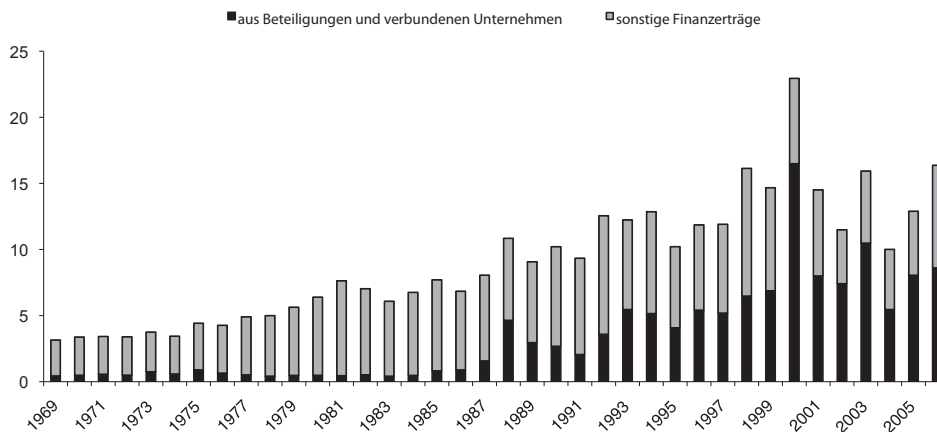
Abbildung 2 zeigt einerseits die Erträge aus Beteiligungen und aus verbundenen Unternehmen.³⁰ Andererseits sind auch die sonstigen Finanzerträge, zu denen Zins- und Wertpapiererträge sowie Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens gehören, zu sehen.³¹ Die Finanzerträge werden jeweils in Prozent der Wertschöpfung für die Zeitperiode 1969-2006 darge-

Abbildung 1: Anlagevermögen nach Art in Prozent der Bilanzsumme, 1969-2006



Q: Statistik der Aktiengesellschaften (ISIS-Datenbank/Statistische Jahrbücher/Jahresberichte).

Abbildung 2: Finanzerträge in Prozent der Wertschöpfung, 1969-2006



Q: Statistik der Aktiengesellschaften (ISIS-Datenbank/Statistische Jahrbücher/Jahresberichte).

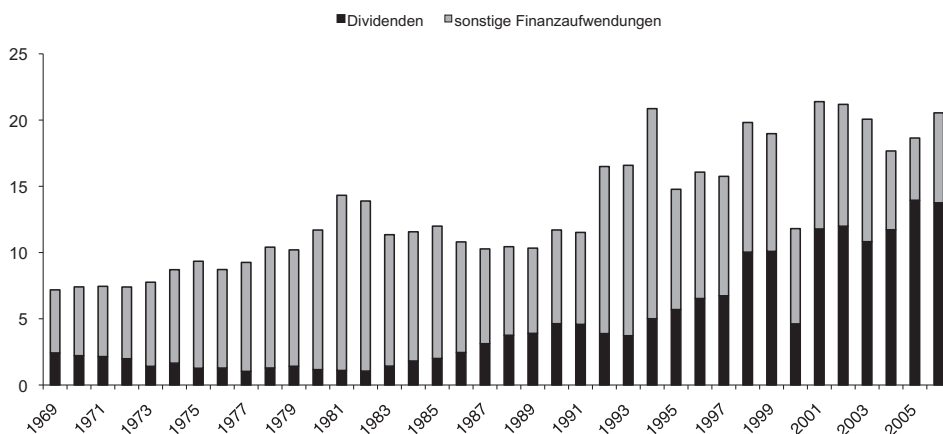
Anmerkung: Bruch in Reihen 1992 (siehe Anmerkung 31).

stellt.³² Zu Beginn des betrachteten Zeitraumes betrug das Verhältnis der gesamten Finanzerträge zur Wertschöpfung noch rund 3%, stieg jedoch ab 1975 kontinuierlich an und endete im Jahr 2006 bei einem Wert von ungefähr 16%. Den höchsten Wert in Bezug zur Wertschöpfung erreichten die gesamten Finanzerträge im Jahr 2000 mit rund 23%, wobei dieser Wert, verglichen mit dem restlichen Verlauf, eine auffallende Abweichung darstellt.

Die Erträge aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen lagen zwischen den Jahren 1969 und 1986 bei rund 0,5% der Wertschöpfung. Diese stiegen dann ab 1987 relativ stark an und erreichten im Jahr 2006 ungefähr 9% der Wertschöpfung. Bei diesen Finanzerträgen ist jedoch nicht erkennbar, ob es sich um Einnahmen aus Finanzanlagen im Inland oder aus Direktinvestitionen im Ausland handelt. Da die österreichischen Unternehmen vor allem in den osteuropäischen Ländern hohe Direktinvestitionen getätigt haben, könnte es sich bei den Beteiligungen bzw. Anteilen an verbundenen Unternehmen auch um Tochtergesellschaften im Ausland handeln. Dadurch wären neben der Finanzialisierung auch die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung abgebildet.

In Abbildung 3 sind die Finanzaufwendungen, getrennt nach ausgeschütteten Dividenden und sonstigen, in Prozent der Wertschöpfung zu sehen. Zu den Letzteren zählen die Zinsaufwendungen sowie die Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens.³³ Bis zum Jahr 1973 lagen die gesamten finanziellen Aufwendungen bei rund 7,5% der Wertschöpfung und verzeichneten danach einen Anstieg auf mehr als 14% im Jahr 1981. Dann ergab sich bis 1989 ein kurzzeitiger Abfall, und ab 1990 stiegen die gesamten Finanzaufwendungen dann wieder an. Am Ende der betrachteten Periode im Jahr 2006 lag der Anteil der Finanzaufwendungen an der Wertschöpfung bei mehr als 20%. Auffällig an der Entwicklung ist der mit ca. 12% relativ niedrige Wert im Jahr 2000, da die Werte in den Jahren davor und danach deutlich höher waren. Verglichen mit den gesamten Finanzerträgen in Abbildung 2 ergibt

Abbildung 3: Finanzaufwendungen in Prozent der Wertschöpfung, 1969-2006



Q: Statistik der Aktiengesellschaften (ISIS-Datenbank/Statistische Jahrbücher/Jahresberichte).

Anmerkung: Bruch in Reihen 1992 (siehe Anmerkung 33).

sich im Jahr 2000 bei den finanziellen Aufwendungen ein gegenläufiges Ergebnis, da bei den Erträgen der Wert in diesem Jahr deutlich höher lag als vorher und nachher.

Die ausgeschütteten Dividenden der Aktiengesellschaften sind ebenfalls aus Abbildung 3 ersichtlich. Im Jahr 1969 hatten die Dividenden noch einen Anteil von rund 2,5% an der Wertschöpfung, der jedoch in den folgenden Jahren ein wenig absank. Zwischen 1973 und 1983 lag das betrachtete Verhältnis dann bei ungefähr 1,5%. Danach setzte aber ein steigender Trend ein, und 1990 wurden ca. 4,5% der Wertschöpfung in Form von Dividenden ausgeschüttet. Dieser Aufwärtstrend beschleunigte sich dann ab den 1990er-Jahren sichtbar bis zum Ende des dargestellten Zeitraumes, als die gezahlten Dividenden bereits einen Anteil von fast 14% der Wertschöpfung aufwiesen. Der deutliche Anstieg der Dividenden seit Mitte der 1980er-Jahre belegt eindeutig, dass die Aktiengesellschaften von der Finanzialisierung betroffen sind.

In Österreich weisen Ausschüttungen in Form von Dividenden, Zinsen etc. aber auch auf volkswirtschaftlicher Ebene einen steigenden Trend auf. Während solche Ausschüttungen durch den VGR-Sektor Kapitalgesellschaften 1995 noch 52,9% des Sektor-Betriebsüberschusses betrugen, stiegen sie bis 2006 auf 60,4% an.³⁴ Die AktionärInnen gewannen offensichtlich an Einfluss, der zu verstärkten Ausschüttungen der Profite führte.

In Abbildung 4 sind die Zugänge zum Sachanlagevermögen zu sehen.³⁵ Diese werden im Verhältnis zum Betriebserfolg dargestellt, wobei für den Betriebserfolg zur Glättung konjunktureller Schwankungen ein Drei-Jahres-Durchschnitt berechnet wurde.³⁶ Das Verhältnis der Zugänge zum Sachanlagevermögen zum Betriebserfolg hat in den 1970er- und 1980er-Jahren einen stark volatilen Verlauf. In den 1970er-Jahren wurde im Durchschnitt ungefähr das Dreifache des Betriebserfolges in neue Sachanlagen investiert. In den 1980er-Jahren betrugen die Investitionen dann durchschnittlich das Zweifache des Betriebserfolges. Ab den 1990er-Jahren sind dann zwar keine Volatilitäten, dafür aber ein sinkender Trend für die Zugänge zum Sachanlagevermögen sichtbar. Wurde am Anfang der 1990er-Jahre im Durchschnitt noch ungefähr das Zweifache des Betriebserfolges für neue Sachanlagen verwendet, so waren es in den 2000er-Jahren weniger als 100%. Die Investitionen haben ab den 1990er-Jahren auch einen gegenläufigen Trend zu den Profiten, die in den 1990er- und 2000er-Jahren gestiegen sind.³⁷

Insgesamt ist also die Finanzialisierung der Aktiengesellschaften in Österreich in mehreren Dimensionen empirisch klar nachweisbar: Seit Anfang der 1980er-Jahre sind die Finanzanlagen als Teil des Betriebsvermögens stark angestiegen (und übersteigen mittlerweile die Sachanlagen). Die Finanzerträge sind von unter 5% (1970) auf 15% der Wertschöpfung

Abbildung 4: Zugang zum Sachanlagevermögen im Verhältnis zum Betriebserfolg 1971-2006



Q: Statistik der Aktiengesellschaften (ISIS-Datenbank/Statistische Jahrbücher/Jahresberichte)

Anmerkung: Bruch in Reihen 1992 (siehe Anmerkung 36).

(2006) gestiegen. Die Finanzaufwendungen haben von rund 7% (1970) der Wertschöpfung auf 20% (2006) zugenommen, wobei der Anstieg in den 1980er-Jahren eher auf hohe Zinszahlungen und seit Mitte der 1990er-Jahre zunehmend auf die Dividendenausschüttungen zurückzuführen ist. Der nächste Abschnitt wird nun ökonometrisch untersuchen, ob die Finanzialisierung einen nachweisbaren Effekt auf die Investitionstätigkeit hatte.

6. Regressionsergebnisse

Am Beginn der Analyse von Daten, die ein Zeitreihenelement aufweisen, steht üblicherweise die Überprüfung der Stationarität mithilfe von *unit-root*-Tests. Im konkreten Fall ist dies jedoch schwierig. Es gibt zwar *unit-root*-Tests, die speziell für Panel-Daten entwickelt wurden. Diese sind aber für die in dieser Arbeit zugrunde liegende Datenstruktur nicht geeignet, da sie von einer größeren Anzahl an Querschnittseinheiten ausgehen. Bezüglich der Kointegrationstests gilt Ähnliches. Für die für Zeitreihen verwendeten *unit root*-Tests, wie beispielsweise der „Augmented Dickey Fuller-Test“ (ADF-Test), sind die Zeitreihen bei den hier verwendeten Daten jedenfalls zu kurz. Unser Vorgehen ist daher pragmatisch: Eine Spezifikation der Variablen in Niveaus könnte zu Problemen führen, falls diese nicht stationär sind. Die Variablen gehen hier trotzdem in Niveaus in die Regression ein. Autokorrelationstests sollten dann auf eine mögliche Missspezifikation hindeuten.

Bei der ökonometrischen Schätzung wurde ursprünglich von einer Spezifikation ausgegangen, bei der jeweils zwei Verzögerungen aller Variablen inkludiert wurden. Es zeigte sich hier, dass die Verzögerungen der abhängigen Variable durch die Erweiterung um Sektoreffekte statistisch nicht signifikant werden und dass deren Koeffizientengröße sehr klein ist. Da der „Wald-Test“ für die Sektor-*Dummies* eindeutig das Ergebnis liefert, dass diese statistisch signifikant sind, wurden die *Dummies* beibehalten und die Verzögerungen der abhängigen Variable entfernt.³⁸ Ausgehend von diesem Modell wurde ein *Testing-Down* durchgeführt, bei dem Schritt für Schritt die am geringsten statistisch signifikante Variable aus dem Modell entfernt und die Anzahl der Verzögerungen reduziert wurde. Tabelle 1 enthält die Ergebnisse des *Testing-Down*. Hier wurde in Spalte 1 zuerst eine Regression dargestellt, die als erklärende Variablen den kontemporären Umsatz, die um zwei Perioden verzögerte Profitquote, die kontemporären Finanzeinnahmen und die um eine Periode verzögerten Finanzaufwendungen enthält. In Spalte 2 wurden dann zusätzlich die Sektor-*Dummies* hinzugefügt. Schließlich enthält die dritte Spalte dann sowohl die Sektoreffekte als auch die Zeiteffekte.

Die erste Spalte der Tabelle 1 zeigt die Variante ohne Sektor- und Zeiteffekte, die nur zu Vergleichszwecken dargestellt wurde. Der niedrige Wert der Durbin-Watson-Statistik deutet darauf hin, dass dieses Modell unter Missspezifikation leidet. Die entsprechenden Tests belegen ebenfalls, dass hier weder gruppenweise Heteroskedastizität noch Autokorrelation erster Ordnung ausgeschlossen werden können.³⁹

Für das Modell mit Sektor-*Dummies* in Spalte 2 ergeben sich bereits deutliche Verbesserungen bei den Test-Statistiken. Die Umsatzerlöse weisen eine starke statistische Signifikanz auf. Für die Profitquote zeigt sich nun ein niedrigerer Koeffizient, der aber nicht statistisch signifikant ist. Bei den Finanzeinnahmen ergibt sich einerseits ein stärker negativer Koeffizient, andererseits auch eine stärkere statistische Signifikanz als beim Modell ohne Sektoreffekte. Der Koeffizient bleibt jedoch weiterhin statistisch nicht signifikant. Bei den Finanzaufwendungen zeigt sich aber ein gegenüber der ersten Spalte stark verändertes Ergebnis. Der Koeffizient hat nun ein negatives Vorzeichen und ist vom Betrag her auch wesentlich höher. Die Finanzaufwendungen sind bei diesem Modell auf dem 10%-Niveau statistisch signifikant. Der Test für die Sektor-*Dummies* zeigt eindeutig, dass diese für das Modell relevant sind. Das Modell ist auch frei von Heteroskedastizität und serieller Korrelation.

Zum Abschluss enthält die Tabelle in der dritten Spalte die Regression mit Sektor- und Jahres-*Dummies*. Hier hat der Umsatz gegenüber dem Modell mit nur Sektoreffekten einen niedrigeren Wert und liegt bei 0,914. Dies entspricht auch der erwarteten langfristigen Elastizität der Umsätze auf die Investitionen, die bei einem Wert von eins liegen sollte. Die Um-

Tabelle 1: Regressionsergebnisse, abhängige Variable I_t

	(1) OLS	(2) OLS m. Sekt.-D.	(3) OLS m. Sekt- und Zeit-D.
Y_t	1,211*** (12,905)	1,056*** (5,731)	0,914*** (4,905)
Π_{t-2}	0,463 (1,435)	0,280 (0,824)	0,627* (1,747)
F_t^I	-0,045 (-0,795)	-0,077 (-1,253)	-0,093 (-1,514)
F_{t-1}^P	0,035 (0,490)	-0,122* (-1,675)	-0,122 (-1,632)
Test joint-sig. Sekt.-D.		$\chi^2(18)=142,77$ $p=0,0000$	$\chi^2(18)=146,40$ $p=0,0000$
Test joint-sig. Zeit-D.			$\chi^2(8)=13,67$ $p=0,0909$
Test joint-sig. Sekt. & Zeit-D.			$\chi^2(26)=162,56$ $p=0,0000$
LR-Test grupp.-Het.	$\chi^2(18)=39,46$ $p=0,0025$	$\chi^2(18)=21,27$ $p=0,2661$	$\chi^2(18)=23,23$ $p=0,1819$
LM-Test Autokorr. 1.O.	$\chi^2(1)=41,52$ $p=0,0000$	$\chi^2(1)=0,59$ $p=0,4415$	$\chi^2(1)=0,09$ $p=0,7636$
DW	0,930	1,876	1,972
adj. R^2	0,688	0,829	0,836
Beobachtungen	155	155	155

Anmerkungen: Das Interzept sowie die Sektor- und Zeit-*Dummies* sind in der Tabelle nicht dargestellt. Die Werte in Klammer stehen für die t-Statistik. Die Symbole *, ** und *** bezeichnen die 10%, 5% bzw. 1% Signifikanzniveaus. Bis auf die Profitquote sind alle Variablen als Logarithmen definiert.

sätze sind auch weiterhin auf dem 1%-Niveau statistisch signifikant. Die Profitquote hat bei dieser Spezifikation einen recht hohen Koeffizienten von 0,627 und ist auf dem 10%-Niveau statistisch signifikant. Der Koeffizient der Finanzeinnahmen liegt nun bei einem Wert von -0,093. Seine statistische Relevanz steigt ebenfalls, bleibt jedoch, wenn auch knapp, über dem 10%-Niveau. Bei den Finanzaufwendungen zeigt sich, dass diese mit einem Koeffizientenwert von -0,122 gleich sind wie beim Modell mit nur Sektor-*Dummies*. Der Koeffizient ist aber nicht mehr statistisch signifikant. Im Vergleich dazu kommt die im Literaturüberblick präsentierte Arbeit von Orhangazi (2008) zumindest für große Unternehmen zum Schluss, dass sowohl Finanzeinnahmen als auch Finanzaufwendungen einen signifikant ne-

gativen Erklärungsbeitrag zu den Investitionen liefern. Für die Regression in der dritten Spalte der Tabelle 1 zeigt sich, dass die Sektoreffekte relevant sind, die Jahreseffekte aber nicht. Zusammen sind Sektor- und Zeit-*Dummies* jedoch relevant. Das Modell weist auch keine gruppenweise Heteroskedastizität und keine Autokorrelation erster Ordnung auf.

Aus den Regressionsergebnissen ist insgesamt ersichtlich, dass die Sektoreffekte einen relevanten Erklärungsbeitrag liefern. Weiters sollten auch die Zeiteffekte berücksichtigt werden, da deren Inklusion eine Veränderung bei anderen Koeffizienten bewirkt. Für die Finanzialisierungs-Variablen ergibt sich für die Spezifikation mit Sektor- und Zeiteffekten das Ergebnis, dass die Finanzeinnahmen auf dem 14%-Niveau und die Finanzaufwendungen auf dem 11%-Niveau statistisch signifikant sind. Beide Finanzialisierungs-Effekte haben erwartungsgemäß ein negatives Vorzeichen, wobei die Elastizitäten in Bezug auf die Investitionen für die Finanzeinnahmen -0,093, und für die Finanzaufwendungen -0,122 betragen. Weitere Variationen der ökonometrischen Analyse der hier betrachteten Unternehmen bietet Četković (2010).

7. Ökonomische Bedeutung

Nachdem die ökonometrischen Ergebnisse ausführlich diskutiert wurden, soll nun auch eine Darstellung von deren ökonomischer Bedeutung erfolgen. Diese ist von hoher Wichtigkeit, wird in empirischen Analysen aber trotzdem oft vernachlässigt.⁴⁰ Für die Ermittlung der ökonomischen Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionen wird auf das Modell mit sektorspezifischen und zeitlichen Effekten zurückgegriffen. Die Finanzialisierungs-Effekte waren in diesem Modell auf den gängigen Niveaus statistisch nicht signifikant. Die statistische Relevanz beider Variablen scheiterte aber nur ganz knapp an den üblichen Grenzen. Die Berechnung erfolgt für den Zeitraum 1996-2006. Da die Anzahl der verfügbaren Aktiengesellschaften im ÖNACE-Sektor Sachgütererzeugung über die betrachtete Zeitperiode abnimmt, wurden die Finanzeinnahmen, die Finanzaufwendungen und die Investitionen jeweils ins Verhältnis zur Bilanzsumme gesetzt.⁴¹

Zunächst sollen die Auswirkungen der Finanzeinnahmen auf die Investitionen betrachtet werden. Hier wird die theoretische Hypothese verfolgt, dass Einnahmen aus Finanzinvestitionen einen negativen Effekt auf die Realinvestitionen der Aktiengesellschaften haben, da sich die Unternehmen zunehmend an Profiten orientieren und weniger am Unternehmenswachstum. Wie aus der zweiten Spalte der Tabelle 2 ersichtlich ist, sind die Finanzeinnahmen im Verhältnis zur Bilanzsumme zwischen 1996 und 2006 um 44% angestiegen. Die Investitionen im Verhältnis zur Bilanzsumme sind hingegen im selben Zeitraum um 18,4% gesunken. Der An-

stieg der Finanzeinnahmen im Verhältnis zur Bilanzsumme war, der letzten Spalte von Tabelle 2 zufolge, für rund ein Fünftel des Rückgangs der Investitionen im Verhältnis zur Bilanzsumme verantwortlich. Bei diesem Ergebnis ist jedoch zu beachten, dass ein Großteil der Finanzeinnahmen aus Beteiligungen bzw. aus Anteilen an verbundenen Unternehmen stammt. Diese Finanzanlagen beinhalten auch Direktinvestitionen im Ausland. Die Abgrenzung zwischen Effekten der Finanzialisierung und Globalisierung ist hier nicht möglich. Aus diesem Grund ist die hier ermittelte ökonomische Auswirkung der Finanzeinnahmen auf die Investitionen in Sachanlagen mit Vorsicht zu interpretieren.

Tabelle 2: Ökonomische Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionen

	Regr-Koeff. $\beta(F^I)$	Regr-Koeff. $\beta(F^P)$	ΔF^I (%)	ΔF^P (%)	erklärte ΔI (%)	tatsächl. ΔI (%)	Verhältnis erkl. zu tats. ΔI
Finanzeinnahmen	-0,093	-	43,98	-	-4,09	-18,44	0,222
Finanzzahlungen	-	-0,122	-	33,38	-4,07	-18,44	0,221

Anmerkungen: ΔF^I und ΔF^P sind die Veränderungen der Finanzeinnahmen bzw. der Finanzzahlungen zwischen 1996 und 2006. ΔI steht für die Veränderung der Investitionen im selben Zeitraum.

Die zweite Wirkungsweise der Finanzialisierung bezieht sich auf die Finanzzahlungen. Hier wird unterstellt, dass die zunehmende Auszahlung von Dividenden, Zinsen etc. durch die Aktiengesellschaften zu niedrigeren internen Finanzmitteln führt, die dann für potenzielle Realinvestitionen verwendet werden können. Die dritte Spalte der Tabelle 2 zeigt, dass die Finanzzahlungen im Verhältnis zur Bilanzsumme in der Zeitperiode 1996-2006 um 33,38% angewachsen sind. Wie sich aus der Berechnung in der letzten Spalte ergibt, wäre dieser Zuwachs die Ursache für ungefähr ein Fünftel des Rückgangs der Investitionen im Verhältnis zur Bilanzsumme. Die Finanzzahlungen hätten somit einen gleichgroßen ökonomischen Effekt auf die Realinvestitionen wie die Finanzeinnahmen.

Insgesamt betrachtet erklären die gestiegenen Finanzeinnahmen und Finanzzahlungen, jeweils im Verhältnis zur Bilanzsumme, in der Zeitperiode 1996-2006 mehr als 40 Prozent des Rückgangs der Zugänge zu den Sachanlagen im Verhältnis zur Bilanzsumme. Die Finanzialisierung lieferte somit einen hohen Beitrag dazu, dass die Investitionen der Aktiengesellschaften der Sachgütererzeugung im betrachteten Zeitraum abgenommen haben.

8. Zusammenfassung

Diese Arbeit untersuchte die Auswirkungen der Finanzialisierung auf das Investitionsverhalten von österreichischen Aktiengesellschaften. Im internationalen Vergleich ist Österreichs Wirtschaft zweifellos ein Nachzügler, was die Finanzialisierung betrifft. Nichtsdestotrotz konnten auch hier Belege für die Finanzialisierung gefunden werden: So stieg der Anteil von internationalen Investoren an den Umsätzen an der Börse Wien, und die Dividendenausschüttungen von heimischen Unternehmungen stiegen ebenso wie die Einkommen aus Finanzinvestitionen. In der ökonometrischen Untersuchung wurden zwei Kanäle betrachtet: erstens eine Veränderung der Unternehmensziele, die mit vermehrten Finanzinvestitionen von Industrieunternehmen einhergeht, und zweitens eine Reduktion der Eigenmittel durch eine höhere Dividendenausschüttung. Die Untersuchung umfasste eine sektorale Panelanalyse von österreichischen Aktiengesellschaften der Sachgütererzeugung von 1996 bis 2006.

Die Ergebnisse dieser Arbeit deuten darauf hin, dass deren Anschaffung von physischen Anlagen durch die Finanzialisierung negativ beeinflusst wurde. Statistisch sind die Ergebnisse insofern nicht ganz eindeutig, als die statistische Signifikanz meist nur knapp über der 10%-Marke gegeben ist. Von der ökonomischen Größenordnung sind die implizierten Effekte jedoch durchaus beachtenswert: Im relevanten Zeitraum erklären sie mehr als 40% des tatsächlichen Rückgangs der Investitionstätigkeit der österreichischen Aktiengesellschaften.

Die Ergebnisse sind, neben der schwachen statistischen Signifikanz, aus zwei Gründen mit Vorsicht zu interpretieren. Erstens stellen die betrachteten Aktiengesellschaften nur einen Teil der österreichischen Wirtschaft dar. Im klein- und mittelständischen Bereich wirkt die Finanzialisierung vermutlich über andere Kanäle (wie die Kreditvergabepraxis der Banken). Zweitens gibt es Abgrenzungsprobleme zwischen Effekten der Globalisierung und der Finanzialisierung. Ein Teil der Finanzeinnahmen kommt wohl aus ausländischen Tochterunternehmungen und kann damit ebenso gut als Globalisierungsvariable (anstatt als Finanzialisierungsvariable) interpretiert werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass in der vorliegenden Arbeit nur ein Aspekt der Finanzialisierung analysiert wurde. Österreichs Wirtschaft ist selbstverständlich auch von anderen Aspekten der Finanzialisierung betroffen.⁴² Dies gilt beispielsweise für den österreichischen Finanzsektor. Hier haben zum einen die Banken, die früher auch gemeinwirtschaftlichen Zielen nachgingen, seit den 1990er-Jahren ihren Fokus verstärkt auf einen Expansionskurs verlagert. Zum anderen ist auch die Bedeutung von inländischen und ausländischen institutionellen Investoren in Österreich gestiegen. Der derzeit spürbarste Effekt der Finanzialisierung ist aber

wohl die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch Österreich in die schwerste Rezession seit den 1930er-Jahren riss.

Anmerkungen

- ¹ Die Literatur zur Finanzialisierung ist mittlerweile recht umfangreich. Ertürk et al. (2008) bieten eine nützliche Zusammenstellung von zentralen Arbeiten. Lazonick und O'Sullivan (2000) bieten einen guten Einstieg zur Diskussion um *Shareholder Value*-Orientierung. In Sektion 2 und 3 dieses Artikels sind weitere Referenzen zu finden. Ertürk und Solari (2007) und Lapavistas (2009) diskutieren Veränderungen im Finanzsektor.
- ² In dieser Arbeit wurde nur der Sektor Sachgütererzeugung betrachtet. Der gesamte Industriesektor umfasst auch die Sektoren Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden sowie Energie- und Wasserversorgung.
- ³ Stockhammer (2004), Orhangazi (2008), van Treeck (2009), Dallery (2009).
- ⁴ Brenner (2003), Duménil und Lévy (2001), Krippner (2005).
- ⁵ Zu den Entwicklungen in Frankreich siehe: Morin (2000), Ertürk und Solari (2007). Zu Deutschland siehe u. a.: Jürgens et al. (2000), Vitols (2005), van Treeck et al. (2007).
- ⁶ Allen und Gale (2000).
- ⁷ Stockhammer (2010).
- ⁸ OeNB (2008) 26.
- ⁹ Theoretische Implikationen der Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionstätigkeit beziehen sich in der Regel auf den gesamten Nicht-Finanzsektor. Der Theorieteil in dieser Arbeit behandelt ebenfalls Nicht-Finanzunternehmen, zu denen auch die Unternehmen des Industriesektors zählen. Im empirischen Teil wird dann ausschließlich der Sektor Sachgütererzeugung untersucht.
- ¹⁰ Boyer (2005).
- ¹¹ OECD (1995, 1998) bietet eine *Mainstream*-Darstellung des Phänomens. Lazonick und O'Sullivan (2000), Duménil und Lévy (2001), Aglietta und Rebérioux (2005) geben nützliche kritische Darstellungen.
- ¹² Die genaue Definition bzw. die Messung des *Shareholder Value* unterscheidet sich jedoch zwischen den diversen Beratungsunternehmen (Froud et al. (2000)).
- ¹³ Stockhammer (2004).
- ¹⁴ Lazonick und O'Sullivan (2000).
- ¹⁵ Orhangazi (2008).
- ¹⁶ Brenner (2002).
- ¹⁷ Baumgartner et al. (2005).
- ¹⁸ Hofer und Kunst (2005).
- ¹⁹ Fenz und Spitzer (2005).
- ²⁰ Gugler (1997), Wesche (2000), Valderrama (2002).
- ²¹ Das Bhaduri-Marglin-Modell ist ein postkaleckianisches Makromodell, bei dem sich die Möglichkeit eines lohngetriebenen oder eines profitgetriebenen Nachfragerregimes ergeben kann. Eine Erhöhung der Profitquote würde dem Modell nach einerseits zu höheren Investitionen und höheren Nettoexporten führen. Auf der anderen Seite würden durch die höhere Profitquote jedoch die Konsumausgaben sinken, da dem Modell die Annahme zugrunde liegt, dass die marginale Konsumneigung aus Lohneinkommen höher ist als die marginale Konsumneigung aus Profiteinkommen. Wenn nun die positiven Investitions- und Nettoexporteffekte gegenüber dem negativen Konsumeffekt überwiegen, so handelt es sich um ein profitgetriebenes Nachfragerregime. Im anderen Fall ist das Nachfragerregime lohngetrieben (Bhaduri und Marglin (1990)).

- ²² Die Statistik erfasst deutlich mehr Unternehmen, als im Börsenindex ATX enthalten sind.
- ²³ Statistik Austria (2006).
- ²⁴ Tabelle A.1 im Anhang bietet einen Überblick über die verwendeten ÖNACE-Abteilungen sowie die in den jeweiligen Abteilungen enthaltene Anzahl an Unternehmen.
- ²⁵ Wegen der geringen Anzahl an Unternehmen bzw. der niedrigen aggregierten Positionen der Bilanz und der GuV kommt es durch Betragsrundungen dazu, dass in manchen Abteilungen die für die Berechnung der Finanzialisierungsvariablen notwendigen Positionen mit dem Wert null ausgewiesen sind. Solche Null-Werte sind vor allem im Zeitraum 1995-2000, wegen der Angabe in 1 Mio. Euro-Beträgen, einige Male zu beobachten. Die Abteilungen (19), (30) und (33) wiesen über den gesamten Zeitraum 1995-2006 für die Finanzialisierungsvariablen Null-Werte auf, weshalb sie zur Gänze ausgeschlossen wurden. Bei Abteilung (18) trat das Problem nur im Zeitraum 1995-2000 auf, weshalb diese Periode nicht berücksichtigt wurde.
- ²⁶ Während die Investitionen im Jahr 1997 sowie im gesamten Zeitraum 1999-2006 auf maximal das Doppelte steigen bzw. maximal um die Hälfte sinken, steigen diese im Jahr 1998 auf das Vierundzwanzigfache. Im Jahr 1996 konnte der Anstieg nicht berechnet werden, da für das Jahr 1995 keine Daten vorhanden sind. Der Absolutbetrag liegt 1996 aber auch in der Größenordnung des Jahres 1998.
- ²⁷ Da die Investitionen als abhängige Variable logarithmisch spezifiziert sind und die Profitquote nicht im Logarithmus eingeht, ist der Koeffizient der Profitquote in diesem Fall als Semi-Elastizität zu interpretieren.
- ²⁸ Die Darstellung der Indikatoren erfolgt für den Zeitraum 1969-2006. Die Daten für den Zeitraum 1969-1994 sind in der ISIS-Datenbank nicht enthalten und wurden den diversen Jahrgängen der statischen Jahrbücher bzw. Jahresberichte der Statistik Austria entnommen. Die Gliederung der Unternehmen nach ÖNACE-Sektoren wird erst seit dem Jahr 1995 durchgeführt. Von 1969 bis 1994 wurden die Firmen nach der Betriebs-systematik 1968 eingeteilt. Die Sektoren wurden für die Analyse verbunden, da sich die Gliederungen nicht wesentlich unterscheiden.
- ²⁹ Hahn (1990).
- ³⁰ Die Darstellungen der Bilanzen bzw. der Gewinn- und Verlustrechnungen unterscheiden sich in den Jahresberichten der Statistik Austria für die Zeiträume 1969-1991 und 1992-2006. Die Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen werden in den Jahresberichten der Statistik Austria erst ab dem Jahr 1997 getrennt dargestellt. Davor waren diese in der Position Erträge aus Beteiligungen inkludiert.
- ³¹ Im Zeitraum 1969-1991 wird in den Jahresberichten der Statistik Austria ausschließlich die Position Ertragszinsen ausgewiesen. Die getrennte Angabe der Wertpapiererträge sowie der Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens erfolgt erst ab 1992. Es ist jedoch nicht eindeutig, ob diese Erträge im Zeitraum 1969-1991 unter den Ertragszinsen erfasst wurden.
- ³² Die Wertschöpfung wurde für den Zeitraum 1969-1991 berechnet als Roherträge zuzüglich sonstige Erträge und abzüglich sonstige Aufwendungen. Für die Periode 1992-2006 wurde zuerst die Summe aus Umsatzerlösen, Bestandsveränderungen, aktivierten Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträgen ermittelt. Davon wurden dann die Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen exkl. Steuern abgezogen, um die Wertschöpfung zu erhalten.
- ³³ Auch hier ergibt sich eine unterschiedliche Darstellung der Statistik in den Jahresberichten. Während die Aufwandszinsen über den gesamten Zeitraum 1969-2006 ausgewiesen sind, sind die Aufwendungen aus Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens erst ab 1992 getrennt verfügbar. Es ist aber nicht klar, ob Letztere

im Zeitraum 1969-1991 unter der Position Aufwandszinsen erfasst wurden.

³⁴ Chaloupek et al. (2008).

³⁵ In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden für die Investitionen neben dem Sachanlagevermögen auch die immateriellen Vermögensgüter berücksichtigt. Letztere haben jedoch bei den hier betrachteten Aktiengesellschaften einen sehr geringen Anteil am Anlagevermögen, und eine Berücksichtigung der immateriellen Vermögensgüter ändert kaum etwas an der Darstellung in Abbildung 4.

³⁶ Der Betriebserfolg wird in der Statistik der Aktiengesellschaften erst ab 1992 angeführt. Für den Zeitraum 1969-1991 wurde der Betriebserfolg durch entsprechende Positionen aus der Gewinn- und Verlustrechnung berechnet. Dazu wurde zuerst die Summe aus Roherträgen und sonstigen Erträgen gebildet. Davon wurden dann die Löhne und Gehälter, die gesetzlichen Sozialabgaben, der freiwillige Sozialaufwand, die Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen, die Beiträge zu Berufsvertretungen, die sonstigen Aufwendungen und die lohn- und gehaltsabhängigen Steuern abgezogen. Die lohn- und gehaltsabhängigen Steuern stellen eine Unterposition der sonstigen Steuern und Abgaben dar. Zu diesen gehören noch Kommunalsteuern etc., aber nicht die Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen, die eine eigene Position in der GuV bilden. Die sonstigen Steuern und Abgaben weisen 1983 einen enormen Anstieg (mehr als das Fünffache) auf. Dieses höhere Niveau setzt sich bis 1989 fort. Ab 1990 liegen diese Steuern wieder auf einem ähnlichen Niveau wie vor 1983. Die lohn- und gehaltsabhängigen Steuern verzeichnen aber keinen ähnlichen Anstieg. Es ist jedoch unklar, wodurch der Anstieg der sonstigen Steuern und Abgaben verursacht wird, wobei auch ein Erhebungsfehler nicht ausgeschlossen werden kann. Durch dieses höhere Niveau würde auch der Betriebserfolg in den 1980er-Jahren einige negative Werte enthalten. Aus diesem Grund wurden hier nur die lohn- und gehaltsabhängigen Steuern berücksichtigt.

³⁷ Ćetković (2010).

³⁸ Eine Inklusion von Verzögerungen der abhängigen Variable führt bei der Analyse von Panel-Daten zu Problemen, weshalb in der Praxis in solchen Fällen Instrumentenvariablen für die Verzögerungen der abhängigen Variablen verwendet werden. Da in dieser Arbeit die Verzögerungen der abhängigen Variablen entfernt wurden, besteht hier keine Notwendigkeit für den Einsatz von Instrumentenvariablen.

³⁹ Beim *Likelihood Ratio*-Test auf gruppenweise Heteroskedastizität werden die Varianzen der einzelnen Querschnittseinheiten von der angenommenen gemeinsamen Varianz subtrahiert. Wenn sich die Varianzen nicht voneinander unterscheiden, sollte die sich dabei ergebende Statistik klein sein. Die Nullhypothese lautet also, dass die Sektoren eine gleiche Fehlervarianz haben. Der Lagrange-*Multiplier*-Test auf Autokorrelation erster Ordnung wendet im hier verwendeten Verfahren den Breusch-Godfrey-Test auf die Residuen an, die sich nach dem Abzug der zeitlichen Mittelwerte ergeben. Hier lautet die Nullhypothese, dass die Residuen keine Autokorrelation erster Ordnung aufweisen.

⁴⁰ McCloskey & Ziliak (1996).

⁴¹ Die Abnahme der Anzahl der Aktiengesellschaften führt dazu, dass sowohl die aggregierten Finanzeinnahmen als auch die aggregierten Finanzaufwendungen über den betrachteten Zeitraum weniger stark zunehmen als im Fall einer konstanten Unternehmensanzahl. Auf der anderen Seite sinken die aggregierten Investitionen durch den Wegfall der Unternehmen in einem stärkeren Ausmaß. Die schwächer steigenden Finanzeinnahmen bzw. Finanzaufwendungen würden somit nur einen geringeren Teil der stärker sinkenden Investitionen erklären. Eine Division durch die Bilanzsumme sollte den Effekt der abnehmenden Zahl an Firmen korrigieren.

⁴² Stockhammer (2010).

Literatur

- Aglietta, Michel, Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand (Hamburg 2000).
- Aglietta Michel; Rebérioux, Antoine, Corporate governance adrift. A critique of shareholder value (Cheltenham 2005).
- Allen, Franklin; Gale, Douglas, Comparing financial systems (Cambridge 2000).
- Argitis, George; Pitelis, Christos, Global Finance, Income Distribution and Capital Accumulation in: Contributions to Political Economy 25/1 (2006) 63-81.
- Baumgartner, Josef; Breuss, Fritz; Kaniovski, Serguei, WIFO-Macromod: An Econometric Model of the Austrian Economy, in: Oesterreichische Nationalbank (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops No. 5 (Wien 2005) 61-86.
- Bhaduri, Amit; Marglin, Stephen, Unemployment and the real wage: the economic basis for contesting political ideologies, in: Cambridge Journal of Economics 14/4 (1990) 375-393.
- Boyer, Robert, Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: Economy and Society 29/1 (2000) 111-145.
- Boyer, Robert, From Shareholder Value to CEO Power: the Paradox of the 1990s, in: Competition and Change 9/1 (2005) 7-47.
- Brenner, Robert, The Boom and the Bubble. The US in the World Economy (London 2002).
- Chaloupek, Günther; Russinger, Reinhold; Zuckerstätter, Josef, Strukturveränderungen und funktionale Einkommensverteilung in Österreich, in: Wirtschaft und Gesellschaft 34/1 (2008) 33-56.
- Ćetković, Predrag, Finanzialisierung und Industrieunternehmen. Das Investitionsverhalten österreichischer Aktiengesellschaften der sachgütererzeugenden Industrie unter finanzkapitalistischen Bedingungen (=Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 2010).
- Dallery, Thomas, Post-Keynesian theories of the firm under financialization, in: Review of Radical Political Economics 41/4 (2009) 492-515.
- Demir, Firat, Financial liberalization, private investment and portfolio choice: Financialization of real sectors in emerging markets, in: Journal of Development Economics 88/2 (2009) 314-324.
- Duménil, Gérard; Lévy, Dominique, Costs and benefits of neo-liberalism: a class analysis, in: Review of International Political Economy 8/4 (2001) 578-607.
- Ertürk, Ismail; Solari, Stefano, Banks as Continuous Reinvention in: New Political Economy 12/3 (2007) 369-388.
- Ertürk, Ismail; Froud, Julie; Johal, Sukhdev; Leaver, Adam; Williams, Karel (Hrsg.), Financialization at Work. Key Texts and Commentary (London 2008).
- Fenz, Gerhard; Spitzer, Martin, AQM – The Austrian Quarterly Model of the Oesterreichische Nationalbank, in: Oesterreichische Nationalbank (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops No. 5 (Wien 2005) 11-60.
- Froud, Julie; Haslam, Colin; Johal, Sukhdev; Williams, Karel, Shareholder value and financialization: consultancy promises, management moves, in: Economy and Society 29/1 (2000) 80-110.
- Gugler, Klaus, Investment Spending in Austria: Asymmetric Information versus Managerial Discretion (=Universität Wien, Department für Volkswirtschaft, Working Paper Nr. 9705, Wien 1997).

- Hahn, Franz, Portefeuilleverhalten von Großunternehmen der Industrie, in: Wifo-Monatsberichte 7/90 (1990) 440-448.
- Hein, Eckhard; Vogel, Lena, Distribution and growth reconsidered: empirical results for six OECD countries, in: Cambridge Journal of Economics 32/3 (2008) 479-511.
- Hofer, Helmut; Kunst, Robert, WIFO-Macromod: The Macroeconometric Model LIMA, in: Oesterreichische Nationalbank (Hrsg.), Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNBWorkshops No. 5 (Wien 2005) 87-116.
- Jürgens, Ulrich; Naumann, Katrin; Rupp, Joachim, Shareholder value in an adverse environment: the German case, in: Economy and Society 29/1 (2000) 54-79.
- Krippner, Greta R., The financialization of the American economy, in: Socio Economic Review 3/2 (2005) 173-208.
- Lapavistas Costas, Financialised Capitalism: Crisis and Financial Expropriation, in: Historical Materialism 17/2 (2009) 114-148.
- Lazonick, William; O'Sullivan, Mary, Maximizing Shareholder value: a new ideology for corporate governance, in: Economy and Society 29/1 (2000) 13-35.
- McCloskey, Deirdre N; Ziliak, Stephen, The Standard Error of Regressions, in: Journal of Economic Literature 34/1 (1996) 97-114.
- Morin, François, A transformation in the French model of shareholding and management, in: Economy and Society 29/1 (2000) 36-53.
- OECD, Financial markets and corporate governance, in: Financial Market Trends 62 (1995) 13-36.
- OECD, Shareholder value and the market in corporate control in OECD countries, in: Financial Market Trends 69 (1998) 15-38.
- OeNB, Finanzmarktstabilitätsbericht 15 (2008).
- Onaran, Özlem; Stockhammer, Engelbert; Grafl, Lucas, The finance-dominated growth regime, distribution, and aggregate demand in the US (=Wirtschaftsuniversität Wien, Department of Economics, Working Paper Nr. 126, Wien 2009).
- Orhangazi, Özgür, Financialization and capital accumulation in the non-financial corporate sector: A theoretical and empirical investigation on the US Economy: 1973-2003, in: Cambridge Journal of Economics 32/6 (2008) 863-886.
- Statistik Austria, Standard-Dokumentation zur Statistik der Aktiengesellschaften (Wien 2006).
- Statistik Austria, Statistisches Jahrbuch/Jahresbericht, diverse Jahrgänge (Wien).
- Stockhammer, Engelbert, Financialisation and the slowdown of accumulation, in: Cambridge Journal of Economics 28/5 (2004) 719-741.
- Stockhammer, Engelbert, Zwischen Exportorientierung und Finanzialisierung. Österreich im finanzdominierten Akkumulationsregime, in: Grisold, Andrea; Maderthaner, Wolfgang; Penz, O (Hrsg.), Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich (Wien 2010) 111-138.
- Stockhammer, Engelbert; Ederer, Stefan, Demand effects of the falling wage share in Austria, in: Empirica 35/5 (2008) 481-502.
- Valderrama, Maria, Credit Channel and Investment Behavior in Austria: A microeconomic approach (=Oesterreichische Nationalbank, Working Paper Nr. 58, Wien 2002).
- van Treeck, Till, Reconsidering the Investment-Profit Nexus in Finance-Led Economies: an ARDL-Based Approach, in: Metroeconomica 59/3 (2008) 371-404.
- van Treeck, Till, The macroeconomics of „financialisation“ and the deeper origins of the world economic crisis (=Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Working Paper Nr. 9/2009, Düsseldorf 2009).
- Vitols, Sigurt, Changes in Germany's Bank-Based Financial System: Implications for Corporate Governance, in: Corporate Governance: An International Review 13/3 (2005) 386-396.

Wesche, Katrin, Is there a Credit Channel in Austria? The Impact of Monetary Policy on Firms' Investment Decisions (=Oesterreichische Nationalbank, Working Paper Nr. 41, Wien 2000).

Wright, Erik, Classes (London 1985).

Zusammenfassung

Der Artikel untersucht die Auswirkungen der Finanzialisierung auf die Investitionen der Aktiengesellschaften des Industriesektors in Österreich. Die Untersuchung erfolgte für den Zeitraum 1996-2006 im Rahmen einer Panel-Daten-Analyse. Bezüglich der Finanzialisierung wurden zwei Hypothesen untersucht. Erstens führen steigende Einnahmen aus Finanzanlagen dazu, dass vermehrt Finanzinvestitionen und weniger Realinvestitionen getätigt werden. Dies ergibt sich aus einer zunehmenden Profitorientierung des Unternehmensmanagements. Zweitens haben auch die gestiegenen Ausschüttungen der Profite eine sinkende Anschaffung von physischen Anlagen zur Folge, da durch diese Zahlungen weniger interne Mittel zur Finanzierung der Investitionen vorhanden sind. Bei den österreichischen Aktiengesellschaften zeigt sich, dass – wenn auch etwas später als in angelsächsischen Ländern – sowohl die Finanzeinkommen als auch die Finanzaufwendungen stark angestiegen sind. Den ökonometrischen Ergebnissen nach konnte für beide Wirkungsweisen ein negativer Einfluss festgestellt werden. Die statistische Signifikanz beider Effekte liegt jedoch knapp unter den üblichen Grenzen. Für die ökonomischen Auswirkungen der geschätzten Effekte ergibt sich, dass sowohl die Finanzeinnahmen als auch die Finanzaufwendungen, beide im Verhältnis zur Bilanzsumme, für jeweils ein Fünftel der Abnahme der Sachanlagenzugänge im Verhältnis zur Bilanzsumme verantwortlich sind.

Tabelle A.1: Anzahl Aktiengesellschaften nach ÖNACE-Abteilungen (ÖNACE-Zweisteller) im Sektor Sachgütererzeugung, 1995-2006

ÖNACE-Abteilung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
15 H. v. Nahrungs-, Genussmitteln u. Getränken	19	19	18	17	19	19	19	18	17	15	14	15
16 Tabakverarbeitung	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	0
17 H. v. Textilien u. Textilwaren (ohne Bekleidung)	9	7	7	8	11	11	11	11	10	9	6	6
18 H. v. Bekleidung	6	5	4	3	2	2	2	2	2	2	2	2
19 Ledererzeugung u. -verarbeitung	0	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1
20 Be- u. Verarb. von Holz (ohne H. v. Möbeln)	4	5	3	3	4	3	3	4	4	4	3	3
21 H. u. Verarbeitung von Papier u. Pappe	13	12	10	9	11	11	9	10	9	9	6	6
22 Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	4	5	9	7	9	6	6	7	6	6	5	5
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0	0	0
24 H. v. Chemikalien u. chem. Erzeugnissen	12	12	11	12	10	9	10	8	8	9	9	11
25 H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3	4	4	4	6	7	7	5	5	5	5	5
26 H. u. B. v. Glas, Waren aus Steinen u. Erden	13	12	16	15	16	12	11	12	11	11	9	7
27 Metallerzeugung u. -bearbeitung	12	11	10	10	12	10	10	10	11	11	9	8
28 H. v. Metallerzeugnissen	12	14	13	15	19	20	17	18	15	15	13	10
29 Maschinenbau	29	27	25	23	27	27	25	22	21	20	19	18
30 H. v. Büromasch. u. Datenverarbeitungsger.	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	1	2
31 H. v. Geräten der Elektrizitätserzeug. u. -verteil.	8	10	10	9	9	8	8	7	7	7	7	7
32 Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	7	6	8	6	7	7	8	8	10	9	9	9
33 Medizin-, Mess- u. Regelungstechnik; Optik	3	3	1	1	0	1	0	0	2	2	2	5
34 H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	6	6	4	4	3	4	5	4	4	4	3	3
35 Sonstiger Fahrzeugbau	2	4	3	4	5	4	4	3	2	2	1	1
36 H. v. sonstigen Erzeugnissen	5	4	3	4	5	5	5	5	5	4	5	5
37 Rückgewinnung (Recycling)	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
D Sachgütererzeugung insgesamt	170	168	161	157	179	170	164	158	152	146	129	129

Q: Statistik der Aktiengesellschaften (ISIS-Datenbank)

NEUERSCHEINUNGEN

Helge Peukert

Die große Finanzmarktkrise

Eine staatswissenschaftlich-finanzsoziologische Untersuchung



Die Finanzkrise widerlegt radikal die von Wirtschaft, Politik und der großen Mehrheit der Mainstream-ökonomie geteilte Weltsicht, dass Selbstkontrolle, soft regulation und das Eigeninteresse der Akteure zu effizienten Finanzmärkten führt. Lehren hat man im finanzwirtschaftlich-politisch-wissenschaftlichen Komplex aus dieser Jahrhundert Erfahrung Interessen- und ideologiebedingt zugunsten kleinkarrierter Marginalreformen bisher nicht gezogen. Dieses Buch begegnet diesem Mangel.

557 Seiten, 29,80 €, ISBN 978-3-89518-836-7

Armin Steinbach, Philipp Steinberg

Nach der Krise ist vor der Krise

Haben wir die richtigen Lehren gezogen und was bleibt zu tun?



Die Auswirkungen der Krisen der letzten Jahre auf die Realwirtschaft sind so gravierend gewesen, dass ein Umdenken in der Wirtschafts- und Steuerpolitik unausweichlich erscheint. Wie ist unsere Wirtschaftspolitik aufgestellt, um diese Fehlentwicklungen zu korrigieren? Welches sind die Weichenstellungen, die erforderlich sind, um die Grundlagen für krisenfestes Wachstum zu legen? Das Buch bietet neben fundierten Analysen eine Fülle an Vorschlägen, Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen.

233 Seiten, 19,80 €, ISBN 978-3-89518-843-5

m etropolis-Verlag

Metropolis-Verlag

www.metropolis-verlag.de

Krise des finanzdominierten Kapitalismus – Plädoyer für einen keynesianischen *New Deal* für Europa und die Weltwirtschaft*

Eckhard Hein, Achim Truger

1. Einleitung

Größere Teile der Weltwirtschaft haben weiterhin erhebliche Schwierigkeiten, die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit der Großen Depression vom Ende der 1920er- bis Mitte der 1930er-Jahre zu überwinden und auf den Wachstumspfad vor der Krise zurückzukehren. Einerseits handelt es sich bei der seit 2007 anhaltenden Krise um eine Finanzkrise, die mit dem Kollaps des Marktes für zweitklassige Immobilienkredite (*Subprime Mortgages*) in den USA im Sommer 2007 ihren Anfang nahm, sich mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 dramatisch beschleunigte und mit der Eurokrise des Jahres 2010 einen weiteren Höhepunkt erlebte. Unter den Bedingungen der deregulierten und liberalisierten Finanzmärkte hat sich diese Finanzkrise rapide über die ganze Welt ausgebreitet. Andererseits handelt es sich bei der Krise aber auch um eine Krise der Realwirtschaft, die bereits deutlich vor der Finanzkrise mit einem wirtschaftlichen Abschwung in den USA einsetzte. Die Finanzkrise und die Krise der Realwirtschaft haben sich gegenseitig verstärkt, wodurch im Jahr 2009 das globale reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erstmals seit Generationen wieder schrumpfte und die Erholung insbesondere im Euroraum, im Vereinigten Königreich und in Japan nur sehr schleppend verläuft.¹ Obwohl sich in fast allen Ländern im Jahr 2010 wieder positive BIP-Wachstumsraten einstellen werden und die Konjunkturbeobachtung von einer konjunkturellen Erholung und damit von einem Ende der Krise spricht, verwenden wir im Folgenden den Begriff der Krise auch für das Jahr 2010, da in keinem der von der Krise betroffenen entwickelten Industrieländer in diesem Jahr eine Rückkehr zum Wachstumspfad vor der Krise erfolgen wird und diese Länder daher weiterhin durch eine erhebliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten gekennzeichnet sind.

Der Zusammenbruch der Weltwirtschaft konnte durch geldpolitische Interventionen, die dem Geldmarkt massiv Liquidität zuführten, wodurch

eine Kernschmelze im Finanzsektor verhindert wurde, und darüber hinaus durch massive fiskalpolitische Programme aufgehalten werden. Die anhaltende globale Krise – mit ernsthaften deflationären Risiken in der Zukunft – stellt u. E. jedoch einen Strukturbruch in der langfristigen Entwicklung dar. Seit Beginn der 1980er-Jahre wurde diese Entwicklung durch das neoliberale Modell der deregulierten Arbeitsmärkte, der Zurückdrängung von staatlichen (sozialpolitischen) Interventionen, der Umverteilung des Einkommens von den (niedrigen) Arbeitseinkommen zu den Gewinnen und den hohen Managementgehältern und der deregulierten internationalen Finanzmärkte dominiert. In den USA und dem Vereinigten Königreich war dieses Modell, in Kombination mit expansiver Geld- und zum Teil auch Fiskalpolitik, in der Lage, längere Phasen hohen Wirtschaftswachstums und geringer Arbeitslosigkeit zu generieren; diese Volkswirtschaften zeigten eine deutlich bessere Entwicklung als der Euroraum und insbesondere Deutschland als größte europäische Volkswirtschaft.² Das neoliberale Modell war bis vor Kurzem auch durch eine lange Phase hohen Wachstums der Weltwirtschaft, mit den USA als Nachfragelokomotive, gekennzeichnet. Wie die Krise jedoch offenlegte, fußte dieses Modell auf beachtlichen Ungleichgewichten, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

Im Abschnitt 2 dieses Beitrags werden wir die mit dem neoliberalen Modell des finanzdominierten Kapitalismus verbundenen langfristigen Ungleichgewichte skizzieren, die der Krise zugrunde liegen. Wir werden uns hierbei auf die Entwicklungen in den USA, in Deutschland und im Euroraum konzentrieren. Als Ergebnis dieser Analyse argumentieren wir, dass sowohl kurz- als auch langfristig die USA nicht mehr länger in der Lage sein werden, als Motor der globalen Nachfrage zu fungieren. Das wirtschaftspolitische Regime des Euroraums wird zudem verhindern, dass dieser die Rolle der Weltkonjunkturlokomotive übernimmt. Stattdessen generiert es vielmehr ein erhebliches Stagnations- und Deflationsrisiko für diese Region. Diese Analyse hat weitreichende Implikationen für die Wirtschaftspolitik, die über die unmittelbaren Reaktionen auf die Krise hinausreichen, insbesondere für die Länder, die von der starken US-Nachfrage in der Vergangenheit profitierten – d. h. die Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen, insbesondere China, Japan und Deutschland. Vor diesem Hintergrund liefert Abschnitt 3 eine kurze Rückschau auf die kurzfristigen wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise und skizziert die Perspektiven für zukünftige Entwicklungen. In Abschnitt 4 werden dann die langfristigen Anforderungen an die Wirtschaftspolitik beschrieben, mit dem Ziel, die drohende anhaltende deflationäre Stagnation in wesentlichen Regionen der Weltwirtschaft zu verhindern, insbesondere im Euroraum, aber auch in den USA. Wir argumentieren, dass ein keynesianischer *New Deal* für Europa und die Weltwirtschaft die drei

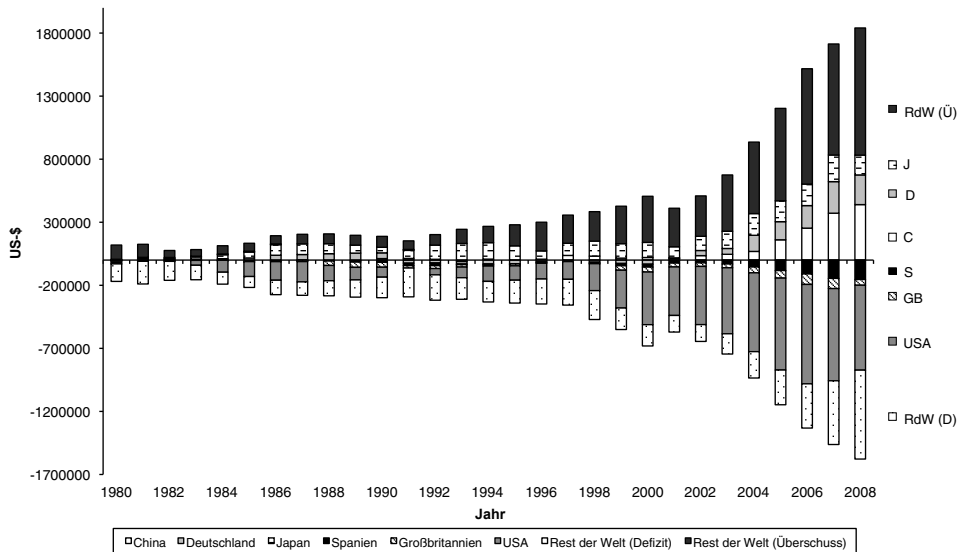
Hauptursachen der gegenwärtigen Krise überwinden muss: die ineffiziente Regulierung der Finanzmärkte, die zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, auf europäischer und globaler Ebene. Abschnitt 5 gibt eine kurze Zusammenfassung.

2. Langfristige Ungleichheiten und Ungleichgewichte des finanzdominierten Kapitalismus und die gegenwärtige Krise

Die gegenwärtige Krise wird oft als Folge von liberalisierten Finanzmärkten, falschen Anreizen, Habgier, bewusster Täuschung, Herdenverhalten der wirtschaftlichen Akteure etc. interpretiert.³ Dies ist kaum zu leugnen: Es ist sicherlich wahr, dass die ineffiziente Regulierung der Finanzmärkte eine wichtige Ursache der aktuellen Krise darstellt. Es gibt jedoch mindestens zwei weitere zentrale Ursachen, die insbesondere die Tiefe und die rasche weltweite Verbreitung der Krise erklären: die zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung und die globalen Leistungsbilanzungleichgewichte, die sich mit der zunehmenden Finanzmarktorientierung herausbildeten.⁴ Wir werden uns auf diese Ursachen konzentrieren, die von den USA ausgingen, wo eine steigende Finanzmarktorientierung bereits in den frühen 1980er-Jahren begann.⁵ Obwohl der in diesem Kontext oft verwendete Begriff der Finanzialisierung viele Facetten aufweist,⁶ bevorzugen wir eine makroökonomische Perspektive und betrachten Finanzmarktorientierung und Finanzialisierung in erster Linie im Hinblick auf ihre Wirkungen auf Einkommensverteilung, Konsum und Investitionen.⁷ Aus dieser Perspektive werden wir kurz die langfristige Entwicklung bis hin zur aktuellen Krise einerseits in den USA sowie andererseits in Deutschland und im Euroraum umreißen.⁸ Die USA und Deutschland können als zwei Hauptrepräsentanten der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte betrachtet werden, die USA als das Haupt-Defizitland und Deutschland – zusammen mit China, Japan und den Öl produzierenden Ländern – als eines der Haupt-Überschussländer.⁹ Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, sind die Ungleichgewichte insbesondere seit den frühen 2000er-Jahren explodiert, als die Erholung nach der *New Economy*-Krise begann.

2.1 Finanzialisierung und der nicht nachhaltige, schuldengetriebene Konsumboom in den USA

Die zunehmende Finanzmarktorientierung seit den frühen 1980er-Jahren in den USA war mit einer beachtlichen Einkommensumverteilung verbunden. Einerseits erhöhten hohe Arbeitslosigkeit, die Schwächung der Gewerkschaften und die steigende *Shareholder Value*-Orientierung des Managements den Druck auf die Lohnforderungen von abhängig Beschäf-

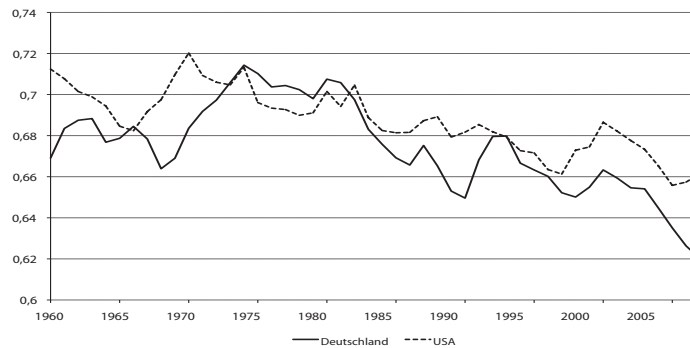
Abbildung 1: Leistungsbilanzsalden 1980-2008 (in Mio. US-\$)

Quelle: IWF, World Economic Outlook-Datenbank, eigene Berechnungen.

tigten und Gewerkschaften und trugen zum Fall der Arbeitseinkommensquote bei, der bereits in den 1970er-Jahren begonnen hatte (Abbildung 2).¹⁰ Die *Shareholder Value*-Orientierung des Managements wurde dabei insbesondere durch aktienmarktorientierte Vergütungssysteme und einen Markt für *Corporate Control* getrieben, wodurch eine Politik des *Downsize and Distribute* gegenüber einer fordistischen Politik des *Retain and Invest* begünstigt wurde, um die Aktienpreise hoch zu halten.¹¹ Andererseits ist die personelle Einkommensungleichheit wieder auf ein Niveau gestiegen, wie es seit den 1920er-Jahren nicht mehr zu beobachten war, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs der Gehälter des Top-Managements (Abbildung 3).¹²

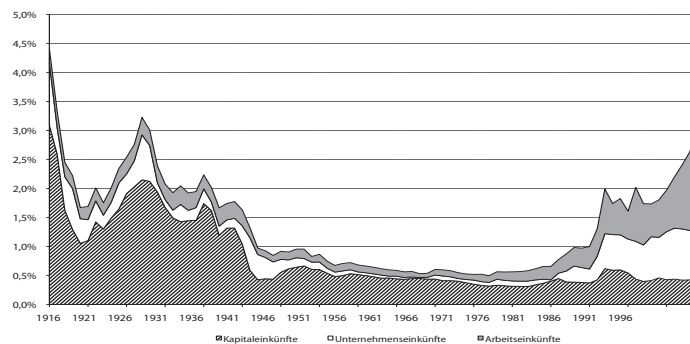
Vor dem Hintergrund dieser Trends in der Einkommensverteilung haben sich die realen Investitionen in den USA seit Beginn der 1980er-Jahre nur schwach entwickelt, mit der Ausnahme des *New Economy*-Booms in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre. Seit den frühen 1980er-Jahren war eine Entkopplung der Entwicklung von Investitionen und Gewinnen zu beobachten, begleitet durch einen äußerst dynamischen Anstieg der Aktienkurse bis zum Platzen der *New Economy*-Blase im Jahr 2000 (Abbildung 4). Zwei Eigenschaften der Finanzialisierung haben zu der schwachen Tendenz der Realinvestitionen beigetragen: Erstens hat die steigende Dominanz der Aktionäre gegenüber dem Management die Präferenzen der Unternehmen als Ganzes geändert: Die kurzfristige Maximierung des *Shareholder Value* durch Gewinnausschüttungen und Aktienrückkäufe wurde im Vergleich zu realen Investitionsprojekten bevorzugt, welche

Abbildung 2: Arbeitseinkommensquote (in % des BIP zu Faktorkosten) in den USA und Deutschland 1960-2007



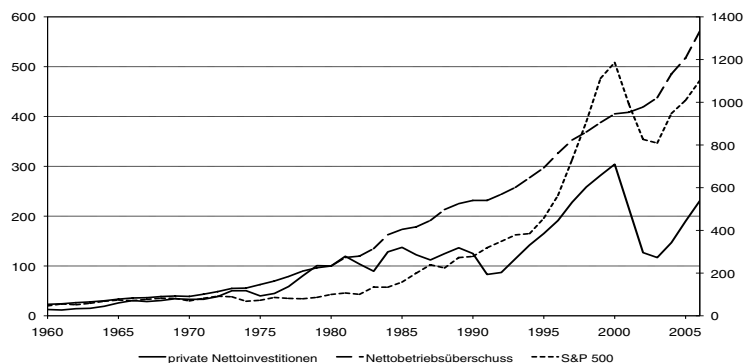
Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission.

Abbildung 3: Anteil und Zusammensetzung der obersten 0,01 Prozent der Einkommen in den USA (in % des Gesamteinkommens) 1916-2000



Quelle: Piketty, Saez (2006).

Abbildung 4: Anlageinvestitionen, Gewinne und Aktienkurse, USA 1960-2006 (1980 = 100)



Quelle: van Treeck (2009a).

möglicherweise nur langfristige Gewinne versprochen. Zweitens haben steigende Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe zur Steigerung der Aktienkurse – und um feindliche Übernahmen zu verhindern – die internen Mittel zur Finanzierung für realwirtschaftliche Investitionsprojekte reduziert.¹³

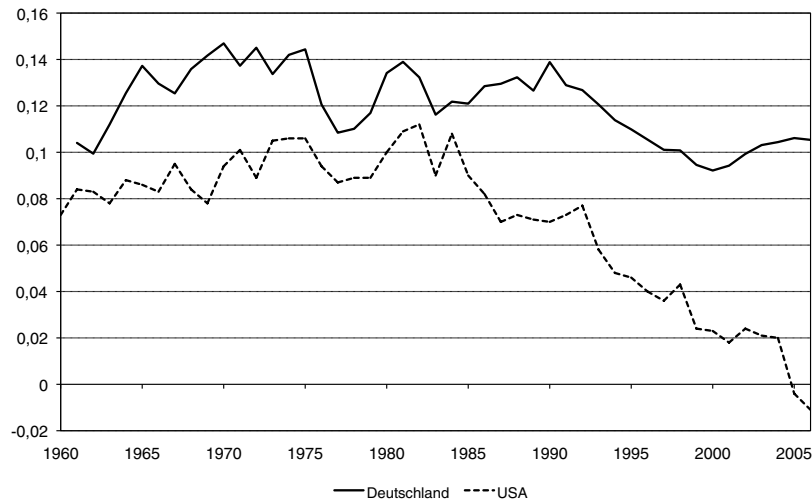
Makroökonomisch kann eine Konstellation der Profite ohne Investitionen,¹⁴ wie in den USA seit den frühen 1980er-Jahren, nur entstehen, wenn die schwache Investitionsnachfrage durch einen hohen Konsum aus Gewinnen oder Löhnen, durch ein hohes Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte oder durch einen hohen Leistungsbilanzüberschuss kompensiert wird.¹⁵ In den USA wurden steigende Gewinne angesichts schwacher Investitionen insbesondere durch einen Anstieg des privaten Konsums ermöglicht; seit den frühen 1980er Jahren wurde das im internationalen Vergleich relativ hohe Wachstum hauptsächlich durch die privaten Konsumausgaben getragen. Der Wachstumsbeitrag der privaten Investitionen ging zurück – ausgenommen die Phase des *New Economy*-Booms – und der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte war seit Mitte der 1990er-Jahre negativ.¹⁶ In Rezessionen stabilisierten zudem öffentliche Haushaltsdefizite in einer Größenordnung von bis zu 6 Prozent des BIP das Wachstum und somit die Gewinne.¹⁷

Auf der Grundlage stagnierender Reallöhne und der o. g. Umverteilungsprozesse war die dynamische Konsumnachfrage gleichbedeutend mit einer sinkenden Sparneigung aus laufendem Einkommen und damit einer steigenden Schuldenlast von größeren Teilen des Sektors der privaten Haushalte (Abbildung 5).¹⁸ Der Aktienmarktboom in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre, gefolgt vom Hauspreisboom bis zur aktuellen Krise, generierte (scheinbar) Sicherheiten, gegen die die Haushalte Kredite aufnehmen konnten. Liberalisierte Kreditstandards und der Trend zu Verbriefungen (*originate and distribute*) ließen die Kreditwürdigkeitsstandards sinken und ermöglichten eine steigende Verschuldung der privaten Haushalte.¹⁹ Als die Hauspreise angesichts steigender Zinsen aufhörten zu steigen, löste der Zusammenbruch des Marktes für zweitklassige Immobilienkredite, d. h. für Kredite an eigentlich nicht kreditwürdige Haushalte, die Finanzkrise aus.

Fasst man zusammen, so wurden unter der Oberfläche einer anscheinend robusten und dynamischen Entwicklung in den USA seit den frühen 1980er-Jahren bedeutende Ungleichgewichte erzeugt, die wesentlich für die Tiefe der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die Geschwindigkeit ihrer Ausbreitung waren. Abbildung 6 zeigt diese Ungleichgewichte, indem die sektoralen Finanzierungssalden, die sich per Definition zu null summieren müssen, als Anteil am nominalen BIP dargestellt werden. Trotz schwacher privater Investitionen nach dem Kollaps des *New Economy*-Booms wurde der Saldo des privaten Sektors negativ, was auf den

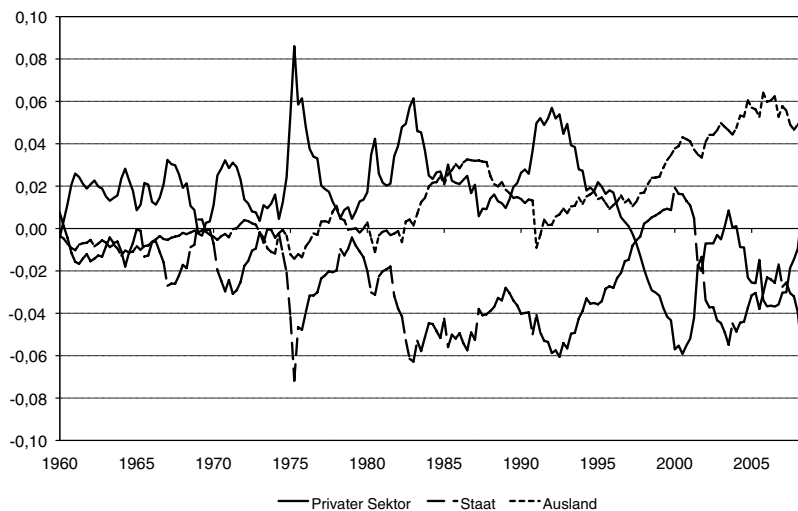
verschuldungsbasierten Konsumboom zurückzuführen ist. Der Saldo des Staates wurde – auch aufgrund bewusst antizyklischer Fiskalpolitik – negativ. Folglich musste der Saldo des Auslands positiv sein: Hohe und steigende Leistungsbilanzdefizite bedeuteten steigende Kapitalimporte, welche den US-Konsumboom und die staatlichen Defizite finanzierten.

Abbildung 5: Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland und den USA 1960-2006



Quelle: OECD Economic Outlook-Datenbank; NIPA; eigene Berechnungen.

Abbildung 6: Sektorale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, USA 1960-2008



Quelle: NIPA; eigene Berechnungen.

Eine solche Konstellation ist äußerst fragil, weil sie sich binnenwirtschaftlich auf ständig steigende Vermögenspreise verlassen muss, um mittels steigender Verschuldung der privaten Haushalte den Anstieg der Konsumnachfrage unter den Bedingungen einer geringen Lohnquote und hoher Ungleichheit der Haushaltseinkommen zu erlauben. Außenwirtschaftlich muss eine einschneidende Abwertung des US-Dollars verhindert werden, die eigentlich erforderlich gewesen wäre, um die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der US-Produzenten und somit die Leistungsbilanz zu verbessern. Nur so sind stetige Kapitalimporte gewährleistet, ohne die heimischen Zinsen deutlich erhöhen zu müssen, was wiederum die Gefahr des Kollapses der heimischen Nachfrage nach sich gezogen hätte. Wenn eine solche Konstellation schließlich zusammenbricht, sind nicht nur die USA betroffen, sondern auch die übrige Welt. Vor allem die Überschussländer müssen dann zweifach leiden. Erstens werden ihre mit den Leistungsbilanzüberschüssen verbundenen Kapitalexporte in den hoch spekulativen US-Markt durch die Finanzkrise entwertet, weshalb die Finanzkrise diese Überschussländer schnell ansteckt. Zweitens brechen ihre Exportmärkte ein, wodurch sie auch schnell von der realwirtschaftlichen Krise betroffen werden.²⁰

2.2 Dysfunktionaler Merkantilismus in Deutschland

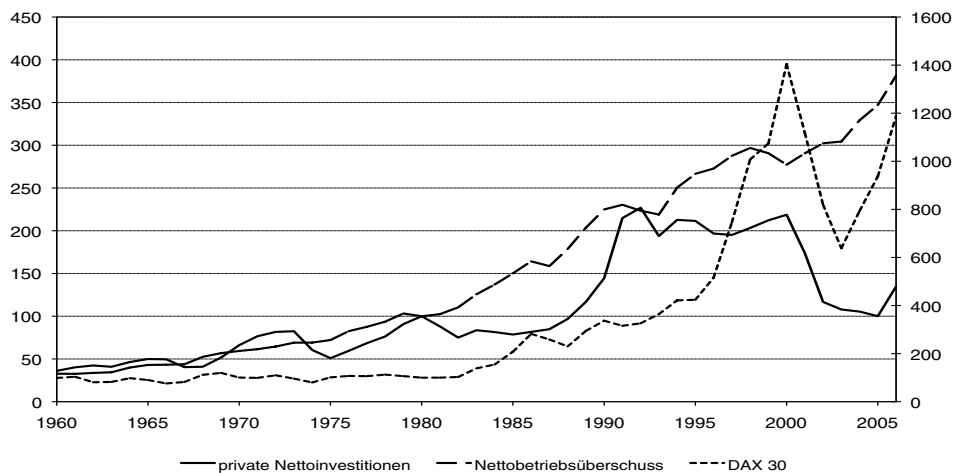
2.2.1 Neomerkantilismus in Deutschland als Gegenstück zur US-Entwicklung

Vor dem Hintergrund einer fallenden Lohnquote seit Mitte der 1970er-Jahre (Abbildung 2) und steigender Ungleichheit der Haushaltseinkommen während der 1990er-Jahre²¹ wurde auch die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland seit den frühen 1980er-Jahren durch eine Entkopplung der Gewinne von den Realinvestitionen dominiert, die nur durch den Wiedervereinigungsboom Anfang der 1990er-Jahre unterbrochen wurde (Abbildung 6). Eine steigende Finanzmarktorientierung kann für diese Entwicklung erst seit den 1990er-Jahren verantwortlich gemacht werden, weil die wesentlichen Schritte der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte erst in diesem Zeitraum erfolgten:²² 1991 kam es zur Aufhebung der Börsenumsatzsteuer, 1998 zur Legalisierung von Aktienrückkäufen, 2002 zur Befreiung der Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen aus Kapitalgesellschaften von der Körperschaftsteuer und 2004 zur Legalisierung von *Hedge-Fonds*.

Wie wir an anderer Stelle detaillierter analysiert haben, haben eine restriktive makroökonomische Wirtschaftspolitik und eine schwache Binnen- nachfrage zu den schwachen Investitionen signifikant beigetragen – und damit auch zur schwachen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung

in Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre und vor allem nach der Rezession 2000/01.²³ Steigende Unsicherheit, verursacht durch eine Politik der strukturellen Reformen und der Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt (Agenda 2010 und Hartz-Gesetze), die Subventionierung der kapitalbasierten Riester- und Rürup-Renten sowie die Umverteilung zu Lasten von (niedrigen) Arbeitseinkommen und zugunsten von Gewinnen und hohen Einkommensbeziehern haben zu einem Anstieg der durchschnittlichen Sparquote der privaten Haushalte seit 2001 und damit zu einer schwachen Konsumnachfrage beigetragen (Abbildung 5). Der Druck auf die Gewerkschaften führte zu extrem moderaten Lohnsteigerungen, trug zu einer unter dem Euroraum-Durchschnitt liegenden Inflationsrate bei und führte damit zu überdurchschnittlich hohen Realzinsen. Dies machte Deutschland besonders empfindlich für die restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Versuche der Fiskalpolitik, die öffentlichen Haushalte über Ausgabenkürzungen in Zeiten schwacher privater Nachfrage auszugleichen, führten zu einer weiteren Schwächung der Binnen-nachfrage, ohne dabei das Konsolidierungsziel zu erreichen.²⁴

Abbildung 7: Realinvestitionen, Gewinne und Aktienkurse, Deutschland 1960-2006 (1980 = 100)



Quelle: van Treeck (2009a).

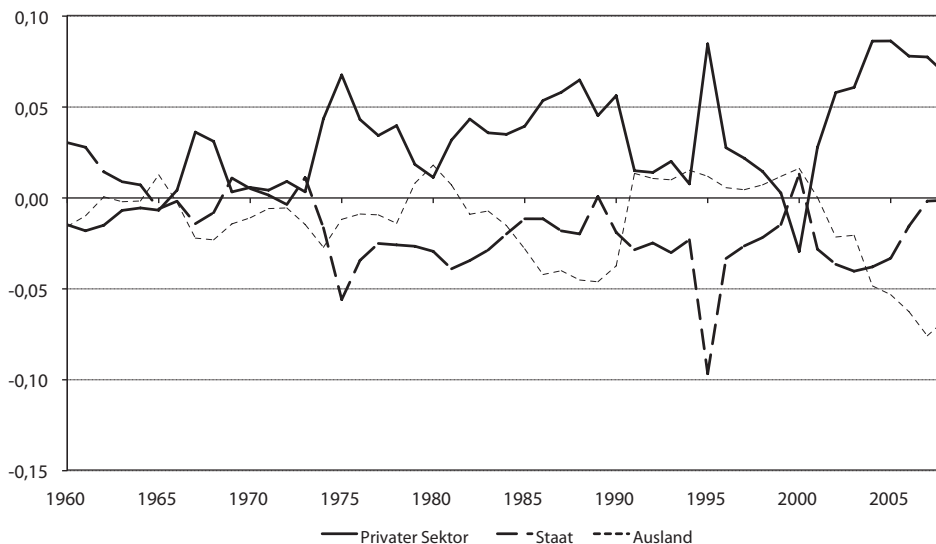
Der hohe und ständig steigende Exportüberschuss blieb daher die einzige Triebkraft des schwachen Wachstums. Der Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft stieg signifikant: 1995 hatte der Anteil der nominalen Exporte am nominalen BIP noch 24 Prozent betragen; bis 2008 stieg er auf 47,3 Prozent. Der Leistungsbilanzüberschuss erreichte nach der Rezession 2000/2001 schnell Werte von mehr als 4 Prozent des BIP; auf dem Höhepunkt im Jahr 2007 betrug er 7,9 Prozent des BIP. Die Gründe

für die steigenden Export- und Leistungsbilanzüberschüsse waren einerseits die geringe Binnennachfrage, welche die Importe im Vergleich zu den Exporten dämpfte, und andererseits die extreme Lohnzurückhaltung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten deutlich verbesserte.

Wie an den sektoralen Finanzierungssalden – in Relation zum nominalen BIP – in Abbildung 8 zu sehen ist, stellte Deutschland ein Gegenstück zur US-Entwicklung dar, insbesondere seit der Rezession 2000/01. Die schwachen Investitionen wurden nicht durch einen starken privaten Konsum kompensiert; der private Finanzierungssaldo war daher stark positiv. Stattdessen stabilisierten die hohen und steigenden deutschen Leistungsbilanzüberschüsse und damit ein negativer Finanzierungssaldo des Auslandes die schwache heimische wirtschaftliche Aktivität und die Gewinne. Der Finanzierungssaldo des Staates blieb seit den frühen 1990er-Jahren negativ. Im Unterschied zu den USA waren die staatlichen Budgetdefizite jedoch nicht Ergebnis aktiver und expansiver Fiskalpolitik, sondern das makroökonomische Ergebnis prozyklisch restriktiver Fiskalpolitik in Zeiten einer stagnativen Entwicklung.²⁵

Während das dynamische konsumgetriebene Modell der USA auf den Willen und die Möglichkeit der privaten Haushalte, sich zu verschulden, sowie des Auslandes, Kredite zu vergeben, angewiesen war, beruhte das stagnierende neomerkantilistische Modell Deutschlands auf dem Willen und der Möglichkeit des Auslandes, sich zu verschulden. Im Gegensatz

Abbildung 8: Sektoriale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, Deutschland 1960-2008



Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR); eigene Berechnungen.

zur öffentlichen Meinung vor der Krise war dieses deutsche Modell damit ebenso fragil wie das amerikanische: Einerseits mussten die lediglich mäßigen Wachstumsraten sich auf dynamische Exportmärkte und somit die Expansion der Weltwirtschaft verlassen. Andererseits brachten steigende Kapitalexporte in dynamischere Volkswirtschaften die Gefahr der Ansteckung im Fall von Finanzkrisen auf diesen Märkten mit sich. Während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wurden die beiden Abhängigkeiten und die mit ihnen verbundenen Übertragungskanäle der Krise dann auf dramatische Weise sichtbar.

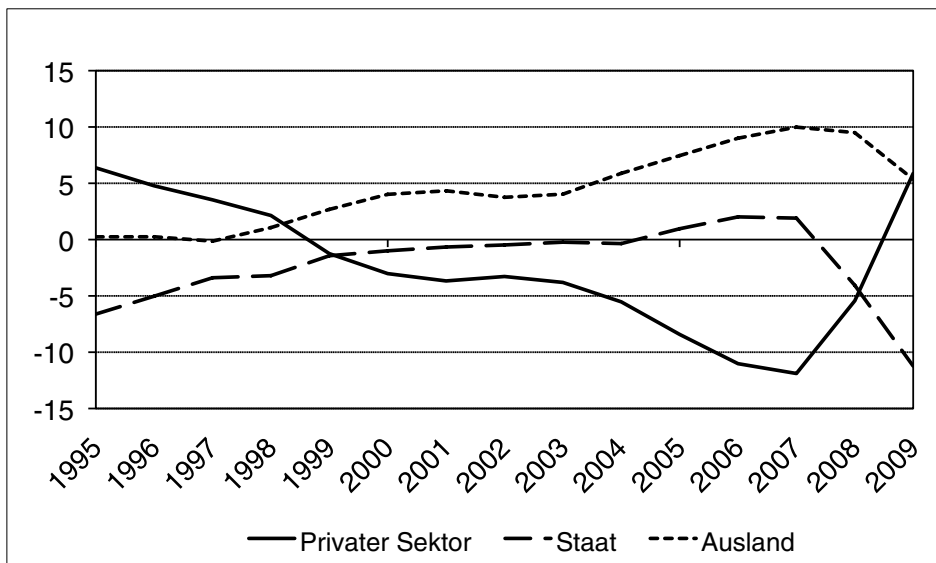
2.2.2 Neomerkantilismus in Deutschland als wesentlicher Beitrag zur Eurokrise

Das deutsche neomerkantilistische Regime geringen Wachstums hat nicht nur zu den weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen; es ist auch zu einem erheblichen Teil verantwortlich für die Ungleichgewichte im Euroraum, die im Rahmen der Eurokrise ins öffentliche Bewusstsein rückten. Diese Krise begann mit den Problemen der öffentlichen Verschuldung in Griechenland zu Beginn des Jahres 2010 und den dramatischen Notfallmaßnahmen der Euroländer und des IWF, die erforderlich waren, um einen griechischen Staatsbankrott – möglicherweise auch nachfolgende Probleme anderer Mitgliedsländer des Euroraums (Portugal, Spanien, Irland) und somit einen Kollaps der Währungsunion – zu verhindern.

Die vorherrschende Interpretation der Krise durch den *Mainstream* der Wirtschaftswissenschaften und der Politik sieht die hohe und steigende Staatsverschuldung sowie das Scheitern des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) bei der Beschränkung der öffentlichen Haushaltsdefizite als wesentliche Ursachen für die Krise, die daher in der Zukunft behoben werden müssen. Aus dieser Sicht stellen fiskalpolitisch unverantwortliche Regierungen, die zu hohe öffentliche Defizite in Kauf genommen haben, die eigentliche Bedrohung für die Existenz des Euroraums dar.

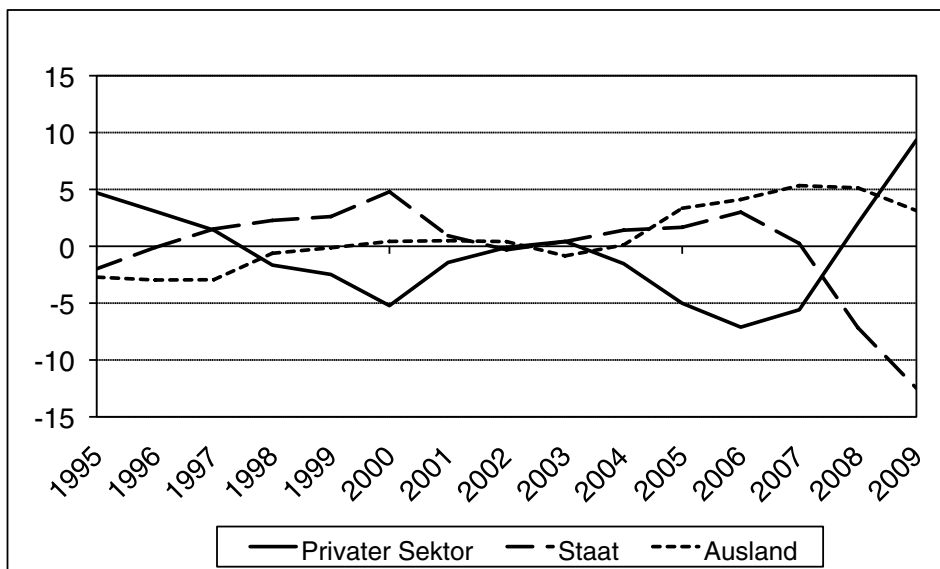
Ein kurzer Blick auf die Daten lässt jedoch sofort Zweifel an dieser Sichtweise aufkommen.²⁶ Irland und Spanien hatten z. B. vor der Krise keinerlei Probleme mit dem SWP. Irland wies im Jahr 2006 einen Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt von 3 Prozent des BIP auf, und Spanien hatte 2007 einen gesamtstaatlichen Überschuss von 1,9 Prozent des BIP zu verzeichnen. Im Jahr 2007 betrug die öffentliche Schuldenstandsquote 25 Prozent in Irland und 36 Prozent in Spanien – beide Länder lagen also deutlich unterhalb eines Anteils der öffentlichen Verschuldung am BIP von 60 Prozent! Anhand der Kriterien des SWP war also weder in Irland noch in Spanien das Risiko eines Staatsbankrotts zu vermuten. Dass diese Länder trotzdem in Schwierigkeiten geraten sind, hat vielmehr mit einem anderen Ungleichgewicht zu tun: Ähnlich wie in den USA hatte sich in der

Abbildung 9: Sektorale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, Spanien 1995-2009



Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

Abbildung 10: Sektorale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, Irland 1995-2009



Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

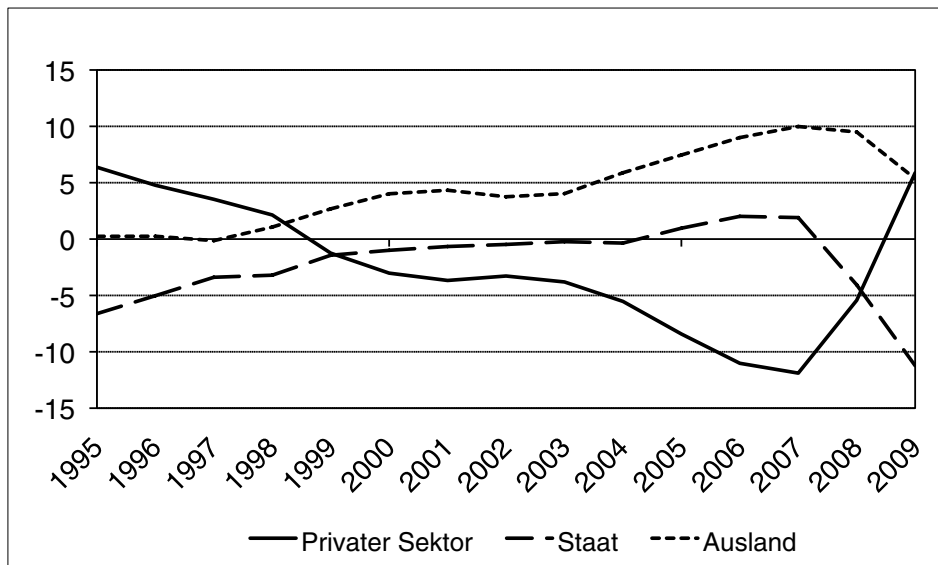
Prosperitätsphase vor der Krise eine übermäßige Verschuldung des Privatsektors aufgebaut, teilweise wegen des Immobilienpreisbooms.

Die Abbildungen 9 und 10 zeigen die Finanzierungssalden des Privatsektors, des öffentlichen Sektors und des Auslandes jeweils für Spanien und Irland. In beiden Ländern, besonders ausgeprägt in Spanien, zeigen sich vor der Krise hohe Finanzierungsdefizite des Privatsektors (mehr als 5 Prozent des BIP in Irland und mehr als 10 Prozent des BIP in Spanien), die von Überschüssen des öffentlichen Sektors und in einem hohen Maße von Leistungsbilanzdefiziten, d. h. Finanzierungsüberschüssen des Auslandes, begleitet wurden. In der Krise bildete der private Sektor dann rasch Überschüsse, und der öffentliche Finanzierungssaldo wurde als Folge der passiven und aktiven Stabilisierung der Volkswirtschaften durch den Staat deutlich negativ. Nicht nachhaltige Staatsfinanzen sind also in beiden Fällen das Resultat von nicht nachhaltigen privaten Finanzierungssalden und damit verbundenen nicht nachhaltigen Leistungsbilanzdefiziten.

Wirft man einen Blick auf die beiden anderen sogenannten PIGS-Länder, so ergibt sich ein ähnliches Muster. In Portugal und Griechenland wiesen die inländischen Sektoren, privater Sektor und Staat, seit Beginn der Währungsunion erhebliche Defizite auf (Abbildungen 11 und 12). Diese Defizite wurden durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland und daher durch Leistungsbilanzdefizite in Höhe von etwa 10 Prozent des BIP in Portugal und von etwa 12 Prozent des BIP in Griechenland finanziert. In der Krise erhöhte der Staat seine Defizite, um einen Kollaps der Volkswirtschaft abzuwenden, und der private Sektor reduzierte seine Defizite (Portugal) oder erzielte sogar wieder Überschüsse (Griechenland). Dieses sind die Hintergründe des Problems der öffentlichen Verschuldung in diesen Ländern.

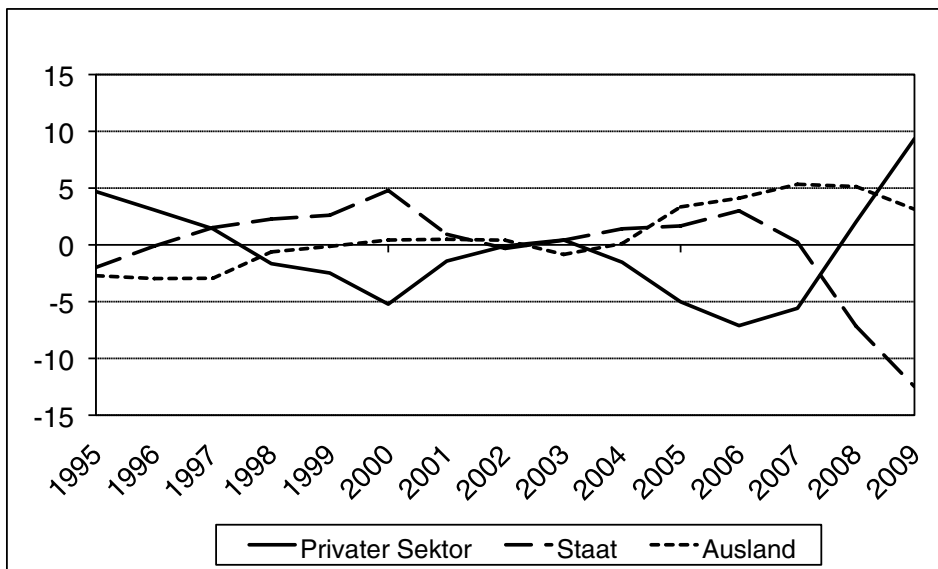
Die Eurokrise sollte daher mehr als Ergebnis der vorhergehenden übermäßigen Finanzierungsdefizite des privaten Sektors und der damit einhergehenden Leistungsbilanzdefizite in den betroffenen Ländern interpretiert werden und nicht als das Ergebnis exzessiver öffentlicher Haushaltsdefizite. In den vier hier angesprochenen Ländern hat der private Sektor in der Phase vor der Krise mehr ausgegeben, als er eingenommen hat. Dies ging entweder mit Überschüssen des öffentlichen Sektors einher (Spanien, Irland) oder wurde durch Defizite des öffentlichen Sektors verstärkt (Portugal, Griechenland), wodurch sich letztlich hohe und nicht aufrechtzuerhaltende Leistungsbilanzdefizite ergaben. Den Leistungsbilanzdefiziten in diesen Ländern müssen Leistungsbilanzüberschüsse in anderen Ländern gegenüberstehen. Und da die Leistungsbilanz des Euroraums in etwa ausgeglichen ist, sind die Überschussländer innerhalb der Währungsunion zu suchen. In diesen Ländern weist der private Sektor Finanzierungsüberschüsse auf, die durch Defizite des öffentlichen Sektors nicht aufgenommen und daher nicht im Land verwendet werden – entweder

Abbildung 11: Sektorale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, Portugal 1995-2009



Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

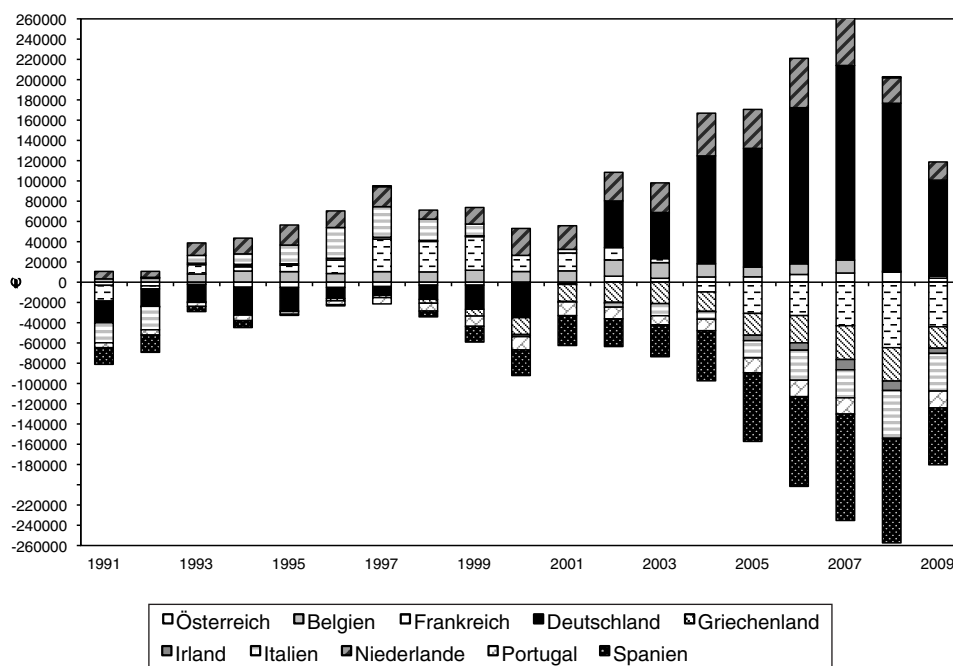
Abbildung 12: Sektorale Finanzierungssalden als Anteil am nominalen BIP, Griechenland 1995-2009



Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

mangels politischen Willens oder auf Grund der Beschränkungen durch den SWP. Die inländischen Finanzierungsüberschüsse erzwingen daher Finanzierungsdefizite des Auslandes, d. h. Leistungsbilanzüberschüsse des Inlandes und entsprechende Defizite des Auslandes. Innerhalb des Euroraums gibt es vier Länder, für die diese Beschreibung zutrifft: Deutschland, die Niederlande, Österreich und Belgien, wobei Deutschland als größte Volkswirtschaft des Währungsraum das bedeutendste ist.

Abbildung 13: Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite in Mio. ECU/Euro für ausgewählte Länder des Euroraums 1991-2009



Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

Abbildung 13 stellt die Ungleichgewichte im Euroraum anhand der Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite ausgewählter Mitgliedsländer dar. Diese Ungleichgewichte haben sich seit Einführung des Euros im Jahr 1999 bis zum Beginn der Krise im Jahr 2007 deutlich verstärkt. Für die meisten Länder, mit der Ausnahme von Irland, wird die Entwicklung der Leistungsbilanz durch die Handels- und Dienstleistungsbilanz bestimmt, d. h. durch die Nettoexporte von Waren und Dienstleistungen. Tabelle 1 zeigt, dass, mit Ausnahme von Irland, die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2007 negative Wachstumsbeiträge der Nettoexporte aufwiesen, wohingegen die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen positive Wachstumsbeiträge der Nettoexporte zu verzeichnen hatten.

Die Handels- und Dienstleistungsbilanz wird wesentlich durch zwei Faktoren bestimmt: die Entwicklung der Inlandsnachfrage relativ zur Auslandsnachfrage und die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produzenten gegenüber den Handelspartnern. Als Kennziffer für den ersten Faktor ziehen wir den Wachstumsbeitrag der realen Inlandsnachfrage im Durchschnitt der Jahre von 1999 bis 2007 heran und vergleichen diesen mit dem Durchschnitt dieses Wertes für den Euroraum vor der Erweiterung (EU-12) (Tabelle 1). Von den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen lag insbesondere in Deutschland der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage erheblich unterhalb des EU-12-Durchschnitts. Auch Österreich wies einen deutlich geringeren Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage auf, und in Belgien und den Niederlanden lag er leicht unterhalb des EU-12-Durchschnitts. Von den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten waren die Wachstumsbeiträge der Inlandsnachfrage in Irland, Spanien und Griechenland weitaus größer als im EU-12-Durchschnitt. Portugal hingegen wies unterdurchschnittliche Werte auf, die sogar ein wenig unter denen von Belgien und den Niederlanden lagen.

Für den zweiten Einflussfaktor auf die Handels- und Dienstleistungsbilanzentwicklung und damit auf die Entwicklung der Leistungsbilanz, die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit, ziehen wir die Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten heran (Tabelle 1). Von den Überschussländern weist Deutschland das geringste Lohnstückkostenwachstum im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2007 auf: Die Lohnstückkosten stagnierten fast. Österreich folgte dem deutschen Vorbild bis 2004, seitdem hat sich das Lohnstückkostenwachstum ein wenig beschleunigt, es liegt jedoch deutlich unterhalb des EU-12-Durchschnitts. In Belgien stiegen die Lohnstückkosten in etwa genauso wie im EU-12-Durchschnitt, wohingegen der Anstieg in den Niederlanden im Durchschnitt deutlich höher lag. Dies wurde jedoch fast ausschließlich durch den raschen Anstieg in den ersten Jahren der Währungsunion verursacht; seit 2003 ist das Lohnstückkostenwachstum deutlich zurückgegangen. Wirft man einen Blick auf die Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, so ergibt sich ein klares Bild. Das Lohnstückkostenwachstum war in allen hier untersuchten Ländern höher als im Durchschnitt der EU-12. Es sollte jedoch betont werden, dass in allen Ländern das durchschnittliche Lohnstückkostenwachstum in der Zeit von 1999 bis 2007 nur leicht über dem Wert von 2 Prozent lagen, der mit dem Inflationsziel der EZB verträglich ist (2,6 Prozent in Portugal und Griechenland, 3 Prozent in Spanien und 3,1 Prozent in Irland). Der Durchschnitt der EU-12 lag hingegen mit 1,6 Prozent unterhalb der Rate, die mit der Zielinflationsrate der EZB vereinbar ist. Die relativen Inflationsraten spiegeln die Unterschiede im Lohnstückkostenwachstum wider. Während die Länder mit den Leistungsbilanzüberschüssen, mit der Ausnahme der Niederlande, Inflationsraten unterhalb des EU-12-Durchschnitts aufwie-

Tabelle 1: Makroökonomische Indikatoren für Ungleichgewichte im Euroraum, Werte für ausgewählte Länder 1999-2007

	Österreich	Belgien	Deutschland	Niederlande	EU-12	Griechenland	Irland	Portugal	Spanien
Reales BIP, $\emptyset$ Wachstum, in %	2,4	2,3	1,5	2,5	2,2	4,1	6,6	1,7	3,7
Inlandsnachfrage, $\emptyset$ BIP-Wachstumsbeiträge in %-pkt.	1,5	1,9	0,6	1,9	2,1	4,6	5,2	1,8	4,8
Handels- u. Dienstl.bilanz, $\emptyset$ BIP-Wachstumsbeiträge in %-pkt.	0,8	0,4	0,9	0,6	0,1	-0,5	1,5	-0,1	-1,0
Nominale Lohnstückkosten, $\emptyset$ Wachstum, in %	0,6	1,6	0,2	2,2	1,6	2,8	3,1	2,8	3,0
HVPI, $\emptyset$ Wachstum, in %	1,7	2,0	1,6	2,4	2,1	3,1	3,4	2,9	4,2
Leistungsbilanzsaldo, $\emptyset$ in % d. BIP	1,4	4,4	2,9	6,8	0,4	-11,4	-1,5	-9,2	-5,7
Handels- u. Dienstl.-bilanzsaldo, $\emptyset$ in % des BIP	3,6	4,3	3,9	6,7	1,6	-11,2	13,7	-8,7	-3,8

Quelle: AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission, eigene Berechnungen.

sen, lagen die Inflationsraten in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten deutlich über dem EU-12-Durchschnitt.²⁷

Auf der Grundlage unserer Analyse lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen: Das neomerkantilistische makroökonomische Politikregime des größten Landes des Euroraums, Deutschland, ist eine wesentliche Ursache für die Ungleichgewichte der Leistungsbilanzen im Euroraum, die wiederum der Eurokrise zugrunde liegen. Das geringe Wachstum der Inlandsnachfrage in Deutschland und die durch die extreme Lohnmoderation stetig steigende internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produzenten haben sich zu einem Sprengsatz für die Währungsunion entwickelt. Die anderen Länder des Euroraums haben dadurch verstärkt Schwierigkeiten, ihre Exporte aufrechtzuerhalten, und sehen sich andererseits steigenden Importen ausgesetzt, wodurch ihre Handels- und Dienstleistungsbilanzen und damit auch die Leistungsbilanzen ins Defizit getrieben werden. Diese Konstellation wurde dadurch verschlimmert, dass dem deutschen Beispiel von einigen kleineren Euroraum-Ländern, insbesondere von Österreich, aber auch den Niederlanden und Belgien, gefolgt wurde. Dies bedeutet jedoch nicht, dass das deutsche makroökonomische Politikregime der einzige Grund für die Ungleichgewichte im Euroraum ist. Auch die Immobilienpreisblasen, insbesondere in Spanien und Irland, und die inadäquaten Fiskalpolitiken und Lohnentwicklungen in den Defizitländern haben zu den Ungleichgewichten beigetragen. Der deutsche Neomerkantilismus war und ist jedoch eine wesentliche Ursache der Ungleichgewichte, und eine Weiterverfolgung dieser Strategie durch das größte Mitgliedsland der Währungsunion in der Zukunft würde es unmöglich machen, diese Ungleichgewichte zu korrigieren.

3. Wirtschaftspolitische Reaktionen in der Krise und Entwicklungsperspektiven²⁸

Die globale finanz- und realwirtschaftliche Krise führte zu einer bemerkenswert schnellen und starken politischen Reaktion in vielen Ländern.²⁹ Als sofortige Maßnahme haben die Zentralbanken die Geldmärkte massiv mit Liquidität versorgt und dabei ihre Funktion als *Lender of Last Resort* wahrgenommen. In vielen Fällen mussten Rettungspakete für den Finanzsektor ein Zusammenbrechen des gesamten Finanzsystems verhindern. Je nach Land schalteten Geld- und Fiskalpolitik in unterschiedlichem Ausmaß auf Expansion und stellten sich der realwirtschaftlichen Krise entgegen. Auch wenn viele Details der gewählten Maßnahmen sicherlich kritikwürdig sind, steht doch außer Zweifel, dass die generelle Richtung eines Großteils der Maßnahmen angesichts der Tiefe der Krise angemessen war.

Aus der Sicht des vorliegenden Beitrags ist die entscheidende Frage jedoch, ob die gewählten makroökonomischen Politikmaßnahmen auch zur Korrektur der im vorherigen Abschnitt beschriebenen langfristigen Ungleichheiten und Ungleichgewichte beitragen. Falls nicht, werden die Hauptursachen der gegenwärtigen Krise auch nach der Krise vorhanden sein, was wiederum bedeutet, dass die Aussichten für eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung der Weltwirtschaft getrübt werden. Wie die folgende kurze Analyse deutlich macht, ist zumindest für die beiden wichtigen Volkswirtschaften, die in diesem Beitrag im Vordergrund stehen, die USA und Deutschland – und mit Letzterem automatisch auch für den Euroraum –, keine signifikante Änderung im allgemeinen Muster der Wirtschaftspolitik erkennbar.

Die Rezession in Deutschland war erheblich stärker als in den USA, wo die Krise ihren Ursprung nahm. 2009 fiel das jährliche reale BIP um 5 Prozent in Deutschland, aber nur um 2,4 Prozent in den USA.³⁰ Der Hauptgrund dafür war, dass Deutschland als neomerkantilistische Volkswirtschaft hauptsächlich von der Exportnachfrage abhängt und damit besonders stark vom globalen Abschwung und der dramatisch fallenden globalen Exportnachfrage getroffen wurde.

Betrachtet man die makroökonomischen Reaktionen, so zeigte die Zinspolitik der betrachteten Zentralbanken ein ähnliches Muster wie schon in der Rezession 2000/01.³¹ Während die US Federal Reserve schnell und drastisch mit Leitzinssenkungen von 5,25 Prozent in der zweiten Hälfte von 2007 auf 0,25 Prozent Anfang 2009 begann, nahm die EZB erneut die abwartende Haltung ein, die sie bereits in der vorangegangenen Rezession gezeigt hatte. Im Juli 2008, als der dramatische ökonomische Abschwung eigentlich nicht mehr ignoriert werden konnte, hob die EZB sogar den Leitzins um 0,25 Basispunkte auf 4,25 Prozent an, mit der Begründung angeblicher inflationärer Gefahren. Allerdings war klar, dass der starke Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) seit Herbst 2007 fast komplett auf den Anstieg der Ölpreise zurückzuführen war. Klare Signale für Zweitrundeneffekte waren nicht zu erkennen, da das Nominallohnwachstum moderat blieb. Die EZB begann dann erst Ende 2008 damit, die Zinsen zu senken, als die Rezession schon eingesetzt hatte und die Ölpreise – und damit das HVPI-Wachstum – begonnen hatte zu fallen. Erst 2009 sank der Leitzins dann auf 1 Prozent, wo er seither verharrt.

Bezüglich der Fiskalpolitik konnte in den USA eine schnelle und massive diskretionäre Reaktion mit einem expansiven Konjunkturpaket von – gemäß OECD (2009) – nahezu 6 Prozent des BIP für den Zeitraum von 2008 bis 2010 beobachtet werden. Im Gegensatz zu früheren Rezessionen³² hat die Fiskalpolitik auch in Deutschland in einer bemerkenswerten antizyklischen Art und Weise auf die Krise reagiert. Nach einiger Verzö-

gerung und nach einigen lediglich kosmetischen Maßnahmen wurde in den ersten Monaten des Jahres 2009 ein substanzielles Konjunkturpaket beschlossen. Insgesamt beträgt der diskretionäre expansive Impuls der Fiskalpolitik etwa 1,5 Prozent des BIP im Jahr 2009 und 1,0 Prozent im Jahr 2010.³³ Im Vergleich zur üblichen deutschen fiskalpolitischen Reaktion, die traditionell prozyklisch restriktiv in Krisen zu sein pflegt, ist dies sicherlich eine bemerkenswert positive Entwicklung. Allerdings gibt es auch zwei wesentliche Probleme: Erstens war die US-Fiskalpolitik sowohl diskretionär als auch insgesamt stärker ausgeprägt. Zweitens wurde als Bedingung für die Verabschiedung des Konjunkturpaketes die sogenannte Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen, die den Spielraum für fiskalpolitische Maßnahmen in Deutschland in Zukunft erheblich einschränken wird und ab dem Jahr 2011 einen restriktiven Konsolidierungskurs ohne Rücksicht auf die ökonomische Situation erfordern wird.

Hinsichtlich der Lohnpolitik und der Entwicklung der Lohnstückkosten als Hauptdeterminante für Preise und Inflation besteht die ernsthafte Gefahr einer Deflation in beiden betrachteten Ländern – und damit auch im Euroraum. Geschwächte Gewerkschaften und die steigende (Gefahr von) Arbeitslosigkeit haben einen Abwärtsdruck auf das Wachstum der nominalen Arbeitnehmerentgelte in den USA ausgeübt, und mit der zu erwartenden Beschleunigung des Produktivitätswachstums im Zuge der konjunkturellen Belebung wird daraus ein negatives nominales Lohnstückkostenwachstum und damit ein deflationärer Druck für die Zukunft resultieren.³⁴ Trotz der bemerkenswert stabilen Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Beginn der Krise bleibt insbesondere das deutsche Lohnwachstum Hauptursache für Bedenken. Seit Ende der 1990er-Jahre hat dieses fast durchgehend die Lohnentwicklung im Durchschnitt des Euroraums unterschritten und wird damit über die nächsten Jahre absehbar fortfahren.³⁵ In einer schwachen wirtschaftlichen Situation wie der gegenwärtigen Krise wird dies einen erheblichen Abwärtsdruck auf die Löhne in den anderen Ländern des Euroraums ausüben, was ein hohes Deflationsrisiko für Deutschland und den Euroraum als Ganzes birgt. Für das Jahr 2010 wird bereits eine negative Wachstumsrate der nominalen Lohnstückkosten erwartet, sowohl für Deutschland als auch für den gesamten Euroraum. Falls der Ausstieg aus der fiskal- und geldpolitischen Expansion zu früh und/oder zu stark erfolgt, droht daher der gesamte Euroraum in eine längere Phase deflationärer Stagnation zu fallen.

Fasst man kurz zusammen, so lässt sich festhalten, dass trotz der sehr expansiven makroökonomischen Anti-Krisenpolitik in den USA ein ernsthaftes Deflationsrisiko für die dortige Wirtschaft besteht. Und es bleibt eine offene Frage, wann die expansive Fiskalpolitik aus politischen Gründen beendet werden muss und damit die aggregierte Nachfrage wieder gedämpft wird. Während die Zinspolitik der EZB wieder nicht zur Stabili-

sierung der Wirtschaft beitrug, war die Fiskalpolitik sowohl in Deutschland als auch im Euroraum expansiver als in vergangenen Rezessionen, wird aber voraussichtlich schon bald wieder äußerst restriktiv werden. Zusammen mit dem Druck auf die Löhne könnte dies eine deflationäre Stagnation verursachen. Sollte sich diese Einschätzung bewahrheiten, dann werden Deutschland und der Euroraum künftig sicherlich nicht dazu beitragen, die USA als Motor für globale Nachfrage und globales Wachstum abzulösen. Die Ungleichgewichte im Euroraum werden sich zudem weiter verstärken, und die Risiken eines Kollapses der Währungsunion werden zunehmen.

4. Anforderungen für einen keynesianischen *New Deal* für Europa und die Weltwirtschaft

Auf Grundlage unserer bisherigen Analyse können wir nicht erwarten, dass die Weltwirtschaft nach erfolgreicher kurzfristiger Stabilisierung wieder auf den dynamischen Vor-Krisen-Wachstumspfad zurückkehrt, der durch den schuldenfinanzierten Konsum in den USA angetrieben worden war. Die private Verschuldung wird in den USA eingeschränkt werden. Dies zeigt sich bereits in der Entwicklung des Finanzierungssaldos des privaten Sektors, welcher schnell von einem substanziellen Defizit von fast 4 Prozent des BIP im Jahr 2006 auf einen Überschuss von 4 Prozent des BIP im Jahr 2008 umschwenkte (Abbildung 6). Und während die US-Regierung in den nächsten Jahren vielleicht Budgetdefizite von rund 10 Prozent des BIP aufrechterhalten mag, die das Sinken der privaten Konsumausgaben kompensieren, so wird sie dies gewiss nicht über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten können. Deshalb werden die USA kaum mehr in der Lage sein, als Motor für die Weltnachfrage zu agieren, und sie werden in dieser Rolle daher insbesondere von den jetzigen Überschuss-Ländern unterstützt bzw. abgelöst werden müssen.³⁶ Was dafür benötigt wird, ist ein globaler keynesianischer *New Deal*, der gleichzeitig auf alle drei Ursachen der aktuellen Krise abzielt, d. h. auf die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte, die Ungleichheiten in der Einkommensverteilung und die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen im globalen Rahmen.³⁷ Dieser globale keynesianische *New Deal* muss auf europäischer Ebene durch einen *New Deal* für die Europäische Union ergänzt werden, der die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums bekämpft und das restriktive makroökonomische Politikregime überwindet. Dieser *New Deal* sollte dabei als Politikpaket verstanden werden,³⁸ das folgende Elemente enthält: erstens eine Re-Regulierung des Finanzsektors, um die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Finanzkrisen zu reduzieren; zweitens eine Reorientierung der makroökonomischen Politik insbesondere in den Leistungsbilanzüberschuss-Ländern; und drittens eine Rekonstruktion der

internationalen makroökonomischen Politikkoordinierung – insbesondere auf europäischer Ebene – sowie eine neue Weltfinanzordnung.

4.1 Re-Regulierung des Finanz- (und Real-)Sektors

Die Re-Regulierung des Finanzsystems erfordert eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsektors im Sinne der Finanzierung der realen ökonomischen Aktivität abzielen sollten.³⁹ Sie weist mindestens drei Dimensionen auf:

Erstens beinhaltet die Re-Regulierung des Finanzsektors Maßnahmen, welche die Transparenz auf den Finanzmärkten steigern, um die Probleme asymmetrischer Informationen, asymmetrischer Erwartungen und damit fundamentaler Unsicherheiten zu reduzieren, die diesen Märkten inhärent sind und zur aktuellen Krise beigetragen haben. Hierzu gehören die Standardisierung und Überwachung aller Finanzprodukte, um die Transparenz in dem Markt zu erhöhen. Transaktionen außerhalb der Bilanzen sollten verboten werden und alle Finanzintermediäre (Banken, Versicherungen, *Hedge-Fonds*, *Private Equity Fonds* etc.) sollten national und international überwacht werden. Da das *Rating* als öffentliches Gut betrachtet werden kann, sollten unabhängige öffentlicher *Rating-Agenturen* an die Stelle der gegenwärtig dominierenden privaten Agenturen treten. Die Diversität des Bankensektors sollte vertieft werden, um dessen Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Zu diesem Zweck sollten öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Banken gestärkt werden, die Kredite für Haushalte und kleinere und mittlere Unternehmen bereitstellen und hier mit privaten Banken im Wettbewerb stehen. Finanzinstitute mit systemischer Relevanz sollten verstaatlicht werden, weil die Stabilität dieser Institutionen ebenfalls als öffentliches Gut betrachtet werden kann.

Zweitens sollte die Re-Regulierung den ökonomischen Akteuren im Finanz- ebenso wie im realwirtschaftlichen Sektor Anreize setzen, langfristiges Wachstum statt kurzfristige Gewinne anzustreben. Hierunter fällt eine Reihe von Maßnahmen. Die Möglichkeiten der Verbriefungen sollten deutlich reduziert werden, um *Originate and Distribute*-Strategien zu vermeiden, die eine wesentliche Ursache für die *Subprime Mortgage*-Krise in den USA waren. Banken sollten wieder dazu gebracht werden, ihre originären Aufgaben zu erfüllen: potenzielle Gläubiger und ihre Investitionsprojekte evaluieren, Kredite vergeben und die Verwendung von Krediten sowie die Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen überwachen. Im Sektor der finanziellen und nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften sollte die Reduzierung oder das Verbot von Aktienrückkäufen Manager davon abhalten, die Aktienpreise zu manipulieren. Um die Kurzfristorientierung des Managements von Kapitalgesellschaften einzuschränken, sollten Aktienoptionen als Teil der Managementvergütung reduziert und mit einer ver-

längerten Mindesthaltedauer belegt werden. Um allgemein die kurzfristige Profitorientierung in Kapitalgesellschaften zugunsten einer langfristigen Orientierung an Produktivität steigernden Investitionen und Innovationen zurückzudrängen, sollten die Rechte anderer *Stakeholder* ausgebaut und die Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften erweitert werden.

Drittens sind Maßnahmen erforderlich, die die systemische Instabilität des Finanzsektors reduzieren. Hierzu zählen Eigenkapitalregulierungen für alle Finanzintermediäre, die – anders als die Basel II-Regulierung⁴⁰ – antizyklische Eigenschaften aufweisen und die im Durchschnitt die Hebelwirkung von Krediten reduzieren und damit eine höhere Eigenkapitalbasis erfordern.⁴¹ Dies sollte die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors in Krisenphasen erhöhen. Dem gleichen Zweck dienen *Asset Based Reserve Requirements* für alle Finanzintermediäre.⁴² Sie weisen ebenfalls automatische antizyklische Eigenschaften auf. Differenzierte Reservesätze können zudem eingesetzt werden, um eine Überhitzung und die Bildung von Blasen in bestimmten Märkten zu vermeiden, aber auch, um Kredite und Investitionen in gesellschaftlich gewünschte Bereiche zu lenken. Letztlich sollten die Einführung einer allgemeinen Transaktionssteuer auf alle Finanztransaktionen⁴³ und eine allgemeine Besteuerung von Veräußerungsgewinnen – auch für Körperschaften – spekulative kurzfristige Finanzflüsse deutlich reduzieren und so zur Stabilität des Finanzsektors beitragen.

4.2 Reorientierung der makroökonomischen Wirtschaftspolitik

Die makroökonomische Wirtschaftspolitik, insbesondere in den Leistungsbilanzüberschuss-Ländern, muss sich in Richtung Stimulierung von Binnennachfrage, Beschäftigung und damit auch Importen reorientieren. Dafür müssen neomerkantilistische Strategien aufgegeben werden, vor allem in Deutschland, Japan und China. In Hein und Stockhammer (2009, 2010) wurde auf der Grundlage eines post-keynesianischen Modells ein makroökonomischer Politik-Mix abgeleitet, der als Gegenentwurf zum Neuen Konsensmodell verstanden werden kann und als Grundlage für die folgenden Vorschläge dient. Im „Neuen Konsens“ wird bekanntlich davon ausgegangen, dass das langfristige Niveau von Beschäftigung und Produktion durch die *NAIRU (Non-Accelerating-Inflation-Rate-of-Unemployment)* gegeben ist und damit nur durch Eingriffe in die Regulierung der Arbeitsmärkte und in die sozialen Sicherungssysteme verändert werden kann. Die Geldpolitik hat dort nur kurzfristig einen Einfluss auf die Beschäftigung und ist langfristig ausschließlich für die Stabilisierung der Inflation zuständig, und die Fiskalpolitik ist in der Erreichung dieses Ziels der Geldpolitik untergeordnet. Aus der hier zugrunde gelegten post-

keynesianischen Sicht hat die makroökonomische Politik hingegen nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige Wirkungen, und sie sollte daher in folgender Weise koordiniert werden:

Erstens sollte die Zinspolitik der Zentralbank auf den Versuch verzichten, kurzfristig die Beschäftigung und langfristig die Inflation feinzusteuern, wie es der Neue Konsens vorsieht. Zinssatzänderungen haben Kosteneffekte auf die Wirtschaft, die zur Erreichung kurzfristiger Inflationsziele effektiv sein können, insbesondere wenn die Wirtschaft unter einer akzelerierenden Inflation leidet. Aufgrund der Null-Untergrenze für den von der Zentralbank kontrollierten kurzfristigen Nominalzinssatz, einer möglichen Nichtweitergabe von Zinssenkungen durch die Geschäftsbanken bei steigender Unsicherheit sowie möglicherweise zinsunelastischer Investitionen wird die Zinspolitik in einer tiefen Krise mit akzelerierender Disinflation und letztlich Deflation jedoch wirkungslos. Selbst bei erfolgreicher Inflationssteuerung durch Zinssatzerhöhungen in der kurzen Frist wird aufgrund der Kosteneffekte gestiegener Zinssätze langfristig der der Inflation zugrunde liegende Verteilungskonflikt erneut angefacht und damit das Inflationsproblem erneut generiert, was dann weitere Zinssatzerhöhungen zur kurzfristigen Eindämmung nach sich ziehen kann. Um dies zu vermeiden, sollten Zentralbanken geringe reale Zinssätze anstreben. So werden makroökonomisch dämpfende Kosten- und Verteilungseffekte zu Lasten von Unternehmen und abhängig Beschäftigten und zugunsten von Rentiers verhindert.⁴⁴ Ein leicht positiver realer Zinssatz unterhalb der langfristigen Produktivitätswachstumsrate (und bei konstanter Bevölkerung damit unterhalb des realen BIP-Wachstums) scheint ein angemessenes Ziel zu sein: Das reale Finanzvermögen der Rentiers wird gegen Inflation geschützt, aber eine Umverteilung zugunsten des produktiven Sektors und zu Lasten der Rentiers sollte sich positiv auf reale Investitionen, Beschäftigung und Wachstum auswirken. Weiters müssen Zentralbanken in Zeiten von Liquiditätskrisen als *Lender of Last Resort* agieren, und sie sollten in die Regulierung und Überwachung des Finanzsektors eingebunden werden, wie im vorangegangenen Abschnitt vorgeschlagen. Dies beinhaltet die Definition von Kreditstandards im Rahmen der Refinanzierungsgeschäfte mit den Geschäftsbanken und die Implementierung von Reserveverpflichtungen für verschiedene Arten von Aktiva, um so Kredite in gewünschte Bereiche zu leiten und kreditfinanzierte Blasen in bestimmten Märkten zu vermeiden.

Zweitens sollte die Einkommens- und Lohnpolitik die Verantwortung für die nominale Stabilisierung übernehmen, d. h. stabile Inflationsraten auf einem Niveau herstellen, das konsistent mit einer in etwa ausgeglichenen Leistungsbilanz ist. Letztendlich ist akzelerierende Inflation immer ein Ergebnis von ungelösten Verteilungskonflikten. Bei einem gegebenen Monopolgrad auf dem Gütermarkt und damit gegebenen Gewinnan-

sprüchen der Unternehmen sollten die Nominallöhne entsprechend der Summe aus langfristigem Wachstum der Arbeitsproduktivität und dem Inflationsziel steigen. Um ein solches nominales Lohnwachstum zu erreichen, scheinen ein hoher Grad von Lohnverhandlungskoordination auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene und organisierte Arbeitsmärkte mit starken Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erforderlich zu sein.⁴⁵ Ein gesetzlicher Mindestlohn, insbesondere in Ländern mit stark deregulierten Arbeitsmärkten und steigender Lohnungleichheit, wird der nominalen Stabilisierung auf der Makroebene zuträglich sein, abgesehen von seiner Wirkung auf Lohnungleichheiten. Eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes, die die Gewerkschaften schwächt und den Reservationslohn, etwa durch Kürzung des Arbeitslosengeldes, senkt, wäre dagegen schädlich für die nominale Stabilisierung und würde einen zusätzlichen deflationären Druck auf die Wirtschaft ausüben.

Drittens sollte die Fiskalpolitik Verantwortung für die kurzfristige reale Stabilisierung, das langfristige Erreichen von Vollbeschäftigung sowie für eine gleichmäßigere Verteilung der verfügbaren Einkommen übernehmen. Dies hat mehrere Aspekte. Definitionsgemäß muss bei einem gegebenen Niveau von Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung der Überschuss des privaten Sparens (S) über die privaten Investitionen (I) durch den Überschuss der Exporte (X) über die Importe (M) und durch den Überschuss der Staatsausgaben (G) über die Staatseinnahmen (T) absorbiert werden: $S - I = X - M + G - T$. Strebt man eine ausgeglichene Handels- und Dienstleistungsbilanz oder Leistungsbilanz an, so muss bei einem Überschuss des privaten Sparens über die privaten Investitionen das Haushaltsdefizit des Staates diesen Überschuss permanent absorbieren, um ein gewünschtes hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen und aufrecht zu erhalten.⁴⁶ Wie seit Domar (1944) bekannt, wird ein permanentes Haushaltsdefizit des Staates bei einer konstanten BIP-Wachstumsrate den Anteil der öffentlichen Verschuldung am BIP gegen einen endlichen Wert konvergieren lassen. Man erhält daher keine laufend steigende Staatsschuldenquote. Bei geringen Zinssätzen, die die BIP-Wachstumsrate und damit die Wachstumsrate des Steueraufkommens unterschreiten, vermeidet man zudem makroökonomisch dämpfende Umverteilungen zugunsten der Rentiers. Dauerhafte Budgetdefizite sollten zur Finanzierung öffentlicher Investitionen im weiteren Sinne dienen (inklusive öffentliche Beschäftigung), insbesondere in den Bereichen der öffentlichen Infrastruktur und der öffentlichen Bildung und Ausbildung auf allen Ebenen (Kindergarten, Schulen, Universitäten), um so die erforderlichen strukturellen Änderungen in Richtung eines ökologisch-nachhaltigen, langfristigen Vollbeschäftigungswachstumspfades voranzutreiben. Abgesehen von dieser permanenten Rolle des Staatsdefizits, welches zugleich auch einen sicheren Hafen für private Ersparnisse bietet und somit die Finanzmärkte stabilisiert, sollte

eine antizyklische Fiskalpolitik – zusammen mit automatischen Stabilisatoren – die Wirtschaft angesichts aggregierter Nachfrageschocks stabilisieren. Zudem sollten progressive Einkommensteuern, relevante Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie Sozialtransfers auf eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen zugunsten der unteren Einkommens- und Vermögensschichten zielen, um so einerseits übermäßige Ersparnisse zu reduzieren und die private Nachfrage zu stabilisieren, ohne die Probleme der Überschuldung privater Haushalte zu generieren, und andererseits die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zu verbessern.

4.3 Rekonstruktion der internationalen makroökonomischen Politikkoordinierung und eine neue Weltfinanzordnung

Um die im vorhergehenden Abschnitt aufgezeigten makroökonomischen Prinzipien erfolgreich zu implementieren und um die globalen Ungleichgewichte sowie die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums abzubauen, sind bedeutende Änderungen in der internationalen makroökonomischen Politikkoordinierung und in der Weltfinanzordnung erforderlich.

Auf europäischer Ebene erfordern die Reorientierung der makroökonomischen Politik und die makroökonomische Politikkoordinierung entsprechend der oben entworfenen Prinzipien grundlegende institutionelle Reformen. Die institutionellen Regelungen im Hinblick auf die EZB und ihre geldpolitische Strategie müssen soweit modifiziert werden, dass die EZB gezwungen ist, Verteilungs-, Beschäftigungs- und Wachstumseffekte ihrer Politik in Betracht zu ziehen und langfristig eine Geldpolitik mit dem Ziel geringer Zinssätze zu verfolgen. Hierbei sollte ein langfristiger Realzinssatz angestrebt werden, der unterhalb des durchschnittlichen Trendproduktivitätswachstums im Euroraum liegt. In einem ersten Schritt wäre eine Anpassung der hierarchischen Ziele der EZB mit der Priorität für die Preisniveaustabilität an den Zielkatalog der Federal Reserve hilfreich, der stabile Preise, maximale Beschäftigung und moderate langfristige Zinssätze als gleichberechtigte Ziele enthält.⁴⁷ Die EZB sollte zudem auf das Ziel der Stabilisierung des Finanzsektors festgelegt werden und die zu diesem Zweck erforderlichen Mittel einsetzen, insbesondere die oben genannten *Asset Based Reserve Requirements*.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt auf europäischer Ebene, der mit dem gesamtstaatlichen Haushaltsdefizit eine von der Wirtschaftspolitik nicht direkt kontrollierbare Größe in den Mittelpunkt stellt und so eine prozyklische Fiskalpolitik in den Mitgliedsländern erzwingt, muss durch eine Koordinierungsmethode nationaler Fiskalpolitiken ersetzt werden, die eine kurzfristige und langfristige reale Stabilisierung durch die Fiskalpolitik ermöglicht. In Hein/Truger (2007b) haben wir eine Koordinierung von langfristigen Ausgabenpfaden für nicht-zyklische Staatsausgaben vor-

geschlagen, d. h. jener Komponenten der Ausgaben, die unter der Kontrolle der Wirtschaftspolitik stehen. Solche Ausgabenpfade können darauf ausgerichtet werden, die aggregierte Nachfrage im Euroraum auf Vollbeschäftigungsniveau zu stabilisieren, und automatische Stabilisatoren plus diskretionäre antizyklische Fiskalpolitik stünden zur Dämpfung von Nachfrageschocks zur Verfügung. Um die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb der Währungsunion zukünftig zu vermeiden, müssten die nationalen Ausgabenpfade so ausgerichtet sein, dass bei einer gegebenen Steuer- und Abgabenquote die öffentlichen Defizite im Durchschnitt über einen Konjunkturzyklus in etwa dem Überschuss der privaten Ersparnis über die privaten Investitionen entsprechen und so eine ausgeglichene Leistungsbilanz bei einem hohen Beschäftigungsstand ermöglichen. Da sich die Wachstumspfade innerhalb der Währungsunion aufgrund der unterschiedlichen Produktivitätsniveaus und der damit verbundenen – möglicherweise unvollständigen – Aufholprozesse mittelfristig unterscheiden werden, ist es vermutlich schwierig, exakt ausgeglichene Leistungsbilanzen anzusteuern. Die Koordination der Fiskalpolitiken und der öffentlichen Defizite sollte daher tolerierbare Leistungsbilanzdefizite, die aus Aufholprozessen resultieren, berücksichtigen, allerdings auch strikt begrenzen.⁴⁸

Angesichts der gegenwärtigen massiven Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums fällt der Fiskalpolitik in den Überschussländern eine entscheidende Rolle bei der Überwindung dieser Ungleichgewichte und damit der Ursachen für die Eurokrise zu. Die Überschussländer müssen in der gegenwärtigen Konstellation ihre Haushaltsdefizite erhöhen und so den Defizitländern ermöglichen, ihre Leistungsbilanz- und öffentlichen Haushaltsdefizite zu reduzieren.

Die in der EU und dem Euroraum weiterhin dominierende Orientierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes muss aufgegeben werden zugunsten der Reorganisation von Arbeitsmärkten, der Stabilisierung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und einer europaweiten Mindestlohngesetzgebung. Hierdurch könnte der institutionelle Rahmen hergestellt werden, der eine nominal stabilisierende Lohnpolitik im Euroraum ermöglicht: Nominallöhne sollten entsprechend der Summe aus dem nationalen Produktivitätstrend und der Zielinflationsrate für den gesamten Währungsraum steigen. In einer Übergangsphase, in der die Leistungsbilanzungleichgewichte innerhalb des Euroraums abgebaut werden müssen, sollten die Lohnzuwächse in den Leistungsbilanzüberschussländern diese Norm überschreiten, und in den Defizitländern sollten die Lohnsteigerungen unterhalb dieser Norm liegen.

Schließlich müssen erneute Versuche zu einer effektiven makroökonomischen Politikkoordination von Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik unternommen werden, für die mit dem Makroökonomischen Dialog (Köln-Prozess)

eine institutionelle Basis bereit steht.⁴⁹

Auf internationaler Ebene ist die Rückkehr zu einer Weltwährungsordnung mit festen, aber anpassbaren Wechselkursen, symmetrischen Anpassungsverpflichtungen für Leistungsbilanzdefizit- und -überschussländer und regulierten internationalen Kapitalmärkten anzustreben, um die Ungleichgewichte zu vermeiden, die die Tiefe der gegenwärtigen Krise verursacht haben. Keynes' (1942) Vorschlag kann als Entwurf dafür gesehen werden: Bekanntlich schlug Keynes eine *International Clearing Union* in einem System fester, aber anpassbarer Wechselkurse vor, mit dem *Bancor* als internationalem Geld für Transaktionen zwischen den Zentralbanken, der *Clearing Union* als internationaler Zentralbank, die temporäre Leistungsbilanzdefizite finanziert, und ausgewählten Kapitalverkehrskontrollen zwecks Verhinderung spekulativer Kapitalbewegungen zwischen den Währungsräumen. Für die gegenwärtige Konstellation am wichtigsten ist jedoch, dass nach Keynes (1942) die Anpassungslasten nicht nur bei den Leistungsbilanzdefizitländern liegen, die ihre heimische Nachfrage drosseln (oder ihre Währung letztlich abwerten) müssen, sondern dass auch Leistungsbilanzüberschussländer Anpassungen vornehmen müssen und die heimische Nachfrage stimulieren und damit die Importe steigern (oder ihre Währungen letztlich aufwerten) müssen. Die gesamte Last der Anpassung liegt damit nicht mehr nur bei den Defizitländern. Dies sollte einen allgemeinen Auftrieb für die weltweite Gesamtnachfrage geben, der in der Zukunft nicht nur kurz-, sondern auch langfristig benötigt wird.⁵⁰

5. Fazit

Wir haben die langfristigen Ungleichgewichte des finanzdominierten Kapitalismus, die der Tiefe und Heftigkeit der gegenwärtigen Krise zu Grunde liegen, mit dem Fokus auf den Entwicklungen in den USA, Deutschland und dem Euroraum analysiert. Wir haben argumentiert, dass neben der ineffizienten Regulierung der Finanzmärkte steigende Ungleichheiten in der Einkommensverteilung auf nationaler Ebene und steigende Leistungsbilanzungleichgewichte auf globaler, aber auch auf europäischer Ebene als wesentliche Ursachen für die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise und die nachfolgende Eurokrise betrachtet werden sollten. Obwohl der Zusammenbruch der Weltwirtschaft durch geldpolitische Interventionen, die den Geldmarkt massiv mit Liquidität versorgten und eine Kernschmelze des Finanzsektors verhinderten, und insbesondere durch fiskalpolitische Konjunkturprogramme in zuvor ungeahnten Dimensionen verhindert wurde, haben wir dargelegt, dass es aufgrund der weiterhin vorliegenden Ungleichheiten und Ungleichgewichte unwahrscheinlich ist, dass die Weltwirtschaft zum Wachstumspfad vor der Krise zurückkehren kann. Insbesondere werden die USA nicht in der Lage sein, weiterhin die

Rolle der Weltkonjunkturlokomotive zu übernehmen. Unsere Analyse der Entwicklungen in Deutschland und dem Euroraum hat ergeben, dass bei Fortsetzung des makroökonomischen Politik-Regimes der Vergangenheit, insbesondere des neomerkantilistischen Modells in Deutschland, der Euroraum die USA nicht als Motor für globale Nachfrage und globales Wachstum entlasten wird. Es droht hier mittelfristig vielmehr eine Periode der deflationären Stagnation, in der sich die Ungleichgewichte innerhalb des Euroraums, die der Eurokrise des Jahres 2010 zugrunde lagen, weiter verstärken und die Risiken eines Kollapses der Währungsunion daher weiter zunehmen werden.

Vor diesem Hintergrund haben wir folgende langfristige Anforderungen für die Wirtschaftspolitik formuliert, um erstens eine deflationäre Stagnation in wesentlichen Teilen der Weltwirtschaft und ein Auseinanderbrechen des Euroraums zu vermeiden und zweitens die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen und balancierten Wachstumspfad mit hoher Beschäftigung zu führen. Das Politikpaket eines keynesianischen *New Deal* sollte die drei Hauptursachen für die Tiefe der gegenwärtigen Krise in Angriff nehmen: die unzureichende Regulierung insbesondere der Finanzmärkte, die steigende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und die Ungleichgewichte auf globaler und europäischer Ebene. Der keynesianische *New Deal* für Europa und die Weltwirtschaft sollte dabei aus folgenden Elementen bestehen: 1. Re-Regulierung des Finanz- (und des Real-)Sektors, um die Transparenz zu erhöhen und asymmetrische Informationen und Unsicherheiten zu reduzieren, um Anreize für langfristiges Wachstum zu erzeugen und um systemische Instabilität einzugrenzen; 2. Reorientierung der makroökonomischen Politik entlang (post-)keynesianischer Prinzipien mit einer Geldpolitik, bei der die Zentralbanken für geringe Zinssätze und die Stabilität des Finanzsektors verantwortlich sind, mit einer Lohn- und Einkommenspolitik, die sich um die nominale Stabilisierung und stabile Lohnquoten kümmert, und einer Fiskalpolitik, die für die reale Stabilisierung in der kurzen und der langen Frist sowie für eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen mittels der Steuer- und Sozialpolitik zuständig ist; 3. Umbau der internationalen makroökonomischen Politikkoordination, insbesondere auf europäischer Ebene, und eine neue Weltfinanzordnung, um das oben genannte makroökonomische Politikpaket zu implementieren und um die europäischen und globalen Ungleichgewichte zu bewältigen bzw. zukünftig zu verhindern.

Anmerkungen

- * Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Übertragung von Hein/Truger (2011a) aus dem Englischen. Der vorliegende Beitrag erweitert unsere frühere Analyse (Hein/Truger 2010b) um die Ursachen und Folgen der Eurokrise im Jahr 2010. Wir bedanken uns bei Petra Dünhaupt und Matthias Mundt für die Hilfe bei der Datenrecherche und der Erstellung der Abbildungen. Für alle verbliebenen Fehler sind selbstverständlich ausschließlich wir verantwortlich.
- ¹ Der IWF (2010) veröffentlichte folgende Zahlen für das BIP-Wachstum im Jahr 2009: Welt-Output: -0,6 Prozent; USA: -2,4 Prozent; Euroraum: -4,1 Prozent; Deutschland: -5,0 Prozent; Frankreich: -2,2 Prozent; Italien: -5,0 Prozent; Spanien: -3,6 Prozent; Japan: -5,2 Prozent; Vereinigtes Königreich: -4,9 Prozent; Russland: -7,9 Prozent; Brasilien: -0,2 Prozent. Unter den großen Ländern sind es nur China (+8,7%) und Indien (+5,7%), für die 2009 kein BIP-Rückgang zu verzeichnen war, obwohl auch diese Länder einen erheblichen Wachstumsrückgang erfahren haben. Die Prognosen des realen BIP-Wachstums des IWFs für 2010 und 2011 sehen wie folgt aus: Welt-Output: 4,2 und 4,3 Prozent; USA: 3,1 und 2,6 Prozent; Euroraum: 1,0 und 1,5 Prozent; Deutschland: 1,2 und 1,7 Prozent; Frankreich: 1,5 und 1,8 Prozent; Italien: 0,8 und 1,2 Prozent; Spanien: -0,4 und 0,9 Prozent; Japan: 1,9 und 2,0 Prozent; Vereinigtes Königreich: 1,3 und 2,5 Prozent; Russland: 4,0 und 3,3 Prozent; Brasilien: 5,5 und 4,1 Prozent; China: 10,0 und 9,9 Prozent; Indien: 8,8 und 8,4 Prozent.
 - ² Vgl. Hein/Niechoj (2007) und Hein/Truger (2005a, 2005b, 2007a, 2007b, 2007c, 2009) zur restriktiveren makroökonomischen Politik in Deutschland und dem Euroraum im Vergleich zur USA und zum Vereinigten Königreich.
 - ³ Vgl. insbesondere den Überblick von Akerlof/Shiller (2009) 29-40, 149-156, aber auch Baker (2009).
 - ⁴ Zu den globalen Ungleichgewichten und der ungleichmäßigen Einkommensverteilung als Ursachen für die gegenwärtige Krise vgl. auch Bibow (2008), Horn et al. (2009), Fitoussi/Stiglitz (2009), Sapir (2009), UNCTAD (2009) und Wade (2009). Van Treeck/Hein/Dünhaupt (2007) haben bereits die Effekte der Finanzialisierung auf Verteilung, aggregierte Nachfrage, globale Ungleichgewichte und das daraus resultierende Instabilitätspotenzial analysiert.
 - ⁵ Vgl. Guttman (2009) zu einem Überblick über die Veränderungen auf den globalen Finanzmärkten und den damit verbundenen Ungleichgewichten, welche der Finanzkrise zu Grunde lagen.
 - ⁶ Epstein (2005) 3, argumentiert z. B. dass „[...] financialization means the increasing role of financial motives, financial markets, financial actors and financial institutions in the operation of the domestic and international economies“.
 - ⁷ Vgl. Hein (2010a, 2010b), Hein/van Treeck (2010).
 - ⁸ Vgl. Krippner (2005), Palley (2008) und die Beiträge in Epstein (2005) zu einer detaillierten Aufbereitung der Entwicklung der Finanzialisierung in den USA, van Treeck (2009a) und van Treeck/Hein/Dünhaupt (2007) zu einem detaillierteren Vergleich der Makroökonomie der Finanzialisierung in den USA und Deutschland und Stockhammer (2008) zur Entwicklung in Europa.
 - ⁹ Natürlich gibt es große Unterschiede zwischen den Überschussländern. Während Leistungsbilanzüberschüsse in China von hohen Wachstumsraten begleitet waren, zeichneten sich Deutschland und Japan durch geringes Wachstum und durch längere Perioden der Stagnation aus, insbesondere in den 1990er- (Japan) und in den frühen 2000er-Jahren (Deutschland).
 - ¹⁰ Studien über die Auswirkungen von Finanzialisierung und *Shareholder Value*-Orientierung auf die funktionale Einkommensverteilung haben Epstein/Power (2003), Epstein/

- Jayadev (2005), Dumenil/Levy (2005) und Dünhaupt (2010) vorgelegt.
- ¹¹ Lazonick/O'Sullivan (2000).
 - ¹² Piketty/Saez (2003, 2006).
 - ¹³ Vgl. zu den Effekten der steigenden Aktionärsmacht auf die Investitionen Crotty (1990) und Stockhammer (2005-6). Empirische Schätzungen wurden von Orhangazi (2008), Stockhammer (2004) und van Treeck (2008) vorgelegt. Zur theoretischen Modellierung innerhalb von post-keynesianischen Verteilungs- und Wachstumsmodellen siehe Hein (2010a, 2010b), Lavoie (2008), Skott/Ryoo (2008a, 2008b), van Treeck (2009b) und den Überblick in Hein/van Treeck (2010).
 - ¹⁴ Cordonnier (2006).
 - ¹⁵ Kalecki (1954) 45-52.
 - ¹⁶ van Treeck (2009a).
 - ¹⁷ Hein/Truger (2007a).
 - ¹⁸ Vgl. Barba/Pivetti (2009) zur steigenden Verschuldung der privaten Haushalte als Ergebnis der Umverteilung des Einkommens und der steigenden Ungleichheit. Zu einer theoretischen Modellierung der potenziell widersprüchlichen Effekte der Verschuldung auf die makroökonomische Dynamik vgl. Bhaduri/Laski/Riese (2006), Dutt (2006) und Palley (1994).
 - ¹⁹ Joint Center of Housing Studies (2006).
 - ²⁰ Der wirtschaftliche Abschwung im Jahr 2009 war in den langsam wachsenden Überschussländern, insbesondere in Deutschland (-5,0 Prozent) und Japan (-5,2 Prozent), daher bedeutend schwerwiegender als in den USA (-2,4 Prozent), wo die Krise begann (IWF 2010).
 - ²¹ Bach/Corneo/Steiner (2009), OECD (2008).
 - ²² Hein/van Treeck (2008).
 - ²³ Hein/Truger (2005a, 2007a, 2009).
 - ²⁴ Truger (2004, 2009).
 - ²⁵ Hein/Truger (2009).
 - ²⁶ Vgl. Europäische Kommission (2010).
 - ²⁷ Diese Unterschiede in den Inflationsraten sorgen bei einem einheitlichen kurzfristigen Nominalzins und einem weitgehend angeglichenen langfristigen Nominalzins in einer Währungsunion für umgekehrte Unterschiede in den entsprechenden Realzinsen. Diese Diskrepanzen verstärken dann die Unterschiede in den Dynamiken der Inlandsnachfrage und damit auch die Leistungsbilanzungleichgewichte.
 - ²⁸ Für eine detailliertere Analyse der kurzfristigen makroökonomischen Politikreaktionen auf die Krise vgl. Hein/Truger (2010).
 - ²⁹ OECD (2009).
 - ³⁰ IWF (2010).
 - ³¹ Hein/Truger (2007c).
 - ³² Hein/Truger (2007a).
 - ³³ OECD (2009).
 - ³⁴ Europäische Kommission (2010).
 - ³⁵ Hein/Schulten/Truger (2006), Europäische Kommission (2010).
 - ³⁶ Vgl. auch Godley et al. (2008) und Papadimitriou (2009) zu ähnlichen Schlussfolgerungen bezüglich der USA. Man könnte darüber spekulieren, ob China, Indien oder andere Schwellenländer zukünftig in der Lage sein werden, die USA als Weltkonjunkturlokomotive abzulösen. Allerdings ist das Gewicht der einzelnen Länder dafür wohl noch zu gering und das Entwicklungsmodell des bedeutendsten Landes, China, beruht selbst auf einer neomerkantilistischen Strategie der Erzielung kontinuierlicher Leistungsbilanzüberschüsse (Herr 2009, 2010).
 - ³⁷ Vgl. auch Fitoussi/Stiglitz (2009), Guttman (2009) und Wade (2009).

- ³⁸ Beispielsweise zeigt Kregel (2009b), dass nur die Rettungsaktion für den Finanzsektor zur Belebung der Wirtschaft nicht ausreichen wird.
- ³⁹ Für eine detailliertere Liste von erforderlichen Regulierungen vgl. zum Beispiel Ash et al. (2009), Fitoussi/Stiglitz (2009) und Wade (2009). Zum Stand der EU-Finanzmarkt-reformen vgl. Dullien/Herr (2010).
- ⁴⁰ Zu den Problemen der Basel-II-Regulierungen vgl. z. B. Springler (2007).
- ⁴¹ Zu antizyklischen Kapitalanforderungen vgl. Goodhart (2009).
- ⁴² Zu den Eigenschaften von *Asset Based Reserve Requirements* vgl. insbesondere Pal-ley (2003, 2004, 2010) und Holz (2007).
- ⁴³ Vgl. Schulmeister/Schatzenstaller/Picek (2008) zu einem Vorschlag für eine allge-meine Finanztransaktionssteuer.
- ⁴⁴ Vgl. Rochon/Setterfield (2007) zu einem Überblick über post-keynesianische Vor-schläge des *Parking It*-Ansatzes hinsichtlich der Zinspolitik der Zentralbanken.
- ⁴⁵ Vgl. Hein (2002) zu einem Überblick über die theoretische und empirische Literatur.
- ⁴⁶ Wir folgen damit der *Functional Finance*-Sicht, die durch Lerner (1943) begründet wur-de. Vgl. auch Arestis/Sawyer (2004).
- ⁴⁷ Meyer (2001).
- ⁴⁸ Dullien (2010) und Dullien/Schwarzer (2009) haben kürzlich einen *External Econo-mic Stability Pact* für den Euroraum vorgeschlagen, der die Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse der Mitgliedsländer auf 3 Prozent des BIP begrenzen soll. Für die Defizitländer würde dies den Anteil der Auslandsverschuldung am BIP auf 60 Prozent limitieren, wenn man von einem Trendwachstum des nominalen BIP von 5 Prozent ausgeht. Der Vorteil dieses Vorschlages ist, dass er symmetrische Anpassungszwän-ge für Defizit- und Überschussländer vorsieht. Allerdings können die vorgeschlagenen einheitlichen Richtwerte nicht überzeugen. Wenn Leistungsbilanzdefizite und -über-schüsse auf unterschiedliche Wachstumsdynamiken zurückzuführen sind, so ergeben sich bei einem Ziel einer maximalen Auslandsverschuldung von 60 Prozent des BIP, das selbst begründet werden müsste, unterschiedlich hohe tolerierbare nationale Lei-stungsbilanzdefizite und damit auch -überschüsse.
- ⁴⁹ Vgl. Hein/Niechoj (2007), Hein/Truger (2005a) und die Beiträge in Hein et al. (2005) zu den Mängeln der makroökonomischen Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspoli-tischen Koordinierung im Euroraum und zu den erforderlichen institutionellen Refor-men.
- ⁵⁰ Vgl. Davidson (2009) 134-142, Guttman (2009) und Kregel (2009a) zu einer aus-führlicheren Diskussion über die Anforderungen an eine Reform des internationalen Währungssystems und UNCTAD (2009) 51-53 zu einem aktuellen Vorschlag.

Literatur

- Akerlof, G. A.; Shiller, R. J., *Animal Spirits. How Human Psychology Drives the Economy and Why It Matters for Global Capitalism* (Princeton 2009).
- Arestis, P.; Sawyer, M., On fiscal policy and budget deficits, in: *Intervention. Journal of Economics* 1/2 (2004) 61-74.
- Ash, M.; et al., *A Progressive Program for Economic Recovery & Financial Reconstruc-tion* (New York 2009).
- Bach, S.; Corneo, G.; Steiner, V., From Bottom to Top: The Entire Distribution of Market Income in Germany, 1992-2003, in: *Review of Income and Wealth* 55/2 (2009) 303-330.
- Baker, D., *Plunder and Blunder. The Rise and Fall of the Bubble Economy* (Sausalito 2009).

- Barba, A.; Pivetti, M., Rising household debt: Its causes and macroeconomic implications – a long-period analysis, in: *Cambridge Journal of Economics* 33 (2009) 113-137.
- Bhaduri, A.; Laski, K.; Riese, M., A model of interaction between the virtual and the real economy, in: *Metroeconomica* 57 (2006) 412-427.
- Bibow, J., The international monetary (non-)order and the 'global capital flows paradox', in: Hein, E.; Niechoj, T.; Spahn, P.; Truger, A. (Hrsg.), *Finance-led Capitalism? Macroeconomic Effects of Changes in the Financial Sector* (Marburg 2008).
- Cordonnier, L., Le profit sans l'accumulation: la recette du capitalisme dominé par la finance, in: *Innovations. Cahiers d'Economie de l'Innovation* 23 (2006) 51-72.
- Crotty, J., Owner-management conflict and financial theories of investment instability: a critical assessment of Keynes, Tobin, and Minsky, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 12 (1990) 519-542.
- Davidson, P., *The Keynes Solution. The Path to Global Economic Prosperity* (Basingstoke 2009).
- Domar, E. D., The 'burden of the debt' and national income, in: *American Economic Review* 34 (1944) 794-828.
- Dullien, S., Towards a Sustainable Growth Model for Europe: Institutional Framework, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1 (2010) 36-44.
- Dullien, S.; Herr, H., *Die EU-Finanzmarktreform. Stand und Perspektiven im Frühjahr 2010* (=Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin 2010).
- Dullien, S.; Schwarzer, D., The Euro Zone Needs an External Stability Pact, in: *SWP Comments* C09 (2009).
- Dumenil, G.; Levy, D., Costs and benefits of neoliberalism: a class analysis, in: Epstein, G. A. (Hrsg.), *Financialization and the World Economy* (Cheltenham 2005).
- Dühaupt, P., Financialization and the rentier income share – evidence from the USA and Germany (=IMK Working Papers 2, Düsseldorf 2010).
- Dutt, A. K., Maturity, stagnation and consumer debt: a Steindlian approach, in: *Metroeconomica* 57 (2006) 339-364.
- Epstein, G. A. (Hrsg.), *Financialization and the World Economy* (Cheltenham 2005).
- Epstein, G. A.; Jayadev, A., The rise of rentier incomes in OECD countries: financialization, central bank policy and labor solidarity, in: Epstein, G. A. (Hrsg.), *Financialization and the World Economy* (Cheltenham 2005).
- Epstein, G. A.; Power, D., Rentier incomes and financial crises: an empirical examination of trends and cycles in some OECD countries (=PERI Working Paper Series 57, Amherst 2003).
- Europäische Kommission, AMECO Database; http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/ameco/index_en.htm (2010).
- Fitoussi, J.-P.; Stiglitz, J., The ways out of the crisis and the building of a more cohesive world (=OFCE Document de travail 17, Paris 2009).
- Godley, W.; Papadimitriou, D.; Zezza, G., Prospects for the U.S. and the world: a crisis that conventional remedies cannot resolve (=The Levy Economics Institute of Bard College, Strategic Analysis, 2008).
- Goodhart, C.A.E., *The Regulatory Response to the Financial Crisis* (Cheltenham 2009).
- Guttmann, R., Asset bubbles, debt deflation, and global imbalances, in: *International Journal of Political Economy* 38/2 (2009) 46-69.
- Hein, E., Monetary policy and wage bargaining in the EMU: restrictive ECB policies, high unemployment, nominal wage restraint and inflation above the target, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 55 (2002) 299-337.
- Hein, E., Wage bargaining and monetary policy in a Kaleckian monetary distribution and growth model: trying to make sense of the NAIRU, in: *Intervention. Journal of Economics* 3 (2006) 305-329.

- Hein, E., Shareholder value orientation, distribution and growth – short- and medium-run effects in a Kaleckian model, in: *Metroeconomica* 61 (2010a) 302-332.
- Hein, E., A Keynesian perspective on ‚Financialization‘, in: Arestis, P.; Sawyer, M. (Hrsg.), *21st Century Keynesian Economics* (Basingstoke 2010b).
- Hein, E.; Niechoj, T., Guidelines for sustained growth in the EU? The concept and the consequences of the Broad Economic Policy Guidelines, in: McCombie, J., Rodriguez, C. (Hrsg.), *The European Union. Current Problems and Prospects* (Basingstoke 2007).
- Hein, E.; Niechoj, T.; Schulten, T.; Truger, A. (Hrsg.), *Macroeconomic Policy Coordination in Europe and the Role of the Trade Unions* (Brussels 2005).
- Hein, E.; Schulten, T.; Truger, A., Deflation risks in Germany and the EMU: the role of wages and wage bargaining, in: Hein, E.; Heise, A.; Truger, A. (Hrsg.), *Wages, Employment, Distribution and Growth. International Perspectives* (Basingstoke 2006).
- Hein, E.; Stockhammer, E., A Post-Keynesian macroeconomic policy mix as an alternative to the New Consensus approach, in: Arestis, P.; McCombie, J. (Hrsg.), *Unemployment: Past and Present* (Basingstoke 2009).
- Hein, E.; Stockhammer, E., Macroeconomic policy mix, employment and inflation in a Post-Keynesian alternative to the New Consensus model, in: *Review of Political Economy* 22 (2010) 317-354.
- Hein, E.; Truger, A., What ever happened to Germany? Is the decline of the former European key currency country caused by structural sclerosis or by macroeconomic mismanagement?, in: *International Review of Applied Economics* 19 (2005a) 3-28.
- Hein, E.; Truger, A., Macroeconomic coordination as an economic policy concept – opportunities and obstacles in the EMU, in: Hein, E.; Niechoj, T.; Schulten, T.; Truger, A. (Hrsg.), *Macroeconomic Policy Coordination in Europe and the Role of the Trade Unions* (Brussels 2005b).
- Hein, E.; Truger, A., Germany's post-2000 stagnation in the European context – a lesson in macroeconomic mismanagement, in: Arestis, P.; Hein, E.; Le Heron, E. (Hrsg.), *Aspects of Modern Monetary and Macroeconomic Policies* (Basingstoke 2007a).
- Hein, E.; Truger, A., Fiscal policy and macroeconomic performance in the Euro area: lessons for the future, in: Bibow, J.; Terzi, A. (Hrsg.), *Euroland and the World Economy. Global Player or Global Drag?* (Basingstoke 2007b).
- Hein, E.; Truger, A., Monetary policy, macroeconomic policy mix and economic performance in the Euro area, in: Hein, E.; Truger, A. (Hrsg.), *Money, Distribution and Economic Policy: Alternatives to Orthodox Macroeconomics* (Cheltenham 2007c).
- Hein, E.; Truger, A., How to fight (or not to fight) a slowdown: Lessons from France, Germany, the UK and Sweden, 1996-2005, in: *Challenge* 52/2 (2009) 52-75.
- Hein, E.; Truger, A., Financial crisis, global recession and macroeconomic policy reactions – the case of Germany, in: Dullien, S.; Hein, E.; Truger, A.; van Treeck, T. (Hrsg.), *The World Economy in Crisis – The Return of Keynesianism?* (Marburg 2010).
- Hein, E.; Truger, A., Finance-dominated capitalism in crisis – the case for a Keynesian New Deal at the European and the global level, in: Arestis, P.; Sawyer, M. (Hrsg.), *New Economics as Mainstream Economics* (Basingstoke 2011a), im Erscheinen.
- Hein, E.; Truger, A., Finanzdominierter Kapitalismus in der Krise – Plädoyer für einen globalen keynesianischen New Deal, in: Hagemann, H.; Krämer, H. (Hrsg.), *Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft 2010, Keynes 2.0 – Perspektiven einer modernen keynesianischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik* (Marburg 2011b), im Erscheinen.
- Hein, E.; van Treeck, T., Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstums-hemmnis? (=IMK Report Nr. 26, Düsseldorf 2008).
- Hein, E.; van Treeck, T., ‚Financialization‘ in Post-Keynesian models of distribution and growth – a systematic review, in: Setterfield, M. (Hrsg.), *Handbook of Alternative Theories of Economic Growth* (Cheltenham 2010).

- Herr, H., Global imbalances and the Chinese balance of payments, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 6 (2009) 44-53.
- Herr, H., Credit expansion and development – a Schumpeterian and Keynesian view of the Chinese miracle, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 7 (2010) 71-89.
- Holz, M., Asset-based reserve requirements: a new monetary policy instrument for targeting diverging real estate prices in the Euro area, in: *Intervention. Journal of Economics* 4 (2007) 331-351.
- Horn, G.; et al., From the financial crisis to the world economic crisis. The role of inequality (=IMK Policy Brief, Düsseldorf 2009).
- IWF, World Economic Outlook, April 2010. Rebalancing Growth (Washington, D. C., 2010).
- Joint Center for Housing Studies, The State of the Nation's Housing, Report of the Joint Center for Housing Studies of Harvard University (Cambridge 2006).
- Kalecki, M., *Theory of Economic Dynamics* (London 1954).
- Keynes, J. M., Proposal for an International Clearing Union, in: *The Collected Writings of J. M. Keynes*, Vol. 25 (London 1942/1980).
- Kregel, J., Some simple observations on the reform of the international monetary system (=The Levy Economics Institute of Bard College, Policy Note 8, 2009a).
- Kregel, J., Why don't the bailouts work? Design of a new financial system versus a return to normalcy, in: *Cambridge Journal of Economics* 33 (2009b) 653-663.
- Krippner, G.R., The financialization of the American economy, in: *Socio-Economic Review* 3 (2005) 173-208.
- Lavoie, M., Financialization issues in a post-Keynesian stock-flow consistent model, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 5 (2008) 331-356.
- Lazonick, W.; O'Sullivan, M., Maximizing shareholder value: a new ideology for corporate governance, in: *Economy and Society* 29/1 (2000) 13-35.
- Lerner, A., Functional finance and federal debt, in: *Social Research* 10 (1943) 38-51.
- Meyer, L.H., Inflation targets and inflation targeting, in: *Federal Reserve Bank of St. Louis Review* 83/6 (2001) 1-13.
- OECD, *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries* (Paris 2008).
- OECD, *Economic Outlook. Interim Report*, March (Paris 2009).
- Orhangazi, Ö., Financialisierung und capital accumulation in the non-financial corporate sector: a theoretical and empirical investigation of the US economy: 1973-2003, in: *Cambridge Journal of Economics* 32 (2008) 863-886.
- Palley, T., Debt, aggregate demand, and the business cycle: an analysis in the spirit of Kaldor and Minsky, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 16 (1994) 371-390.
- Palley, T., Asset price bubbles and the case for asset based reserve requirements, in: *Challenge* 46/3 (2003) 53-72.
- Palley, T., Asset-based reserve requirements: reasserting domestic monetary control in an era of financial innovation and instability, in: *Review of Political Economy* 16 (2004) 43-58.
- Palley, T., Financialization: what it is and why it matters, in: Hein, E.; Niechoj, T.; Spahn, P.; Truger, A. (Hrsg.), *Finance-led Capitalism? Macroeconomic Effects of Changes in the Financial Sector* (Marburg 2008).
- Palley, T., America's exhausted paradigm: macroeconomic causes of the financial crisis and the Great Recession (=IPE Working Paper 2, Berlin 2009).
- Palley, T., Asset price bubbles and counter-cyclical monetary policy: Why central banks have been wrong and what should be done, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 7 (2010) 91-107.

- Papadimitriou, D., Global imbalances: strategic imbalances for the US and the world, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 6 (2009) 53-60.
- Piketty, T.; Saez, E., Income inequality in the United States, 1913-1998, in: *The Quarterly Journal of Economics* 118 (2003) 1-39.
- Piketty, T.; Saez, E., The evolution of top incomes: a historical and international perspective, in: *American Economic Review. Papers and Proceedings* 96 (2006) 200-205.
- Rochon, L.-P.; Setterfield, M., Interest rates, income distribution and monetary dominance: Post-Keynesians and the 'fair rate' of interest, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 30 (2007) 13-42.
- Sapir, J., From financial crisis to turning point. How the US 'subprime crisis' turned into a world-wide one and will change the global economy, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1 (2009) 27-44.
- Schulmeister, S.; Schratzenstaller, M.; Picek, O., A General Financial Transaction Tax. Motives, Revenues, Feasibility and Effects (Wien 2008).
- Skott, P.; Ryoo, S., Macroeconomic implications of financialization, in: *Cambridge Journal of Economics* 32 (2008a) 827-862.
- Skott, P.; Ryoo, S., Financialization in Kaleckian economics with and without labor constraints, in: *Intervention. European Journal of Economics and Economic Policies* 5 (2008b) 357-386.
- Springler, E., Bank lending and regulation in insider financial systems: a theoretical assessment, in: Arestis, P.; Hein, E.; Le Heron, E. (Hrsg.), *Aspects of Modern Monetary and Macroeconomic Policies* (Basingstoke 2007).
- Stockhammer, E., Financialization and the slowdown of accumulation, in: *Cambridge Journal of Economics* 28 (2004) 719-741.
- Stockhammer, E., Shareholder value orientation and the investment-profit puzzle, in: *Journal of Post Keynesian Economics* 28 (2005-6) 193-215.
- Stockhammer, E., Some stylized facts on the finance-dominated accumulation regime, in: *Competition and Change* 12 (2008) 189-207.
- Truger, A., Rot-grüne Steuerreformen, Finanzpolitik und makroökonomische Performance – was ist schief gelaufen?, in: Hein, E.; Heise, A.; Truger, A. (Hrsg.), *Finanzpolitik in der Kontroverse* (Marburg 2004).
- Truger, A., Ökonomische und soziale Kosten von Steuersenkungen, in: *Prokla* 154/1 (2009) 27-46.
- UNCTAD, *The Global Economic Crisis: Systemic Failures and Multilateral Remedies* (New York, Genf 2009).
- Van Treeck, T., Reconsidering the investment-profit nexus in finance-led economies: an ARDL-based approach, in: *Metroeconomica* 59 (2008) 371-404.
- Van Treeck, T., The political economy debate on 'Financialization' – a macroeconomic perspective, in: *Review of International Political Economy* 16 (2009a) 907-944.
- Van Treeck, T., A synthetic stock-flow consistent macroeconomic model of Finanzialisierung, in: *Cambridge Journal of Economics* 33 (2009b) 467-493.
- Van Treeck, T.; Hein, E.; Dühnaupt, P., *Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung: neuere Tendenzen in den USA und in Deutschland* (=IMK Studies 5, Düsseldorf 2007).
- Wade, R., From global imbalances to global reorganisations, in: *Cambridge Journal of Economics* 33 (2009) 539-562.

Zusammenfassung

Wir analysieren die der seit 2007 anhaltenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zugrunde liegenden langfristigen Ungleichgewichte des finanzdominierten Kapitalismus. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Entwicklungen in den USA und in Deutschland bzw. dem Euroraum. Wir argumentieren, dass jenseits der ineffizienten Regulierung des Finanzsektors die Schärfe der aktuellen Krise und die rasche Geschwindigkeit ihrer weltweiten Verbreitung hauptsächlich durch die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und durch zunehmende Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft, insbesondere auch im Euroraum, hervorgerufen wurden. Hieraus folgt, dass in der nahen und ferneren Zukunft die USA nicht mehr in der Lage sein werden, als Motor der Weltnachfrage zu fungieren. Um eine Periode der deflationären Stagnation in wesentlichen Regionen der Weltwirtschaft, insbesondere im Euroraum, und einen Kollaps der Europäischen Währungsunion zu vermeiden, schlagen wir einen keynesianischen *New Deal* für Europa und für die Weltwirtschaft vor, der durch folgende Elemente geprägt sein sollte: 1. Eine Regulierung des Finanzsektors, 2. eine Reorientierung der makroökonomischen Wirtschaftspolitik anhand (post-)keynesianischer Ideen und 3. eine Rekonstruktion der internationalen makroökonomischen Politikkoordination, insbesondere auf europäischer Ebene, sowie eine neue Weltfinanzordnung.

„Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“

Band 3

Lohnpolitik in der Strukturkrise

Günther Chaloupek, Ulrike Felber, Michael Mesch, Hansjörg Klausinger

Ulrike Felber

Kaufkraftstärkung versus Konkurrenzfähigkeit: Die gewerkschaftliche Diskussion über wirtschafts- und lohnpolitische Strategien

Günther Chaloupek/Michael Mesch

Lohnentwicklung und Lohnpolitik in Österreich in der Zwischenkriegszeit

Hansjörg Klausinger

Lohnbildung und Lohnpolitik aus der Sicht der „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“

Graz 2009, 96 Seiten, € 14,90.

Band 4

Rudolf Goldscheid und die Finanzkrise des Steuerstaates

Helge Peukert, Manfred Prisching

Helge Peukert

Rudolf Goldscheid: Finanzsoziologie des Steuerstaates

Manfred Prisching

Josef Schumpeter und der Staatskapitalismus

Graz 2009, 136 Seiten, € 16,90.

Band 5

Die Angestellten und die Klassengesellschaft

Michael Mesch, Andreas Weigl, Reinhard Blomert, Ernst Bruckmüller

Michael Mesch, Andreas Weigl

Angestellte und ihre Gewerkschaften in der Ersten Republik

Reinhard Blomert

Die neue soziale Welt der Angestellten. Soziologische Betrachtungen und Entdeckungen von Emil Lederer und Siegfried Kracauer zum Auftreten einer neuen Zwischenschicht

Ernst Bruckmüller

Angestellte und katholische Sozialreform

Graz 2010, 128 Seiten, € 16,90.

Bestellungen bei: Leykam Buchverlagsgesellschaft m.b.H. Nfg. & Co. KG,

Ankerstraße 4, A-8057 Graz, Tel. +43 (0) 5 0109-6530 bis 6533, 6535,

Fax: +43 (0) 5 0109-6539,

e-mail: verlag@leykam.com

Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa¹

Joachim Becker

Die Länder Osteuropas weisen eine große Spannbreite der Krisenbetroffenheit auf: Während das BIP Polens 2009 sogar leicht gewachsen ist, verzeichneten die baltischen Länder und die Ukraine BIP-Rückgänge von 15% und mehr. Die Unterschiede hängen eng mit den Wachstumsmodellen der Vorkrisenjahre und deren spezifischen Krisenverwundbarkeiten zusammen. Das Wachstum der Visegrád-Länder (mit Ausnahme Ungarns) war stark exportgetrieben, wenngleich die steigende Privatverschuldung in einheimischer Währung das Wachstum ebenfalls beflügelte. In den baltischen Ländern und Südosteuropa kann man das Wachstumsmodell als „finanzialisiert“² charakterisieren, da hier die Dynamik sehr stark kreditfinanziert war. Die Verschuldungsdynamik wurde von außen alimentiert und erfolgte auch im Inneren vielfach über Devisenkredite. Auch Ungarn und die Ukraine teilten einige der Grundcharakteristika des finanzierten Modells, vor allem die hohe Fremdwährungsverschuldung. Der Beitrag geht den Krisendynamiken dieser beiden Grundmodelle nach und diskutiert deren Implikationen für die Krisenbekämpfungspolitik.

1. Krisendynamiken im exportgetriebenen Modell

Den osteuropäischen Ländern war und ist eine starke Außenorientierung der Ökonomie gemein. Im Verlaufe der Transformation wurde der Außenhandel stark auf Westeuropa ausgerichtet. Mit Ausnahme Sloweniens setzten die osteuropäischen Regierungen spätestens mit der Anbahnung von Verhandlungen über den EU-Beitritt strategisch auf Direktinvestitionen als Entwicklungsmotor.³ Die Europäische Kommission machte die Öffnung für Auslandsinvestitionen und Privatisierungen zum zentralen Maßstab für die Beurteilung der Beitrittsfortschritte. Im Resultat spielen ausländische Firmen nicht nur in der verarbeitenden Industrie, sondern gerade auch im Finanzsektor eine dominante Rolle. Mit Ausnahme Sloweniens sind westliche Banken in den neuen Mitgliedsländern Osteuropas im Bankensektor völlig vorherrschend – in manchen Ländern, wie Estland, Litauen und der Slowakei, mit Anteilen von fast 100%.⁴ Über die Export- und Finanzkanäle lief die Krisenausbreitung von West- nach Osteuropa.

Doch war die Krisenanfälligkeit bereits in den Wachstumsmodellen Osteuropas angelegt.

In den Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) sowie Slowenien war das Wachstumsmodell stark durch den industriellen Export geprägt. In der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn waren die Exportindustrien fast vollständig in der Hand ausländischer Unternehmen.⁵ In Polen war diese Tendenz etwas schwächer ausgeprägt. Am bedeutendsten war die Rolle nationaler Unternehmen in Slowenien, wo bereits zu Zeiten des Staatssozialismus mittlere Unternehmen mit starker Orientierung auf den Westexport bedeutsam gewesen waren.⁶ Die Exportindustrien der Region waren und sind eng mit Westeuropa, speziell der deutschen Exportindustrie, verflochten. In den kleineren Ländern ist das Spezialisierungsprofil recht eng. Das gilt im Besonderen für die Slowakei, in welcher der Autoexport im letzten Vorkrisenjahr 2007 etwa 40% des Gesamtexports ausmachte.⁷

Das Wachstum war aber auch kreditgetrieben.⁸ Die Privatverschuldung ist in den letzten Jahren signifikant gewachsen.⁹ Angesichts eines generell niedrigen Lohnniveaus werden Konsumwünsche auf Kredit erfüllt. Die Kredite bliesen zum Teil eine Immobilienblase in den großen Zentren wie Warschau, Bratislava oder Prag auf. Besonders stark war die Herausbildung einer Immobilienblase in den Vorkrisenjahren in Slowenien.¹⁰ Hier wuchsen in diesen Jahren auch die Kredite deutlicher rascher als die Depositen – und damit auch der Refinanzierungsbedarf und die potenzielle Fragilität der Banken.¹¹ In der Tschechischen Republik und der Slowakei erfolgte die Verschuldung fast ausschließlich in einheimischer Währung. In Polen spielten Kredite in Fremdwährung, vor allem bei Hypothekarkrediten, schon eine größere Rolle.¹² Hier suchte allerdings die Polnische Zentralbank zu bremsen. Allerdings wuchsen die Fremdwährungskredite im Jahr 2008 bis zum Monat September sehr rasant.¹³ Ein Fortdauern dieser Tendenz hätte auch das polnische Kreditsystem in massive Probleme bringen können. Das labilste Bankensystem wies unter diesen Ländern aber Ungarn auf. Hier erreichte die Privatverschuldung besonders hohe Werte und erfolgte zu etwa 60%¹⁴ in Devisen. Die Banken wälzten so das Wechselkursrisiko auf die SchuldnerInnen ab. Für die KreditnehmerInnen schienen die Devisenkredite wegen der deutlich niedrigeren Zinsen attraktiv. Im Fall einer Abwertung drohte ihnen allerdings eine Zahlungsklemme. Dieses Risiko wurde von Banken und KreditnehmerInnen, aber auch von den relevanten staatlichen Stellen, verdrängt. „(N)ichts geschah, um den Umfang an Devisenkrediten zu vermindern, obwohl auf exzessive Währungssubstitution als Quelle finanzieller Instabilität von Seiten internationaler Experten verschiedentlich hingewiesen worden war“, resümiert Andor (2009, S. 288).

In den unmittelbaren Vorkrisenjahren zeigten die Währungen der Vise-

grád-Länder eine – teils deutliche – Aufwertungstendenz. Systematische Maßnahmen zum Bremsen dieser Tendenz wurden nicht ergriffen, allein Slowenien stellte sich in den 1990er-Jahren durch eine milde Form von Kapitalverkehrskontrollen einer Währungsaufwertung entgegen, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu wahren und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu vermeiden. Öffentliche Diskussionen über die Wechselkursentwicklung gab es – außer vielleicht gelegentlichen Ansätzen in Polen – kaum. Die Aufwertung lag im Interesse westeuropäischen Kapitals, vor allem im Dienstleistungsbereich, da dies auch eine Aufwertung ihrer Kapitalanlagen in der Region bedeutete. Für die transnationalen Konzerne mit ihrer relativ hohen Arbeitsproduktivität stellte die Aufwertung auch kein Problem dar. Anders stellte sich die Entwicklung hingegen für einzelne Branchen und kleinere Betriebe, die unter externem Wettbewerbsdruck standen, dar. Ihre Interessen blieben jedoch politisch eher untergeordnet. In das politische Kalkül ging auch die inflationssenkende Wirkung der Aufwertung ein. Dies wird in den Begründungen zur Aufwertung des offiziellen Konversionskurses der Slowakischen Krone kurz vor Euro-Einführung sehr deutlich.¹⁵ In Ungarn wurde der Kurs des Forint durch eine Hochzinspolitik bewusst gestützt.

Für die Entwicklung der produktiven Strukturen waren diese Wechselkursentwicklungen nicht günstig. Die ausländischen Direktinvestitionen brachten zwar deutliche Exportsteigerungen, aber die Handelsbilanz blieb – außer in der Tschechischen Republik und, in Jahren der Stagnation, in Ungarn – negativ. Die Leistungsbilanz wurde durch steigende Gewinnrepatriierung immer stärker belastet.¹⁶ 2008 belief sich das Defizit der Einkommensbilanz in der Tschechischen Republik und Ungarn bereits auf ca. 8% des BIP. Außer in der Tschechischen Republik bewegte sich das Leistungsbilanzdefizit um die kritische Grenze von 5% des BIP herum.¹⁷

Mithin war das Wachstumsmodell stark abhängig von der Exportnachfrage in Westeuropa, speziell bei Automobilen. Eine Achillesferse waren auch die strukturellen Leistungsbilanzdefizite sowie die enge Korrelation zwischen Wachstum und (privater) Kreditexpansion. Spezielle Krisenverwundbarkeiten barg die hohe private Devisenverschuldung in Ungarn in sich.

Außer für Ungarn wurden in den Ökonomien der Visegrád-Staaten und Sloweniens in der aktuellen internationalen Krise vor allem die starken Einbrüche im Export schlagend. Sie erreichten gegenüber dem Vorjahr im 4. Quartal 2008 teils bereits ca. 10% und im 1. Quartal 2009 durchaus Größenordnungen von etwa 30%¹⁸ und betrafen gerade auch die Automobilindustrie als einen Schlüsselsektor der regionalen Ökonomie. Die enge Anbindung an die deutsche Exportwirtschaft, die von der Krise überdurchschnittlich betroffen war, erwies sich nun als ziemlich nachteilig, wie der slowenische Präsident Danilo Türk Ende 2009 in einem Interview

mit dem serbischen Nachrichtenmagazin NIN feststellte.¹⁹ Aufgrund der engen Bindungen an die deutsche Exportwirtschaft folgten die Einbrüche bei Export und Industrieproduktion in knappem Abstand dem deutschen Exportrückgang. Als besonders ungünstig erwiesen sich enge Spezialisierungen, wie jene der Slowakei. Als Vorteil stellte sich auch die Abwertung von Złoty und Tschechischer Krone für die Ökonomien Polens und der Tschechischen Republik heraus. Sie zeigten sich im Verhältnis zu den beiden Euro-Ländern Slowakei und Slowenien begünstigt.²⁰

Im Finanzbereich wurde zunächst die privatisierten Pensionsversicherungen durch den Absturz der Börsen getroffen.²¹ Restriktivere Refinanzierungsbedingungen und eine striktere Kreditvergabepolitik der Töchter westeuropäischer Banken wurden erst etwas später fühlbar. Hiervon waren vor allem Immobilien- und Bauwirtschaft betroffen. Überdurchschnittlich starke Wirkungen wurden in Slowenien erkennbar, wo der Immobilienboom vor der Krise besonders starke Blüten getrieben hatte.²² Allerdings wuchsen die Kredite an Privathaushalte in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik durchaus weiter.²³ Wie beispielsweise die tschechische Tageszeitung „Právo“ am 30. Jänner 2010 vermeldete, hatten sich die Bankschulden tschechischer Privathaushalte in den drei Jahren zuvor in etwa verdoppelt. Diese Art der Konsumfinanzierung war für die SchuldnerInnen durchaus kostspielig, der durchschnittliche Zinssatz belief sich im 2. Semester 2009 auf 15%.²⁵ Diese Art der Konsumfinanzierung dürfte aber auch in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen bald an ihre Grenzen stoßen. Im Gegensatz zu den anderen Visegrád-Ländern war die Krisendynamik in Ungarn mit seiner hohen privaten Devisenverschuldung primär durch den Finanzsektor geprägt und folgte damit einem anderen Muster.

Die Rezession war 2009 in den beiden kleinen, euroisierten Ökonomien – Slowenien (Rückgang des BIP um 7,8%) und Slowakei (-4,7%) – stärker als in der Tschechischen Republik (-4,2%). Polen wies sogar ein leichtes BIP-Wachstum von 1,7% auf.²⁵ Für den früheren Finanzminister Polens (und heutigen Zentralbankpräsidenten Polens), Marek Belka, ist die vergleichsweise günstige Entwicklung in Polen u. a. auf die relativ große Bedeutung des Binnenmarktes und vergleichsweise bedeutsame Rolle von Klein- und Mittelunternehmen im Export zurückzuführen. Polen habe eine „Rückständigkeitsrente“ eingestrichen.²⁶ Allerdings verzeichnete Polen, wie auch die anderen Länder der Region, eine steigende Arbeitslosigkeit. Dieser Anstieg war in der Slowakei mit ihrem großen West-Ost-Gefälle besonders ausgeprägt. Die Rückwanderung aus den im Niedergang betroffenen Ökonomien Großbritanniens und Irlands spielt für Länder wie Polen und die Slowakei durchaus eine Rolle. Ein Thema öffentlicher Debatte ist dies aber allein in Polen.

2. Aufstieg und Fall des finanzgetriebenen Wachstumsmodells

Wesentlich schärfer und tiefer ist die Krise der osteuropäischen Länder mit einem finanzgetriebenen oder finanzialisierten Wachstumsmodell. Diesem Modell folgten die baltischen Länder sowie die südosteuropäischen Staaten. Gemeinsam war diesen Staaten eine rigide Wechselkurspolitik bzw. eine Geldpolitik, die durch hohe Zinsen eine Aufwertung der Währung begünstigte. In mehreren Ländern – Estland, Litauen, Bosnien-Herzegowina und Bulgarien – optierten die Regierungen für die rigideste Form der Währungs- und Geldpolitik, nämlich ein *Currency Board*. Montenegro ging noch einen Schritt weiter und ersetzte den Dinar komplett durch die DM bzw. den Euro, wodurch ökonomisch die Trennung von Serbien vollzogen wurde. Auch Lettland und Kroatien zeichnen sich durch eine sehr rigide Wechselkurspolitik aus. In Serbien und Rumänien war die Wechselkurspolitik etwas flexibler. Die rumänische Hochzinspolitik begünstigte in den Jahren vor der Krise starke Kapitalzuflüsse und eine enorme nominale Aufwertung.²⁷

Die Geld- und Währungspolitik stimulierte erhebliche Kapitalzuflüsse. Diese gingen jedoch nicht in die produktiven Sektoren, sondern trieben die Expansion von Banken, Immobilien- und Bausektor an. Das Wirtschaftswachstum war stark durch die zunehmende private Verschuldung angetrieben.²⁸ Oftmals verdoppelte sich das Verhältnis inländischer Kredite an den Privatsektor/BIP zwischen 2003 und 2006: von 26,7% auf 47,7% in Bulgarien, von 31,4% auf 78,4% in Bulgarien, von 34,2% auf 77,9% in Lettland, von 20,2% auf 47,7% in Litauen und von 13,7% auf 26,3% in Rumänien.²⁹ Im letzten Jahr vor der Krise – 2007 – wuchsen die Kredite an den Privatsektor in den baltischen Ländern nochmal zwischen 30% (Lettland) und 40% (Estland) an.³⁰ Aber auch die südosteuropäischen Länder außerhalb der EU verzeichneten ein rasches Kreditwachstum, besonders stark stieg die Haushaltsverschuldung in Kroatien an.³¹ Auch Serbien war keine Ausnahme von diesem Muster. „Inländische Kredite an den Privatsektor haben sich innerhalb von fünf Jahren fast verdoppelt, sie stiegen von 21% des BIP im Jahr 2003 auf 39,7% des BIP im Jahr 2008. Besonders ausgeprägt war das Wachstum des inländischen Kredits im Fall der Haushalte – von nur 2,6% des BIP im Jahr 2003 gingen sie auf 13,9% des BIP im Jahr 2008 hoch – wovon Hypothekarkredite 5,7% des BIP repräsentierten.“³² Vielfach lagen die Kreditvergaben der Banken deutlich höher als die Depositen. Besonders ausgeprägt war das Missverhältnis zwischen beiden in den baltischen Ländern³³, wo die schwedischen Banken sehr aktiv sind. Ein derartiges Muster der Kreditvergabe impliziert einen hohen Refinanzierungsbedarf und trägt somit zur finanziellen Fragilität bei.

Das Kreditwachstum fachte seinerseits Immobilienblasen an. Auch

hier stellten die baltischen Länder die Extremfälle dar. In der estnischen Hauptstadt Tallinn war im 1. Quartal 2006 ein jährliches Wachstum der Immobilienpreise um 82,0% zu verzeichnen.³⁴

Ein Kennzeichen dieses Wachstumsmodells war, dass die private Verschuldung hochgradig in Fremdwährung erfolgte: im Regelfall zu mehr als 50%, in Lettland und Estland sogar zu mehr als 80%.³⁵ Die im ausländischen Eigentum stehenden Banken wälzten so das Wechselkursrisiko auf die SchuldnerInnen ab. Für die KreditnehmerInnen schienen die Fremdwährungskredite attraktiv, da die Zinsen verhältnismäßig niedrig waren. Das enorme Wechselkursrisiko ignorierten sie. Über die Fremdwährungsverschuldung war die Mittelschicht dieser Länder engstens mit der überbewerteten Währung, die den Kern des Wachstumsmodells bildete, verbunden.

Die überbewertete Währung hatte für die produktiven Sektoren, speziell für die industrielle Entwicklung, negative Konsequenzen. Auch hier sind die baltischen Länder, speziell Lettland und Estland, die Extremfälle. In Lettland trug die verarbeitende Industrie 2008 nicht einmal 10% zum BIP bei, in Estland etwa 15%.³⁶ Damit fehlte dem Wachstum in diesen beiden Ökonomien weitgehend eine industrielle Basis. In Bulgarien sah es nicht viel besser aus. Die Nachkriegserholung der Industrie war selbst in den beiden größten Nachfolgestaaten Jugoslawiens – Kroatien und Serbien – schwach. In Kroatien erreichte die Industrieproduktion 2007 90% des Niveaus von 1990,³⁷ in Serbien, wo die Kriegssituation länger andauerte und der Aufschwung deutlich später einsetzte, 2008 sogar nur 51% des Niveaus von 1990.³⁸

Angesichts der schwachen Entwicklung der produktiven Sektoren ist auch nicht überraschend, dass die negative Handelsbilanz der zentrale Faktor für die enormen Leistungsbilanzdefizite war. Diese lagen in den Vorkrisenjahren deutlich über der als kritisch geltenden Grenze von 5% des BIP. Bis 2007 wiesen die baltischen Länder besonders hohe Leistungsbilanzdefizite auf, Lettland sogar mehr als 20% des BIP.³⁹ Die Rezession setzte hier bereits 2008 ein, was einen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2008 auslöste. In anderen Ländern mit diesem Wachstumsmodell blieben die Leistungsbilanzdefizite auch 2008 noch extrem. Montenegro erreichte in diesem Jahr ein Leistungsbilanzdefizit von 32,6%, Bulgarien von 24,0% des BIP. An dritter Stelle kam Serbien mit 18,2% des BIP.⁴⁰ Die Defizite wurden durch hohe Kapitalimporte – Direktinvestitionen und rapide steigende Auslandsverschuldung – finanziert. Das relative Niveau ist meist höher als in den Visegrád-Staaten (mit Ausnahme Ungarns). In Bulgarien, Estland und Lettland lag die Auslandschuld 2008 höher als das BIP. In Kroatien erreichte sie 83,6% des BIP, in Serbien 70,0%.⁴¹ Derartige außenwirtschaftliche Ungleichgewichte können auf Dauer nicht durchgehalten werden. In der wirtschaftspolitischen

Diskussion war dies jedoch kein Thema – mit Ausnahme Serbiens, wo beispielsweise Kovačević (2009, S. 265, 271) auf Parallelen zur Entwicklung Russlands vor der Krise 1998 hinwies.

Im finanzialisierten Wachstumsmodell war eine extreme Krisenverwundbarkeit angelegt, und die osteuropäischen Länder mit diesem Modell wurden von der Krise auch besonders hart betroffen. Der Hauptkanal der Krisenausbreitung war in den Ländern des finanzgetriebenen Wachstumsmodells (einschließlich Ungarns) der Kreditkanal. Mit dem Stocken des Finanzzuflusses wurden unmittelbar Hauptmotoren des Wachstums – Banken-, Immobilien- und Bauwirtschaft – getroffen.⁴² In den südosteuropäischen Ländern, wo die Erinnerung an finanzielle Instabilität bzw. massive Finanzkrisen in den 1980er- bzw. 1990er-Jahren noch sehr lebendig ist, führte die internationale Finanzkrise zu einer erheblichen Verunsicherung der AnlegerInnen. Sie zogen ihre Depositen im Herbst 2008 in nennenswertem Umfang ab. Während in Bulgarien, Rumänien und Makedonien eine rasche Wiederanlage des Geldes zu verzeichnen war, dauerte dieser Prozess in Kroatien und Serbien – trotz vertrauensbildender Maßnahmen der Regierungen – länger. Hier wurde das Vorkrisenniveau der Ersparnisse nicht vor Ende 2009 wieder erreicht. In Albanien und Bosnien-Herzegowina lagen die Ersparnisse im Jänner 2010 immer noch unter den Werten der Vorkrisenzeit.⁴³

Mit der Verknappung des internationalen Kreditzugangs und Phasen von Kapitalabflüssen wurden die hohen Leistungsbilanzdefizite und der hohe externe Finanzierungsbedarf schlagend. Die Währungen gerieten unter Druck. Wo eine gewisse Wechselkursflexibilität gegeben war, wie in Rumänien sowie Serbien (und Ungarn), verloren die Währungen gegenüber Euro und Schweizer Franken (auf diesen lauteten viele Hypothekarkredite) – zumindest vorübergehend – an Wert.⁴⁴ Bei den Ländern mit *Currency Boards* oder sehr rigidem Wechselkursregime kamen Zweifel an der Haltbarkeit der Wechselkurse auf. Angesichts der hohen inneren Devisenverschuldung und der Interessenlage der ausländischen Banken suchten die Regierungen den Wechselkurs um fast jeden Preis zu halten. Damit traten zu restriktiver Kreditvergabe äußerst restriktive Fiskal- und Lohnpolitiken. Diese verschärften die rezessiven Tendenzen weiter. Rückläufige (in den baltischen Ländern kollabierende) Binnennachfrage und Einbrüche bei den Exporten komplementierten einander.

Die baltischen Länder waren als erste teils bereits Anfang 2008 betroffen. In Lettland ging das BIP in jenem Jahr bereits um 4,5% und in Estland um 3,6% zurück. 2009 erreichte der BIP-Rückgang in den baltischen Ländern globale Spitzenwerte – Lettland 18,0%, Litauen 15,0% und Estland 14,1%.⁴⁵ Damit stand das BIP in Lettland 2009 gerade einmal auf 100,4% des Niveaus von 1990, in Litauen bei 108,5%. Allein Estland präsentierte sich mit 137,4% besser. Im ersten Halbjahr 2010 zeichnete sich besten-

falls eine Stagnation des BIP auf niedrigem Niveau ab.⁴⁶ In den baltischen Ländern sind zwei verlorene Entwicklungsdekaden zu konstatieren. Sie weisen keine tragfähigen produktiven Modelle auf, die Wirtschaftsleistung erreicht in Lettland und Litauen mit Mühe das Niveau des ersten, bereits schwer krisenhaften Transformationsjahres. Die soziale Polarisierung ist weit vorangeschritten, die Arbeitslosigkeit hat sich in der Krise mehr als verdoppelt. Sie erreichte in Lettland im 1. Quartal 2010 20,1%, in Estland im 2. Quartal 2010 18,6% und in Litauen im 1. Quartal 2010 17,3%. Noch dramatischer stellt sich die Jugendarbeitslosigkeit dar: in Lettland 39,5% im 1. Quartal 2010, in Estland 37,2% im 2. Quartal 2010.⁴⁷ Viele Arbeitslose haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die soziale Lage ist katastrophal.

In Südosteuropa setzte der Einbruch später als in den baltischen Ländern ein und war bislang nicht so scharf, obwohl in der Tendenz stärker als in den Visegrád-Ländern Polen, Slowakei und Tschechische Republik. In Bulgarien ging das BIP 2009 um 5,0%, in Rumänien um 7,1% und in Ungarn um 6,3% zurück. Die BIP-Entwicklung in den ex-jugoslawischen Staaten stellte sich 2009 tendenziell günstiger dar als in diesen drei EU-Ländern. In Kroatien sank das BIP um 5,8%, in Montenegro um 5,3%, in Bosnien-Herzegowina und in Serbien um 3% sowie in Mazedonien um 0,7%. Albaniens BIP verzeichnete sogar ein Plus von 4,2%.⁴⁸ Damit stellt sich die BIP-Entwicklung in jenen Ländern mit finanzgetriebenem Wachstumsmodell, die nicht ganz so extreme Verschuldungsdaten aufwiesen bzw. sich noch Reste von währungspolitischen Spielräumen bewahrten, günstiger dar als bei jenen mit ausgeprägter Privatverschuldung und rigider Wechselkurspolitik. So dürften sich für Serbien das verspätete Einsetzen der kreditgetriebenen Wachstumsdynamik und die eher vorsichtige Zentralbankpolitik der letzten Jahre in der Krise eher als Vorteil erweisen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nicht so extrem wie in den baltischen Ländern, wenngleich Anstiege um 2 bis 3 Prozentpunkte im Regelfall festzustellen sind. Allerdings ist das Ausgangsniveau in den Ländern Ex-Jugoslawiens teils sehr hoch: in Mazedonien um die 33% (hier fiel sie allerdings 2009), in Bosnien-Herzegowina 23,4% und in Serbien immer noch beachtlich 13,6%.⁴⁹ Zudem ist zu beachten, dass in Südosteuropa die Grenze zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fließend ist. Der Rückzug in eine auf Selbstversorgung zielende Landwirtschaft war bereits in den 1990er-Jahren in Rumänien oder auch Serbien eine Option, um die Krise zu überstehen.

Mithin ist die Krise in den Ländern mit dem finanzgetriebenen Wachstumsmodell ökonomisch wie sozial schärfer ausgeprägt als in jenen mit dem exportgetriebenen Modell. In Ersteren ist faktisch ein Zusammenbruch des Modells zu konstatieren, was in den baltischen Ländern bereits offen, in den anderen Ländern etwas milder zutage tritt. In ihnen

hat die Transformationspolitik kein tragfähiges produktives Modell hervorgebracht. Auch Ökonomen der EZB (2010, S. 104 f.) und des IWF⁵⁰ gestehen retrospektiv die besondere Krisenanfälligkeit des finanzgetriebenen Wachstumsmodells ein und raten mehr oder weniger deutlich von dessen Fortsetzung ab. Das primär exportgetriebene Modell ist ebenfalls an erkennbare Grenzen gestoßen. Von der westeuropäischen Wirtschaft dürften angesichts der sich in der EU verallgemeinernden prozyklischen Politik und der teils beträchtlichen Überkapazitäten auf absehbare Zeit keine starken Impulse ausgehen. Die beträchtliche Abhängigkeit der Binnennachfrage von der Expansion der privaten Kredite (statt von ausreichenden laufenden Einkommen), die auf finanzgetriebene Elemente auch dieses Wachstumsmodells verweist, ist als Achillesferse des Modells zu werten.

3. Wirtschaftspolitische Reaktionen auf die Krise

Die Reaktionen auf die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise im Herbst 2008 erfolgten zunächst auf der nationalstaatlichen und erst dann auf der EU-Ebene. Der wegweisende Beschluss zur Stabilisierung der Banken wurde im Oktober 2008 zunächst in der Euro-Gruppe gefasst und damit weitgehend ohne Beteiligung der osteuropäischen Länder. Den Spezifika der Krise in einem Großteil der osteuropäischen Länder trug dieser Beschluss nicht Rechnung, da er auf die Problematik hoher Devisenverschuldung bei Inlandskrediten nicht einging.⁵¹ In einer solchen Konstellation können die Zentralbanken das nationale Bankensystem nicht wirksam als *Lender of Last Resort* stützen, denn hierfür wären Finanzspritzen in Fremdwährung erforderlich. Der nationalstaatliche Handlungsspielraum ist damit deutlich eingeschränkt.

Erst mit mehrwöchiger Verzögerung wurde der Topf für Stützungskredite für EU-Mitgliedsländer außerhalb der Euro-Zone aufgestockt – zunächst von 12 auf 25 Mrd. Euro im November 2008, dann auf 50 Mrd. Euro im März 2009. Gleichzeitig verschärfte die EU die Konditionalität für die Inanspruchnahme dieses Fonds.⁵² Später folgten weitere Aufstockungen. Für die relativ späte Reaktion der EU auf die Sondersituation in Osteuropa, speziell in den Länder mit dem finanzgetriebenen Wachstumsmodell, dürften verschiedene Gründe eine Rolle gespielt haben: Generell zeigte sich die deutsche Bundesregierung gegenüber fiskalpolitischen Initiativen und lange auch bei grenzüberschreitenden Stützungsmaßnahmen für Banken zurückhaltend bis ablehnend.⁵³ Selbst als das Euro-Land Griechenland mit massiven Problemen bei der Kreditaufnahme konfrontiert war, dauerte es noch Wochen, bis sich die deutsche Bundesregierung zu Stützungsmaßnahmen durchrang. Hierbei waren deutsche Banken sowohl in Griechenland als auch in anderen potenziell gefährdeten Ländern in Südeuropa

stark engagiert. Für die Banken in großen westeuropäischen Ländern war das Engagement in Osteuropa eher gering. Relativ stark engagiert waren vor allem Banken aus kleinen Mitgliedsländern – vor allem Österreich, in geringerem Maße auch Schweden, Belgien und Griechenland. Herausragende Bedeutung hatten und haben Direktinvestitionen und Kreditengagement hierbei alleine für die österreichischen Banken, wenngleich die schwedischen Banken durch ihre extrem riskante Geschäftsgebarung in besonders schwer krisenbetroffenen Ländern (baltische Länder, Ukraine) sehr empfindlich von der Krise betroffen sind.⁵⁴ Von daher ist es nicht überraschend, dass die österreichische Regierung mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in Osteuropa auf ein verstärktes EU-Engagement drängte. Die Position osteuropäischer Länder hierzu war gespalten. Den Regierungen und den Banken Polens und der Tschechischen Republik ging es primär darum, mit den am schwersten von der Krise betroffenen Ländern nicht in einen Topf geworfen zu werden. Auf die Region bezogenen Initiativen standen sie daher eher skeptisch gegenüber.

Sowohl die Krise der osteuropäischen als auch der südeuropäischen Länder legte die enormen Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite als ein zentrales Moment der Krise offen. Die enormen Leistungsbilanzdefizite waren ein zentraler Motor der hohen Auslandsverschuldung, den Budgetdefiziten kam hingegen im Regelfall eine untergeordnete Bedeutung zu.⁵⁵ Die Regierungen der Überschussländer – wie Deutschland, aber auch die Niederlande, Finnland und, gegenüber Osteuropa, Österreich – sind in der EU nicht zu einer Politik bereit, welche ihre Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse, die ihre Wurzel nicht zuletzt in einer sehr restriktiven Lohnpolitik sowie im deutschen Fall im systematischen Abbau von Sozialleistungen (Hartz IV) haben, reduzieren würde. Eine überdurchschnittlich expansive Lohn- und Fiskalpolitik dieser Überschussländer würde den Druck auf die ost- und südeuropäischen Länder reduzieren. Stattdessen zeichnet sich ein verschärfter lohn-, sozial- und fiskalpolitischer Unterbietungswettbewerb in der EU ab. Vor diesem Hintergrund sind die osteuropäischen Wirtschaftspolitiken angesichts der Krise zu analysieren.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen unterschieden sich zwischen den osteuropäischen Ländern mit exportorientiertem und jenen mit finanzgetriebenen Modell zunächst deutlich. In der ersten Ländergruppe ging es primär um die Stabilisierung des produktiven Sektors, nicht der relativ stabilen Banken, in den Ländern mit dem finanzgetriebenen Modell standen hingegen die Stabilisierung der Wechselkurse und des Finanzsektors völlig im Vordergrund.

In den Visegrád-Ländern – außer dem im Krisenmuster dem finanzgetriebenen Modell zuzurechnenden Ungarn – wurde zunächst zumindest keine offensiv prozyklische Wirtschaftspolitik betrieben, in der Tschechischen Republik und der Slowakei setzten die Regierungen sogar einzelne

antizyklische fiskalpolitische Maßnahmen (z. B. bei der Wärmedämmung, Verschrottungsprämie in der Slowakei, auf Druck der Sozialdemokratie Veränderungen beim Arbeitslosengeld in der Tschechischen Republik). Auch Initiativen bei der Kurzarbeit waren zu verzeichnen.⁵⁶ In der Frage der Euro-Einführung setzte sich – angesichts der positiven Auswirkungen der Abwertung und der Turbulenzen in der Euro-Zone – in Polen und der Tschechischen Republik eine stärker abwartende Haltung durch. So hält der Vorsitzende der polnischen Zentralbank, Marek Belka (2010, S. 13), angesichts der starken Währungsinstabilität auch den Eintritt in den ERM 2-Mechanismus als letzter Vorstufe der Euro-Übernahme für nicht angezeigt.

Ab etwa Mitte 2010 setzte sich in der Tschechischen Republik und der Slowakei eine stärker prozyklische fiskalpolitische Orientierung durch, in stärker abgeschwächter Form auch in Polen. Dies war weniger der makroökonomischen Lage und dem Stimmungsumschwung in der EU von einer leicht antizyklischen zu einer stark prozyklischen Orientierung seitens der zentralen EU-Länder als speziell der veränderten politischen Konstellation geschuldet. In beiden Ländern setzten sich Koalitionen extrem neoliberaler und liberal-konservativer Parteien durch. Kampagnenartig agierende Massenmedien wie Rechtsparteien schürten im Wahlkampf die Angst vor einem angeblich drohenden Staatsbankrott, obwohl die Staatsverschuldung in beiden Ländern 2008 bei weniger als 30% des BIP gelegen hatte.⁵⁷ Die Vorschläge der tschechischen Sozialdemokratie zu einnahmeseitigen Konsolidierungsmaßnahmen – wie der Wiedereinführung einer progressiven Einkommensbesteuerung – fanden abgesehen von der Tageszeitung „Právo“ mit ihrer linksliberalen Orientierung in den ansonsten stramm rechten tschechischen Printmedien kein Echo. Die Vorschläge von „Smer“ in der Slowakei waren weniger progressiv und konkret, fanden aber auch keine mediale Resonanz. In der Slowakei wurde zudem das Stützungspaket für das Euro-Land Griechenland und der Schaffung eines Stützungsrahmens für Euro-Länder in der Krise zu einem zentralen Wahlkampfthema. Die Rechtsparteien wandten sich teils heftig gegen eine Beteiligung des Euro-Landes Slowakei hieran. Für den liberalen slowakischen Publizisten Martin Šimečka (2010: 15) hat dies möglicherweise sogar den Ausschlag für den Wahlsieg der Rechtsparteien gegeben. Die neuen Koalitionen sind allerdings fragil, da sie sowohl ultra-liberale als auch eher konservative Parteien umfassen und neue, wenig gefestigte Gruppierungen – „Sloboda a Solidarita“ als ultra-liberale Gruppierung in der Slowakei und die aus einer Sicherheitsagentur hervorgegangene, von einem bekannten Journalisten geführte „Věci veřejné“ mit ihren *Law and Order*-Themen in der Tschechischen Republik – bereits in der Anfangsphase für Turbulenzen in den Koalitionen sorgten.

Die Fiskalpolitik beider Rechtsregierungen ist sehr restriktiv angelegt. In

der Tschechischen Republik sind die Maßnahmen vor allem ausgabenseitig angelegt: starke Ausgabenkürzungen, speziell auch bei der Infrastruktur, Gehaltskürzungen und massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Kürzungen bei den Sozialleistungen.⁵⁸ Auf der Einnahmenseite sind die Entscheidungen noch nicht gefallen, eine Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Massengüter ist in Diskussion. In der Slowakei, wo sich die fiskalpolitische Entscheidungsfindung durch ein hohes Maß an Improvisation und Streitereien in der Koalition auszeichnete, hat die Einnahmenseite laut den bisherigen Konzeptionen ein höheres Gewicht – allerdings in der sozial regressiven Variante der – wie es hieß – „zeitweiligen“ Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 20% sowie der Erhöhung spezieller Verbrauchssteuern auf Tabak und Alkohol.⁵⁹ Die Einsparungen dürften vor allem den öffentlichen Dienst und Sozialleistungen betreffen. Hier sind allerdings die Details noch nicht ausgehandelt, Gehaltskürzungen sind jedoch angekündigt.⁶⁰ Die Entscheidungsprozesse werden auch von regierungsnahen JournalistInnen⁶¹ als „chaotisch“ charakterisiert. In beiden Ländern ist ein drastischer Abbau von Arbeitnehmerrechten angekündigt. Obwohl die aktuelle Krise die enorme Verwundbarkeit und Instabilität der kapitalgedeckten Pensionsversicherung offengelegt hat, sind in der Tschechischen Republik Schritte in diese Richtung angekündigt, deren Details noch offen sind. Zentraler Ministerberater ist der ehemalige Chef eines Pensionsfonds.⁶² Mithin ist die Sparpolitik sozial regressiv angelegt und wird das neoliberale Modell vertieft. Die Konkurrenzfähigkeit soll durch Abbau von Sozial- und Lohnstandards erreicht werden. Die absehbare und für die Tschechische Republik auch bereits prognostizierte Folge der restriktiven Politik ist die Verlangsamung des Wachstums. In der Tschechischen Republik ist die Sparpolitik der Regierung auf deutliche gewerkschaftliche Proteste – unter anderem gab es im September 2010 eine gewerkschaftliche Kundgebung mit ca. 40.000 TeilnehmerInnen in Prag – gestoßen. Die Proteste scheinen in der Tschechischen Republik zumindest eine gewisse Wirkung zu zeigen, wie selbst das liberale Wochenmagazin „Respekt“ einräumt.⁶³

Eine zweite Gemeinsamkeit zwischen beiden Ländern ist die Orientierung auf einen nationalliberalen statt auf einen euroliberalen Kurs. Dies wird in der Frage von Stützungsprogrammen auf Ebene der Euro-Zone bzw. der EU deutlich. Zwar stimmte die slowakische Rechtsregierung einem Stützungsrahmen für Euro-Länder zu, in einer parlamentarischen Abstimmung lehnten aber die Abgeordneten der Rechtsparteien – mit Ausnahme der Christdemokraten – eine Beteiligung am Stützungskredit für Griechenland entgegen den Zusagen der vorherigen „Smer“-geführten Regierung ab. In dieser Frage gerät die Rechtsregierung in Bratislava jetzt unter erheblichen Druck anderer EU-Länder.⁶⁴ Ähnlich, wenngleich nicht ganz homogen ist die Positionierung der neuen tschechischen Re-

gierung. Hier sind, wie die liberale Zeitschrift „Respekt“ titelt, die „Euro-skeptiker im Aufstieg“. ⁶⁵ Dies drückt sich unter anderem in der Ablehnung einer tschechischen Beteiligung an einem Europäischen Garantiefonds aus. „Ich wüsste keinen, auch keinen strategischen Grund, aus dem sich die Tschechische Republik dem anschließen sollte“, kommentierte der Finanzminister Miroslav Kalousek gegenüber „Respekt“. ⁶⁶

Die polnische Regierung ist in diesen Fragen zurückhaltender. In der Bewertung von Auslandsinvestitionen sind aber auch in Polen skeptischere Töne zu hören. So erklärte der frühere Premierminister und jetzige Vorsitzende des Wirtschaftsrates beim Premierminister, Jan Krzysztof Bielecki, jüngst in einem Interview mit der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, dass die Zeit der Glorifizierung von allem, was von außen käme, vorbei sei und bei den Unternehmen „nationale Champions“ gefördert werden sollten, ggf. auch mit staatlicher Kapitalbeteiligung. ⁶⁷ In der Anlage der Fiskalpolitik sind deutliche Ähnlichkeiten zwischen Polen und der Slowakei erkennbar: Erhöhung der Mehrwertsteuer von 22% auf 23% sowie der Tabaksteuer. Die Löhne im öffentlichen Dienst sollen – mit Ausnahme der LehrerInnen – eingefroren werden. ⁶⁸

Mithin ist in den drei Visegrád-Ländern Polen, Slowakei und Tschechische Republik nach einer ersten zumindest nicht aggressiv prozyklischen Phase eine Zuwendung zu einer zunehmend restriktiven und sozial regressiven Budgetpolitik festzustellen, die in der Slowakei und der Tschechischen Republik durch den Wechsel zu prononciert rechten Regierungen noch deutlicher als in Polen ausfällt. Die Lohnpolitik ist restriktiv ausgelegt. Das Heil wird im Export gesucht, obgleich die Exportperspektiven als sehr gedämpft anzusehen sind. Die Binnennachfrage wird abgewürgt. Auch Tendenzen hin zu einer deutlicher nationalliberalen Orientierung, spiegelbildlich zur Entwicklung in wichtigen westeuropäischen Ländern, sind unverkennbar, besonders in der Slowakei und der Tschechischen Republik.

Die osteuropäischen Länder mit primär finanzgetriebenem Wachstumsregime sahen sich mit wesentlich härteren wirtschaftspolitischen Dilemmata konfrontiert als die Visegrád-Länder (außer Ungarn) und Slowenien. Die starke Überbewertung ihrer Währung war eine zentrale Ursache der extremen Leistungsbilanzdefizite. Von daher wäre eine Währungsabwertung angezeigt. Dieser stand und steht allerdings die hohe Fremdwährungsverschuldung entgegen. Eine substanzielle Abwertung würde zu starken Problemen bei SchuldnerInnen und Banken führen. Statt einer Abwertung wird eine offen deflationär ausgerichtete Politik mit starkem Druck auf die Löhne verfolgt. Ohne Abwertung droht allerdings nach der scharfen Rezession anhaltende Stagnation, da die Ökonomien dem derzeitigen Wechselkurs nicht gewachsen sind und eine Wachstumsbeschleunigung sofort wieder steigende Außenhandelsdefizite produzieren würde. Außerdem ist bei Ländern mit besonders ausgeprägter Verschul-

derung unklar, wie sie mit ihrer schwachen produktiven Basis auf Dauer den Schuldendienst aufbringen können.

Die Banken in den westeuropäischen Ländern haben eine eindeutige Präferenz für das Festhalten an den bestehenden Paritäten. Eine Abwertung würde auch eine Abwertung ihrer Aktiva in dem entsprechenden Land sowie absehbare Probleme bei einem Großteil der SchuldnerInnen von Fremdwährungskrediten bedeuten. Diese Sichtweise ist auch handlungsleitend für die Europäische Kommission sowie die Regierungen von Ländern mit starkem Bankenengagement, besonders exponiert durch Schweden, vertreten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat eine derartige Politik in seine Stabilisierungsabkommen übernommen, allerdings lassen Stellungnahmen von IWF-Ökonomen Kritik an der Politik fixer und überbewerteter Wechselkurse erkennen. So halten Berkman et al. (2010: 31) fest: „Wechselkursflexibilität ist für die Abfederung der Wirkung starker Schocks zentral.“ Mithin scheint die Orientierung der Europäischen Kommission, die in die Verhandlungen über Stützungskredite für verschiedene osteuropäische Länder eingebunden war, für die strikte Orientierung an Wechselkursstabilität ausschlaggebend. Die von der EZB (2010: 105) gewünschte Stärkung des produktiven Sektors und des Abbaus von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten dürfte bei den obwaltenden Wechselkursen illusorisch sein. Diese Frage spart die EZB in ihrem Bericht zur Krise in Osteuropa sorgsam aus und kapriziert sich stattdessen auf die Frage des Budgetdefizites. Auch hier ist festzuhalten, dass der Motor der Blasenbildung im Regelfall nicht die Ausweitung des Budgetdefizites, sondern hohe Kapitalzuflüsse und rasant ansteigende Privatverschuldung waren.

Die Regierungen der betroffenen osteuropäischen Länder sind ebenfalls auf Wechselkursstabilität orientiert, da sie die unmittelbaren Wirkungen auf Banken und private SchuldnerInnen fürchten. Diese grundlegende Positionierung erfreut sich eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, vor allem der Unterstützung seitens der hoch verschuldeten Mittelschicht. Kritik und gelegentlicher sozialer Protest richtet sich gegen die negativen Folgen dieser Politik für Wachstum und soziale Lage.

Die Grundmuster einer stark prozyklischen, auf Wechselkursstabilität gerichteten Politik sind sowohl bei Ländern mit Abkommen mit dem IWF – Ungarn, Lettland, Rumänien sowie außerhalb der EU Serbien und Bosnien-Herzegowina – als auch bei den anderen Ländern mit einem finanzgetriebenen Wachstumsmodell in den Vorkrisenjahren zu erkennen. Ungarn war im Oktober 2008 das erste osteuropäische Land, das in eine schwere Finanzklemme kam. Es war aufgrund der hohen Auslands- und Staatsschuld, der hohen Budgetdefizite der Vorjahre sowie der unzureichenden Vorbereitung der Geldpolitik (z. B. geringe Devisenreserven) erkennbar verwundbar. Es litt rasch unter Kapitalabflüssen und „wurde zum ersten

Ziel von spekulativen Attacken in der Region“.⁶⁹ Die Krise Ungarns hatte Signalwert für die ganze Region. Die Verunsicherung betraf auch andere Länder der Region – auch solche mit deutlich besseren Wirtschaftsindikatoren. Osteuropäische Währungen gerieten unter Druck. In Ländern, in denen es zu massivem Abzug von Depositen kam, suchten die Regierungen die SparerInnen rückzuversichern. Beispielsweise erhöhte die serbische Regierung die Garantie für Spareinlagen Ende 2008.⁷⁰

Modellcharakter hatte aber auch die Reaktion auf die Krise in Ungarn. Die EU setzte nicht darauf, die Krise in Ungarn allein mit den eigenen Kräften zu bewältigen. Stattdessen nahm der IWF, in enger Abstimmung mit der EU, eine Schlüsselrolle bei der Aushandlung des Stützungskredites ein und stellte auch mit 12,5 Mrd. Euro einen weit größeren Teil des Finanzrahmens als die EU mit ihrer Zahlungsbilanzstützung von 6,5 Mrd. Euro.⁷¹ Auch bei den anderen beiden EU-Ländern Lettland und Rumänien ist ein gemeinsames Vorgehen von IWF und EU gegeben. Im Fall Lettlands haben sich auch EU-Länder – vor allem die nordischen Länder, deren Banken im Baltikum sehr stark engagiert sind, aber auch Polen, Estland und die Tschechische Republik – bilateral an dem Stützungspaket beteiligt. Die Hauptlast des Kredites lag hier bei der EU.⁷² Die schwedische Regierung zeigte sich später bei Verhandlungen mit Lettland sehr aktiv und vertrat eine besonders harte Linie im Interesse der schwedischen Banken.

Die eng mit der EU abgestimmten IWF-Programme sind in ihrer Ausrichtung sehr traditionell. Die einzige Abweichung von den üblichen Programmen ist, dass es nicht um ein *Bail-out* der Banken ging. Die Banken sollten in den osteuropäischen Ländern gehalten werden. Dies deckte sich durchaus mit der strategischen Orientierung westeuropäischer Banken. Im Vergleich zu anderen Regionen, beispielsweise Lateinamerika, sind die Dominanz ausländischer Banken und damit die Abhängigkeit von diesen in Osteuropa weit stärker ausgeprägt.⁷³ Soweit erforderlich, sahen IWF-Programme Liquiditätsspritzen für den Bankensektor vor. Zentrales Anliegen aller Programme war die Wechselkursstabilisierung, wie sie im Interesse der in der Region engagierten Banken lag. Die Fiskalpolitik war sehr restriktiv angelegt. Der Schwerpunkt der Programme lag ausgaben-seitig, obgleich z. T. auch Steuern, meist die Mehrwertsteuer, erhöht wurden. Auf der Ausgabenseite wurde ein besonders starker Akzent bei einer extrem restriktiven Gehaltspolitik gegenüber den öffentlich Bediensteten, meist in der Form von erheblichen Nominallohnsenkungen, gesetzt – in Rumänien beispielsweise im laufenden Abkommen um 25%.⁷⁴ Auch bei Pensionen ist eine starke Tendenz zu Senkungen erkennbar, die soziale Infrastruktur wird – besonders stark in Lettland und Rumänien – abgebaut. Die Budgetpolitik hat mithin als Kernbestandteil Einkommenssenkungen. Damit ist sie deflationär ausgerichtet. Über eine starke Reduktion der Bin-

nennnachfrage sollen die Handelsbilanzen verbessert werden, preisliche Konkurrenzfähigkeit soll durch Desinflation, möglichst sogar Deflation, wieder hergestellt werden.⁷⁵ Auf dieser Grundlage, so zumindest die ursprüngliche Intention, sollte bei einem Teil der EU-Länder ein möglichst rascher Beitritt zur Euro-Zone angestrebt werden. Im Fall Estlands, das trotz extremer Krisenbetroffenheit kein Abkommen mit dem IWF schloss, aber eine Wirtschaftspolitik gleichen Zuschnitts verfolgt, ist der Beitritt zur Euro-Zone inzwischen sogar beschlossene Sache.

Das Ziel einer Verbesserung der Leistungsbilanz wurde tatsächlich erreicht. Die baltischen Länder erzielten 2009 sogar Leistungsbilanzüberschüsse. Ihre Handelsbilanzen blieben trotz der schweren Rezession, der einbrechenden Binnennachfrage und minimalen Investitionen defizitär – in Lettland sogar in Höhe von 6,5% des BIP.⁷⁶ In den südosteuropäischen Ländern ist die Handelsbilanz trotz der Rezession stark defizitär. Dies zeigt die extreme Schwäche des produktiven Sektors. Das produktive Gewebe ist durch die deutliche Rezession weiter geschwächt worden. Im Fall der hochverschuldeten Länder ist unklar, wie eine derart schwache Ökonomie auf längere Sicht den Schuldendienst aufbringen soll. Diese Frage stellt sich mit besonderer Schärfe, aber nicht allein, für die baltischen Länder. Das Verhältnis Auslandsschuld/BIP hat sich durch die Rezession weiter verschlechtert. In Lettland machten die Auslandsschulden 2009 157% des BIP gegenüber 129% im Vorjahr aus, in Ungarn 130% gegenüber 120% und in Estland 127% gegenüber 120%.⁷⁷ Ver- bzw. Überschuldungsprobleme sind nicht gelöst, verschärfen sich sogar noch. Zahlungsausfälle bei Krediten nahmen 2009 signifikant zu, in Litauen betrugen sie 2009 etwa 20%, die 15%-Marke wurde aber auch in Serbien, Lettland und Rumänien übertroffen.⁷⁸ Von einer realen Stabilisierung kann nicht die Rede sein. Die strukturellen Probleme – Schwäche der produktiven Sektoren, beträchtliche Importüberschüsse, hohe Auslandsverschuldung – bestehen fort. Gleichzeitig hat die Wirtschaftspolitik rezessive Tendenzen – speziell in den baltischen Ländern und Rumänien – deutlich verstärkt. Die soziale Lage hat sich stark verschlechtert. Eine vergleichbare Wirtschaftspolitik in Argentinien und Uruguay ist 2001/2002 – bei weit geringeren außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – gescheitert. Eine Abwertung der Währung erwies sich letztlich als unvermeidlich und ermöglichte nach einer tiefen Rezession einen Wiederaufschwung.⁷⁹

Ähnlich wie in Argentinien und Uruguay Ende der 1990er-Jahre ist die Frage der Abwertung in den Ländern mit überbewerteten Währungen und hoher Devisenverschuldung in Osteuropa tabuisiert. Allerdings hat es auch so Reibungspunkte und Konflikte zwischen Regierungen und IWF bzw. Europäischer Kommission gegeben. Bezogen auf das Budgetdefizit wurden die Ziele teils wegen der starken Rezession deutlich verfehlt. Dies führte dann in einigen Fällen zu Nachverhandlungen und weiterer

Verschärfung der Budgetpolitik. Im Fall Lettlands wurde die Auszahlung von Kredittranchen 2009 zweimal ausgesetzt, um weitere Ausgabenkürzungen zu erzwingen.⁸⁰ Als in Rumänien das Verfassungsgericht die Pensionskürzungen für verfassungsrechtlich nicht zulässig befand, wurde die Mehrwertsteuer um 5 Prozentpunkte hochgesetzt.⁸¹ Den bisher schärfsten Konflikt gab (und gibt) es aber zwischen der nationalliberalen Regierung in Ungarn einerseits und dem IWF sowie den Banken und Regierungen ihrer Herkunftsländer andererseits. Der Stein des Anstoßes ist hier die Einführung einer aufkommensstarken Bankensteuer über drei Jahre hinweg, die seitens der westeuropäischen (gerade auch österreichischen) Banken auf heftige Ablehnung stößt. Der IWF und die EU unterbrachen daraufhin im Juli 2010 die Gespräche mit der ungarischen Regierung über die Freigabe einer letzten Kredittranche aus dem laufenden Programm.⁸² Da Ungarn zu diesem Zeitpunkt nicht dringend auf diese Finanzmittel angewiesen war, hatte die ungarische Regierung gewisse Spielräume. Ob der Konflikt ein taktisches Manöver im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen war oder eine strategische Ausrichtung anzeigt, ist noch nicht klar. Die Bankensteuer würde sich durchaus in eine strategische Gesamtkonzeption der Regierung Viktor Orbáns einfügen. Die Bankensteuer würde Spielräume für Steuersenkungen für die Kernklientel der regierenden Fidesz – den oberen Mittelschichten und kleineren Unternehmen – schaffen. Vorgesehen sind die Abschaffung der progressiven Einkommensteuer und die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von nur 16% sowie die steuerliche Entlastung kleiner Unternehmen.⁸³ Dies firmiert unter Belebung der Konjunktur, real geht es aber um Steuergeschenke für die (obere) Mittelschicht. Dapiert wird die sozial regressive Steuerpolitik mit der Kodierung national versus transnational. Erkennbar ist auch in Ungarn die Akzentuierung des nationalliberalen Elementes, das allerdings bereits in einer früheren Amtszeit Orbáns hochgehalten wurde. In der Akzentuierung des nationalliberalen Elementes ist eine Gemeinsamkeit der Regierungen der Visegrád-Länder zu erkennen. Den anderen EU-Ländern Osteuropas – mit Ausnahme Sloweniens – scheinen die Spielräume für offensive Thematisierung „nationaler Interessen“ derzeit zu fehlen.

Trotz der enormen sozialen Härten der Sparpolitik sind die sozialen Proteste in Osteuropa eher schwach geblieben, wenngleich es durch kurzfristiges Aufflackern (z. B. in Lettland, Rumänien oder Ungarn) gegeben hat. Auch wenn die gesellschaftlichen Proteste und Streiks (vor allem im öffentlichen Dienst) nicht sehr machtvoll waren, ist eine Delegitimierung von Regierungsparteien (z. B. der früheren sozialliberalen Regierungsparteien in Ungarn oder der aktuellen liberalen Regierungspartei in Rumänien) bzw. sogar des gesamten Parteienspektrums (z. B. in Lettland) unverkennbar. Die ökonomische Krise hat sich in Ungarn, Rumänien und Lettland auch in zeitweilig instabilen Regierungskonstellationen niederge-

schlagen.⁸⁴ Die Lage in Rumänien ist als sozial wie politisch explosiv einzuschätzen. Auch der Aufstieg der rechtsextremen, rassistischen Jobbik-Partei in Ungarn ist im Kontext der Krise zu sehen. Insofern ist die Krise nicht auf die ökonomische und soziale Sphäre begrenzt, sondern hat auch die politische Sphäre ergriffen.

4. Schlussfolgerungen

In den osteuropäischen Ländern hat die Krise die Fragilität der aus der Transformation hervorgegangenen Wachstumsmodelle offengelegt. Die finanzgetriebenen Modelle sind in einer völligen Sackgasse, die exportorientierten Modelle haben ihre Abhängigkeit von der westeuropäischen, speziell deutschen Konjunkturentwicklung gezeigt. Je stärker orthodox-neoliberal die Wirtschaftspolitik der Vorkrisenzeit und die hieraus resultierenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sowie das Ausmaß der informellen Euroisierung waren, umso stärker war (bzw. ist) in der Tendenz die Rezession. Die baltischen Länder erlitten den stärksten Wirtschaftseinbruch. Die Rezession war in der Tendenz in den Ländern mit finanzgetriebenem Wachstumsmodell stärker ausgeprägt als in den Ländern mit exportgetriebenem Wachstum. Währungsabwertungen in der Krise haben, speziell in Polen und der Tschechischen Republik, die Wucht der Krise abgemildert.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionsmöglichkeiten waren in den Ländern mit dem exportgetriebenen Wachstumsmodell größer als in jenen mit finanzgetriebenem Modell. Erstere zeigten zunächst zumindest keine ausgeprägt prozyklische Politik, obgleich in der Tschechischen Republik und der Slowakei nach einem politischen Rechtsruck eine klare Tendenz zu einer restriktiven Fiskalpolitik und einer Vertiefung neoliberaler Politikmuster unverkennbar ist. Ganz im Interesse der Banken (bzw. der verschuldeten Mittelschichten) ist in den Ländern mit dem ursprünglich finanzgetriebenen Modell ein Primat der Beibehaltung der überbewerteten Wechselkurse festzustellen. Um die hohen Leistungsbilanzdefizite abzubauen, verfolgen diese Länder eine extrem restriktive Fiskal- und Lohnpolitik mit deflationärer Ausrichtung. In einem Teil der Länder ist diese Ausfluss der Stützungspakete von IWF und der EU, in anderen Ländern erfolgt sie stärker in Eigenregie. Diese Politik hat zwar die Leistungs- und Handelsbilanzdefizite abgebaut, die strukturellen Schwächen dieser Ökonomien aber nicht reduziert (und in der Tendenz sogar noch verstärkt). Probleme der Überschuldung sind nicht gelöst. Die deflationär ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat extrem negative soziale Folgen, speziell in den baltischen Ländern und Rumänien.

Die Bruchlinien zwischen den Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss und -defizit in der EU haben sich in der Tendenz verstärkt. Die Regie-

rungen der Überschussländer zeigen keine Bereitschaft, von ihrer neo-merkantilistischen Wirtschaftspolitik abzugehen. Damit wird der Druck zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte einseitig den Leistungsbilanzdefizitländern aufgebürdet. Die Lohnsenkungspolitik in den osteuropäischen (aber auch in den südeuropäischen) Ländern wird den Druck auf die Löhne auch in den anderen europäischen Ökonomien erhöhen. Ein negativer Anpassungswettlauf nach unten zeichnet sich in der EU ab. Er wird durch die fragmentierte EU-Politik gefördert. Für Béla Galgóczi (2009, S. 6), Ökonom am Europäischen Gewerkschaftsinstitut, haben diese Politikmuster weitreichende politische Konsequenzen: „Das Fehlen wirklich europäischer Antworten auf die Krise mit ihren schwerwiegenden Folgen für die neuen Mitgliedsländer könnte leicht die Zukunft eines vereinten Europa in Frage stellen.“

Anmerkungen

- ¹ Forschungen für den Beitrag wurden durch das Projekt 13157 des OeNB-Jubiläumsfonds gefördert.
- ² Vgl. Becker et al. (2010).
- ³ Vgl. Drahokoupil (2009).
- ⁴ Frangakis (2009) 72, Tab. 3.14.
- ⁵ Drahokoupil (2009).
- ⁶ Vgl. Prinčič (2008).
- ⁷ Okáli et al. (2008) 52.
- ⁸ Dutrénot/Sand-Zantman (2010) 167.
- ⁹ Frangakis (2009) 64, Tab. 3.8.
- ¹⁰ Marn (2010).
- ¹¹ Vgl. Štiblar (2008) 137.
- ¹² Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5.
- ¹³ Szelągowska (2009) 186, Abb. 13.3.
- ¹⁴ Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5, vgl. Andor (2009) 289.
- ¹⁵ Vgl. Becker (2008).
- ¹⁶ Mencinger (2007) 120 ff.
- ¹⁷ Astrov/Pöschl (2009) 357, Tab. 6, vgl. auch Becker (2009) 99.
- ¹⁸ Astrov/Pöschl (2009) 348, Tab. 1.
- ¹⁹ Muharemi-Vukas (2009) 67.
- ²⁰ Workie et al. (2009) 96, 101.
- ²¹ Morvay et al. (2010) 6.
- ²² Marn (2010).
- ²³ Eller et al. (2010) 58.
- ²⁴ Svoboda (2010) 5.
- ²⁵ Pöschl (2010) 428, Tab. 1.
- ²⁶ Belka (2010).
- ²⁷ Becker (2007) 259 f.
- ²⁸ Dutrénot/Sand-Zantman (2010) 67, Rapacki (2009) 221 ff., Uvalic (2010) 250 ff.
- ²⁹ Frangakis (2009) 64, Tab. 3.8.

- ³⁰ Leitner (2008) 63.
³¹ Eller et al. (2010) 60.
³² Uvalic (2010) 251.
³³ Purfield/Rosenberg (2010) 6, Abb. 2.
³⁴ Workie et al. (2008) 264, Tab. 3.5.
³⁵ Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5, Eller et al. (2010) 60.
³⁶ Leitner (2010) 48.
³⁷ Družić (2009) 49, Tab. 2-3.
³⁸ Uvalic (2010) 202.
³⁹ Becker (2009) 101.
⁴⁰ Pöschl (2010) 441, Tab. 5.
⁴¹ Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5.
⁴² Becker (2009a) 100 ff., Arsić (2009).
⁴³ Dvorsky et al. (2010) 82.
⁴⁴ EZB (2010) 99, Tab. 1, Pöschl (2010) 434 ff.
⁴⁵ Pöschl (2010) 428, Tab. 1.
⁴⁶ Eurostat (2010).
⁴⁷ Eurostat (2010b).
⁴⁸ Pöschl (2010) 428, Tab. 1.
⁴⁹ Pöschl (2010) 428.
⁵⁰ Berkman et al. (2010) 31.
⁵¹ Becker/Jäger (2010) 17.
⁵² Wehr (2009) 76.
⁵³ Becker/Schlager (2010) 80.
⁵⁴ Vgl. die Daten in Maechler/Ong (2009) 13, Tab. 2.
⁵⁵ Van Treeck (2010) 9.
⁵⁶ Vgl. Becker (2009a) 99 f.
⁵⁷ Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5.
⁵⁸ Dostál (2010), Vavroň (2010), o.A. (2010a).
⁵⁹ O. A. (2010b).
⁶⁰ Majchrák (2010) 33.
⁶¹ Z. B. Hanus et al. (2010) 14.
⁶² Lauder (2010) 23.
⁶³ Niedermayer (2010) 41.
⁶⁴ Jančík (2010) 6.
⁶⁵ Macháček (2010).
⁶⁶ Ebendort 15.
⁶⁷ Bielecki (2010) 12.
⁶⁸ Skwirowski (2010) 29.
⁶⁹ Andor (2009) 286.
⁷⁰ Hrustić (2009) 115.
⁷¹ Becker (2009b) 74 f.
⁷² Ebendort 78.
⁷³ Becker (2009a) 102.
⁷⁴ Bryant (2010) 4.
⁷⁵ Becker (2009a) 103.
⁷⁶ Pöschl (2010) 441.
⁷⁷ Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5, Pöschl (2010) 440.
⁷⁸ Purfield/Rosenberg (2010) 29, Abb. 17.
⁷⁹ Becker (2008b) 164 ff.
⁸⁰ Leitner (2010) 52.

- ⁸¹ Ebendorf 5.
⁸² O. A. (2010d).
⁸³ Gadomski (2010) 23.
⁸⁴ Vgl. Becker (2009a) 103, Bryant (2010).

Literatur

- Andor, László, Hungary in the Financial Crisis: A (Basket) Case Study, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 17/3 (2009) 285-296.
- Arsic, Milojko, Uticaj svetske ekonomske krize na privredu Srbije, in: *Izazovi evropske integracija* 4 (2009) 7-23.
- Astrov, Vladimir; Pöschl, Josef, MOEL im Sog der Krise, in: *Wifo-Monatsberichte* 82/5 (2009) 347-359.
- Becker, Joachim, Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences, in: Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (Hrsg.), *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?* (Marburg 2007) 223-278.
- Becker, Joachim, Eurdoba – krátkodobá stabilizácia, dlhodobá stagnácia?, in: *Slovo* (21. 5. 2008a) 5.
- Becker, Joachim, Zyklen von Finanzialisierung, Krise und Exportorientierung, in: Küblböck, Karin; Staritz, Cornelia (Hrsg.), *Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung* (Hamburg 2008b) 159-174.
- Becker, Joachim, Osteuropa in der Finanzkrise: Ein neues Argentinien?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54/6 (Berlin 2009a) 97-105.
- Becker, Joachim, Krisenregion Ost- und Mitteleuropa – der IWF als „Retter“, in: Candeias, Mario; Rilling, Rainer (Hrsg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat* (Berlin 2009b) 74-83.
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes, Development Trajectories in the Crisis in Europe, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 18/1 (2010) 5-27.
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Leubolt, Bernhard; Weissenbacher, Rudy, Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition and Change* 14/3-4 (2010, i.E.) 223-245.
- Becker, Joachim; Schlager, Christa, Editorial, in: *Kurswechsel* 2 (2010) 79-81.
- Belka, Marek, Świat się odbija, Polska korzysta, in: *Gazeta Wyborcza* (9.-10. 1. 2010a) 18-19.
- Belka, Marek, Nie jestem breloczkiem, in: *Tygodnik Powszechni* (19. 9. 2010b) 12-13.
- Berkman, Pelin; et al., Differential Impact, in: *Finance and Development* 47/1 (2010) 29-31.
- Bielecki, Jan Krzysztof, Dobrze, po polskie, in: *Tygodnik Powszechni* (5. 9. 2010) 12-13.
- Bryant, Chris, Finance Minister among victims of Romania reshuffle, in: *Financial Times* (3. 9. 2010) 4.
- Dostál, Vratislav, Vláda rozpočtové neodpovědnosti, in: *Deník Referendum* (14. 7. 2010); (www.denikreferendum.cz/clanek/tisk/4814-vlada-rozpocetove-neopovednosti, 14. 7. 2010).
- Drahokoupil, Jan, *Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The Politics of Foreign Direct Investment* (London/New York 2009).
- Družić, Gordan, *Croatian Economic Development and the EU. Potential and Perspectives* (Zagreb 2009).

- Dvorsky, Sandra; Schreiber, Thomas; Stix, Helmut, Real Effects of Crisis Have Reached CESEE Households: Euro Survey Shows Dampened Savings and Changes in Borrowing Behavior, in: OeNB (Hrsg.), Focus on European Integration 2 (2010) 79-90.
- Dutrénat, Gilles; Sand-Zantman, Alain, Après la crise? Les politiques économiques dans le monde (Paris 2010).
- Eller, Markus; Frömmel, Michael; Srzentic, Nora: Private Sector Credit in CESEE: Long-Run Relationships and Short-Run Dynamics, in: OeNB (Hrsg.), Focus on European Integration 2 (2010) 50-78.
- Eurostat, BIP im Euroraum und in der EU27 um 1,0% gestiegen, Eurostat pressemitteilung euroindikatoren (2. September 2010 a).
- Eurostat, Arbeitslosenquote des Euroraums stabil bei 10,0%, Eurostat pressemitteilung euroindikatoren (31. August 2010 b).
- EZB, Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Länder Mittel- und Osteuropas, in: EZB Monatsbericht (Juli 2010) 93-105.
- Frangakis, Marica, EU financial market integration, in: Grahl, John (Hrsg.), Global Finance and Social Europe (Cheltenham 2009) 91-114.
- Gadomski, Witold, Węgry mają muskuły, MFW ma kasę, in: Gazeta Wyborcza (12. 7. 2010) 22-23.
- Galgóczi, Béla, Central and Eastern Europe Five Years After: From „Emerging Europe“ to „Submerging Europe“? (=ETUI Policy Brief 4/2010, Brüssel 2010).
- Hanus, Martin, Ich 100 dní, in: Týžden (11.10.2010) 12-21.
- Hrustić, Hasiba, Svetska finansijska kriza i državna intervencija u odabranim zemljama (Belgrad 2009).
- Jančík, Ľuboš, Brusel začína tlačiť na Slovensko, in: SME (9. 9. 2010) 6.
- Kovačević, Mladen, Osnovi elementi ekonomsko-finansijskih odnosa Srbije sa inostranstvom, in: Stojić Karanović, Edita; Janković, Slobodan (Hrsg.), Elementi strategije spoljne politike Srbije (Belgrad 2009) 265-275.
- Lauder, Silvie, K reformám pochodéém v chod, in: Respekt 21/36 (6. 9. 2010) 22-23.
- Leitner, Sebastian, Aufstieg und Fall der baltischen Tiger, in: Kurswechsel 4 (2008) 56-66.
- Leitner, Sebastian, Baltikum: Ein neoliberales Transformationsmodell fordert seine Opfer, in: Kurswechsel 1 (2010) 47-54.
- Macháček, Jan, Euroskeptici na vzestupu, in: Respekt 21/28 (12. 7. 2010) 15.
- Maechler, Andrea M.; Ong, Li Liang, Foreign Banks in the CESE Countries: In for a Penny, in for a Pound? (=IMF Working Paper WP/09/54, Washington, D. C. 2009).
- Majchrák, Jozef, Štrenie bez odvahy, in: Týždeň (6. 9. 2010) 32-33.
- Marn, Urša, Grabinci na udaru, in: Mladina (19. 3. 2010) 36-40.
- Mencinger, Jože, Addiction to FDI and Current Account Balance, in: Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (Hrsg.), Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern Europe between Stagnation and Financial Crisis? (Marburg 2007) 109-126.
- Morvay, Karol; et al., Hospodarský vývoj Slovenska v roku 2009 (Bratislava 2010).
- Muharemi-Vukas, Seniha, Intervju: Danilo Tirk, predsednik Slovenije: Podržavamo brži ulazak Srbije u EU, in: NIN (31. 12. 2009) 66-68.
- Niedermayer, Luděk, Za kouřovou clonou, in: Respekt 21/39 (27. 9. 2010) 41.
- O. A., Stát počítá, že příští rok vybere bilión korun, in: Právo (2. 8. 2010 a) 4.
- O. A., Vláda dočasne zvýší DPH na 20 percent, in: SME (7. 9. 2010 b); http://ekonomikya.sme.sk/clanok_tlac.asp?cl=5536545 (7. 9. 2010).
- O. A., Rumänische Verfassungsrichter setzen Sparpaket teils außer Kraft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (28. 6. 2010c) 5.
- O. A., IWF und EU legen Ungarns Kreditrate auf Eis, in: Der Standard (19. 7. 2010d).

- Okáli, Ivan; et al., Hospodarský vývoj Slovenska v roku 2007 (Bratislava 2008).
- Pöschl, Josef, Erholungstendenzen in den MOEL, in: Wifo-Monatsberichte 83/5 (2010) 427-443.
- Prinčič, Jože, Največja in uspešna slovenska podjetja v 2. polovici 20. stoletja, in: Fikfak, Jurij; Prinčič, Jože (Hrsg.), Biti direktor v času socializma: med idejami in praksami (Ljubljana 2008) 205-258.
- Purfield, Catriona; Rosenberg, Christoph B., Adjustment under a Currency Peg: Estonia, Latvia and Lithuania during the Global Financial Crisis 2008-09 (=IMF Working Paper 10/213, Washington, D. C. 2010).
- Rapacki, Ryszard, Reformy instytucjonalne a zróżnicowanie ścieżek wzrostu gospodarczego w krajach transformacji w latach 1990-2005, in: Rapacki, Ryszard (Hrsg.), Wzrost gospodarczy w krajach transformacji: konwergencja czy dywergencja? (Warschau 2009) 202-226.
- Schreiner, Josef, Developments in Selected CESEE Countries. After the Drought – Tentative Economic Stabilization in the CESEE Region, in: Focus on European Economic Integration 2 (2010) 7-48.
- Šimečka, Martin M., V bahně populismu, in: Respekt 21/29 (19. 7. 2010) 14-15.
- Skwirowski, Piotr, Rząd upichcił doraźny i ostrożny budżet, in: Gazeta Wyobrcza (4.9.2010) 29.
- Štiblar, Franjo, Svetovna kriza in Slovenci: Kako je preživeti? (Ljubljana 2008).
- Svoboda, Jakub, Dlhuhy Čechů u bank se zdvojnásobily, in: Právo (30. 1. 2010) 5.
- Szelągowska, Anna, Finansowanie nieruchomości mieszkaniowych przez polski sektor bankowy w pierwszej fazie globalnego kryzysu finansowego, in: Bednarczyk, Jan L.; et al. (Hrsg.), Współczesny kryzys gospodarczy. Przyczyny – przebieg – skutki (Warschau 2009) 179-192.
- Uvalic, Milica, Serbia's Transition: Towards a Better Future (Basingstoke/New York 2010).
- Van Treeck, Till, Victoire à la Pyrrhus pour l'économie allemande, in: Le Monde diplomatique 57/678 (2010) 8-9.
- Vavroň, Jiří, Nečas: pět až osm procent státních zaměstnanců přijde o práci, in: Právo (30.8.2010); www.pravo.novinky.cz/p201a01e.php (30. 8. 2010).
- Wehr, Andreas, Währung mit eingebauter Sozialdemontage. Der Euro und die Krise, in: Pfeiffer, Hermannus (Hrsg.), Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke (Köln 2009) 69-80.
- Workie, Menbere T.; et al., Vývoj a perspektivy svetovej ekonomiky. Turbulencie na finančných trhoch a dilemy hospodárskej politiky (Bratislava 2008).
- Workie, Menbere T.; et al., Vývoj a perspektivy svetovej ekonomiky. Globálna finančná a hospodárska kriza (Bratislava 2009).

Zusammenfassung

Krisenprozesse und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa sind sehr stark von der Form des Wachstumsmodells vor der Krise konditioniert worden. In Osteuropa ließen sich vor der aktuellen Krise zwei Grundmodelle wirtschaftlichen Wachstums unterscheiden: ein eher exportorientiertes Modell und ein finanzgetriebenes Modell. Das exportgetriebene Modell ist stark vom Einbruch der Exporte während der Krise betroffen worden, während sich das finanzgetriebene Modell als sehr verwundbar gegenüber rückläufigen Finanzflüssen bzw. Kapitalabfluss erwies. Länder mit diesem Modell haben oftmals eine besonders scharfe Rezession und eine besonders starke Verschlechterung der sozialen Lage erlebt. Dieses Wachstumsmodell ist faktisch kollabiert. Länder mit dem finanzgetriebe-

nen Wachstumsmodell haben – teils unter Regie der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds – eine stark prozyklische Wirtschaftspolitik verfolgt, die primär auf eine Wechselkursstabilisierung ausgelegt ist. Diese Politik reduzierte zwar die Leistungsbilanzdefizite, verschärfte aber tendenziell die Probleme schwacher Produktionsstrukturen und privater Überschuldung. Die Länder mit exportorientiertem Modell hatten größere Politikspielräume, die anfangs auch ansatzweise zu antizyklischen Maßnahmen genutzt wurden. Wahlsiege von liberal-konservativen Koalitionen haben in der Slowakei und der Tschechischen Republik allerdings mittlerweile zu einer Radikalisierung neoliberaler Politik geführt.

Wohnbauförderung – eine Bestandsaufnahme

Artur Streimelweger¹

1. Einleitung

Wenn es um die Sanierung des öffentlichen Haushaltes geht, gerät auch immer wieder die Wohnbauförderung ins Visier von Einsparungsvorschlägen, so auch im Rahmen der aktuellen Diskussion um Budgetkonsolidierung und Verwaltungsreform. Pflichtschuldig preschte da etwa der Rechnungshof vor und empfahl eine Systemumstellung von Objekt- auf Subjektförderung² – ein Vorschlag, der eine gravierende Schwächung des staatlichen Instruments zur Wohnungsversorgung ebenso zur Folge hätte wie auch die Ratschläge von „Experten“, die Förderungsmittel radikal zu kürzen oder in andere Sektoren umzuleiten.³

Unbeachtet bleibt bei der Diskussion um die Wohnbauförderung, dass bereits in den vergangenen Jahren erhebliche Einschnitte im Wohnbauförderungssystem stattfanden und dies zu einer nachhaltigen Reduktion der Leistungsfähigkeit und Selbstfinanzierungskraft der Wohnbauförderung führte. Ziel dieser Arbeit ist es, die entscheidenden Entwicklungslinien für die finanzielle Aushöhlung der Wohnbauförderung nachzuzeichnen. Dabei wird im Folgenden gezeigt, dass die Wohnbauförderung von mehrerlei Seiten unter Druck gekommen ist: einmal durch das Budgetlöcherstopfen mit Wohnbauförderungsmitteln, ein anderes Mal durch Umstellungen der Förderungssysteme der Länder, ein weiteres Mal durch neue Anforderungen und die Finanzierung nicht wohnbaurelevanter Maßnahmen bei gleichzeitig plafonierten Budgetmitteln. Eine Grundlage für den finanziellen Ausdünnungsprozess der Wohnbauförderung wurde mit der schrittweisen Verlagerung der Kompetenzen des Bundes an die Länder gelegt – eine Verlagerung, die einem Rückzug des Bundes aus der Wohnbauförderung als einem wesentlichen Instrument österreichischer Wohnungspolitik, der mit der Abschaffung der für den Wohnbau zweckgebundenen Investitionsbeiträge im Jahr 2009 seinen vorläufigen Abschluss fand, gleichkommt. Sowohl die Aufgabe wohnbauförderungspolitischer Kompetenz des Bundes als auch die finanzielle Ausdünnung der Wohnbauförderung können dabei als Teil eines wohnungspolitischen Strukturwandels beschrieben werden, der die Finanzierung der Wohnraumversorgung zunehmend marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen überantwortet und die Wohnbauförderung budgetpolitischen Zielen unterordnet.

2. Mehr als nur Wohnbauförderung

Dass auf dem österreichischen Wohnungsmarkt im Unterschied zu so manchem anderen EU-Mitgliedsland (Spanien, Großbritannien, Irland, baltische Staaten) keine Immobilienpreisblase platzen und die Volkswirtschaft in Mitleidenschaft ziehen konnte, ist neben dem hohen Anteil des regulierten, der Spekulation entzogenen Mietwohnungssektors am Gesamtwohnungsbestand und der starken Marktpräsenz streng preisgeregelter Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen auf die Wohnbauförderung zurückzuführen.⁴ Als staatliches Förderungsinstrument zur Wohnungsproduktion ist sie direkter Ausfluss des verfassungsrechtlich verankerten Kompetenztatbestandes „Volkswohnungswesens“ und somit eingedenk der Auffassung, den Wohnungsmarkt nicht dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, auch Ergebnis der staatlichen Mitverantwortung für die Wohnversorgung durch öffentliche Intervention in den Wohnungsmarkt in Form von Förderungsmitteln.

Die Förderung des Wohnungsbaus kennzeichnet sich in Österreich durch eine Schwerpunktsetzung auf direkte Objektförderung durch niedrig verzinsten Darlehen oder Annuitätenzuschüsse an Bauträger oder Privatpersonen. Im Unterschied zur Subjektförderung, die auf die Gewährung individueller Beihilfen zur Senkung der Wohnkostenbelastung abzielt, stellen die objektorientierten Förderungsmaßnahmen auf die Schaffung eines ausreichenden und leistbaren Wohnungsangebotes ab.

Seit 1945 konnten durch den Einsatz von objektorientierten Förderungsgeldern rd. zwei Mio. Wohnungen errichtet werden, womit wesentlich zu einer bedarfsgerechten Neubauproduktion beigetragen wurde. In den letzten Jahren wurden rd. 75% der baubewilligten Wohnungen aus Förderungsmitteln mitfinanziert. Anders als in Ländern mit marktgesteuerten Wohnbaufinanzierungssystemen besitzt die österreichische Wohnbauförderung somit nicht nur ein erhebliches Lenkungspotenzial in der Wohnbauproduktion, aufgrund der hohen Förderquote ist sie dem Wohnbau insbesondere in wirtschaftlich turbulenten Zeiten auch eine wichtige Konjunkturstütze sowie durch die mit der Förderungszusicherung junktimierten Anforderungen der Vermögensbindung und Kostengestaltung auch ein bedeutsames Instrument zur Begrenzung spekulativer Auswüchse am Wohnungsmarkt.

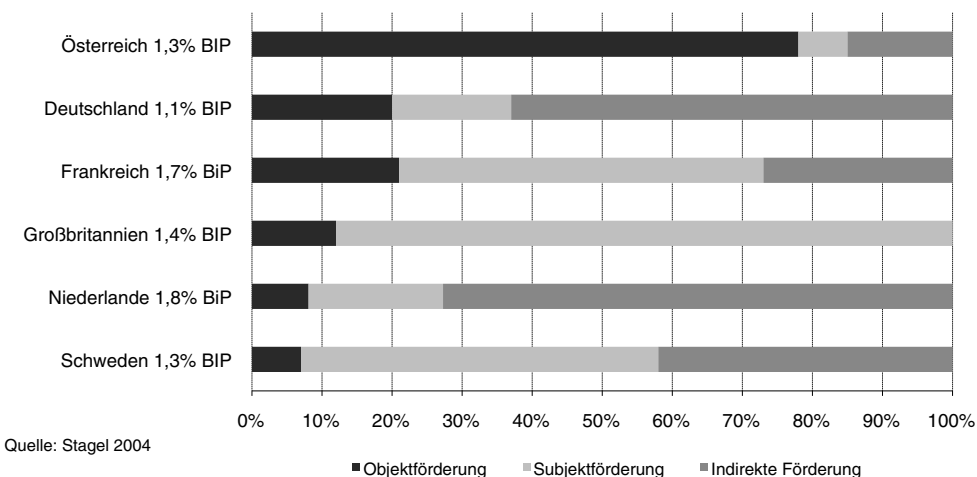
Wie noch zu zeigen sein wird, zeichnet sich die derzeitige Situation am Wohnbausektor durch einen rasanten Rückgang der Fertigstellungszahlen des frei finanzierten Wohnbaus aus. Dass dadurch die Neubauproduktion insgesamt aber nur im geringen Maße beeinträchtigt wurde, ist – noch – auf die kontinuierliche Förderungstätigkeit der Bundesländer zurückzuführen. Letztere trug dazu bei, den Einbruch der Baukonjunktur zu dämpfen.

Die Wohnbauförderung ist daher nicht nur Wohnbauförderung. Als Instrument zur Steuerung der Wohnbauentwicklung verfolgt die Wohnbauförderung neben quantitativen, qualitativen und ökologischen auch konjunkturelle und soziale Ziele. Mit „sozial“ ist hier die zentrale Frage der Leistbarkeit von Wohnraum und der Bereitstellung eines bedarfsorientierten und spekulationsfreien Wohnungsangebotes angesprochen. Durch deutlich zinsgünstigere Förderungsdarlehen oder -zuschüsse liegt das Mietniveau in geförderten Wohnungen um etwa die Hälfte niedriger als im frei finanzierten Wohnungssegment. Mietwohnungsbau für breite Einkommensschichten ist ohne Zuhilfenahme von Wohnbauförderungsmitteln nicht zu gewährleisten. Niedrige Wohnkosten stabilisieren die Kaufkraft und sorgen auf diesem Wege wiederum für konjunkturelle Stimuli.

Trotz des hohen Anteils geförderter Wohnungen rangieren die Ausgaben für die österreichische Wohnbauförderung laut einer Studie im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld. Während sich die Kosten für die direkte und indirekte Subventionierung des Wohnungsneubaus in Österreich auf 1,3% des BIP belaufen, betragen Ausgaben für Zwecke der Wohnbauförderung etwa in Großbritannien 1,4%, in Frankreich 1,7% und in den Niederlanden 1,8% der Wirtschaftsleistung (Abb. 1).⁵

Die verhältnismäßig geringen Kosten des österreichischen Wohnbauförderungssystems ist auf seine Nachhaltigkeit und Effizienz zurückzuführen: Während auf individuellen Zuschüssen basierende Förderungsformen (Wohnbeihilfen, steuerliche Förderungen) schwierig steuerbar, administrativ aufwendig sind und sich längerfristig als teurere Variante der Wohnbauförderung erweisen, tragen die Rückflüsse aus den Wohnbaudarlehen

Abbildung 1: Struktur der Wohnbauförderungsausgaben im internationalen Vergleich 2001 (in % des BIP)



zur Selbstfinanzierung und tendenziell auch zu einer gewissen Selbsttragung des Systems bei.

Die Leistungsfähigkeit und Selbstfinanzierungskraft des österreichischen Wohnbauförderungssystems steht heute zur Disposition. Geschwächt wurde es durch ein Bündel von Maßnahmen. Im Mittelpunkt standen dabei durchwegs Zielsetzungen, die der Budgetsanierung des Bundes und der Länder dienten.

Im Folgenden wird versucht, die einzelnen Etappen der Entwicklung der Wohnbauförderung zu beleuchten. Daran schließt eine Analyse der Aufbringung und Verwendung der Wohnbauförderungsmittel an.

3. Entwicklung der Wohnbauförderung – Etappen einer „Verländerung“

„Der historische Verlauf (der Wohnbauförderung, Anm.) ist charakterisiert durch eine schrittweise ›Verländerung‹“,⁶ analysierten Czasny und Moser im Jahr 2000 in ihrem Standardwerk zur Wohnbauförderung „am Vorabend tiefgreifender Veränderungen“. ⁷ Heute, zehn Jahre später, ist die Verlagerung der Gestaltungskompetenzen vom Bund zu den Ländern insoweit an einem Endpunkt angelangt, als sich ersterer gänzlich aus der öffentlichen Wohnbaufinanzierung verabschiedet hat.

Die Geburtsstunde der Wohnbauförderung aus öffentlichen Mitteln datiert mit der Gründung des Wohnungsfürsorgefonds im Jahr 1910.⁸ In der 1. Republik hatten noch dessen gleichnamiger Nachfolger 1919⁹ und der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSG) 1921¹⁰ die Förderung des Wohnbaus zum Ziel. Von einer breiten Subventionierung konnte aufgrund fehlender Finanzierungsmittel aber damals keine Rede sein. Dies war erst nach Ende des 2. Weltkrieges ab den 1950er-Jahren der Fall, als angesichts der Kriegszerstörungen und fehlendem privatem Kapital politischer Konsens über eine Intensivierung und Ausdehnung der Wohnbauförderung bestand. Mit dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 1948,¹¹ dem „reaktivierten“ Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sowie der Wohnbauförderung 1954¹² kamen bis Ende der 1960er-Jahre drei Förderungstypen zur Anwendung: Während aus den Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, der die Versorgung der „minderbemittelten Bevölkerung“ beabsichtigte, die Errichtung von Mietwohnungen durch gemeinnützige Bauvereinigungen und Gemeinden zur Förderung gelangten, zielte der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds auf die Subventionierung der Wiederherstellung des kriegsbeschädigten Wohnraumes der Hausbesitzer ab. Hauptzielrichtung des Fonds war die Förderung des Wohnungseigentums, das ebenfalls 1948 eine gesetzliche Grundlage erhielt.

Gemein war den beiden Förderungssäulen die Finanzierung mittels langfristiger und zinsgünstiger Darlehen, durch deren Rückflüsse – einem

Kreislaufsystem gleich – neue Förderungsmaßnahmen gesetzt werden konnten. Parallel zu den Bundesfonds institutionalisierten die Länder eigene Förderungsfonds für den Eigenheimbereich und Mehrgeschoßsektor. Die Wohnbauförderung 1954¹³ brachte eine Erweiterung der Zuständigkeiten in Richtung der Länder. Obgleich ein Bundesgesetz, oblag die Gewichtung der Darlehensförderung nunmehr den Ländern. Im Jahre 1968 wurden die unterschiedlichen Förderungsaktivitäten durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968¹⁴ vereinheitlicht und die gesamte Vollziehung den Ländern übertragen. Die Bundesfonds stellten ihre Tätigkeit ein, ihre finanziellen Mittel wurden in die neue Wohnbauförderung eingespeist. Die objektorientierten Förderungstypen blieben unverändert. Die Wohnbauförderung 1968 sah ebenso die Subventionierung des Mietwohnungsbaus durch kommunale und gemeinnützige Bauträger vor wie jene des Neubaus von Eigentumswohnungen durch gewerbliche und gemeinnützige Wohnbauunternehmen und die Errichtung von Eigenheimen. Neu war hingegen die Öffnung zugunsten von Wohnbeihilfen als Subjektförderungsmaßnahme sowie die Einführung von Einkommensobergrenzen für Bewohner von geförderten Wohnungen.

Wenig inhaltliche Neuerungen brachte das Wohnbauförderungsgesetz 1984,¹⁵ in kompetenzrechtlicher Hinsicht räumte es den Ländern aber einen größeren Gestaltungsspielraum ein. 1987 markiert eine Zäsur in der Entwicklung der Wohnbauförderung. In diesem Jahr ging auch die Gesetzgebung in den Zuständigkeitsbereich der Länder über. Dazu wurde die Wohnbauförderung im Wege einer B-VG-Novelle¹⁶ aus dem Kompetenztatbestand des Volkswohnungswesens herausgelöst und in die Generalkompetenz der Bundesländer übertragen. Auf Basis einer Art. 15a B-VG-Vereinbarung¹⁷ zwischen Bund und Ländern wurde zwei Jahre später die „Verlängerung“ der Wohnbauförderung schließlich unter Dach und Fach gebracht. Neben der Festschreibung der Kompetenzverlagerung wurde darin auch die Zuweisung von zweckgewidmeten Zuschüssen des Bundes an die Länder vereinbart und im Wohnbauförderungszweckzuschussgesetz 1989¹⁸ näher ausgeführt.¹⁹ Während also der Bund den Ländern alle Wohnbauförderungskompetenzen überantwortete, trug er als Hauptfinanzier zum Bestehen der Wohnbauförderung bei.

Eine wesentliche Veränderung in der Aufbringung der Wohnbauförderungsmittel stellte das „Strukturanpassungsgesetz“ 1996²⁰ auf Bundesebene dar. Wie weiter unten noch näher ausgeführt, wurde damit die Mittelaufbringung von der Höhe des Wohnbauförderungsbeitrages²¹ und dem Aufkommen aus Einkommensteuer-Bestandteilen entkoppelt und auf einen Zweckzuschuss in der Höhe von 1,78 Mrd. Euro an die Länder „eingefroren“.

Zwölf Jahre nach Einführung der Zweckzuschüsse für den Wohnbau kam es mit der Zweckzuschussgesetz-Novelle 2001²² zur Aufweichung

der Zweckbindung der Bundesmittel und Aufhebung der Mittelrückflüsse aus früheren Landesdarlehen. Damit wurde es nicht nur möglich, dass Zuschüsse für den Wohnbau ohne erhöhtes Mittelaufkommen auch für Infrastrukturmaßnahmen und/oder zur Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen Einsatz fanden, die Lockerung der Zweckbindung der Rückflüsse eröffnete den Ländern darüber hinaus auch die Möglichkeit, aushaftende Darlehen im großen Umfang etwa zur Budgetsanierung oder spekulativen Veranlagung zu verkaufen.

Die Zweckzuschussgesetz-Novelle 2001 knüpfte die Vergabe der Zweckzuschüsse des Bundes erstmals an klimapolitische Zielsetzungen. 2005 erfolgte mit der Änderung des betreffenden Gesetzes²³ eine Konkretisierung der umweltpolitischen Erfordernisse in der Wohnbauförderung.

Zu einer grundlegenden Umgestaltung des Wohnbauförderungssystems kam es mit dem Finanzausgleichsgesetz 2008.²⁴ In diesem kamen Bund und Länder überein, die Bundes-Zweckzuschüsse mit 31. Dezember 2008 außer Kraft treten zu lassen. Anstelle der Investitionsbeiträge für die Wohnbauförderung überweist der Bund seit dem sogenannte Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben an die Länder. Eine Zweckwidmung für den Wohnbau- und Sanierungsbereich ist somit nicht (mehr) vorgesehen.

Voraussetzung für die Umwandlung der Zweckzuschüsse für den Wohnbau war der Abschluss einer Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern „über gemeinsame Qualitätsstandards für die Förderung der Errichtung und Sanierung von Wohngebäuden zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen“.²⁵ Mit der Transformation der bisher zweckgebundenen Transfers in nicht zweckgebundene Ertragsanteile wurde den Ländern eine erhöhte Ausgabenautonomie zuteil, gleichzeitig sind sie aber auch mit einem erhöhten Steueraufkommensrisiko konfrontiert.

Die Aufhebung des Zweckzuschuss-Gesetzes markiert den Endpunkt eines sukzessiven Rückzuges des Bundes aus dem Zuständigkeitsbereich der Wohnbauförderung zugunsten der Länder. Sie kommt einer Aufgabe seiner ihm aus Art. 11 Abs. 1 Z 3 B-VG erwachsenden Kompetenz für das Volkswohnungswesens gleich.²⁶ Nur ein Restbestand an Einwirkungsmöglichkeit blieb erhalten: Über die erwähnte Art. 15a B-VG-Vereinbarung versucht der „selbstgeschwächte“ Bund steuernd auf die Förderung im Sinne der Einhaltung von energetischen Gebäudestandards und der substanziellen Umverteilung der Mittel von Neubau in die Sanierung einzuwirken.²⁷

4. Stationen einer finanziellen Aushöhlung

4.1 Aufbringung

Insgesamt betrug das Gesamtaufkommen an Wohnbauförderung 2008 2,6 Mrd. Euro.²⁸ Den Hauptteil der Mittelaufbringung trug der Bund mit einem Anteil von 70% bei, der Rest stammt aus Rückflüssen und Mitteln der Länder. Die Mittelaufbringung des Bundes wurde seit der Etablierung der Bundes-Wohnbauförderung zweimal einer Änderung unterzogen. Zur Ersten kam es in den frühen 1950er-Jahren mit der Umstellung von direkten Budgetmitteln in das Aufkommen einer Zwecksteuer, dem Wohnbauförderungsbeitrag, und zweckgebundenen Anteilen an Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Der 1952 eingeführte Wohnbauförderungsbeitrag setzt sich aus einem Prozent der Lohn- und Gehaltssumme bis zur Höhe der Höchstbeitragsgrundlage der Krankenversicherung zusammen und wird jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht.²⁹ Selbstständige und Bauern unterliegen nicht der Beitragspflicht. Das Aufkommen des Wohnbauförderungsbeitrages wie auch jenes aus den ab 1954 hinzugekommenen zweckgebundenen Steueranteilen wurde im Laufe der Jahre durch die zweckfremde Umleitung in andere Kanäle sukzessive geschmälert.³⁰ Wurde der Wohnbauförderungsbeitrag bis Ende der 1960er-Jahre noch zur Gänze für seine Bestimmung verwendet, flossen mit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 nur mehr 89,5% seiner Einnahmen in die Wohnbauförderung, der Rest wurde in den Wasserwirtschaftsfonds und in das allgemeine Budget umgeleitet. Im Zuge der Förderalisierung der Wohnbauförderungskompetenzen in den Jahren 1988/1989 wurde der Zuschuss aus dem Wohnbauförderungsbeitrag ein weiteres Mal um fast neun Prozentpunkte auf nur mehr 80,55% gekürzt. Bei den zweckgebundenen Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftssteuer für die Wohnbauförderung verringerte sich die Aufbringung nach Abzug des aus den Steuern an den Familienlastenausgleichsfonds abzuführenden Anteils von anfänglich 15% auf 10,25% und im Zuge der „Verlängerung“ der Wohnbauförderung und des Beschlusses eines Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetzes 1989 schließlich auf 9,233%.³¹

Mit dem Strukturanpassungsgesetz 1996, das die gesetzliche Grundlage für die ausgabenseitige Budgetkonsolidierung bot, kam es zur Novellierung des Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetzes und zur Rückkehr zur Aufbringung aus allgemeinen Budgetmitteln. Dabei wurde die Aufbringung der Zweckzuschüsse des Bundes an die Länder von der Entwicklung des Wohnbauförderungsbeitrages und den zweckgebundenen Steuererträgen abgekoppelt und ab 1996 mit 1,78 Mrd. Euro pro Jahr festgeschrieben. Das „Einfrieren“ der Bundesmittel auf einen nomi-

nellen Fixbetrag gegenüber der zuvor wirksamen Aufkommensdynamik zweckgebundener Steueranteile bedeutete einen Einschnitt in der öffentlichen Wohnbaufinanzierung. Die Bundeszuschüsse wiesen keine Mittel-„Herkunft“ mehr aus, hinzu kamen nun gemäß dem Finanzausgleichsgesetz sogenannte Bedarfszuweisungen an die Länder. Diese bestanden aus den auch weiterhin steigenden Einnahmen aus „alten Steueranteilen“ der Wohnbauförderung abzüglich der Zweckzuschüsse. Die Bedarfszuweisungen unterlagen keiner Zweckbindung (Abb. 2).³²

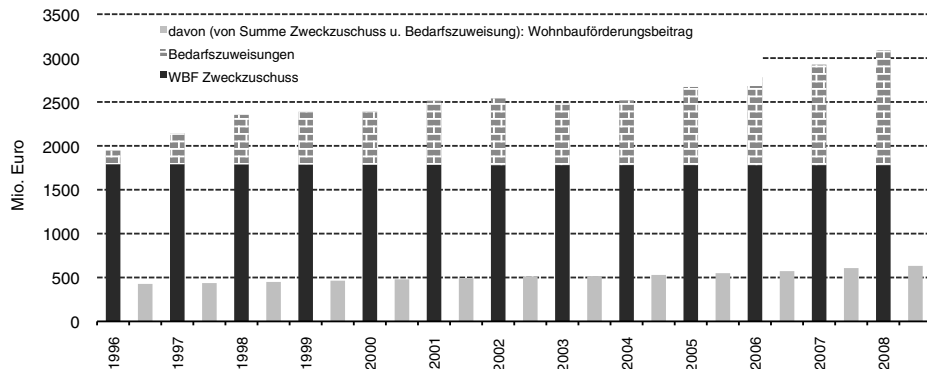
Zwischen 1996 und 2008 haben sich die für die Länder frei disponiblen Bedarfszuweisungen mehr als versiebenfacht. Das Aufkommen aus dem Wohnbauförderungsbeitrag ist im gleichen Zeitraum um fast 50% angestiegen. Gemessen an den zweckgebundenen Bundesmitteln hat sich der „fiktive“ Finanzierungsanteil des Wohnbauförderungsbeitrages damit kontinuierlich von 24% auf 36% der Zweckzuschüsse erhöht. Gleichzeitig haben die betraglich fixierten Bundeszuschüsse real immer mehr an Wert verloren – und zwar seit 1996 gegenüber der Entwicklung des Baupreisindex um 29%.

Seit Anfang 2009 sind auch die „eingefrorenen“ Zweckzuschüsse Geschichte. Wie oben dargestellt, wurden diese in nicht mehr zweckgebundene Ertragsanteile an gemeinschaftliche Bundesabgaben umgewandelt. Sie fließen „ohne Mascherl“ in das allgemeine Budget der Länder.

Neben den Bundesmitteln speisen sich die Wohnbauförderungstöpfen der Länder aus Rückflüssen aus vergebenen Darlehen und Annuitäten- und Zinszuschüssen sowie Forderungsverkäufen, Veranlagungserlösen und zusätzlichen, aus den allgemeinen Landesbudgets stammenden Geldern. Während sich der Anteil der Zweckzuschüsse des Bundes als bedeutendste Einnahmequelle zwischen 1996 und 2008 im Schnitt auf rd. 66% belief, trugen die Rückflüsse und Landesmittel mit einem durchschnittlichen Volumen von 600 Mio. Euro und 160 Mio. Euro pro Jahr zu rd. einem Viertel bzw. 9% zur Finanzierung der Wohnbauförderung bei (Abb. 3). Über einen längeren Zeitraum zeigt sich dabei ein steigendes Mittelaufkommen aus Rückflüssen, das mit einem Anteil von etwa einem Drittel der gesamten Wohnbauförderungseinnahmen im Jahr 2000 seinen Höchststand erreichte. Die Mittelzunahme dieser Finanzierungskomponente hatte zur Folge, dass damit auch das Refinanzierungspotenzial des Wohnbauförderungssystems gestärkt wurde.

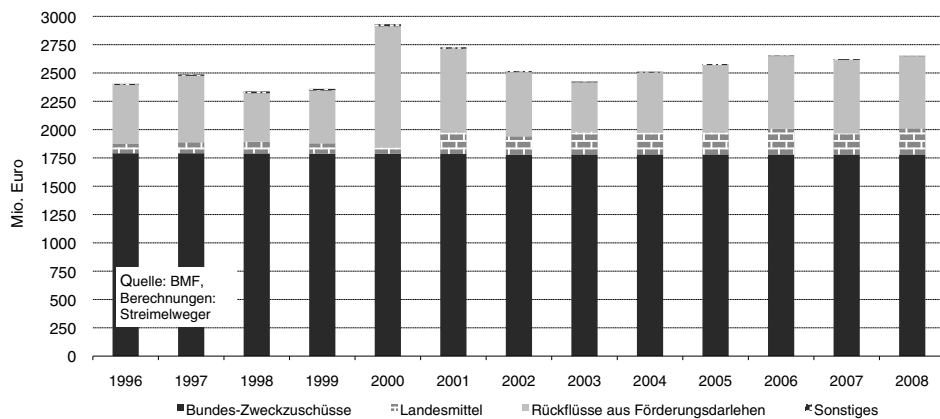
Zu einer Schwächung des Wohnbauförderungssystems kam es mit der Aufhebung des „Landessechstels“ im Rahmen des Zweckzuschussgesetzes 1989, das die Länder verpflichtete, die Bundeszuschüsse im Mindestausmaß von einem Sechstel der jeweiligen Mittel anzuheben. Der daraus resultierende größere finanzpolitische Ermessensspielraum der Länder wurde durch weitere „Reformen“ noch ausgeweitet. Von weitreichender Bedeutung war hierbei die Aufhebung der Zweckbindung für

Abbildung 2: Wohnbauförderungsmittel des Bundes 1996-2008 (Mio €)



Quelle: BMF Berechnungen; Streimelweger

Abbildung 3: Einnahmen der Länder zur Wohnbauförderung 1996-2008 (Mio €)

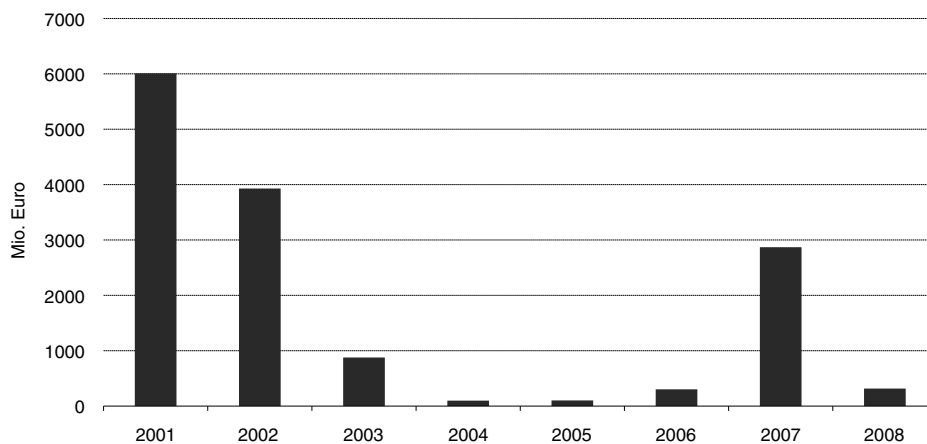


die Rückflüsse aus vor dem Jahr 2001 gewährten Wohnbaurdarlehen mit der im Rahmen des Finanzausgleiches 2001 vollzogenen Änderung des Wohnbauförderungs-Zweckzuschussgesetzes und die im gleichen Gesetz vorgesehene Lockerung der Zweckwidmung der Bundeszuschüsse zugunsten von Infrastrukturmaßnahmen und der Reduktion von Treibhausgasen.³³

Eine gravierende Einschränkung der Nachhaltigkeit des Wohnbauförderungssystems stellte dabei die Aufhebung der Zweckbindung der Darlehensrückflüsse dar. Dies eröffnete den Bundesländern die Möglichkeit, die Rückflüsse zum Zwecke der Budgetkonsolidierung in den allgemeinen Landeshaushalt zu transferieren. Vor dem Hintergrund allgemeiner Budgetknappheit und der Maastricht-Kriterien machten die Länder durch

Forderungsverkäufe von dieser Möglichkeit auch extensiv Gebrauch. Bis 2008 wurden rd. 14 Mrd. Euro an aushaftenden Darlehen veräußert (Abb. 4). Der Großteil der Forderungsverkäufe fand dabei mit etwa 10 Mrd. Euro bereits in den Jahren 2001/2002 statt. Mit rd. 6,4 Mrd. Euro wurde fast die Hälfte der erlösten Mittel aus den Forderungsverkäufen in die allgemeinen Landeshaushalte umgeschichtet und dort zum überwiegenden Teil zur Schuldentilgung und Veranlagung an den Finanzmärkten eingesetzt.

Abbildung 4: Forderungsverkäufe der Länder 2001-8 (Mio. €)

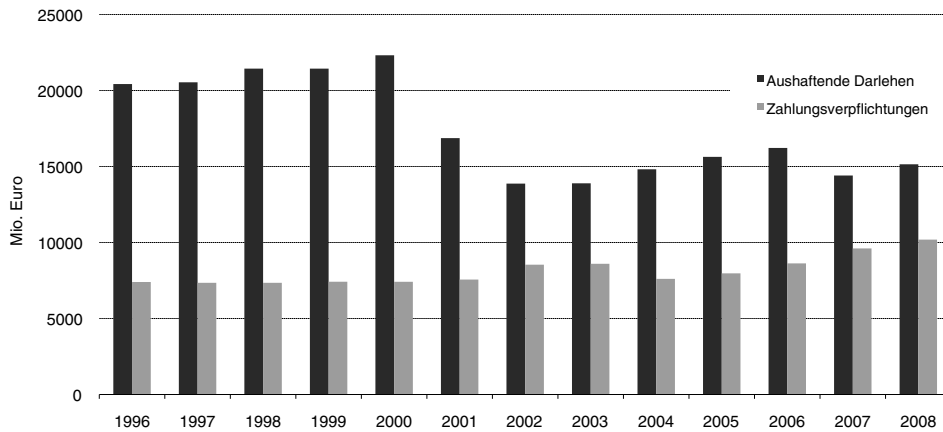


Quelle: BMF, Berechnungen: Streimelweger

So sehr die massiven Forderungsverkäufe aus kurzfristiger budgetpolitischer Perspektive nachvollziehbar erscheinen mögen, in langfristiger Hinsicht schmälern sie jedoch aufgrund des Vorgriffes auf künftige Einnahmen in Form von Rückflüssen das Mittelaufkommen für die Wohnbauförderung und damit die Selbstfinanzierungskraft der Wohnbauförderung in beträchtlichem Ausmaß - eine Problematik, auf die auch der Rechnungshof aufmerksam gemacht hat.³⁴

Resultat der Forderungsverkäufe ist ein erheblicher Rückgang der aushaftenden Darlehen und somit künftiger Rückflüsse von im Schnitt über 21 Mrd. Euro pro Jahr in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre auf etwa mehr als 15 Mrd. Euro pro „Förder“-Jahr im darauf folgenden Jahrzehnt. Gleichzeitig haben sich die aus zugesagten, jedoch noch nicht zugeteilten Darlehen und Annuitätenzuschüssen bestehenden jährlichen Zahlungsverpflichtungen der Bundesländer von im Schnitt 7,4 Mrd. Euro in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf 8,6 Mrd. Euro erhöht. Mit anderen Worten: Während die ausstehenden Forderungen in den 1990ern fast das Dreifache der Verpflichtungen ausmachten, betrug der Quotient 2008 nur mehr 1,5.

Abbildung 5: Aushaftende Darlehen und Zahlungsverpflichtungen 1996-2008 (Mio. €)



Quelle: BMF, Berechnungen: Streimelweger

4.2 Ausgaben

Im Schnitt gaben die Länder in den vergangenen Jahren rd. 2,5 Mrd. Euro pro Jahr für Förderungsmaßnahmen aus. Mit 2,9 Mrd. Euro waren die Wohnbauförderungsausgaben 2008 so hoch wie zuletzt im Jahr 2000. Die Struktur der Förderungsausgaben wie auch die Höhe der unmittelbar wohnbaurelevanten Aufwendungen haben in diesem Zeitraum hingegen eine merkbare Veränderung erfahren.

Um eine höhere Förderungsleistung infolge des gestiegenen Wohnungsbedarfes in den 1990ern bewältigen zu können, entschlossen sich mehrere Bundesländer, nach der Sanierung nun auch im Neubau verstärkt Annuitätenzuschüsse als Subventionsinstrument einzusetzen. 1990 belief sich der Anteil der Neubau- und Sanierungsdarlehen an den Gesamtausgaben auf 64%, jener der Annuitätenzuschüsse auf 23%. 2000 betrug Ersterer nur mehr 49%, Zweiterer hingegen 45% (Abb. 6).

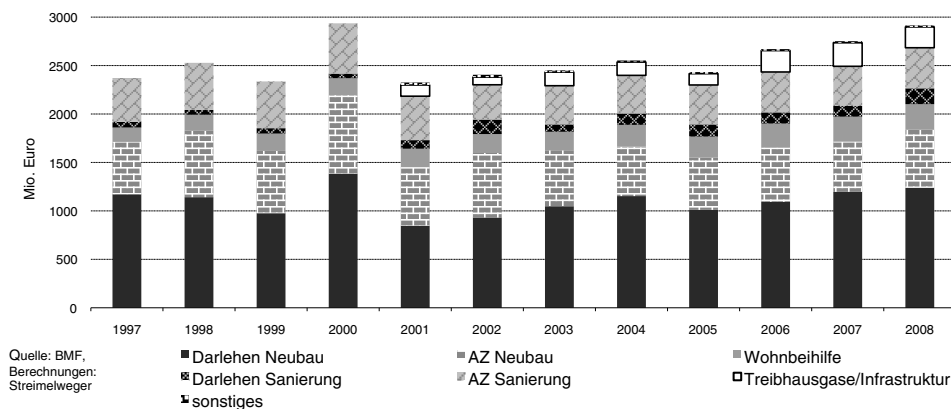
Die Umstellung des Förderungsmixes schwächte die Nachhaltigkeit der Wohnbauförderung. Zwar lässt sich mit Annuitätenzuschüssen bei gleichem Förderungsvolumen kurzfristig die Wohnbauproduktion ankurbeln, in längerer Hinsicht kehrt sich jedoch die anfangs geringere Liquiditätsbelastung für den Förderungsgeber in kumulierende Verpflichtungen, die den Handlungsspielraum der Länder zunehmend einschränken. Darlehensförderungen sind zwar zu Beginn mit hohem Liquiditätsbedarf verbunden, führen aber zu steigenden Rückflüssen und damit zur Stärkung der Selbstfinanzierungskraft des Wohnbauförderungssystems.³⁵

In den letzten Jahren haben die Darlehens- gegenüber den Annuitätenzuschussförderungen wieder leicht an Boden gewonnen. Im Zeitraum

2001 bis 2005 belief sich das für das Neubau- und Sanierungssegment jährliche aufgewendete Darlehensvolumen auf rd. 1,1 Mrd. Euro, in den Jahren 2006 bis 2008 umfasste es durchschnittlich 1,3 Mrd. Euro pro Jahr, dies allerdings bei insgesamt weniger für den Wohnbau zur Verfügung stehenden Mitteln. Grund dafür ist die Ausweitung der Zweckwidmung der Bundeszuschüsse für Infrastruktur- und CO₂-Reduktionsmaßnahmen im Jahr 2001. Gingen die mit 2,9 Mrd. Euro veranschlagten Wohnbauförderungsausgaben ein Jahr zuvor noch zur Gänze förderungswirksam in den Wohnbausektor, flossen 2008 über 200 Mio. der 2,9 Mrd. Euro oder 8% der Förderausgaben in die o. a. Bereiche. Bringt man darüber hinaus auch die Wohnbeihilfen als subjektorientierte und somit keine Bauleistung generierenden Ausgaben in Abzug, kommt eine weitere Schmälerung des Wohnbauförderungsbudgets zum Vorschein. Die Ausgaben für Wohnbeihilfen haben zwischen 2000 und 2008 mit einem Plus von über 50% auf 260 Mio. Euro einen rapiden Anstieg erfahren. Ohne dieses auf individuellen Zuschüssen basierendes Förderungsinstrument reduzieren sich die wohnbauwirksamen Ausgaben auf 83% des Gesamtvolumens.

Mit 1,8 Mrd. Euro der gesamten Ausgaben wurden zuletzt rd. 63% der Mittel in der Neubauförderung eingesetzt, für Sanierungsmaßnahmen wurden 580 Mio. Euro oder rd. 20% der Ausgaben aufgewendet, der Rest entfiel auf Aufwendungen für Wohnbeihilfe und andere Bereiche (Infrastruktur, Treibhausgasreduktion). 1997 entfielen noch 72% bzw. 22% der Ausgaben auf den Neubau- bzw. Sanierungsbereich, 6% wurden für die Wohnbeihilfe aufgewendet. Im Neubau entfällt der Großteil der Förderung auf Darlehen, im Sanierungsbereich verhält es sich umgekehrt. Hier hatten die Annuitätenzuschüsse ein deutliches Übergewicht. 2008 nahmen die Darlehen mit 1,2 Mrd. Euro rd. 67% der gesamten Neubauförde-

Abbildung 6: Wohnbauförderung der Länder: Ausgaben nach Förderungsmaßnahmen 1997-2008 (Mio. €)

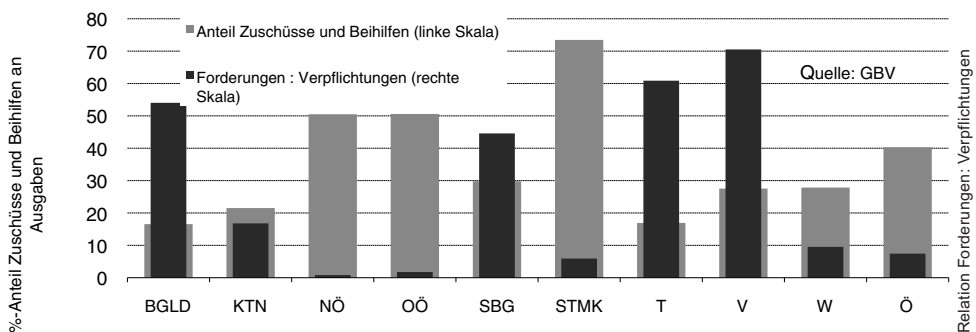


rungsausgaben ein, in der Wohnhaussanierung machten die Zuschüsse 420 Mio. Euro aus, was einem Anteil von über 70% entspricht.

Bezüglich der Struktur der Förderausgaben der Länder zeigt sich auf den ersten Blick ein recht einheitliches Bild. Mit einer Ausnahme überwogen in allen Bundesländern die Darlehensförderungen, einzig in der Steiermark dominierten die Zuschussleistungen. Im Hinblick auf die finanzielle Nachhaltigkeit der Wohnbauförderungssysteme lassen sich indes durchaus Unterschiede feststellen. So wurde das Selbstfinanzierungspotenzial in jenen Bundesländern deutlich geschmälert, die aufgrund der angespannten budgetären Situation in der Vergangenheit Förderungsdarlehen zugunsten der Landeshaushalte verkauften und auch zur Forcierung der Neubau- und Sanierungstätigkeit von der Darlehens- zur Zuschussförderung übergingen. Am stärksten ist die finanzielle Aushöhlung in der Steiermark, Niederösterreich und Oberösterreich fortgeschritten. Wie aus Abbildung 7 ersichtlich, machen in diesen Ländern die laufenden Zuschüsse bereits mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben aus. Die daraus resultierende erhöhte Bindung finanzieller Mittel für zukünftige Förderaktivitäten engt wiederum den Spielraum für die Wohnbauförderung ein. Eine Gegenüberstellung der Forderungen an aushaftenden Darlehen und Verpflichtungen und künftig zu leistenden Annuitätenzuschüssen zeigt darüber hinaus, dass die in den kommenden Jahren aufzuwendenden Mittel nur zu einem geringen Grad durch die zu erwartenden Darlehensrückflüsse Deckung finden.

Zur rückläufigen Selbstfinanzierungskraft einzelner Landeswohnbauförderungssysteme gesellt sich eine über die Jahre zurückgehende Förderintensität. Dieser Indikator des Ausdünnungsprozesses der Wohnbauförderung lässt sich als Anteil der zur Finanzierung der Baukosten einer Wohnung eingesetzten Förderungsmittel beschreiben. Im Mietwohnungsbau ging er von 60% geförderten Baukosten in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre auf zuletzt nur mehr etwa ein Drittel zurück.

Abbildung 7: Indikatoren für die Selbstfinanzierungskraft der Wohnbauförderung in den Bundesländern 2008



Ob die abnehmende Förderungsintensität oder die verminderte finanzielle Nachhaltigkeit der Wohnbauförderung, sie alle sind Ausfluss eines wohnungspolitischen Strukturwandels. Die objektorientierte Wohnbauförderung als wesentlicher Bestandteil eines staatsinterventionistischen Modells der Wohnraumversorgung geriet durch den zunehmenden Einfluss marktwirtschaftlicher Kräfte in der Wohnungspolitik unter Druck. Die Wohnbauförderung wurde dem Primat der Budgetpolitik unterstellt. Budgetintensive Förderungsausgaben gerieten so in Widerspruch zu kurzfristigen Konsolidierungszwängen. Zur finanziellen Ausdünnung kommen der Rückzug des Bundes aus der Wohnbauförderung sowie die Aufgabe der Zweckwidmung der Fördermittel, wodurch – konsequenterweise – auch länderübergreifende Steuerungsmöglichkeiten nicht nur auf die Wohnbauförderung, sondern in weiterer Folge u. a. auch in konjunktureller Hinsicht verloren gingen.

5. Wohnungsgemeinnützigkeit und Wohnbauförderung

Wohnungsgemeinnützigkeit und Wohnbauförderung sind zwei selbstständige Elemente des österreichischen Wohnungswesens. Und doch haben beide eine gemeinsame Wurzel und funktionale Verbindung.³⁶ Dieser Konnex lässt sich auf die Etablierung des Wohnungsfürsorgefonds als erstes Finanzierungsinstrument der öffentlichen Hand zurückführen. Der 1910 ins Leben gerufene Fonds sah die Förderung der Wohnraumschaffung durch öffentliche Körperschaften, Selbstverwaltungskörper und gemeinnützige Bauvereinigungen vor und statuierte in den Fondsbestimmungen zentrale Eckpfeiler der Wohnungsgemeinnützigkeit wie die Beschränkung der Vermögensaufteilung im Falle der Gesellschaftsauflösung, den Einsatz des restlichen Vermögens für gemeinnützige Zwecke oder die Beschränkung der Dividende auf die eingezahlten Anteile. Mit diesen Bestimmungen war die Erwirtschaftung von „Zweckkapital“ für den Wohnbau als „Kernelement“³⁷ der Wohnungsgemeinnützigkeit umrissen – jenes Kernelement gemeinnützigen Wohnbaus, das durch die Normierung der Baupflicht und streng preisgebundener Mieten im Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz 1979 noch eine nähere Ausformung erhielt. Mit öffentlicher Finanzierungshilfe erwirtschaftete Erträge der Bauvereinigungen bleiben gemäß den gesetzlichen Regelungen im wohnwirtschaftlichen Kreislauf gebunden und werden zur Finanzierung von Grundstücks-, Bau- oder Sanierungskosten reinvestiert. Damit hat das gemeinnützige Wohnbaukapital nicht nur wesentlich dazu beigetragen, die Erfordernisse weiterer öffentlicher Mittel für den Wohnbau zu reduzieren, sondern gerade in der jüngsten Vergangenheit den ausdünnenden Wohnbauförderungsmitteln durch den vermehrten Eigenmitteleinsatz entgegenzuwirken.

Bei gewerblichen Bauträgern, die in den 1990er-Jahren zur Bewältigung

des Baubooms in die Mietwohnungsförderung einiger Bundesländer einbezogen wurden, ist dies nicht der Fall. Ihnen bzw. ihren Eigentümern stehen die lukrierten Erträge nach Auslaufen der förderungsrechtlichen Bindungen zur freien Verfügung und fließen nicht wie bei gemeinnützigen Bauvereinigungen in den Finanzierungskreislauf zurück. Dieser durch die Bereitstellung von niedrig verzinsten öffentlichen Mitteln gewährleistete Finanzierungsvorteil geht bei den gemeinnützigen Bauvereinigungen nicht zugunsten privater Profitmaximierungsinteressen verloren, sondern bleibt im gemeinnützigen Wohnbau zur preisgünstigen Errichtung und Sanierung von Wohnungen erhalten. Während also die Mietwohnungsförderung im gemeinnützigen Wohnbau durch den produktiven Einsatz des zweckgebundenen Kapitals eine Subventionsleistung für den Wohnbau darstellt, bedeutet sie im gewerblichen Wohnbausektor auch eine Subvention zugunsten einer – späteren – unbeschränkten Disponierung über erwirtschaftete Erträge.

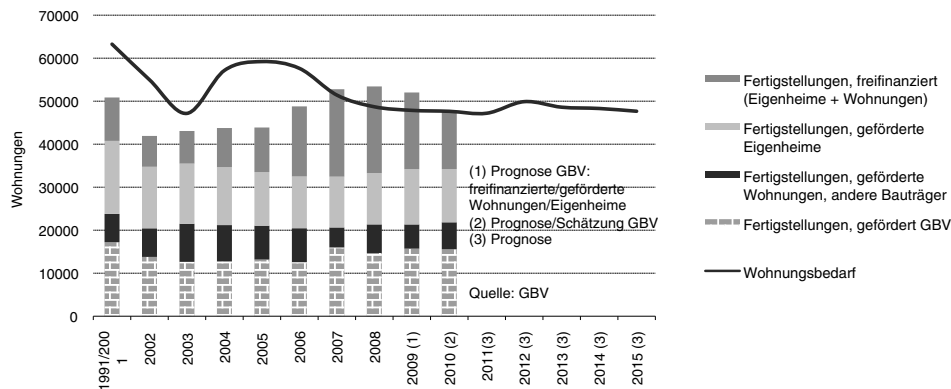
Gemeinsam mit der Wohnbauförderung stellen die gemeinnützigen Bauvereinigungen zwei bedeutende wohnungspolitische Instrumente zur Realisierung einer bedarfsgerechten Wohnraumversorgung der Bevölkerung dar. Zu einer gravierenden Schwächung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft kam es 2001 mit der Aufhebung der Gemeinnützigkeit für fünf bundeseigene Wohnbaugesellschaften durch die damalige Koalitionsregierung aus ÖVP und FPÖ und den Verkauf der insgesamt über 60.000 Wohnungen an ein renditeorientiertes Konsortium im Jahr 2004. Die Folgen des von der neoliberalen Privatisierungspolitik getragenen „Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben“³⁸ waren weitreichend: Der Verkauf reduzierte den damals rd. 460.000 zählenden Mietwohnungsbestand um rd. 12% seiner sozial gebundenen Wohnungen. Mit der Privatisierung wurde auch das gemeinnützige Vermögensbindungsprinzip gekappt, wodurch das unter Zuhilfenahme von Wohnbauförderungsmitteln gebildete Eigenkapital an die renditeorientierten neuen Eigentümer abfließen konnte.

So sehr der Verkauf der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften den sozialen Wohnbau auch schwächte, so zügig konnte das Ausscheiden der 60.000, der Wohnungsgemeinnützigkeit enthobenen Wohnungen durch die kontinuierliche und stabile Neubautätigkeit wieder wettgemacht werden. 2009 umfasste der gemeinnützige Wohnungsbestand rd. 534.000 Mietwohnungen. Im Schnitt der letzten Jahre wurden von den gemeinnützigen Bauvereinigungen rd. 15.000 Wohnungen pro Jahr gefördert errichtet. Das entspricht einem Drittel der gesamten jährlichen Neubauleistung, im Mehrgeschoßwohnbau macht ihr Anteil mehr als die Hälfte der gefördert errichteten Wohnungen aus.

Mit dem konstant hohen Niveau fertiggestellter Wohnungen sind die gemeinnützigen Bauträger eine wichtige Stütze zur Deckung des Woh-

nungsbedarfs, dies insbesondere in Zeiten der Wirtschaftskrise, die sich am Wohnbausektor aufgrund des Rückgangs der konjunkturellen Nachfrage in einem Einbruch des freifinanzierten Neubaus niederschlägt. Für 2010 lässt sich dieser gegenüber 2008 auf ein Minus von 30% oder rd. 6.500 Wohnungen prognostizieren. Insgesamt fällt der Rückgang der Fertigstellungen zwischen 2008 und 2010 mit 8% oder 4.000 Wohnungen auf rd. 48.000 Wohnungen deutlich gedämpfter aus (Abb. 8). Das ist trotz der oben beschriebenen Ausdünnungstendenzen der Wohnbauförderung und der rückläufigen Förderungsintensivität (noch) auf die kontinuierliche Förderungsleistung sowie auf den krisenresistenten gemeinnützigen Wohnungsneubau zurückzuführen.

Abbildung 8: Neubauleistung und Wohnungsbedarf 1991/2001-2015



Die abnehmende Bauproduktion trifft auf einen vor allem durch die Zuwanderung konstant hohen Wohnungsbedarf von mittelfristig jährlich 48.000 Wohnungen. Setzt sich der Rückgang der Wohnbauleistung noch weiter fort, was durch die prognostizierten sinkenden Baubewilligungen plausibel erscheint, droht sich Wohnungsknappheit einzustellen.³⁹

6. Schlussbemerkungen

Budgetkonsolidierung zulasten der Wohnbauförderung droht bei konstant hohem Wohnungsbedarf mittelfristig in einen Mangel an Wohnraum zu münden. Jede Einschränkung von Förderungsmitteln erschwert aber nicht nur die Deckung des Neubaubedarfes, sondern führt auch zu einer empfindlichen Erhöhung der Wohnkosten. Eine Kürzung der Wohnbauförderung um 500 Mio. Euro hätte etwa einen Rückgang der Fertigstellungen um 5.400 Wohnungen zur Folge.⁴⁰ Aufgrund der in diesem Ausmaß fehlenden Förderungsmittel müssten zur Substitution teurere Bankdarlehen aufgenommen werden. Bei einer durchschnittlich großen Wohnung

von 70 m² wäre eine Mieterhöhung von bis zu 260 Euro pro Monat die Folge.

Kurzfristige Einsparungen aufgrund budgetärer Konsolidierungszwänge verursachen daher langfristige Folgekosten. Sie schlagen sich nicht nur in höhere Wohnkosten und dadurch wiederum in einer Verringerung der Inlandsnachfrage und Kaufkraft nieder, sondern lassen auch die Schere zwischen Neubauleistung und Wohnungsbedarf auseinandergehen. Die Versorgung mit leistbarem Wohnraum stünde in Frage. Eine Kürzung der Wohnbauförderung zeitigt neben negativen Effekten in (bau-)konjunktureller und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht aber auch nachteilige Folgeerscheinungen für die soziale Durchmischung der Wohnquartiere und damit für die hohe Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz der österreichischen Wohnbauförderungspolitik.

Anmerkungen

- ¹ Der Autor ist wohnwirtschaftlicher Referent im Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV). Der Artikel spiegelt die persönliche Ansicht des Autors und nicht notwendigerweise die des GBV wider.
- ² Rechnungshof (2009) 67.
- ³ IHS-Chef Bernhard Felderer in: Die Presse (22. 4. 2009), OeNB-Präsident Claus Raidl, in: Wirtschaftsblatt (2. 7. 2010).
- ⁴ Walterskirchen (2009) 953-960; Albacete, Wagner (2009) 79.
- ⁵ Stigel (2004).
- ⁶ Czasny, Moser (2000) 35.
- ⁷ Ebenda 19.
- ⁸ BGBl. Nr. 242/1910.
- ⁹ BGBl. Nr. 45/1919.
- ¹⁰ BGBl. Nr. 252/1921.
- ¹¹ BGBl. Nr. 130/1948.
- ¹² BGBl. Nr. 153/1954.
- ¹³ BGBl. Nr. 153/1954.
- ¹⁴ BGBl. Nr. 280/1968.
- ¹⁵ BGBl. Nr. 482/1984.
- ¹⁶ BGBl. Nr. 146/1987.
- ¹⁷ BGBl. Nr. 390/1989.
- ¹⁸ BGBl. Nr. 691/1988.
- ¹⁹ Amann (1999).
- ²⁰ BGBl. Nr. 201/1996.
- ²¹ Zum Aufkommen des Wohnbauförderungsbeitrages siehe Kap. 4.1.
- ²² BGBl. Nr. 3/2001.
- ²³ BGBl. Nr. 156/2004.
- ²⁴ BGBl. Nr. 103/2007.
- ²⁵ BGBl. Nr. 251/2009.
- ²⁶ Bundesarbeitskammer (2008).
- ²⁷ Bauer (2008a) 332.
- ²⁸ Mit dem Außerkrafttreten des Zweckzuschussgesetzes im Jahr 2009 fiel auch die gesetzliche Verpflichtung der Länder zur Berichterstattung über die Verwendung der

Wohnbauförderungsmittel für Zwecke des Neubaus, der Sanierung und Wohnbeihilfen sowie der jeweils im Berichtsjahr erteilten Förderungszusicherungen. Für die folgenden Jahre haben sich die Länder bereit erklärt, das Berichtswesen über den Einsatz der Wohnbauförderungsmittel auf freiwilliger Ebene weiterzuführen. Da bis zur Abfassung dieses Textes für 2009 nicht alle Länderberichte vorlagen, endet die Analyse zur Aufbringung und Ausgaben der Wohnbauförderung mit dem Jahr 2008.

- ²⁹ BGBl. Nr. 13/1951.
- ³⁰ BGBl. Nr. 152/1954.
- ³¹ BGBl. Nr. 691/1988.
- ³² Siehe Fn. 19.
- ³³ Siehe Fn. 20.
- ³⁴ Rechnungshof (2001) 7.
- ³⁵ Blaas, Wieser (2004).
- ³⁶ Bauer (2008b) 121 ff.
- ³⁷ Wurm, Österreicher, Bauer (2001) 19.
- ³⁸ Grasser (2003) .
- ³⁹ Wifo (2010).
- ⁴⁰ Blaas, Wieser (2004) 20-22.

Literatur

- Albacete, Nicolas; Wagner, Karin, Wie finanzieren private Haushalte in Österreich ihr Immobilienvermögen?, in: Geldpolitik und Wirtschaft 3 (2009) 68-102.
- Amann, Wolfgang, Kompetenzverlagerung im Wohnungswesen (Wien 1999).
- Bundesarbeitskammer, Stellungnahme zu dem Ministerialentwurf betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen (Wien 2008).
- Bauer, Eva, Die österreichische Wohnbauförderung – der letzte Schritt in die „Verlängerung“, in: immolex 12 (2008a) 330-333.
- Bauer, Eva, Wohnbauförderung und Wohnungsgemeinnützigkeit nach 1945, in: Holoubek, Michael; Lugger, Klaus (Hrsg.), Die österreichische Wohnungsgemeinnützigkeit – ein europäisches Erfolgsmodell (Wien 2008b) 120-134.
- Blaas, Wolfgang; Wieser, Robert, Wohnwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Probleme durch die Kürzung der Wohnbauförderung (Wien 2004).
- Czasny, Karl; Moser, Peter, Einsatz und Gesamtwirkung der Wohnbauförderungsmittel (Wien 2000).
- Grasser, Karl-Heinz, Anfragebeantwortung Bundesminister für Finanzen Karl-Heinz Grasser betreffend Verkauf von Bundeswohnungen 399/AB XXII. GP (Wien 2003).
- Rechnungshof, Tätigkeitsbericht Verwaltungsjahr 2000 (Reihe Wien 2001/4) 3-10.
- Rechnungshof, Positionen. Verwaltungsreform II (Reihe 1, Wien 2009).
- Stagel, Wolfgang, Wohnbauförderung und Wohnversorgung im internationalen Vergleich (Linz 2004).
- Walterskirchen, Ewald, Immobilienkrise – mehr als der Auslöser der Finanzmarktkrise, in: Wifo-Monatsberichte 12 (2009) 953-960.
- Wifo, Rückgang der Baubewilligungen in Österreich bis 2011 (Wien 2010).
- Wurm, Karl; Österreicher, Theodor; Bauer, Eva, Wirtschaftliche und soziale Aspekte von Wohnbauförderung und Gemeinnützigkeit, in: FGW/GBV (Hrsg.), FGW-Publikationsreihe Förderung des Wohnungswesens (Wien 2001) 12-22.

Zusammenfassung

Als eine der konstitutiven Säulen des wohnungspolitischen Systems hat die österreichische Wohnbauförderung in den letzten beiden Jahrzehnten eine grundlegende Veränderung erfahren. Diese Entwicklung kennzeichnet sich durch eine schrittweise Verlagerung der förderungspolitischen Kompetenzen vom Bund auf die Länder und eine Ausdünnung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Wohnbauförderungssysteme. Erstere kam mit dem Finanzausgleich 2008 und der Abschaffung der Bundes-Zweckzuschüsse für den Wohnbau zu ihrem Abschluss, zweite ist durch zusätzliche, nicht wohnbauwirksame Aufgaben bei begrenzten Finanzierungsmitteln ebenso geprägt wie durch die die revolvierende Finanzierungskraft schwächende Umstellung der Förderungsmodelle und den Verkauf von Förderungsdarlehen zugunsten der Landesbudgets. Insgesamt lässt sich eine zunehmende Unterordnung wohnbauförderungspolitischer Zielsetzungen unter vermeintliche budgetäre Konsolidierungszwänge der öffentlichen Hand erkennen.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 16**

**Alternative Strategien
der Budgetkonsolidierung
in Österreich nach der Rezession**

Georg Feigl, Achim Truger (Hrsg.)

Georg Feigl
Einleitender Überblick

Achim Truger, Katja Rietzler, Henner Will, Rudolf Zwiener
Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich
nach der Rezession

Kommentare zur Studie des IMK
Margit Schratzenstaller
Ewald Walterskirchen
Peter Brandner
Günther Chaloupek

Achim Truger
Schlussbemerkung: Die gesamtwirtschaftlichen Risiken der
forcierten Budgetkonsolidierung
Bestehen fort

Wien 2010, 107 Seiten, € 16,-.

Bestellungen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien,
Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: HYPERLINK
„mailto:verlag@lexisnexus.at“ verlag@lexisnexus.at

KOMMENTARE

Gedämpfte Dramatik

Felix Butschek

Manfred Prisching hat in der Nummer 2/2010 dieser Zeitschrift ein dramatisches Bild der künftigen Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft entworfen. Er tut das aus der stupenden Fülle seines Wissens sowie mit imponierendem Temperament. Er sieht in der gegenwärtigen Krise insbesondere der westlichen Volkswirtschaften nicht nur den stärksten Rückschlag seit 1945, sondern darüber hinaus das Anzeichen für einen fundamentalen Bruch in ihrer langfristigen Entwicklung, mit durchwegs negativen Konsequenzen. Selbstverständlich kann man ihm in vielen seiner Erkenntnisse folgen, doch scheinen in manchen Bereichen Reserven angebracht. Diese scheinen deshalb angebracht, weil sich seine pessimistische Weltsicht ohnehin in vielen Massenmedien wiederfindet und damit geeignet erscheint, wirtschafts- und sozialpolitische Aktivitäten zu lähmen.

Den konkreten Bemerkungen seien einige grundsätzliche Überlegungen vorangestellt, die manche seiner Argumente in Frage stellen. Da ist zunächst festzuhalten, dass Dynamik und Flexibilität Hauptmerkmale des Kapitalismus darstellen. Im Gegensatz zu vorindustriellen Perioden wird er durch permanente Veränderungen gekennzeichnet. Diese erfolgen manchmal schneller, manchmal langsamer, jedoch beständig.

Solche Wandlungen werden in hohem Maße durch Marktreaktionen herbeigeführt. Zwar steht außer Zweifel, dass in den letzten Jahrzehnten Wissenschaft und Politik durch eine Marktidolatrie charakterisiert wurden, die jeden Realitätsbezug vermissen ließ. Aber selbst wenn man die Unzulänglichkeiten dieses Koordinationsystems in Rechnung stellt, erweist es sich als außerordentlich effizient, insbesondere langfristig. Das heißt, dass veränderte Knappheitsverhältnisse zu einer Reallokation der Ressourcen führen. Das mag kurz- bis mittelfristig misslingen, langfristig werden sich die erforderlichen Anpassungen vollziehen. Dieser Aspekt wurde in den ersten Studien des Club of Rome vollständig übersehen. Sie prognostizierten den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht für die Mitte dieses Jahrhunderts, wie Prisching glaubt, sondern bereits für die Jahrhundertwende.

Selbstverständlich ist Prisching beizupflichten, wenn er das unbegrenzte Anspruchsdenken kritisiert, und gewiss wäre insbesondere unter den gegebenen Umständen mehr Zurückhaltung wünschenswert. Langfristig könnten aus grundlegend veränderten Verhaltensweisen jedoch Schwierigkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung resultieren. Denn ein weiteres zentrales Merkmal des kapitalistischen Systems liegt im technischen Fortschritt. Dieser ist „Routine“ geworden, wie das Lande ausdrückt. Und allein dessen Permanenz bewirkt, nach Meinung vieler Ökonomen, eine ständig steigende Arbeitsproduktivität von etwa 2% real. Damit aber steht cete-

ris paribus jährlich eine entsprechend gewachsene Menge an Gütern und Dienstleistungen zur Verfügung. Wenn die Nachfrage nicht im gleichen Maße expandiert, ist mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation zu rechnen. Man sollte die Bescheidenheit also nicht zu weit treiben.

China ein Sonderfall?

Doch nun zu China. Dessen jüngste Entwicklung erlangte bei Prisching insofern exemplarischen Charakter, als dieser, seiner Meinung nach, in vieler Hinsicht den Bruch der Jahrhundertwende symbolisiert. Stellt man jedoch das Wachstum dieses Landes in den historischen Kontext, erkennt man, dass sich hier nur ein langfristiger Prozess konsequent vollzieht.

Seit der paleolitischen Revolution, welche dazu führte, dass sich die Menschen beständig niederließen, um Ackerbau und Viehzucht zu betreiben, blieb die allgemeine Einkommenssituation lange im Großen und Ganzen gleichartig und konstant. Die Bevölkerung war damit beschäftigt, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft sicherzustellen, bescheidene Überschüsse ermöglichten das Entstehen einiger Städte. Im Rahmen dieser begrenzten Möglichkeiten zählte China sicherlich zu den höchstentwickelten Kulturen. Sein Pro-Kopf-Einkommen übertraf jenes der anderen Kontinente.

Im Laufe des Mittelalters veränderte sich diese Relation infolge des institutionellen Aufbruchs in Europa. In dem weitverzweigten Städtenetz dieses Kontinents wuchs ein neuer Menschentyp heran: der individualistische, initiative, verantwortungsbereite und autonome Bürger. Mit diesem entstanden neue Denkformen im Humanismus und der Renaissance, die schließlich

in der Aufklärung ihre Vollendung fanden. Das neue universitäre Bildungssystem führte von der „Quantitativen Revolution“ des späten Mittelalters zur „Wissenschaftlichen Revolution“ des 17. Jahrhunderts. All das mündete schließlich im 18. Jahrhundert in der Industriellen Revolution, welche die Welt fundamental veränderte.

Die Voraussetzungen dafür lassen sich, kurz gesagt, auf den oben beschriebenen Menschentyp, den Rechtsstaat, das hoch entwickelte technisch-wissenschaftliche Denken und allenfalls noch den Fernhandel zurückführen. Und da diese Voraussetzungen, insbesondere das breite Interesse an Wissenschaft und Technik, in England am weitesten entwickelt waren, begann Ende des 18. Jahrhunderts dort die Industrielle Revolution. Im 19. Jahrhundert übertrug sich dieser Prozess auf die USA und Westeuropa sowie auf die überseeischen europäischen Ableger. Schon Ost- und Südosteuropa hinkten dieser Entwicklung lange nach, weit stärker noch die übrigen Kontinente.

Japan entwickelte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum ersten außereuropäischen Land, welches – durch penible Übernahme der europäischen Institutionen – gleichfalls eine Industrialisierung in Gang setzte und diese nach dem 2. Weltkrieg zu einem eindrucksvollen Ende führte. In den Siebzigerjahren des vorigen Jahrhunderts demonstrierten die „Vier Kleinen Tiger“, dass Asien in steigendem Maße die Voraussetzungen für einen Industrialisierungsprozess zu schaffen vermochte. Und nun ist es die alte Kulturlation China, die ihr großes Potenzial erstmals einem friedlichen kapitalistischen Wachstumsprozess öffnet. Gewiss werden die Voraussetzungen dafür weder in rechts-

staatlicher noch in politischer Hinsicht voll erfüllt, doch ist offensichtlich der ökonomische Freiraum genügend groß, damit sich die Initiative sowie der notorische Fleiß der Chinesen entfalten konnten.

Natürlich imponiert die Wirtschaftsmacht dieses Landes vorerst durch seine schiere Größe. Doch liegt sein Pro-Kopf-Einkommen noch etwa bei einem Zehntel des österreichischen. Aber sicherlich wird durch diese Entwicklung die weltpolitische Szenerie verändert.

Was damit gesagt sein soll ist, dass die chinesische Entwicklung keineswegs einen Bruch repräsentiert, sondern eben die konsequente Fortsetzung eines Prozesses, welcher vor über 200 Jahren eingesetzt hat. Und wenn man sehr weit in die Zukunft blicken will, kann man sagen, einmal wird die Welt ein ähnlich gleichartiges Produktions- und Leistungsniveau erreicht haben wie vor der Industriellen Revolution – nur auf sehr viel höherer Ebene!

Handel und Investitionen

Doch Prischings Befürchtungen beschränken sich keineswegs auf die Veränderungen im internationalen Machtgefüge, sondern auch auf sehr konkrete ökonomische Aspekte. So meint er, dass die wachsende ökonomische Potenz der Schwellenländer zu einem immer stärker werdenden Abwanderungsprozess der Betriebe aus den europäischen Industriestaaten und damit allmählich zu einer Einschränkung ihrer Wirtschaftsleistung führen könnte.

Das ist freilich eine sehr alte Geschichte. Schon in den Sechzigerjahren begannen manche Industrien in die damaligen Schwellenländer (Spanien)

abzuwandern – ein Prozess, welcher sich ungebrochen über die folgenden Jahrzehnte fortsetzte. Hier lässt sich sogar ein gewisses Schema feststellen. Die Industrialisierung der asiatischen Schwellenländer setzte mit ausländischen Investitionen in Textilien, Bekleidung, Schuhen, Plastik und einfacher Elektronik ein. Heute beliefern uns diese Länder mit hervorragenden technischen Geräten und Autos. Der einstmals größte österreichische Industriezweig, die Textilerzeugung, existiert daher heute nicht mehr. Es ist schwer zu erkennen, welche Nachteile dadurch der heimischen Wirtschaft erwachsen sein sollten. Ähnliche Befürchtungen waren gegenüber dem starken österreichischen Engagement in Ostmitteleuropa vorgebracht worden. Sie erwiesen sich ebenfalls als unbegründet.

Sicherlich hat Prisching Recht, wenn er auf die wachsende Qualifikation der Arbeitskräfte in den Schwellenländern und deren zunehmendes technisches Wissen hinweist. Doch geht mit diesem Prozess auch ein steigendes Lohnniveau einher, welches den Anreiz zur Abwanderung von Betrieben reduziert. Hervorragende technische Qualifikation, wie sie Japan entwickelte, zeitigte keinerlei Nachteile für die westlichen Volkswirtschaften – außer entsprechendem Anpassungsbedarf.

Aber Prisching glaubt eigentlich auch nicht an die von ihm skizzierten Gefahren, denn in den Fußnoten zu seinem Text erläutert er luzid, warum dem nicht so ist. Ich zitiere:

„Die globale Verflechtung bedeutet – im Sinne der „neuen Außenwirtschaftstheorie“ – nicht, dass der internationale Handel zurückgeht, weil oder wenn alle Länder dasselbe produzieren; ganz im Gegenteil: Der größte Teil des internationalen Handels findet zwi-

schen entwickelten Ländern statt, trotz der hohen Lohnkosten, und auch die Auslagerungen erfolgen ganz überwiegend zwischen Industrieländern. Die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland sind intensiver als jene zwischen Österreich und Entwicklungsländern, trotz ähnlicher Löhne und Produktionsbedingungen in den Nachbarstaaten. ... Paradoxe Weise gäbe es kaum ein Problem, wenn China rasch zu einem entwickelten Land mit westlichen Löhnen würde: Dann gäbe es eine Arbeitsteilung wie mit anderen europäischen Ländern. So hat seinerzeit Japan aufgeholt, auch in Bezug auf dieses Land hat es Ängste gegeben, aber mittlerweile hat sich Japan als Partner in den Kreis der Industrienationen eingereiht.“ (Prisching (2010), Anm. 13, S. 174).

Die Annahme, dass das relative technische Wissen in China deutlich schneller wachsen würde als das Lohnniveau, erscheint gerade angesichts der jüngeren Entwicklung auf dem chinesischen Arbeitsmarkt unrealistisch.

Der Rheinische Kapitalismus

Sehr zu Recht unterstreicht Prisching die Einmaligkeit des „Rheinischen Kapitalismus“, welcher die effiziente Marktwirtschaft mit einem voll ausgebauten System der sozialen Sicherheit kombiniert. Ebenso richtig scheinen seine Hinweise darauf, dass die Adepten des angelsächsischen Systems auf dessen Demontage hinarbeiten – man lese nur die „Neue Zürcher Zeitung“ –, andererseits vermitteln populistische Politiker den Wählern immer wieder unrealistische Verbesserungsvorschläge. Wenn hier darauf eingegangen wird, dann weniger, um die Überlegungen Pri-

schings zu kommentieren, mit welchen sich der Autor identifiziert, sondern um eine völlig realitätsferne Diskussion zu analysieren, welche die Massenmedien in den letzten Jahren prägt.

Die eine Position wird durch das Schlagwort von der „Unfinanzierbarkeit“ der Sozialversicherung geprägt, mit der Konsequenz ihres Abbaus und dem Ersatz auf individueller Entscheidung beruhender, privater Versicherung. Auf der anderen Seite konstatierten viele Massenmedien bereits vor der Finanzkrise den Abbau des Sozialstaates. Beides scheint absurd.

In ersterem Falle hätte man sich nach den schweren Einbrüchen auf dem Wertpapiermarkt sowie angesichts des bisher miserablen und exzessiv teuren amerikanischen Gesundheitssystems erwartet, dass die Protagonisten der Privatversicherung etwas zurückhaltender geworden wären – was nicht der Fall ist. Sicherlich bedeutete ein unverändertes Pensionssystem eine zusätzliche Belastung für den öffentlichen Haushalt, doch kann man damit noch nicht von „Unfinanzierbarkeit“ sprechen. Weiters aber ist die Annahme unrealistisch, dass keine Korrekturen am Pensionssystem vorgenommen würden. Entgegen allgemeiner Auffassung ist das auch schon bisher geschehen. Die Reformen der Regierung Schüssel brachten langfristig recht einschneidende Reduktionen der Pensionshöhe mit sich.

Auf der anderen Seite kann von ernsthaften Einschränkungen des Systems keine Rede sein. Die österreichische Sozialquote bewegt sich im Wesentlichen unverändert bei fast 30% des Bruttoinlandsprodukts. Zwar gibt es allenthalben Leistungsver schlechterungen, doch halten sich diese in Grenzen oder sie resultieren – wie in Österreich – aus der dramatisch

ansteigenden Lebenserwartung der europäischen Bevölkerung. Sie zielen also darauf ab, das System finanziell abzusichern.

Aber damit gelangen wir wieder zu einer Aussage Prischings, die mir gleichfalls diskussionswürdig erscheint, wiewohl sie auch von anderen Autoren vertreten wird. Das oben Gesagte deutet darauf hin, dass das System der sozialen Sicherheit im Prinzip unverändert funktioniert und auch einen durchaus relevanten Umverteilungseffekt generiert – wie das kürzlich eine Studie des WIFO demonstrierte.¹ Freilich kann nicht bestritten werden, dass im letzten Jahrzehnt die Lohnquote in fast allen europäischen Staaten zurückgegangen ist. Doch lässt sich daraus wohl keine Auflösung der Mittelstandsgesellschaft ableiten.

Ein gravierendes Element dieser Entwicklung sieht Prising – nebst anderen Autoren – in den prekären Arbeitsverhältnissen. Die Probleme solcher kurzfristigen, unsicheren Beschäftigungen untersuchen vor allem akademische Autoren, weil sie nun tatsächlich in ihrem Lebensbereich diesem Phänomen ständig begegnen. Betrachtet man jedoch die Statistiken, zeigt sich, dass solche Arbeitsverhältnisse keine große Rolle spielen. Sie betreffen fast ausschließlich jüngere Akademiker (im Juni 2010 gab es 22.140 Freie Dienstverträge).

Großes Gewicht kommt freilich der Teilzeitarbeit zu, die vorwiegend von Frauen ausgeübt wird und 25% der Unselbstständigen erreicht. Hier lassen sich im Zeitablauf recht unterschiedliche Einschätzungen feststellen. Vor einem Jahrzehnt traf man diese vor allem in Holland an sowie in Schweden. Damals konnten sich die Massenmedien in Österreich nicht genug tun, die Bundesregierung zu kritisieren,

weil sie nichts in dieser Richtung unternehme. Dadurch würde nämlich die Beschäftigung ausgeweitet und Frauen dem Arbeitsmarkt zugeführt. Heute, da wir gleichfalls eine hohe Quote erreicht haben, liest man nur Kritik daran, weil damit prekäre Arbeitsverhältnisse geschaffen würden und man die Frauen zwingt, nur Teilzeit zu arbeiten. Tatsächlich aber bevorzugt die überwiegende Mehrheit der Betroffenen diese Arbeitsform – aus welchen Gründen immer. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wünschten 2009 laut Mikrozensus nur 14,6%.

Nun ist Prising in seiner Kritik der Finanzmärkte und ihrer Akteure voll zuzustimmen, insbesondere auch im Hinblick auf die schamlosen Einkommen, welche sich diese gegenseitig zuschieben. Doch meint er selbst, dass davon nur eine sehr kleine Gruppe betroffen sei. Auch daraus lässt sich also schwer auf eine Auflösung der Mittelstandsgesellschaft schließen. So rasch ändern sich soziale Strukturen nicht, wenn schon aus keinem anderen Grund, dann infolge von Pfadabhängigkeit.

Die Entwicklung setzt sich fort

Die vorstehenden Gedanken sollten dartun, dass sich die europäische Gesellschaft weniger einem fundamentalen Entwicklungsbruch gegenüber sieht als Veränderungen, die dem kapitalistischen System eigen sind. Damit soll keinesfalls gesagt sein, dass nicht zahlreiche Probleme existieren und in Zukunft auch noch entstehen können, aber eine spezifische Dramatik ist nicht zu erkennen – auch nicht durch die Umweltproblematik, über welche Prising alles das mitteilt, was täglich in den Zeitungen zu lesen ist und deshalb nicht an Relevanz gewinnt.

Er spricht vollkommen zu Recht davon, dass der Westen „trotz aller Jammereien“ mit der bisherigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden sein könne. Doch auch diese erfolgte ja nicht stetig. Das „Goldene Zeitalter“ ging Mitte der Siebzigerjahre zu Ende. Danach halbierten sich die realen Wachstumsraten, und man erlebte die Wiederkehr der Arbeitslosigkeit. Gewiss hielt sich diese Belastung in relativ engen Grenzen, weil sie durch die Systeme der sozialen Sicherheit aufgefangen wurde. Und es ist, wie darzulegen versucht wurde, auch nicht abzusehen, dass sich eine grundsätzlich neue Entwicklung vollziehen könnte. Auch mit den „gefühlten“ Bedrohungen und Belastungen der Bevölkerung sollte man vorsichtig sein und prüfen, wie weit diese nicht nur die Befindlichkeiten einer Intellektuellenschicht widerspiegeln, welche sich auch in den Massenmedien niederschlagen.

Das sei am Problem der „Armut“ exemplifiziert. Ein uninformatierter Besucher Österreichs könnte bei der Lektüre der heimischen Presse den Eindruck gewinnen, in einem Land, das von einem ärmsten zu einem reichsten Länder Europas und damit der Welt wurde, dessen Pro-Kopf-Einkommen fast das Zehnfache von 1937 beträgt, sei die Armut das Hauptproblem. Zugegebenermaßen werden solche Gedankengänge durch die Armutsdefinition der UNO gefördert, wonach Personen, deren Einkommen 60% des Landesdurchschnitts nicht erreicht,

armutsgefährdet sind. Auf diese Weise ist nämlich sichergestellt, dass das Armutsproblem nie verschwinden kann. Denn selbst bei relativ gleichmäßiger Einkommensverteilung, wie sie in Österreich gegeben ist, muss ein fast konstanter Anteil unter diesem Grenzwert liegen. Mit der vielkritisierten bedarfsorientierten Mindestsicherung von 744 Euro mussten 1959 im Durchschnitt alle österreichischen Unselbstständigen ihr Auslangen finden. Es ist schon klar, dass Armut auch ein relatives Element enthält, aber eine etwas nüchternere Betrachtung dieses Problems erschiene angezeigt.

Die Finanzkrise brachte den stärksten wirtschaftlichen Rückschlag seit 1945 in den westlichen Ländern. Doch bewies die Staatengemeinschaft durch ihr energisches, keynesianisch inspiriertes Eingreifen, dass selbst solche gravierenden Probleme gelöst werden können. Man vergleiche den Rückgang des österreichischen Brutto-Nationalprodukts 2009 von 3,5% real mit jenem von 1929 bis 1933 von 22,5%, nicht zu reden von der Arbeitslosigkeit. Unser Sozial- und Wirtschaftssystem scheint also ziemlich robust zu sein. Wir sind noch lange nicht so weit, um sagen zu müssen: „Lasst alle Hoffnung fahren!“

Anmerkung

- ¹ Guger, Alois; et al., Umverteilung durch den Staat in Österreich (WIFO, Wien 2009).

Small Is Beautiful

Zum 100. Geburtstag von
Ernst Friedrich (Fritz) Schumacher

Kurt W. Rothschild (1914-2010)

Anfangs der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts erschienen zwei von Nationalökonomern verfasste Bücher, die sich analysierend und mahnend mit den in der Wirtschaftswissenschaft vernachlässigten Themen sehr langfristiger ökologischer und sozialer Folgen des aktuellen Wirtschaftsprozesses und des Primats des Wachstumsziels befassten. Beide Bücher waren ein durchschlagender Erfolg weit über den Kreis der Ökonomen hinaus und sorgten für anhaltende Diskussionen weltweit, allerdings mit besonderem Schwergewicht im angelsächsischen Bereich. (Beide Bücher waren in englischer Sprache abgefasst.)

Das (zeitlich) erste Buch erschien 1971 unter dem Titel „Limits to Growth“, verfasst von den amerikanischen Autoren Daniella und Dennis L. Meadows und J. Forrester. Ein Jahr später erschien mit einer umfassenderen sozioökonomischen Perspektive das Buch „Small Is Beautiful. A Study of Economics as if People Mattered“ von dem in England wirkenden deutschen Ökonomen Ernst Schumacher. Obwohl dieses Buch nicht an den durchschlagenden Erfolg und die kritischen Auseinandersetzungen mit den „Limits to Growth“ herankam (nicht zuletzt wegen Schumachers weit ausschweifender Betrachtungen¹), gehörte es doch mit einer Auflage von vier Millionen und Übersetzungen in 22 Sprachen zu einem der erfolgreichsten Bücher der damaligen Zeit,² das auch heute – und

gerade heute in dieser Zeit kontroverser Globalisierungstendenzen – eine Durchsicht verdient.

Bevor einige Bemerkungen in dieser Richtung vorgetragen werden, soll jedoch Ernst Schumacher, dessen 100. Geburtstag heuer gefeiert wird, kurz vorgestellt werden.³ Schumacher wurde nicht durch Zufall Wirtschaftswissenschaftler. Er war „erblich belastet“. Sein Vater war Professor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bonn, und es war auf seinen Wunsch, dass Schumacher das Ökonomiestudium wählte, obwohl er sich lieber einer künstlerischen Laufbahn im Bereich von Literatur und Theater gewidmet hätte. Nichtsdestoweniger war er in dem weniger geliebten Studium so erfolgreich, dass er – zwanzigjährig – das berühmte Rhodes-Stipendium der Universität Oxford gewann (er war einer der zwei Stipendiaten unter 200 Bewerbern). Diese zwei Jahre in England (1930-32), während denen er mit Keynes in Kontakt war, mit dem er auch für kurze Zeit während der Kriegsjahre zusammenarbeitete, waren prägend für seine weitere Karriere. Er „verliebte“ sich in England, und obwohl er nach einem weiteren Stipendienjahr an der Columbia University in den USA nach Deutschland zurückkehrte, entschloss er sich 1937, als ihm ein Posten als Finanzberater bei Unilever angeboten wurde, nach England zu übersiedeln, das dann seine permanente Heimat wurde.

Die weitere Karriere Schumachers ist gekennzeichnet durch seine frühzeitige Entscheidung, auch im praktischen Leben zu stehen und „schöpferisch“ tätig zu sein: kein „Elfenbeinturm“ für ihn.⁴ „Reine“ Theorie lockte ihn nicht besonders, und er strebte daher keine akademische Karriere an, sondern war überwiegend gesuchter Wirtschafts-

berater in strategischen Bereichen. Neben journalistischer Tätigkeit (insbesondere für die „Times“ und den „Observer“) war er nach Ende des Kriegs unter anderem als *Economic Adviser* bei den Alliierten Militärbehörden beschäftigt, war maßgeblich am Wiederaufbau des deutschen Kohlebergbaus beteiligt, war von 1950 bis 1970 Berater und Planungschef des einflussreichen britischen „National Coal Board“ und daneben fallweise Berater in Burma, Indien und anderen Entwicklungsländern, schrieb zahlreiche Bücher und Aufsätze und war ein gesuchter Vortragender. Als er 1977 starb, erschienen in der „Times“ drei Nachrufe, und beim Requiem in Westminster waren Kardinal Hume sowie die geistige und wirtschaftliche Prominenz anwesend.

„Small Is Beautiful“, das Buch, das Schumacher weltweit bekannt machte, spielt deshalb eine besondere Rolle, weil in ihm seine verschiedenen über zahlreiche Aufsätze und Vorträge verstreuten Ideen und Reformvorschläge in einem zusammenhängenden Ganzen zusammengefasst sind. Der Titel „Small Is Beautiful“ ist – wie wir später noch sehen werden – eigentlich irreführend. Schumacher ist nicht der (unsinnigen) Meinung, dass Kleinheit als solche immer wünschenswert ist und ästhetische Qualitäten besitzt. Es ging ihm – unter anderem – nur darum, eine Gegenmeinung zu der verbreiteten Meinung „*Bigger is better*“ zu präsentieren. Das ist nur ein kleiner Teil des Buches, dessen Ziel viel besser durch den Untertitel (A Study of Economics as if People Mattered) charakterisiert ist. Aber wenn es richtig ist, dass ein guter Buchtitel für den Verkauf eines Buches eine nicht unwichtige Rolle spielt, dann war der Titel „Small Is Beautiful“, der bald ein ver-

breiteter Slogan wurde, zweifellos eine wichtige Hilfe für die rasche Aufnahme des Buches. Etwas ausführlicher als der Untertitel fasst eine Passage aus einem Vortrag Schumachers, den er am Vortag seines Todes hielt, sein Grundanliegen zusammen. Dort hieß es: „Wir betrachten gegenwärtig die Ökonomie nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt des Menschen. Wir betrachten sie in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Produktion von Gütern. Sie sind ein Produktionsmittel. Dies ist die Art Industrie, die wir in die Entwicklungsländer bringen. Im Grunde unseres Herzens wissen wir, dass diese Art von Industrie keine Zukunft hat. Die Natur ist ihr nicht gewachsen, die Rohstoffvorräte sind ihr nicht gewachsen, der Mensch ist ihr nicht gewachsen.“

Bei einer Lektüre von „Small Is Beautiful“, die auch heute noch anregend ist, darf nicht vergessen werden, dass vieles, was von Schumacher betont und kritisiert wird, heute bereits in eine breite Diskussion eingebettet ist, zur Zeit der Veröffentlichung des Buches aber noch kaum beachtet oder als wenig relevant betrachtet wurde. Das gilt besonders für das Thema des Einführungskapitels, das mit einem Paukenschlag eröffnet wird: „Es ist einer der verhängnisvollsten Irrtümer unserer Zeit zu glauben, das Problem der Produktion sei gelöst“ (11).⁵ Produktion, so wird grundsätzlich angenommen, könne durch Entwicklung und Weitergabe technischen Wissens ständig erhalten und erweitert werden. Dabei sieht sich der moderne Mensch aber nicht als Teil der Natur, sondern als ihr Beherrscher. Aber wenn wir einen „Kampf“ gegen die Natur führen, dann würde Sieg Untergang bedeuten. Der große Irrtum besteht darin, nur selbstgeschaffenes Kapital in Rechnung zu

stellen. Abbau von Naturschätzen wird nicht als Kapitalkosten bewertet. Er stellt Erträge dar. Zu diesen schwerwiegenden Problemen⁶ kommen wachsende Anforderungen an die Belastbarkeit und Änderungsfähigkeit der Menschen, die ebenfalls einen nicht beachteten Kostenfaktor darstellen.

„Worum aber geht es mir? Einfach darum, dass unsere Hauptaufgabe darin besteht, von unserem gegenwärtigen Kollisionskurs wegzukommen. Wer aber soll eine solche Aufgabe in Angriff nehmen? Ich denke, jeder von uns, ob alt oder jung, mächtig oder machtlos, reich oder arm, mit oder ohne Einfluss. Über die Zukunft zu sprechen ist nur dann sinnvoll, wenn daraus jetzt ein Handeln wird....Mindestens müssen wir das Problem gründlich verstehen und beginnen, die Möglichkeiten zu sehen, einen neuen Lebensstil mit neuen Produktionsverfahren und neuen Verbrauchsmustern zu entwickeln: einen auf Dauer ausgerichteten Lebensstil“ (17/18). Kein Verlass hier auf erzwungenen Verzicht oder problemaufschiebende Expertenempfehlungen. Gesucht ist ein allgemein akzeptierter neuer Lebensstil statt bloßer Produktionsziele: ein neuer Mensch? Ein Mensch, mit der Natur verbunden, der unter den neuen Verhältnissen Arbeitsfreude, Wohlstand und Zufriedenheit finden kann. Hinweise zur Erreichung solcher Bedingungen sind bei Schumacher u. a. eine biologische Landwirtschaft, kleinere menschenfreundliche Technologien und Produktionsstätten, solidarische Beziehungen etc.

Im Folgenden geht Schumacher auf ethische Fragen ein, die politisches und wirtschaftliches Verhalten betreffen und deren Beachtung er als Voraussetzung für eine befriedigende Lösung der Zukunftsprobleme erachtet.

Im Wesentlichen geht es ihm darum, vom materiell orientierten *homo oeconomicus* zu einem geistig und „seelisch“ stärker motivierten Menschen zu wechseln. Er stimmt Gandhi zu, der verachtend von Träumen sprach, die so vollkommen sind, dass niemand gut sein muss. Und er kritisiert bei Keynes, den er im Allgemeinen bewundert, dass er in seiner optimistischen Zukunftsvision „Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkel“ eine bessere und schönere Welt in etwa hundert Jahren erwartet, wenn durch den ständigen Fortschritt der jetzigen, auf materielles Wachstum ausgerichteten Wirtschaft eine ausreichende materielle Grundlage für jeden Bürger gesichert sein wird. Schumacher bezweifelt einen engen Zusammenhang zwischen „ausreichender“ materieller Ausstattung und „ethisch und geistig gutem“ Verhalten und betont darüber hinaus, dass angesichts von Bevölkerungswachstum, Rohstoffbegrenzungen und ständig wachsenden Bedürfnissen die Idee einer allumfassenden optimalen materiellen Ausstattung sowieso utopischen Charakter hat.

Schumacher anerkennt, dass es der menschlichen Natur sehr entgegenkommt, sich persönlich zu bereichern, und dass dies ein wichtiger wirtschaftlicher Antrieb sein kann. Der *homo oeconomicus* ist keineswegs eine unnütze Fiktion der Theorie. Aber „eine Haltung dem Leben gegenüber, die Erfüllung ausschließlich im Streben nach Reichtum – kurz gesagt im Materialismus – sucht, passt nicht in diese Welt, weil sie kein begrenzendes Prinzip anerkennt“ (26). Langfristige Vernunft erfordert Stetigkeit und Nachhaltigkeit. Wachstum als zeitlich begrenztes Ziel kann durchaus vernünftig sein. Aber als einziges allgemeines und unbegrenztes Ziel ist es selbstzerstörend.

Die Wissenschaft muss sich stärker auf diesen Tatbestand ausrichten. Die Gefahren wachsen geschwinder als die Fähigkeiten, mit ihnen fertig zu werden. (Diese Annahme, die Schumacher damals mit nur wenigen anderen Ökonomen teilte, trennte sie grundsätzlich von der Mehrzahl der Ökonomen, die den ökologischen Warnungen und Katastrophenszenarien kritisch gegenüberstanden.)

Diesen generellen Überlegungen folgen längere Listen von Vorschlägen zu Maßnahmen und Änderungen, die den aufgezeigten Problemen entgegenwirken könnten. Einige sollen hier illustrativ erwähnt werden. Ganz offensichtlich ist Schumachers Forderung, dass man von dem im jetzigen Wirtschaftssystem dominierenden Element, stets neue und künstliche Bedürfnisse zu schaffen, abrückt und eher Mittel und Wege sucht, um in der Beschränkung von (unnötigen?) Bedürfnissen Befriedigung und eine Verringerung von Spannungen zu erreichen. Kritik übt er an dem ständigen Drang zu immer größeren Maschinen, Firmen, Fusionen und an der Machtkonzentration, die damit verbunden ist. Vor allem plädiert er für eine erschwingliche und menschennahe Technik (*intermediate technology*), die individuelle Tätigkeit und Arbeitszufriedenheit fördern könnte, sowie für mehr Möglichkeiten für kleinere Aktivitätseinheiten (Unternehmen, Regionen, Nationen) mit mehr Experimentiermöglichkeiten und einer Eingrenzung lokaler Katastrophen. All dies und manches mehr erfordert aber Änderungen im Verhalten der Menschen. Habgier und Neid – bedeutende Triebfedern unserer Aktivitäten – müssen zurückgedrängt werden, um es den Menschen zu ermöglichen, neue und „vernünftige“ Wege für menschenwürdiges Verhalten ein-

zuschlagen und geistig-ethische Ziele zu verfolgen, die friedlich miteinander vereinbar sind.

Ein gesondertes Kapitel ist der Wirtschaftswissenschaft gewidmet. Hier besteht Schumachers Hauptkritik in dem Vorwurf, dass die Wirtschaftswissenschaft mit ihren Begriffen von „Wirtschaftlichkeit“ und „Unwirtschaftlichkeit“ in den letzten hundert bis zweihundert Jahren eine beängstigend führende Rolle im gesellschaftlichen Leben erlangt hat. „Wirtschaftlichkeit“ wird zum ersten Gebot, „Unwirtschaftlichkeit“ zum existenzvernichtenden Urteil. Letztere ist eine Krankheit, gegen die die Ökonomen Rezepte bereitstellen sollen. Schumacher bestreitet nicht, dass Wirtschaftlichkeit (in seinem erweiterten Sinn von „gewinnbringend“) im Marktgeschehen eine Rolle zu spielen hat und für Käufer und Verkäufer als Richtlinie dienen kann. Seine Kritik richtet sich gegen die Ausdehnung dieser Sichtweise auf immer weitere Gebiete individueller und gesellschaftlicher Entscheidungen, wie sie charakteristischerweise in Kosten-Nutzen-Analysen zutage treten. Aber in diesen Nicht-Markt-Aktivitäten und -Entscheidungen spielt das wirtschaftliche Element nur eine Teilrolle neben anderen wichtigen Elementen wie qualitative, soziale, ethische Aspekte, die durch die Dominanz der ökonomischen Sichtweise entweder ganz unterdrückt werden oder in Kosten-Nutzen-Analysen durch absurde Quantifizierungsmethoden in das wirtschaftliche Kalkül einbezogen werden („*Economic Imperialism*“). Aussagen wie: „Was für General Motors gut ist, ist auch für die Vereinigten Staaten gut“, erhalten dann einen Sinn. Die nivellierende Dominanz einer engen wirtschaftlichen Perspektive zeigt sich auch in der verbreiteten Verwendung

der Daten über Wirtschaftswachstum (BIP oder BIP pro Kopf) als (einzige!) Indikation für Erfolgsvergleiche zwischen verschiedenen Nationen. Dabei ist es völlig egal, ob dieses Wachstum durch den Abbau von Naturschätzen oder durch den Bau von Wohnhäusern erzeugt wurde. Schumacher plädiert angesichts dieser und einiger weiterer Überlegungen dafür, dass sich die Wirtschaftswissenschaft als eine Metawissenschaft verstehen solle. Sie solle ihre Grenzen erkennen und in ihre Analysen und Empfehlungen einfließen lassen. Qualitative, soziale, ethische und andere nicht-ökonomische Anforderungen sollten vor der wirtschaftlichen Analyse festgelegt werden.⁷

Dieser grundsätzlichen Stellungnahme folgen mehrere Kapitel, in denen Schumacher ausführlich auf verschiedenste Fragen eingeht, die sich bei einer neuen Einstellung zur Wirtschaftstheorie und zu den Begriffen „Wirtschaftlichkeit“ und „Unwirtschaftlichkeit“ ergeben. Unter ihnen ist eines („Groß oder Klein?“), in dem nun das titelgebende „Small Is Beautiful“ explizit in Erscheinung tritt. Wie schon erwähnt, geht es dabei nicht um eine Glorifizierung kleiner Formationen in Wirtschaft und Gesellschaft, sondern um eine Kritik und Relativierung der dominanten Tendenz, größere Einheiten als überlegen anzusehen und anzustreben. Dem stellt Schumacher den Grundsatz entgegen, dass Klein und Groß ein Dualismus ist, mit je nach Problem und Situation verschiedenen Eigenschaften. Es gibt kein einfaches Optimum. Es geht darum, die jeweiligen Umstände abzuwägen. Als Beispiel führt er die Frage nach einer wünschenswerten Größe von Städten an. Kleine Städte haben den Nachteil geringer Spezialisierungs- und Koor-

dinationsmöglichkeiten, große Städte leiden unter Behinderungen und Unübersichtlichkeit. Aus nicht ganz überzeugenden Gründen tippt Schumacher auf 500.000 Einwohner als eine wünschenswerte Stadtgröße.

Aber weil es Schumacher vor allem darum geht, gegen den durch den technischen Fortschritt verstärkten *Größenwahn* (Institutionen, Firmen, Regionen, Staaten) vorzugehen, betont er im Weiteren die Vorteile der Kleinheit, die er auf oberster Ebene in drei Eigenschaften zusammenfasst: Überschaubarkeit, Annehmlichkeit, Menschlichkeit.⁸ „Small“ kann „beautiful“ sein. Neben verschiedenen Einzelproblemen kommt Schumacher etwas ausführlicher auf die durch technischen Fortschritt und zunehmende Freihandelspolitik aufkommenden Tendenzen zu einer Weltwirtschaft zu sprechen, in der einzelne Nationen keine Bedeutung mehr haben. Obwohl das Wort „Globalisierung“ bei ihm nicht auftaucht – es war 1973 noch nicht zum Modewort geworden –, ist vieles, was er schreibt, eine Vorwegnahme späterer heftiger Globalisierungsdiskussionen und nicht zuletzt der realen Probleme, die in der jüngsten globalen Finanzkrise zutage traten. „Wirtschaftspolitik“, so schreibt er, „zehrt fast die gesamte Kraft einer Regierung auf, zugleich wird sie immer ohnmächtiger“ (62/63). Doch stärker als die Frage der Effektivität der Wirtschaftspolitik wiegt bei Schumacher ihre wachsende Vorherrschaft über und Verdrängung von Fragen der Menschlichkeit und Ethik. „Wirtschaftswissenschaft saugt die gesamte Ethik auf und bekommt Vorrang vor allen anderen menschlichen Erwägungen“ (63).⁹ Die wachsende internationale wirtschaftliche Verflechtung erzeugt – so Schumacher – zweifellos neue Freiheiten, aber andere Freiheiten werden

verunsichert oder gehen verloren. Die wachsende Mobilität und Flexibilisierung führen zur Entwurzelung und Verlust von Arbeitszufriedenheit und zu wachsender Kriminalität. Soziale Probleme erzeugen eine duale Gesellschaft und politische Labilität. Größe oder Kleinheit von Staaten und Regionen spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle, aber sie sind kein entscheidender *wirtschaftlicher* Faktor.¹⁰ Das Hauptproblem für die Wirtschaft besteht in der Erkenntnis und Unterscheidung zwischen zwei unterschiedlichen Zielgruppen:

1. Geht es um Güterproduktion (mit Abstraktionen wie Wachstumsrate, Kapitalbildung etc.)?

2. Geht es um Menschen (Armut, Entfremdung, Stress etc.)?¹¹

Es ist besonders die Zielgruppe (2), für welche Kleinheit (Überschaubarkeit, Solidarität) relevant sein kann. Und hoffnungsvoll endet dieses Kapitel mit dem Satz: „Gibt es nicht genug Zeichen der Zeit, die erkennen lassen, dass ein Anfang nötig ist“ (68).

Nach all diesen grundsätzlichen Überlegungen folgen zahlreiche Kapitel, die alle auf früheren überarbeiteten Vorträgen und Aufsätzen beruhen und sich mit diesen Sonderproblemen beschäftigen, wobei Schumachers grundlegende Lebens- und Wirtschaftsphilosophie stets sichtbar eingeflochten ist. Sie beschäftigen sich u. a. mit so diversen Fragen wie der zentralen Rolle von Energie für die zukünftige Entwicklung (die den Berater des britischen „National Coal Board“ besonders interessierte), mit den Problemen und Gefahren der in Entstehung begriffenen Atomenergie (mit erstaunlicher Voraussicht späterer Probleme, die von Ökonomen kaum beachtet wurden), mit Problemen der Entwicklungsländer, mit der Rolle von

Eigentum und Sozialismus sowie mit methodologischen Fragen, mit besonderem Gewicht auf der Frage der Möglichkeit und Aussagefähigkeit langfristiger Prognosen. All diese Kapitel, auf die hier nicht näher eingegangen wird, sind nur teilweise veraltet und durch die Bank lesenswert.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal kurz auf eine Gegenüberstellung der beiden Erfolgsbücher „Limits to Growth“ („Meadows“) und „Small Is Beautiful“ („Schumacher“) zurückkommen. Was die beiden Bücher gemeinsam haben, ist ihre Pionierrolle für die Entwicklung einer breiteren Wahrnehmung und Berücksichtigung ökologischer Probleme und von Nachhaltigkeit. Dann aber gehen ihre Wege auseinander. Meadows bewegt sich durchwegs im methodologischen Rahmen der *mainstream economics* und produziert mit Hilfe ausgefeilter ökonomischer Methoden und sorgfältiger quantitativer Schätzungen „realistische“ Prognosen langfristiger ökologischer Probleme und Knappheiten. Er appelliert an die Einsicht des *homo oeconomicus*, diese Probleme rechtzeitig und rational zu behandeln. Das ist nicht die Welt, in der Schumacher lebt. Wiewohl er die Arbeit von Meadows und deren Schlussfolgerungen weitgehend anerkennt, geht sie für ihn nicht genügend weit. Seine ökonomische Perspektive ist in ein weiteres, zum Teil metaphysisches Menschenbild eingebaut, um das es letzten Endes geht. Die gegenwärtig dominierende Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik begünstigt die Motivation eines *homo oeconomicus* und kurzfristiges produktionsorientiertes Handeln statt einer menschenorientierten Sichtweise, die der „Natur“ der Menschen und den längerfristigen Erfordernissen besser entspricht. Notwendig ist da-

her eine Änderung der Menschen weg von Habgier und Neid hin zu den Erfordernissen von Gemüt, „Seele“ und Nächstenliebe. Eine Basis für einen solchen Wandel glaubte er vor allem in religiösen Bereichen zu finden. Nach seinem Aufenthalt in Burma fühlte er sich sehr zum Buddhismus hingezogen und – beeindruckt von mehreren päpstlichen Enzykliken – entschloss er sich schließlich kurz vor seinem Tod, vom „kühlen“ Protestantismus zu einem mystischeren Katholizismus zu konvertieren.

Anmerkungen

- ¹ Methodologisch unterscheiden sich die beiden Bücher, welche die längerfristige Vision gemeinsam haben, ganz entscheidend. Meadows et al. versuchen im Rahmen der herrschenden Wirtschaftstheorie mit Hilfe quantifizierbarer Daten der Vergangenheit und ökonomischer Analysen weitere Verläufe abzuschätzen und vor den langfristig zu erwartenden Schwierigkeiten zu warnen, während Schumacher auf weiten Strecken verbal ökonomische Zusammenhänge mit anderen sozialen und gesellschaftlichen Elementen zusammenführt und darauf aufbauend grundsätzliche Änderungen im menschlichen Verhalten sowie im Inhalt und der Rolle der herrschenden Wirtschaftstheorie für nötig hält, um langfristig Frieden und Wohlfahrt zu sichern.
- ² „Times Literary Supplement“ schrieb am 6. Oktober 1995 (S. 39): „*Small Is Beautiful is among the 100 most influential books since World War 2*“.
- ³ Siehe dazu: Barbara Wood (Tochter von Schumacher), *Alias Papa. A Life of Fritz Schumacher* (London 1984), und Wolfgang Hädecke, Versuch über Ernst Friedrich Schumacher, Anhang in: Ernst Friedrich Schumacher, *Small Is Beautiful* (Heidelberg 1995) 269-75.

- ⁴ Schumacher empfahl einmal folgende drei Eigenschaften für einen Wirtschaftswissenschaftler: eine solide theoretische Kenntnis der Wirtschaft, eine gründliche Erfahrung im Wirtschaftsleben und eine gewisse journalistische Erfahrung, die lehrt, wie man sich verständlich macht.
- ⁵ Alle alleinstehenden Ziffern in Klammern sind Seitenangaben zu folgender Publikation: Ernst Friedrich Schumacher, *Small Is Beautiful. Die Rückkehr zum menschlichen Maß* (Heidelberg 1995).
- ⁶ Hier, wie auch an allen anderen Stellen, wird auf einen Hinweis auf die zahlreichen empirischen Unterlagen verzichtet, die das Buch enthält.
- ⁷ Ein gutes Beispiel ist vielleicht Keynes und seine „General Theory“. Diese war geschrieben unter der vorangegangenen Annahme, dass Arbeitslosigkeit aus sozialen und politischen Gründen *auf jeden Fall* minimiert werden soll.
- ⁸ Es ist diese weite Perspektive, die Schumacher von Leopold Kohr übernahm, die seine Überlegungen grundsätzlich von den Größenbetrachtungen in der traditionellen Wirtschaftstheorie unterscheiden. Diese beschäftigen sich mit eng umgrenzten ökonomischen Teilproblemen, wie zum Beispiel die umfassende Diskussion über *economies of scale* in der Produktion oder eine frühe Diskussion in der Antimonopolpolitik der USA, ob „*bigness*“ als solche als Monopolelement zu gelten habe.
- ⁹ Etwas Einsicht in diese Erkenntnis zeigte die Weltbank mit dem Entschluss, neben ihren wirtschaftspolitischen Agenden auch dem Armutsproblem entscheidende Aufmerksamkeit zu widmen.
- ¹⁰ Für österreichische Historiker kann von Interesse sein, dass die Frage der „Lebensfähigkeit“ kleiner Nationen, die die Politik Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg so belastete, unzulässig und unsinnig sei. Unzulässig, weil die Erfahrung zeigt, dass in der Realität kein Zusammenhang zwischen Staatengröße

ße und wirtschaftlichem Erfolg besteht, und unsinnig, weil „Lebensfähigkeit“ ein Begriff ist, der nur auf Menschen angewendet werden kann.

¹¹ Ich möchte den Lesern nicht verheimlichen, dass in dieser Liste auch der mystische Schumacher zu Worte kommt und „Tod der Seele“ als ein Element anführt.

Reihe

„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK-Wien“

Band 6: „Finanzausgleich – Herausforderungen und Reformperspektiven“, hrsg. von Bruno Rossmann, 142 Seiten, 2002, € 22.

Band 7: „Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion“, hrsg. von Silvia Angelo und Michael Mesch, 138 Seiten, 2003, € 20.

Band 8: „US-amerikanisches und EUropäisches Modell“, hrsg. von Michael Mesch und Agnes Streissler, 190 Seiten, 2004, € 25.

Band 9: „Öffentliche Wirtschaft, Geld- und Finanzpolitik: Herausforderungen für eine gesellschaftlich relevante Ökonomie“, hrsg. von Wilfried Altzinger, Markus Marterbauer, Herbert Walther und Martin Zagler, 154 Seiten, 2004, € 25.

Band 10: „Steigende wirtschaftliche Ungleichheit bei steigendem Reichtum?“, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Zotter, 178 Seiten, 2006, € 25.

Band 11: „Aspekte kritischer Ökonomie. Gedenkschrift für Erwin Weissel“, hrsg. von Markus Marterbauer und Martin Schürz, 97 Seiten, 2006, € 15.

Band 12: „Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“, hrsg. von Günther Chaloupek, Eckhard Hein und Achim Truger, 156 Seiten, 2007, € 23.

Band 13: „Pensionskassen: Europa – Österreich; Strukturen, Erfahrungen, Perspektiven“, hrsg. von Thomas Zotter, 145 Seiten, 2008, € 20.

Band 14: „Entwürfe für die Zukunft von Wirtschafts- und Sozialpolitik – Alois Guger und Ewald Walterskirchen zum 65. Geburtstag“, hrsg. von Markus Marterbauer und Christine Mayrhuber, 158 Seiten, 2009, € 24.

Band 15: „Ausgliederungen aus dem öffentlichen Bereich – Versuch einer Bilanz“, hrsg. von Christa Schlager, 178 Seiten, 2010, € 24.

Band 16: „Alternative Strategien der Budgetkonsolidierung in Österreich nach der Rezession“, hrsg. von Georg Feigl und Achim Truger, 107 Seiten, 2010, € 16.

Die Reihe erscheint im LexisNexis Verlag ARD Orac, 1030 Wien, Marxergasse 25, Tel 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at

BÜCHER

Heterodoxe Ökonomie für Wirtschaft und Gesellschaft

Rezension von: Joachim Becker, Andrea Grisold, Getraude Mikl-Horke, Reinhard Pirker, Hermann Rauchenschwandtner, Oliver Schwank, Elisabeth Springler, Engelbert Stockhammer (Hrsg.), *Heterodoxe Ökonomie*, Metropolis, Marburg 2009, 266 Seiten, € 19,80.

Während vielerorts angesichts der Krise die Notwendigkeit von alternativen Perspektiven in der Ökonomie bekundet wird, läuft das Programm zur heterodoxen Ökonomie an der WU Wien im Zuge einer Vereinheitlichung in der Lehre aus. Der Zugang für Studierende zu Wissen jenseits des *Mainstream* wird damit systematisch erschwert – Motivation genug für die bisherigen zentralen TrägerInnen des Programms, um zentrale Aspekte heterodoxer Ökonomie in Buchform festzuhalten. Damit wird eine wichtige Grundlage geschaffen, um über das auslaufende Programm und die WU hinaus Perspektiven jenseits des *Mainstream* zugänglich zu machen. Es gelingt nicht nur, verschiedene heterodoxe Zugänge zu dokumentieren, sondern konzeptionell eine systematische Abgrenzung vom orthodoxen *Mainstream* vorzunehmen. Auch wird wissenschaftstheoretisch sehr deutlich argumentiert, wo konzeptionelle Problembereiche des *Mainstream* liegen und warum heterodoxe Zugänge daher notwendig sind.

In der Einführung zum Buch wird festgehalten, dass nicht zu Beginn die Rechtfertigung für die Notwendigkeit

heterodoxer Zugänge, sondern vielmehr die Zugänge als solche stehen sollten. Erst am Schluss steht ein ausführlicher und sehr präzise argumentierter Artikel von Reinhard Pirker und Hermann Rauchenschwandtner. Ich mache diesen ausführlichen Text, der sich unter dem Titel „Kritik und Krisis der orthodoxen Ökonomie und die epistemologische Konstitution der heterodoxen Ökonomie“ über 50 Seiten erstreckt, jedoch zum Ausgangspunkt der Besprechung, kann ja die Notwendigkeit heterodoxer Ökonomie für Wirtschaft und Gesellschaft nicht als weithin unhinterfragt angenommen werden.

Der Beitrag setzt bei dem an, was heute bei orthodoxen ökonomischen Theorien Kernbestandteil ist bzw. als solcher eingefordert wird: der Mathematik. Dabei wird eine historische Perspektive auf die Mathematik und deren Verwendung in der Ökonomie als notwendig eingenommen, „weil die Diskussionen über ‚die‘ Mechanik und Mathematik unscharf sind, so als gäbe es eine gleich bleibende Mathematik über die Jahrhunderte hinweg“ (S. 215).

Auf eine machtanalytische Perspektive, die sich mit der gesellschaftlichen Einbettung und Wirkung von ökonomischer Wissenschaft beschäftigt, wird im Beitrag verzichtet. Die im Beitrag gewählte Form der wissenschaftsimmanenten Kritik ist in ihrer detaillierten und facettenreichen Argumentation als äußerst gelungene Auseinandersetzung mit den Grundlagen von orthodoxer und heterodoxer Ökonomie zu beurteilen.

Aufbauend auf die Frage der Handlungen einzelner ökonomischer Subjekte im Spannungsfeld von formalen Kal-

külen und lebensweltlicher Perspektive wird gezeigt, wie der Grundlagenstreit in der Mathematik über ontologische, axiomatische Aspekte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fundamental in die Etablierung der formalen Ökonomie hineingespielt hat. Diese zeigt sich auch in der Art und Weise, wie methodologischer Individualismus und logische Zeit (Kernkritikpunkte heterodoxer Sichtweisen) eng mit dem spezifischen Erkenntnisfortschritt in der Mathematik verbunden gewesen sind. Im Zuge einer immanenten Kritik werden die mathematischen Fundamente und logischen Axiome geprüft. Denn soll „die Mathematik in der orthodoxen Ökonomie bloß angewendet werden, ohne dass über die (logische, empirische oder ontologische) Rechtmäßigkeit befunden wird, so ist dies besinnungslos und führt zu einer objektivistischen Krisis der Wissenschaften, der Ökonomie insbesondere.“ (S. 218)

Zur Unterstreichung der Problematik werden auch Kritiken prominenter Vertreter des *Mainstream* wie Milton Friedman, Ronald Coase und Mark Blaug als Referenzen angeführt. Es muss daher die Frage nach dem Sinn der Mathematik für die Ökonomie gestellt werden. Dies kann auf unterschiedliche Weise erfolgen. Die Autoren bauen in ihrer Auseinandersetzung dabei vor allem auf den kritischen Realismus Roy Bhaskars sowie die Phänomenologie Husserls. In kritisch realistischer Sicht wird die Notwendigkeit einer Ontologie des Sozialen auch für die Ökonomie als Ausgangsbasis argumentiert. In der Tat wird in der orthodoxen Ökonomie jedoch umgekehrt vorgegangen: „Anstatt sich dieser ontologischen Fragestellung zu unterziehen, setzen sie einfach *a priori*, also mathematisch voraus, dass die im reinen Anschauungsraum verwendete Methode auch

ontologisch adäquat sei. Sie passen quasi ihren Gegenstand der Methode an.“ (S. 249)

Mit Tony Lawson wird in kritisch realistischer Perspektive argumentiert, dass mathematisch-deduktive Methoden in der Ökonomie nicht immer und überall angewendet werden sollen: „[...] *the explanation of the poor showing of much modern economics is that mathematical methods are being imposed in situations for which they are largely inappropriate [...]* In short, I am contending that the essence of the heterodox opposition is ontological in nature“ (zit. S. 251). Während sich mathematische Analysen für geschlossene Systeme eignen, kommen soziale Phänomene in offenen Systemen vor, sie sind dynamisch und prozessual, verkettet und organisch, strukturiert und besitzen emergente bzw. generative Kräfte. Dies macht sie mit Mathematik nicht wirklich greifbar. Eine Verabsolutierung des mathematisch-formalen Denkens für ökonomische Fragen wird in Anlehnung an Edmund Husserl damit als naiv bezeichnet. In einem breiten Institutionalismus wird eine ontologisch alternative Herangehensweise gesehen. Es wird auch kurz ausgeführt, wie damit ökonomische Phänomene zu konzeptualisieren sind. Dies ist jedoch, wie die anderen im Buch versammelten Beiträge zeigen, nur *eine* heterodoxe Perspektive.

Die weiteren im Buch dargestellten heterodoxen Zugänge lassen sich grob in (post-)keynesianische und kritische politökonomische Theorien gliedern. Im Rahmen von zwei Artikeln werden auch noch zusätzliche Perspektiven eingebracht. In den ersten zwei Beiträgen des Buches werden die theoretischen Einsichten von Keynes mit einem Schwerpunkt auf post-keynesianischen Interpretationen darge-

stellt. Engelbert Stockhammer zeigt in seinem Artikel sehr deutlich auf, wie die Zusammenhänge von effektiver Nachfrage, Einkommensverteilung und Inflation in post-keynesianischer Perspektive – etwa im Unterschied zur NAIRU-Theorie des Neu-Keynesianismus – verstanden werden können.

Elisabeth Springler liefert einen sehr aufschlussreichen Überblick über die post-keynesianische Theorien des endogen Geldes, welche sie vergleichend analysiert. Beide AutorInnen dokumentieren sehr deutlich, welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen sich daraus ergeben. Diese stehen denen des *Mainstream* in wesentlichen Bereichen diametral entgegen.

In weiteren drei Beiträgen werden auf der kritischen politischen Ökonomie von Karl Marx basierende Zugänge dargestellt. Die Grundlagen von Marx bis herauf zu aktuellen Debatten, z. B. der Diskussion des Transformationsproblems, werden in einem Aufsatz von Reinhard Pirker und Engelbert Stockhammer aufgearbeitet und sehr übersichtlich dargestellt. Der Fokus liegt dabei primär auf ökonomischen, weniger auf dem politischen Aspekt der politischen Ökonomie.

Im Anschluss daran liefert Joachim Becker in seinem Beitrag einen sehr systematischen Überblick über die Regulationstheorie, die Grundlagen für eine systematische Reflexion der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beinhaltet. Dies ist insbesondere für die Fragen von Krisen und deren Lösung wichtig, wird (Wirtschafts-)Politik ja nicht als „technisches“ Problem gesehen, sondern nicht zuletzt als Ergebnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen begriffen.

Ein Beitrag, welcher die Stärke politökonomischer Ansätze für konkretere Fragestellungen unterstreicht, wird von

Andrea Grisold geliefert. In ihrem Artikel zu den Massenmedien zeigt sie, wie im Rahmen dieses heterodoxen Ansatzes unterschiedliche Abstraktionsebenen verbunden und Erkenntnisse aus anderen Disziplinen, wie etwa der Soziologie, eingebettet werden können.

Darüber hinaus gibt es einen Artikel von Joachim Becker und Oliver Schwank, der sich mit heterodoxen Zugängen zu Fragen des peripheren Kapitalismus sowie peripherer Staatlichkeit beschäftigt. Dabei werden insbesondere auch theoretische Entwicklungen aus der Peripherie einbezogen, was in einen sehr gelungen einführenden Überblick zu den Debatten mündet.

Schließlich gibt es noch einen Aufsatz von Gertraude Miki-Horke, der das Ökonomieverständnis in der Wirtschaftssoziologie vergleichend analysiert. Neben Max Weber und Talcott Parsons wird die jüngere wirtschaftssoziologische Tradition von Mark Granovetter behandelt. Letztere zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie eine bewusste Reaktion auf den „ökonomischen Imperialismus“ darstellt. Insgesamt liefert die Wirtschaftssoziologie einen strukturierten Anstoß, „wieder über die Ziele der Wirtschaft zu reflektieren“ (S. 207).

Wenn auch die Beiträge im Buch ein sehr breites Spektrum und aus meiner Sicht sehr zentrale heterodoxe Zugänge in der Ökonomie abdecken, so soll hier doch auch darauf verwiesen werden, dass heterodoxe Ökonomie auch noch mehr ist. Zu nennen wären etwa feministische Zugänge. Die Materialität der Ökonomie im ökologischen Sinne sowie die stärkere Berücksichtigung der *politökonomischen* Dimension finden zwar in den Beiträgen von Joachim Becker ihren Niederschlag,

stellen im Rahmen heterodoxer Ökonomie jedoch auch eigenständige Debattestränge dar.

Insgesamt bietet das Buch einen sehr fundierten und präzisen Überblick zu zentralen heterodoxen Schulen. Während sich das Gros der Artikel für den/die mit dem ökonomischen Diskurs vertraute LeserIn und damit auch als Grundlage für einschlägig Studierende als sehr zugänglich und wichtige Ausgangsbasis erweist, stellt sich der Artikel zur Kritik und Krisis der Ökonomie als relativ voraussetzungsvoll dar.

Das Buch macht sehr deutlich, dass die manchmal vermeintlich als Schwäche titulierte Heterogenität heterodoxer Ansätze gerade ihre Stärke – ja ihren Kern – darstellt. Jegliche Verengung auf eine Perspektive oder eine Versteifung auf mathematische Formalismen stellt sich angesichts der Komplexität des sozialen Verhältnisses Ökonomie als äußerst problematisch heraus. Im

Sinne eines arbeitsteiligen Vorgehens liegt es daher nahe, für jeweils unterschiedliche Fragestellungen problemadäquate Zugänge zu verwenden. Dennoch kann auch die Frage gestellt werden, wie und ob heterogene und heterodoxe Ansätze kombiniert werden können. Wenn auch einerseits das Vornehmen einer Anordnung nicht unumstritten erscheint, so stellt m. E. nach die politische Ökonomie als prädisziplinäre (oder post-disziplinäre) Disziplin auf Basis der Ontologie und Methodologie des kritischen Realismus eine Grundlage dar, die es erlaubt, unterschiedliche Zugänge in ihrer Eigenständigkeit zu verbinden. Das Buch stellt damit auch in dieser Hinsicht eine wichtige Anregung dar und kann daher dem/der LeserIn wärmstens empfohlen werden: Heterodoxe Ökonomie ist für Wirtschaft und Gesellschaft unerlässlich!

Johannes Jäger

Regionalökonomik – eine etwas andere Ökonomik

Rezension von: Wiebke Störmann, Regionalökonomik. Theorie und Politik, Oldenburg Wissenschaftsverlag, München 2009, 243 Seiten, broschiert, € 29,80.

Regionalökonomik – was ist das? Warum braucht es überhaupt diese Disziplin abseits der allgemeinen Volkswirtschaftslehre oder der internationalen Ökonomik?

„Cities“, antwortete der stets wortgewandte Paul Krugman einem insistierenden Ökonomen auf einer Tagung zur Neuen Wachstumstheorie in den späten 1980er-Jahren. Dieser unbekannte, offenbar dem neoklassischen *Mainstream* zurechenbare Kollege Krugmans zeigte sich angesichts von Annahmen der Theorievertreter der Neuen Wachstumstheorie (gleiches gilt auch für die Neue Außenhandels-theorie oder die Neue Ökonomische Geografie) wie steigende Skalenerträge oder positive Externalitäten angriffslustig und verlangte nach empirischer Evidenz bezüglich solch extravaganter Annahmen. Die brillante – weil kürzer man es nicht mehr auf den Punkt bringen kann – Antwort von Krugman führte auf dieser Konferenz zu ungläubigen bis misstrauischen Reaktionen. Etwa zwanzig Jahre später hat Krugman den Nobelpreis bekommen, und (positive wie negative) Externalitäten sowie steigende Skalenerträge gehören zum guten Ton volkswirtschaftlicher Analysen.

Freilich war Insidern einer räumlich sensiblen Ökonomik spätestens seit den Arbeiten Starretts über das „*spatial impossibility*-Theorem“ bekannt, dass eine Ökonomie mit räumlicher Dimension keine einfache neoklassi-

sche Weltsicht mehr zulässt. Starrett (1978) konnte in einem mikroökonomischen Modell beweisen, dass bei Annahme von positiven Transportkosten kein vollkommener Wettbewerbsmarkt möglich ist. Tatsächlich würde dieser Transport nämlich unter den herkömmlichen Annahmen, d. h. insbes. konstanter Skalenerträge, gar nicht zustande kommen, eine allgemeine Gleichgewichtslösung führt zu einer Situation ohne Handel. Da bei fehlenden Größenvorteilen jeder Transport nur den Gewinn der Unternehmen reduziert, kommt es zur Entstehung einer Raumwirtschaftsstruktur, die treffend als „*backyard capitalism*“ bezeichnet wird: Jeder Produzent produziert am Ort der Nachfrage, mit der absurd anmutenden Konsequenz, dass jeglicher Handel zum Erliegen kommt. Empirische Evidenz für einen „*backyard capitalism*“ lässt sich nur schwer finden, demnach liegt die Schlussfolgerung nahe, dass zunehmende Skalenerträge wirken müssen, welche zur Konzentration von Produktionsaktivitäten im Raum beitragen.

Freilich hätte es der *Mainstream* der Volkswirtschaftslehre von ihrem wohl wichtigsten Lehrer, Alfred Marshall, aus dessen „*Principles of Economics*“ wissen können, dass Externalitäten nicht nur in der Umweltökonomik von Bedeutung sind, sondern auch für die Erklärung der Verteilung ökonomischer Aktivitäten im Raum. Im zeitlichen Kontext üblich, aber gegen die formale Strenge rezenter volkswirtschaftlicher Theoriebildung, erscheint eine Aussage Marshalls in seinen „*Principles*“ über die Bedeutung räumlicher Nähe zur Erklärung von industriellen Agglomerationen geradezu poetisch: „The mysteries of trade become no mystery; but are as it were in the air.“ In der modernen Regionalökonomik verwendet

man dafür den eher prosaischen terminus technicus „*knowledge spillovers*“.

Zusammengenommen zeigen diese Beispiele, dass eine Ökonomie mit räumlicher Ausdehnung eine Reihe von Eigenschaften aufweist, die neoklassischen Modellwelten im Sinne von Arrow-Debreu widersprechen. Ähnlich wie in der Umweltökonomik spielen Externalitäten eine herausragende Rolle: Steigende Skalenerträge, unvollkommene Märkte und *Spillovers* sind eher die Regel als die Ausnahme. Teilweise ist dies als Folge des spezifischen Erkenntnisobjekts zu verstehen: Regionen, verstanden als subnationale Raumeinheiten, sind durch kleine regionale Binnenmärkte und, jedenfalls innerhalb von Nationen, durch homogene Institutionen und das Fehlen von Handels- und Wanderungsbarrieren gekennzeichnet. Daraus folgt eine größere Offenheit für Güter- und Faktorstrome (Arbeit, Kapital, Wissen), als dies für Volkswirtschaften charakteristisch ist. Daraus ergeben sich aber wiederum höhere Wahrscheinlichkeiten für Marktunvollkommenheiten und Externalitäten auf einem niedrigeren Niveau räumlicher Disaggregation.¹

Diese kurzen Hinweise zum Verhältnis von Regionalökonomik und allgemeiner Volkswirtschaftslehre deuten also darauf hin, dass es sich hier um zwar einerseits eng verwandte Disziplinen handelt, die aber gleichzeitig unterschiedliche Zugänge und genuine Problemstellungen aufweisen und bearbeiten. Regionalökonomik ist eben mehr als die bloße Applikation raumloser volkswirtschaftlicher Theorien auf regionale Fragestellungen – wenngleich das natürlich ein zentraler Ausgangspunkt ist.²

Die Unterschiedlichkeit mag auch dadurch belegt werden, dass in der Regionalökonomik Theorien, wie z. B.

sektorale und regionale Polarisations-theorien oder regionale Innovations-systeme, einen fixen Bestandteil des fachspezifischen Wissensbestandes bilden, obwohl sie weder formalisiert sind noch von herkömmlichen neoklassischen Annahmen ausgehen. Nach Capello (2008) lässt sich beispielsweise zwischen einer „*regional growth theory*“ und einer „*regional development theory*“ als zentralen Theoriebausteinen der Regionalökonomik unterscheiden. Während Erstere eine Anwendung konventioneller Wachstumsmodelle (Solow-Swan, Harrod-Domar, Romer, Lucas) auf regionaler Ebene bedeutet, beinhaltet Letztere auch qualitative Faktoren wie z. B. institutionelle Aspekte der Wissensproduktion und -diffusion oder soziale Milieus.

Ursache für diesen, jedenfalls teilweise, heterodoxen Theoriekanon ist wohl vor allem die Erkenntnis, dass diese Theorien wesentliche Aspekte einer Raumwirtschaft darstellen können (z. B. Konzentration und Dispersion), aber aufgrund ihrer realitätsnäheren, oft stärker institutionenökonomisch fundierten Annahmen sich gleichzeitig einer Modellierung entziehen. Letzteres ändert sich langsam seit einigen Neuerungen im Bereich der Industrieökonomik, Außenhandelstheorie und Mathematik (z. B. Chaostheorie etc.).

Während die allgemeine Volkswirtschaftslehre und ihre Teildisziplinen wie Wachstums- oder Außenhandelstheorie raumlose Punktwirtschaften annehmen (oftmals implizit!), gehen Regionalökonomien von der simplen, aber folgenreichen Annahme von im Raum operierenden ökonomischen Akteuren aus, welche die damit verbundenen Anreize, die sich aus räumlicher, sozialer, institutioneller und kognitiver Distanz und Nähe ergeben, in

ihre (Optimierungs-)Kalküle mit einbeziehen. Während die Dimension Zeit eine zentrale Rolle in der mikro- und makroökonomischen Theoriebildung spielt, findet man nach wie vor so gut wie keine Hinweise auf die Bedeutung der Dimension „Raum“ in den Standardlehrbüchern zur Volkswirtschaftslehre.

Regionalökonomie statt Nationalökonomie

Trotzdem verdeckt letztere Aussage einen Bedeutungswandel im Sinne einer Aufwertung, den regionalökonomische Fragestellungen in den letzten zwanzig Jahren erfahren haben. Dies ist sowohl durch fachwissenschaftliche Dynamiken als auch durch Veränderungen in der Organisation ökonomischer Prozesse begründet. Auf Ersteres soll hier nur kurz mit einem Verweis auf den Nobelpreis an Paul Krugman im Jahr 2008 u. a. für seine Arbeiten zur räumlichen Organisation der Wirtschaft eingegangen werden. Die u. a. von Fujita, Krugman und Venables (1999) begründete „New Economic Geography“ führte zu einer teilweisen Reintegration räumlichen Denkens in den *Mainstream* der Volkswirtschaftslehre. Als vorläufiger Abschluss dieser Entwicklung kann der „World Development Report“ von 2009 gelten, der unter dem Titel „Reshaping Economic Geography“ den Einfluss von Distanz, Nähe, Ballung und Dispersion auf ökonomische Entwicklungsprozesse diskutiert.

Unmittelbar interessanter sind jedoch die empirischen Veränderungen, welche zu einem Bedeutungszugewinn regionalökonomischer Analyse beitragen. Zunächst erscheint dieser Befund paradox. Publikationen verkünden die zunehmende Irrelevanz der Variable

Raum unter Schlagwörtern wie „Tod der Distanz“ oder „Niedergang der Städte“. Prominentes Beispiel ist der Bestseller von Thomas Friedman (2006), dessen programmatischer Titel „The World is Flat“ die durch technologischen Fortschritt (vgl. Internet, Containersysteme etc.) ermöglichte Transport- und Transaktionskostenreduktion als Ursache einer rasanten Angleichung ökonomischer Verhältnisse in metaphorische Sprache bringt. Die zunehmende Dispersion von Unternehmensfunktionen wie z. B. Produktion oder gar ganzer Industrien wie etwa Textil, Spielzeug oder standardisierten Dienstleistungen in ärmere Regionen, oftmals mit den Begriffen *Outsourcing* und *Offshoring* bezeichnet, scheinen diese Thesen zu bestätigen. Alleine diese mit „Globalisierung“ bezeichnete Entwicklung ist nur eine Seite der Medaille, die im Übrigen einer genaueren empirischen Überprüfung nur eingeschränkt standhält.³

Demgegenüber steht eine Tendenz der „Regionalisierung“, d. h. einer Aufwertung regionaler (z. B. Bayern, Silicon Valley) und supranationaler (z. B. EU) Raumeinheiten auf Kosten von Nationalstaaten.⁴ Ebenso wie der Globalisierungstrend ist Regionalisierung Ergebnis von politischen und ökonomischen Prozessen. Nach dieser These wird die regionale Konzentration gerade auch durch die neuen Technologien akzentuiert anstatt reduziert.⁵

Weltweit disperse Produktionsnetzwerke von transnationalen Konzernen bedürfen der Steuerung, die als komplexe Aktivität auf eine Reihe hoch spezialisierter Dienstleistungsunternehmen angewiesen ist. Sog. *Global Cities* sind die neuen Knoten im globalen Netz von Investitions-, Handels-, Wissens- und Humankapitalströmen. Ergebnisse sind eine akzentuierte

Städtehierarchie und zunehmende intranationale Disparitäten anstatt eines „*level playing field*“. Darüber hinaus beruhen die Kernaktivitäten einer Wissensökonomie auf der räumliche Nähe zwischen den zentralen Akteuren, da dies eine notwendige Voraussetzung für den Austausch von nicht-kodifiziertem Wissen (*tacit knowledge*) darstellt: „As the importance and value of knowledge increases in the modern economy, there has emerged a premium for face-to-face contact.“⁶ In diesem Sinne sind gerade die auf Innovationen angewiesenen Produzenten in Hochlohnländern auf die Existenz regionaler Produktionssysteme (*Cluster*) angewiesen, da die hier wirkenden *Wissens-Spillovers* ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit verbessern (können). Als empirische Evidenz dafür mag die ungleich höhere räumliche Ballung wissensintensiver Aktivitäten im Vergleich zu standardisierten Prozessen gelten.

Zusammengenommen wirken also zwei Prozesse parallel, aber in verschiedene Richtungen: Auf der einen Seite werden vormals komplexe Aktivitäten bzw. Aufgaben routinisiert und standardisiert und damit verlagerbar an billigere, periphere Standorte. Dies wird durch Internet etc. akzeleriert. Auf der anderen Seite entstehen durch Innovationen stets neue Aktivitäten, die aufgrund ihrer Neuheit erhöhte Unsicherheit und einen hohen Gehalt an nichtkodifiziertem Wissen aufweisen. Diese wissensintensiven Aktivitäten erfordern räumliche Nähe und persönliche Kontakte. Die Grenzlinie zwischen diesen beiden Aktivitäten ist in ständiger Evolution, wodurch es auch zur permanenten Rekonfiguration der Muster räumlicher Arbeitsteilung kommt. Neue Technologien ermöglichen Verlagerung und erzeugen gleichzeitig neue Unsicherheiten und damit Anreize zur

Agglomeration.⁷

Schließlich ist im Kontext der EU mit der Regional- bzw. Strukturpolitik ein Politikfeld implementiert worden, welches ebenfalls zur Aufwertung der regionalen Ebene beiträgt. Mit der Budgetperiode 2007-2013 ist die Strukturpolitik im Sinne der Ausgaben für Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion bereits der wichtigste Politikbereich der EU (45,9%), vor der Landwirtschaft (40,3%). Durch die Beitrittswellen 2004 und 2007 kam es zu einer scharfen Zunahme der regionalen Disparitäten der Europäischen Union.

Ein Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine höhere Zahl neuer regional-ökonomischer Lehrbücher (Schöler (2005), Maier, Tödtling (2006), Maier, Tödtling, Trippl (2006), Eckey (2008), Störmann (2009)).

Zum Buch

Das von Wiebke Störmann, Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Schmalkalden, vorgelegte Lehrbuch zu Theorie und Politik der Regionalökonomik bietet einen umfangreichen Überblick über verschiedene regionalökonomische Theorieansätze. Eindeutig dominiert die Darstellung der Theorien die Präsentation von politischen Institutionen bzw. Implikationen.

Im Einleitungsteil werden Regionskonzepte und empirische Grundlagen sowie verschiedene Maßzahlen zur Messung räumlicher Verteilungen und Spezialisierungsmuster diskutiert. Kritisch ist anzumerken, dass die Präsentation der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung losgelöst von den für die regionale Ebene typischen und in der einschlägigen Forschung wohlbekannten Problemen, wie z. B. regionale Deflatoren etc., stattfindet.

Der Abschnitt 2 über Standorttheorien reflektiert mehr oder weniger den common sense. Positiv zu erwähnen ist die Aufnahme von Theorien des räumlichen Wettbewerbs in der Tradition von Hotelling (Kap. 2.4). Allerdings lässt Störmann hier leider die Möglichkeit aus, wohlfahrtsökonomische Implikationen näher zu erörtern. Wie verändern sich Produzenten- und Konsumentenrente bei Berücksichtigung von räumlichem Wettbewerb?

Innovativ und begrüßenswert ist die Darstellung von politökonomischen Ansätzen im Kapitel 2.6. Diese werden noch zu wenig in regionalökonomische Arbeiten integriert. Das präsentierte Modell zum Zusammenhang von Zentrenentwicklung und politischem System von Ades und Glaeser ist zweifelsohne interessant. Hier wäre eine Zusammenführung mit dem Zentrum-Peripherie-Modell von John Friedman sinnvoll und eine nützliche Erweiterung.

Im dritten Teil des Buches werden Außenhandels- und Wachstumstheorien dargestellt. Die Darstellung wirft die Frage auf, worin eigentlich die *differentia specifica* einer regionalökonomischen Perspektive liegt. Gerade im Bereich der Außenhandelstheorie ist zu fragen, ob der Handel zwischen Regionen äquivalent ist mit dem Handel zwischen Staaten. Berücksichtigt man Wechselkurse, Handelshemmnisse sowie kollektive Lohnverhandlungen auf Bundes- bzw. jedenfalls überregionaler Ebene, so sind hier systematische Unterschiede vorhanden.⁸ Als Beispiel sei hier die Diskussion erwähnt, ob der Handel zwischen Regionen anstatt auf komparativen auf absoluten Kostenvorteilen basiert.⁹

Ähnliches lässt sich auch zum Kapitel zur Wachstumstheorie feststellen. Neben der grundsätzlichen Frage,

ob die nationale Wachstumsrate des Ergebnis einer Addition regionaler Wachstumsraten (*generative development*) oder regionale Wachstumsraten Reflexionen eines nationalen Wachstumsregimes sind (*competitive development*),¹⁰ berücksichtigt Störmann in ihrer ausführlichen Diskussion des neoklassischen Wachstumsmodells weder Faktormobilität noch Güterhandel. Die Annahme einer geschlossenen Volkswirtschaft ist aber gerade für Regionalökonomien wenig sinnvoll (siehe Einleitung).

Positiv zu vermerken ist die in der Lehrbuchliteratur neu eingeführte Darstellung evolutorischer Ökonomik. Einschränkung muss jedoch festgestellt werden, dass wichtige neuere Ansätze der evolutorischen Regionalökonomik nicht rezipiert werden.¹¹

Im vierten und letzten Teil des Buches werden Aspekte der politischen Gestaltung am Beispiel der europäischen Regionalpolitik, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie des deutschen Finanzausgleichs erörtert.

Traditionell erfolgt in der Regionalökonomik eine Einschränkung auf explizite Regionalpolitik, wie z. B. die europäische Regionalpolitik. Damit wird aber übersehen, dass wesentlich bedeutsamere, raumrelevante Finanzströme z. B. im Rahmen des Finanzausgleichs fließen. Kritisch ist, dass klassische einschlägige Beiträge, wie etwa von Tibout (1956), nicht ihrer Bedeutung gemäß gewürdigt werden. Bereits erwähnt wurde das Fehlen von Clustertheorie und Clusterpolitik.¹² Weder Porter (1998), der als wichtige Referenzliteratur für Clusterstrategien vieler Regionalpolitiker dient, noch die „Marshallian trinity“ werden erörtert.

Schließlich fehlt auch die Rezep-

tion der zunehmend an Bedeutung gewinnenden Literatur zu regionalen Innovationssystemen ebenso wie ein Aufgreifen der Debatten um regionale Wettbewerbsfähigkeit und Standortwettbewerb.¹³ Letztere Themen stellen zentrale Begrifflichkeiten der regionalen Wirtschaftspolitik dar und würden sich als weitere politökonomische Bausteine gut in das Buchkonzept eingliedern lassen.

Resümee

Eigentlich sollte die Einhaltung der formalen Kriterien wissenschaftlichen Arbeitens eine Selbstverständlichkeit für ein Lehrbuch darstellen. Doch Störmann lässt hier aus: Der Text ist unzureichend gegliedert, die Quellen werden schlampig zitiert, obwohl intensiv auf diese zurückgegriffen wird, die Abbildungs- und Tabellenbeschriftungen sowie Verweise im Text sind vielfach falsch, und das Literaturverzeichnis gleicht einer Baustelle.

Neben diesen ‚formalen‘ Fehlern ist das Buch durch eine wenig leserfreundliche Didaktik gekennzeichnet. Fachwissenschaftlich lassen sich zahlreiche Einwände vorbringen. Störmann hat im Wesentlichen eine Kompilation aus anderen Lehrbüchern und Aufsätzen vorgelegt. Dem Leser wird neben einem guten Maß an Geduld ob der vielen Fehler ein solides Verständnis von Mathematik und Mikroökonomik abverlangt. Entstanden ist eine teilweise fehlerhafte, voluminöse Ansammlung von Theorien, deren spezifisch regionalökonomische Formulierung zum Teil unterbleibt.

Wer sich für das interessante Feld der Regionalökonomik interessiert, der greife daher weiterhin entweder zu den deutschsprachigen ‚Klassiker‘ von Maier, Tödtling und Trippel (2006) bzw.

Maier, Tödtling (2006) oder dem neueren Lehrbuch von Eckey (2008) oder zu den englischen ‚Klassikern‘ von McCann (2001) und Armstrong, Taylor (2000). All diese Lehrbücher zeichnen sich durch hohe fachwissenschaftliche Qualität, klare regionalökonomische Orientierung bei gleichzeitig behutsamer und hilfreicher didaktischer Aufbereitung aus. Diese Kriterien erfüllt das vorgelegte Lehrbuch von Wiebke Störmann nur mangelhaft – trotz einiger als positiv zu bewertenden Neuerungen im Bereich der Stoffauswahl. Christian Reiner

Anmerkungen

- ¹ Eggert et al. (2007).
- ² McCann (2001).
- ³ Dohse et al. (2005), Leamer (2007).
- ⁴ Schätzl (2003), McCann (2010).
- ⁵ Dohse et al. (2005).
- ⁶ McCann (2010).
- ⁷ Storper, Venables (2004).
- ⁸ Herr, Kazandziska (2007).
- ⁹ Camagni (2002).
- ¹⁰ Capello (2008).
- ¹¹ Z. B. Boschma, Frenken (2005).
- ¹² Reiner (2009).
- ¹³ Reiner (2008), Capello (2008).

Literatur

- Armstrong, H.; Taylor, J., *Regional economics and policy* (Oxford 32000).
- Boschma, R.; Frenken, K., *Why is economic geography not an evolutionary science? Towards an evolutionary economic geography (=Papers in Evolutionary Economic Geography 1, Utrecht 2005)*.
- Camagni, R., *On the concept of territorial competitiveness: Sound or misleading?*, in: *Urban Studies* 13/39 (2002) 2395-2411.
- Capello, R., *Regional economics in its 50s: recent theoretical directions and future*

- challenges, in: *Annals of Regional Science* (2008) 747-767.
- Dohse, D., Raumstruktur im Internetzeitalter: Tod der Distanz? Eine empirische Analyse (=Kieler Diskussionspapiere 416/417, Kiel 2005).
- Eckey, H. F., *Regionalökonomie* (Wiesbaden 2008).
- Eggert, W.; et al., Konvergenz- und Wachstumseffekte der europäischen Regionalpolitik in Deutschland, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 8/2 (2007) 130-146.
- Friedman, T.L., *The World is Flat* (London 2006).
- Fujita, Masahisa; Krugman, Paul R.; Venables, Anthony J., *The Spatial Economy* (Boston 1999).
- Herr, H.; Kazandziska, M., Wages and regional coherence in the European Monetary Union, in: Hein, E.; Priewe, J.; Truger, A. (Hrsg.): *European Integration in Crisis* (Marburg 2007) 131-162.
- Krugman, P., The new economic geography, now middle-aged. Prepared for presentation to the Association of American Geographers, April 16, 2010. Online unter: <http://www.princeton.edu/~pkrugman/aag.pdf> [10. 11. 2010].
- Krugman, P., *Geography and Trade* (Boston 1991).
- Leamer, E., A flat world, a level playing field, a small world after all, or none of the above? A review of Thomas L. Friedman's *The world is flat*, in: *Journal of Economic Literature* 45 (2007) 83-126.
- Maier, G.; Tödtling, F., *Regional- und Stadtökonomik 1. Standorttheorie und Raumstruktur* (Wien, New York 2006).
- Maier, G.; Tödtling, F.; Trippl, M., *Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik* (Wien, New York 2006).
- McCann, P., Globalisation, Economic Geography and the future of European cohesion policy. Online unter: <http://www.rug.nl/frw/nieuws/actueel/OratieMcCann2010.pdf> [10.11.2010]
- McCann, P., *Urban and Regional Economics* (Oxford 2001).
- Porter, M., Clusters and the new economics of competition, in: *Harvard Business Review* (1998) 77- 90.
- Reiner, C., Nokia, Novartis & Co: Die Rolle von Standortpolitik und Arbeit im Standortwettbewerb, in: *WISU* 4 (2008) 141-172.
- Reiner, C., Cluster und Regionalpolitik – eine kritische Bestandsaufnahme, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 35/1 (2009).
- Schätzl, L., *Wirtschaftsgeographie 1. Theorie* (Paderborn 2003).
- Schöler, K., *Raumwirtschaftstheorie* (München 2005).
- Starrett, D., Market allocations of location choice in a model with free mobility, in: *Journal of Economic Theory* 17 (1978) 21-37.
- Storper, M.; Venables, A., Buzz: face-to-face contact and the urban economy, in: *Journal of Economic Geography* (2004) 351-370.
- Tibout, C., A pure theory of local expenditures, in: *The Journal of Political Economy* 64 (1956) 416-424.
- World Bank, *World Development Report. Reshaping economic geography* (Washington, D. C., 2009).

Die Stadt im 20. Jahrhundert

Rezension von: Vittorio Magnago Lampugnani. Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes, Wagenbach Verlag, Berlin 2010, 2 Bände, 908 Seiten, broschiert, € 108,20.

Der Gegenstand dieses prächtigen Bildbandes ist die Stadt in ihrer architektonischen Dimension. Keineswegs, so der Autor im Vorwort, sollen dabei die zahlreichen und komplex miteinander verwickelten Einflüsse übergangen werden, die jegliches urbane Gebilde bestimmen. Doch bei allem Interesse für diese Einflüsse geht es letztlich um die Stadt als physische Erscheinung, als künstlich geformtes Artefakt, als Stück gestalteter Umwelt.

Das ist seit einigen Jahrzehnten nicht mehr selbstverständlich. Die traditionsreiche Disziplin des Städtebaus hat sich in falsch verstandenem Spezialisierungswahn aufgesplittert in Stadtplanung und Architektur. Die Erstere hat sich auf die Analyse der Zustände, auf die Erfüllung der Verkehrsanforderungen und die Ausweisung der Nutzflächen konzentriert, ohne dafür räumliche oder gar ästhetische Vorstellungen zu entwickeln. Die Letztere ist in die Lücke gesprungen und hat begonnen, nicht nur einzelne Bauwerke, sondern ganze Ensembles zu gestalten, hat dabei allerdings oft die Analyse der Bedingungen vernachlässigt. Diese Spaltung zwischen Analyse und Entwurf, zwischen Zahlen und Poesie muss und wird rückgängig gemacht werden. Mit dieser Perspektive stellt sich das Buch seinem Gegenstand.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die vorliegende Untersuchung ist ein Geschichtsbuch, wenn auch ein Ge-

schichtsbuch *sui generis*. Es will die Entwicklung der Architektur der Stadt im 20. Jahrhundert darstellen und erklären, und dies weitgehend objektiv und vollständig. Zugleich will die Untersuchung der Erkenntnis Rechnung tragen, dass sowohl Objektivität als auch Vollständigkeit in diesem Unterfangen unmöglich sind. Spätestens seit Hans-Georg Gadamer ist deutlich geworden, dass es keinen neutralen Ort gibt, aus dem heraus eine universelle Geschichte geschrieben werden kann. Sie ist ein Netz von örtlichen Geschichten, von Einflüssen, von Wirkungen der Vergangenheit auf die Gegenwart, des Subjektiven auf das Objektive. Dem ersten Problem, jenem der unweigerlichen Subjektivität des Historikers, wurde versucht, offensiv zu begegnen. Als konservativer Revolutionär beweist der Historiker der gegenwärtigen Generation, dass sie mit allen Vergangenen zusammenhängt, vermag aber den Anschauungen früherer Epochen nur gerecht zu werden, wenn er mit den Vorurteilen der eigenen Zeit bricht. Zerstörung und Wiederherstellung der Tradition gehören bereits in der Quellenkritik zusammen. Dementsprechend ist das Buch unumwunden aus einer eigenen Position heraus geschrieben; jedoch unter Zuhilfenahme verlässlicher Quellen und mit einem ausreichenden Maß an Neugierde, um auch Phänomene in die Betrachtung einzubeziehen, denen der Autor keine große persönliche Neigung entgegenbringt. Auch das ist seit einigen Jahrzehnten nicht mehr selbstverständlich und bedarf an dieser Stelle einer besonderen Würdigung.

Kritisch hinterfragt wurde alles, Sympathisches und Unsympathisches, vermeintlich Progressives wie vermeintlich Reaktionäres. Als Maßstab diente dabei kein universales Prinzip, sondern

das Programm und der Anspruch der jeweiligen EntwerferInnen. Die erste Frage war also nicht: „Ist diese Theorie richtig?“, sondern: „Ist diese Theorie in diesem Projekt angemessen umgesetzt?“ Erst anschließend folgte die Kritik der Theorie als solche, als die Metakritik. Das hat sie, so der Autor weiter, vor dem Fundamentalismus bewahrt.

Das zweite Problem der nicht zu bewältigenden Menge von Projekten und Materialien war nur zu umgehen, indem auf jeglichen enzyklopädischen Anspruch und auf jede Vorstellung von einheitlicher und deterministischer historischer Kontinuität verzichtet wurde. Stattdessen stehen, den vielen Geschichten entsprechend, die es zu erzählen galt, zahlreiche Episoden nebeneinander: einigermaßen chronologisch gegliedert und einigermaßen das abdeckend, was als zentrale Tendenzen gedeutet wurde. In der Tat, so der Autor, wurden die Episoden selbst so ausgewählt, dass sie stellvertretend für ganze Entwicklungen stehen können: im besten Fall als ihre Anfangspunkte.

Der Wunsch, die Episoden in ihrer Komplexität wiederzugeben, wurzelt nicht zuletzt im per se verwickelten Gegenstand. Das Werden einer Stadt hängt von zahlreichen Determinanten ab: von der Topografie, der Beschaffenheit des Bodens, den Materialien, die in der Umgebung verfügbar sind, dem Klima und nicht zuletzt dem Komplex der örtlichen Traditionen, Überlieferungen und Lebensgewohnheiten. Vereinfacht ausgedrückt: Die Geschichte der Architektur der Stadt ist nicht zu trennen von der Geschichte der Gesellschaft, ihres ideologischen Überbaus, ihrer Machtverhältnisse, ihrer ökonomischen Gesetze, ihrer Nutzungsstrukturen, ihrer Produktionstechniken und ihrer Kultur. Fast immer

ist es so, dass alle Bedingungen auf einmal wirken, freilich mit unterschiedlichem Gewicht und unterschiedlicher Transparenz.

Im ersten Buchbeitrag beschäftigt sich der Autor mit der Entwicklung von den Fabriksiedlungen zur Gartenstadt und zur Linearen Stadt. Im 19. Jahrhundert stiegen in ganz Europa die Bevölkerungszahlen rasant an. Diese Entwicklung verdankt sie den Fortschritten im Agrarwesen sowie den Verbesserungen in der Ernährung und der sanitären Versorgung. Der Bevölkerungszuwachs überlagerte sich mit einem anderen, parallelen und gleichermaßen weitreichenden Phänomen: der Abwanderung vom Land in die Stadt, das bis zum heutigen Tage anhält: Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, wohnt und arbeitet in Städten.

In seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ schilderte Friedrich Engels 1845 mit schonungsloser Genauigkeit die Verhältnisse der Stadt, in der die väterliche Firma „Ermen und Engels“ eine Baumwollfabrik betrieb. Kühl und exakt beschrieb er die eigentlich unbeschreiblichen Slums, ihre Bebauung und die dort herrschenden Lebensumstände. Ganz allgemein wertete Engels die Stadt des industriellen Zeitalters als notwendiges und nützliches Durchgangsstadium auf dem Weg zur ebenso notwendigen (und gewaltsamen) Revolution. Aber die Verknüpfung der zukünftigen Gestaltung der Stadt mit der politischen und wirtschaftlichen Revolution sollte sich in ihrer Ausschließlichkeit als zu eng erweisen. Sie unterschätzte die schillernde Vielgesichtigkeit und innere Reformfähigkeit des Kapitalismus. Die marxistische Kritik stellte sich zwar den Widersprüchen der Stadt des 19. Jahrhunderts, versagte sich aber einer

Reform, die sie auf lange Sicht als kontraproduktiv ansah. Damit entfremdete sie sich den urbanistischen Problemen ihrer Zeit, die zunächst von ganz anderen politischen Lagern aus in Angriff genommen wurden; nicht zuletzt von den Industriellen selbst mit den Fabrik-siedlungen, den *Company Towns* und den werkeigenen *Model Villages*.

Die erste *Company Town* entstand zwischen 1851 und 1871 in der Nähe des Dorfes Shipley, nicht weit von Bradford, und wurde nach dem Namen ihres Gründers Saltaire benannt. Saltaire, ein Ort der Harmonie, den ein autoritärer, aber von aufrichtigem Reformwillen beseelter Fabrikherr gewollt hatte, stellte die eigene Bestimmung auch planerisch dar. Und strafte die Engels'sche Behauptung Lügen, kein Kapitalist hätte Interesse, eine menschenwürdige Siedlung für diejenigen zu bauen, die sein Kapital vermehrten. Engels schrieb dies 1872 in seinem Buch „Zur Wohnungsfrage“. Obwohl Saltaire damals schon lange fertiggestellt war, wurde es mit keinem Wort gewürdigt, sondern nur beiläufig erwähnt.

Neben Beiträgen über die „City Beautiful“ – Die amerikanische Großstadt zwischen Pathos und Spekulation 1898-1909 – und die „Stadtbaukunst der Beaux-Arts“ – Die *Cité Mondiale* von Eugène Hénard und die *Cité industrielle* von Tony Garnier – wird im Beitrag „Wien der Jahrhundertwende“ der künstlerische Städtebau versus unbegrenzte Großstadt abgearbeitet.

1889 erschien in einem Wiener Verlag ein unscheinbares Büchlein mit der etwas umständlichen Überschrift „Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“. Autor war Camillo Sitte, Architekt und Direktor der k. k. Staats-Gewerbeschule in Wien. Das schmale Buch war, kaum gedruckt, sofort ver-

griffen und geriet mit zahlreichen Neuauflagen und Übersetzungen zu einem beispiellosen Bestseller. Sittes architektonische Entwürfe bewegten sich im Rahmen des Historismus, der im Wien des *Fin de Siècle* der vorherrschende Baustil war, und, so der Autor, ragten in keiner Weise aus dem Durchschnitt heraus. Interessanter waren jedoch seine städtebaulichen Projekte, und seit den 1890er-Jahren konnte Sitte dank des Namens, den er sich mit seinem Buch gemacht hatte, eine Reihe von Bebauungsplänen für kleine und mittlere Städte in Böhmen und Mähren entwickeln.

Letztlich geht es in Sittes Buch um die Erforschung der Vergangenheit, um daraus Maximen für die Gegenwart abzuleiten. Er paraphrasiert Aristoteles' Forderung, eine Stadt solle so gebaut sein, dass sie die Menschen sicher und zugleich glücklich mache, und merkte an: „Zur Verwirklichung des Letzteren dürfte der Städtebau nicht bloß eine technische Frage, sondern müsste im eigentlichsten und höchsten Sinne eine Kunstfrage sein“ ... „Nur in unserem mathematischen Jahrhundert sind Stadterweiterungen und Städteanlagen beinahe eine rein technische Angelegenheit geworden.“

Wenngleich Camillo Sittes Buch wie ein Komet am Firmament der Städtebaudiskussion auftauchte, war sein Auftritt weder vollkommen überraschend noch solitär. 1876, dreizehn Jahre vor Erscheinen des Buches, hatte der einflussreiche Städtebauer und Stadtbautheoretiker Reinhard Baumeister in „Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung“ etliche von Sittes Thesen vorweggenommen, so die Kritik am Rastersystem, die Wertschätzung geschwungener Wegführungen und die Aufforderung, den malerischen

Charakter mittelalterlicher Straßen und Plätze in die zeitgenössische Stadtplanung zu übertragen.

Interessant ist auch, dass Joseph Stübben, die zentrale Figur der deutschen Städtebaudiskussion des 19. Jahrhunderts, Sittes Buch sofort enthusiastisch rezensierte, eine Höflichkeitsgeste, die Sitte erwiderte, als Stübbers *Opus magnum* („Der Städtebau“) 1890 erschien. Die ausgetauschten Komplimente vermochten jedoch über einen grundsätzlichen Unterschied in der Auffassung der zwei Zeitgenossen nicht hinwegtäuschen: Stübben war Pragmatiker, Sitte ein Idealist. Der Widerspruch sollte in der kühlen Notiz, die Stübben anlässlich Sittes Tod schrieb, unmissverständlich deutlich werden: Sittes Bedeutung sei, so heißt es dort, in erster Linie literarisch gewesen, ein einzelner partieller Beitrag zu einer Wissenschaft des Städtebaus, die eine ganz andere Grundlage erforderte als einen psychologisch begründeten Ästhetizismus.

Am 3. Dezember 1913 wurde im Petrograder Lunapark-Theater vor einem erstaunten und zunehmend verärgerten Publikum ein ungewöhnliches Schauspiel aufgeführt. Nach einem Prolog, der von einer merkwürdigen Figur mit blutigen Händen und einer großen Zigarette deklamiert wurde, rissen zwei futuristische Kraftmenschen den Vorhang auseinander, um die verabscheuungswürdige Welt der Vergangenheit zu enthüllen. Unter ohrenzerreißenden Geräuschen und donnernden Kanonenschüssen verspotteten sie Sentimentalität und Leidenschaft, als deren Embleme sie die Frauen (die sie bereits eingesperrt hatten) und die Sonne (die sie gefangen zu nehmen sich anschickten) zählten. Nero und Caligula traten verdrossen und in einer Person auf. Der Zeitrei-

sende rollte auf Flugzeugräder auf der Bühne herum und beschrieb Orte, die er auf einem Ausflug in die Zukunft gesehen zu haben behauptete. In der allgemeinen Fröhlichkeit über die angebrochene neue Epoche beendeten die futuristischen Kraftmenschen die Oper mit der Vorhersage, die Welt würde zwar vergehen, sie aber nicht.

Das lärmende Spektakel von 1913 vermag als Kristallisationspunkt zweier Bewegungen betrachtet zu werden, welche die intellektuelle und die künstlerische Avantgarde in Russland bereits seit einigen Jahren prägten. Die Erste war jene des Futurismus: Filippo Tommaso Marinettis Manifest von 1909 war schon einen Monat nach seinem Erscheinen im Pariser „Le Figaro“ auszugsweise im St. Petersburger „Vecer“ nachgedruckt worden, und vor allem die russische Dichtung wurde stark von der provokanten futuristischen Sprachtechnik beeinflusst.

Die Zweite war jene des Kubismus: Die frühen Arbeiten von Pablo Picasso und Georges Braque wurden in Russland dank Ausstellungen, Sammlungen sowie einer erstaunlichen Vielfalt meist neu gegründeter Kunstzeitschriften bekannt. Sowohl Futurismus als auch Kubismus wurden jedoch nicht einfach übernommen, sondern entscheidend weiterentwickelt: der Erstere im Dienst einer linken vorrevolutionären Ideologie, der Letztere weitaus abstrakter als in Frankreich.

Die ersten städtebaulichen Utopien der sowjetischen Avantgarde stammen, fasst man sie im weiteren Sinne auf, von Malewitsch. In seinen suprematistischen Kompositionen von 1914 schweben bereits jene „Supreme“ im Raum, die sich wenige Jahre später in abstrakte Architekturelemente verwandeln und zu rätselhaften kosmischen Städten zusammenfügen werden. Sol-

cherlei Visionen waren keineswegs reine Phantasieübungen: Die Gruppe um Malewitsch ging davon aus, dass die neuen technischen Errungenschaften ihre „fliegenden Siedlungen“ und „Aerostädte“ in einer nicht allzu fernen Zukunft tatsächlich ermöglichen würden. Und Malewitschs „Planiten“ waren hochtechnisierte fliegende Häuser, die sich im ortlosen Raum bewegen und uneingeschränkte Mobilität gewährleisten sollten.

Auch der Maler Alexander Michailowitsch Rodtschenko beschäftigte sich mit dem Thema der neuen Stadt. In seinen Zeichnungen von 1920 wächst auf simplen schachelförmigen Bauten eine „zweite Stadt“ hoch in die Luft, die aus vielgestaltigen, differenzierten und heiteren Gebilden besteht. Die Überzeugung, man würde sich künftig der Häuser von oben und innen, nicht von unten, wie früher, erfreuen, bewog ihn dazu, seine gesamte Erfindungskraft auf diese neue obere Stadtschicht zu konzentrieren.

Architektonischer, aber auch technokratischer gebärdet sich die „Stadt auf Stoßdämpfern“, die der Bildhauer und Baumeister Anton Michailowitsch Lawinski 1921 vorschlug. Er nahm das Thema der Entflechtung von Fahrverkehr, Fußgängerverkehr und Wohnen auf und setzte es mit geistreichem Pragmatismus um. Das bestehende Radial-Ringsystem der Stadt (Moskau) wird in eine üppig begrünte Boulevardstruktur verwandelt, die den Fußgängern vorbehalten ist. Darunter verlaufen neue Magistralen für den Automobil- und Lastwagenverkehr unterirdisch und kreuzungsfrei. Über den Verkehrsadern erheben sich die multifunktionalen städtischen Bauten mit kommunalen Einrichtungen und darüber liegenden Wohnungen: Sie ruhen auf erfindungsreichen Stützen mit

Stahlfedern, welche die Übertragung der Erschütterungen des schweren Fahrverkehrs auf die Wohnhäuser verhindern.

Die städtebauliche Diskussion, die unmittelbar nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion einsetzte, war hauptsächlich von zwei Argumenten beherrscht. Das Erste war theoretisch: Die von Friedrich Engels postulierte und später von Lenin erneut ausgerufenen Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land wurde zum vorrangigen Ziel der sozialistischen Stadtplanung deklariert. Das zweite Argument war praktisch: Die allgemeine ökonomische Zerrüttung, die Schließung zahlreicher Fabriken, das Erliegen der Stadtwirtschaft, die unbewältigten Lebensmittelversorgungsprobleme und die Missernte von 1920 bewirken in den ersten postrevolutionären Jahren einen starken Rückgang der Stadtbevölkerung. Beide Argumente zusammen liefen auf eine Dezentralisierungspolitik hinaus. Und die urbanistische Konzeption, die sich für eine solche Politik anzubieten schien, war jene der Gartenstadt. Ebenezer Howards Theorien waren in der Sowjetunion schon seit geraumer Zeit bekannt und verbreitet. Die erste Gartenstadt (genauer: Garten-Vorstadt) des russischen Kaiserreiches wurde 1902-1908 von drei Berliner Architekten, darunter Eduard Kupfer, entworfen und gebaut: Carskij Ieczi Riga. 1912-1913 plante Semjonow, der als Pionier der russischen Gartenstadtbewegung aufgetreten war, eine ambitionierte Gartenstadt beim Bahnhof Prozorowskaja an der Linie Moskau-Kasan. Die Initiative stand finanziell auf etwas unsicheren Füßen und wurde, nicht zuletzt wegen des Kriegs, nur unvollständig realisiert; sie erregte jedoch auf Grund der raffinierten, stark differenzierten Stra-

ßenplanung, der genau durchdachten Gliederung der Stadtviertel durch entsprechend angelegte Grünbereiche und der vorgesehenen Vielfalt an kollektiven Einrichtungen großes Aufsehen.

Neben städtebaulichen Projekten widmet der Autor überragenden Architekten – wie Le Corbusier und Frank Lloyd Wright – jeweils ein eigenes Kapitel. Detailliert untersucht der Autor zudem die Strategien der Diktaturen

des 20. Jahrhunderts im Städtebau der einzelnen Länder. Er zeigt die Ambivalenz der postmodernen Stadt in den USA und beobachtet in Europa eine Rückbesinnung auf die Tradition der abendländischen Stadtbaukunst. Lampugnani's Buch ist das Ergebnis jahrzehntelangen engagierten Forschens und Lehrens: eine lebendig geschriebene Geschichte der Architektur der Stadt des 20. Jahrhunderts.

Josef Schmee

Exklusion

Rezension von: Martin Kronauer, *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2010, 284 Seiten, € 19,90.

Ich habe das Buch mit großem Erkenntnisgewinn, aber auch etwas Ärger gelesen.

Mit der aktualisierten und erweiterten Auflage seines 2002 erstmals erschienenen Buches legt Kronauer ein beachtens- und lesenswertes Werk vor, dessen kritische Analyse des Themenfeldes „Exklusion“ nichts an Brisanz verloren hat – im Gegenteil. Es zielt darauf ab, „den Ausgrenzungsbegriff (...) zu schärfen, um ihn für weitere Analysen der Gegenwartsgesellschaft nutzen zu können“ (S. 9). Diese sind angesichts fortschreitender gesellschaftlicher Spaltungen in der vergangenen Dekade dringlicher denn je.

Kronauer umreißt „Exklusion“ als ein, im Hinblick auf die Reichweite und die Intensität, historisch neues Phänomen, das im Wesentlichen mit dem Anstieg von Massenarbeitslosigkeit und Armut seit den 1980er-Jahren (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und sozialstaatlich unterschiedlich abgefedert) sowohl in Europa wie auch in den USA beobachtet werden kann. Folgen davon sind eine tiefe gesellschaftliche Spaltung sowie der Ausschluss von wesentlichen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen für die davon Betroffenen. Dies sind keineswegs nur mehr „Randgruppen“, sondern Exklusion erfasst zunehmend

Teile der Bevölkerung aus der „Mittelschicht“, reicht in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Kennzeichnend ist zudem, dass Arbeitslosigkeit und Armut vor dem Hintergrund einer zuvor nie erreichten gesellschaftlichen und politischen Einbindung der Beschäftigten einerseits und eines stark gestiegenen allgemeinen Lebensstandards andererseits zunehmen. Dies schafft neue soziale Maßstäbe, die zur Messlatte werden, an der sich das Individuum selbst misst und (von seiner Umwelt) gemessen wird. Insofern ist für Kronauer „Exklusion“ ein multidimensionales Phänomen, das über rein materielle Aspekte von Armut weit hinausgeht: Es wirft „die Frage nach der Zukunft der Demokratie, ihrem universalen Geltungsanspruch und ihren sozialen Grundlagen auf“ (S. 14).

Das Buch gliedert sich in vier Kapitel, einen Ausblick und ein abschließendes Nachwort zur zweiten Auflage.

Im ersten Abschnitt geht es um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der europäischen Exklusionsdebatte sowie der amerikanischen *Underclass*-Diskussion. In der akribischen Aufarbeitung von Exklusionsdiskursen in Europa (insbesondere in Frankreich, aber auch in Großbritannien und Deutschland) und den USA in den vergangenen 30 bis 40 Jahren werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede erörtert und relevante Aspekte zusammengeführt.

So ist etwa beiden Diskurssträngen der spezifische historische Kontext gemein, in dem sie entstanden sind – steigende Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut. Beiden ist auch gemein, dass sie Armut nicht nur am Einkommen messen, sondern „dass sie die Qualität gesellschaftlicher Beziehungen und deren Gefährdung ins

Zentrum der Aufmerksamkeit rücken“ (S. 39).

Sowohl die *Underclass*- wie auch die Exklusionsdebatte betonen folgende Aspekte von Ausgrenzung: die marginalisierte Position am Arbeitsmarkt – reichend von prekären Arbeitsformen bis hin zum völligen Ausschluss vom Arbeitsmarkt – sowie den Verlust sozialer (Nah)Beziehungen. Als drittes Element kommt in beiden hinzu: „nicht mehr am Leben der Gesellschaft entsprechend den in ihr allgemein anerkannten Maßstäben teilnehmen zu können“ (S. 71).

Das zweite Kapitel ist ein historischer Abriss und diskutiert die neue Qualität von Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit und Armut seit den 1980er-Jahren. Denn die Wiederkehr der *working poor*, d. h. der arbeitenden Armen, am Übergang zum 21. Jahrhundert wirft das Problem der Exklusion in zugespitzter Form auf: „Zugespitzt deshalb, weil die hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in der Lage zu sein schienen, Arbeitslosigkeit zu überwinden und die Lebensverhältnisse einander dauerhaft anzunähern. Im sozialstaatlich moderierten Kapitalismus bildeten sich damit zugleich neue Maßstäbe gesellschaftlicher Teilhabe heraus. Klassenungleichheit sollte durch Statusgleichheit im Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Institutionen der Bildung, der medizinischen Versorgung und der sozialen Sicherung konterkariert werden. Für alle sollte eine Qualität der Lebensführung sichergestellt sein, die den gesellschaftlich anerkannten Mindestanforderungen entspricht.“ (S. 111f)

Das dritte Kapitel ist einem weiteren wesentlichen Charakteristikum von Exklusion gewidmet, nämlich der Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft bzw.

der Gleichzeitigkeit von „Drinne“ und „Draußen“. Dass Kronauer diese Fragestellung sehr ausführlich diskutiert, hat seine Ursache in heftigen Kontroversen darüber, wie dieses Drinnen-Draußen gedacht werden kann. So läuft eine dualistische Vorstellung von Innen-Außen – wie sie beispielsweise von der Systemtheorie vertreten wird – auf einen Gegensatz, ein Entweder-Oder, eine Spaltung hinaus: Zugehörigkeit versus Nicht-Zugehörigkeit.

Eine solche dichotomische Gegenüberstellung von Gesellschaft einerseits und den Ausgegrenzten andererseits „legt nahe, nicht die Gesellschaft, die Ausgrenzung erzeugt, sondern die Ausgeschlossenen selbst zum Problem zu erklären: zu ‚Asozialen‘, die sich im Gegensatz zum Wertekanon der Mehrheitsgesellschaft befinden; oder aber zur mitteleberragenden ‚Problemgruppe‘, der nicht anders geholfen werden kann, als sie schleunigst in die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen ‚wiedereinzugliedern‘. Dass diese Verhältnisse und Institutionen durch die Tatsache der Ausgrenzung, die sie bewirken oder nicht verhindern, selbst fraglich geworden sind, gerät dann nur allzu leicht aus dem Blick“ (S. 121). Insofern, so Kronauer mit Bezugnahme auf Georg Simmel, interessiere das Drinnen und Draußen „nicht als logischer Gegensatz, sondern als soziales Verhältnis. Als solches ist es nicht durch wechselseitigen Ausschluss – Drinnen oder Draußen – gekennzeichnet, sondern durch Gleichzeitigkeit: Drinnen und Draußen“ (S. 141).

Die Frage, wie das „Drinne“ und „Draußen“ gedacht wird – als dichotomische Gegenüberstellung oder aber als soziales Verhältnis –, ist für Kronauer der neuralgische Punkt des Exklusionsbegriffes, denn er kann – je

nach Lesart – entweder kritisch gegen gesellschaftliche Verhältnisse, die ausgrenzend wirken, oder aber personalisierend und stigmatisierend gegen die Betroffenen gewandt werden, indem er ihre Andersartigkeit betont und so zu deren weiteren Exklusion beiträgt. Eine solche dichotomische Gegenüberstellung von „Dinnen“ und „Draußen“ „ist aber nicht nur theoretisch und empirisch irreführend. Sie behindert überdies die Aufklärung der Prozesse, die in die Ausgrenzung führen. Sie entzieht die gesellschaftliche Ungleichheit der Kritik, indem sie die innere Verbindung zur Ausgrenzung leugnet. Sie verstellt den Blick auf die in einer Gesellschaft geteilten Ambitionen und die grundlegende Differenz, die dabei die Gesellschaft durchzieht: dass die einen sie verwirklichen können, die anderen dagegen nicht“ (S. 203).

Wie ein roter Faden zieht sich Kronauers Analyse durch das gesamte Buch: Ausgrenzung ist ein vielschichtiges gesellschaftliches Phänomen, die „Schuld“ dafür kann und darf nicht den Individuen in die Schuhe geschoben werden.

Empirischen Befunden von Ausgrenzungserfahrungen ist das vierte Kapitel gewidmet, und es zielt darauf ab, die Vielschichtigkeit von Exklusion, sowohl als Prozess als auch als Zustand, aufzuzeigen.

Eine weitere wesentliche Dimension, nämlich den Zusammenhang von individueller und gesellschaftlicher Ausgrenzungserfahrung, spricht Kronauer in seinem Ausblick an: „Ausgrenzung ist nicht nur eine tiefgreifende Erfahrung, die einzelne Menschen oder Gruppen von Menschen betrifft. Sie wirkt auch auf die ausgrenzende Gesellschaft und deren Institutionen zurück. Die Gefährdung des Sozia-

len weist einen Doppelcharakter auf. Wenn Individuen von wesentlichen Teilhabemöglichkeiten abgeschnitten werden, stellt dies zugleich den Geltungsbereich und die sozialen Grundlagen der Demokratie in Frage.“ (S. 214)

Dies ist, so Kronauer auch der Grund, warum sich Gesellschaften, Staaten, Institutionen des Problems der Exklusion annehmen müssen: Eine Gesellschaft, die Ausgrenzung und Ausgeschlossene produziert – auch wenn diese in der Minderheit bleiben –, schadet sich selbst als Ganzes, denn: „Die Demokratie ist ihrem Wesen nach allgemein, oder sie ist keine Demokratie. Die sozialen Rechte von Minderheiten lassen sich nicht außer Kraft setzen, ohne die Gesellschaft insgesamt zu verändern und in Mitleidenschaft zu ziehen.“ (S. 223)

Im abschließenden Nachwort reflektiert Kronauer die Exklusionsdebatte seit der Jahrtausendwende vor einem zweifachen Hintergrund: Zum einen ist diese mittlerweile auch in den Sozialwissenschaften in Deutschland angekommen, zum anderen „(wirken) die Umbrüche in den Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, die Rücknahme sozialstaatlicher Absicherungen und der schwindende Rückhalt in sozialen Nahbeziehungen, die dem Exklusionsproblem zugrunde liegen, (...) mittlerweile verunsichernd bis weit in die Mittelklassen hinein“ (S. 7). Diese Entwicklungen, so Kronauer, höhlen die Grundlagen der Demokratie aus, ihnen müsste mit einer neuen „Politik des Sozialen“ entgegengewirkt werden, die „zuallererst die *Unabhängigkeit* der Bürgerin und des Bürgers von den Wechselfällen des Marktes und des Erwerbsstatus zu stärken haben“ (S. 262f).

Und der Ärger? Geschlecht kommt

als Analysekategorie nicht vor! Diese Ausblendung von *Gender* überrascht umso mehr, als zum einen die Dichte von Kronauers Arbeit beredtes Zeugnis über die Fülle von Wissen gibt, das in diese eingeflossen ist. Zum anderen enthält das Buch durchaus Passagen, in denen die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern anklingt, so beispielsweise wenn ausgeführt wird, dass „[D]as Gebäude der sozialen Rechte auf der Verallgemeinerung der (*männlichen*) Erwerbsarbeit errichtet“ (S. 91; Hervorhebung U.F.) sei oder dass Dynamiken zur Ausgrenzung auch vom Staat ausgehen könnten, „von den rechtlichen und institutionellen Formen etwa, in denen das Geschlechterverhältnis festgeschrieben (...) wird“ (S. 200).

Kronauers Konzeption von Exklusion setzt an drei wesentlichen Ebenen an: der Einbindung in die Erwerbsarbeit

(Interdependenz), den sozialen und politischen Rechten (Partizipation) und den sozialen Nahbeziehungen. Diese sind jedoch keineswegs geschlechtsneutral, sondern sie sind die zentralen Instanzen nicht nur für die Exklusion, sondern gleichzeitig *auch* für die strukturelle Ungleichstellung bei der Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen, Zugängen, Macht etc. von Frauen und Männern in hoch entwickelten kapitalistischen Gesellschaften.

Der Autor hat den hohen Anspruch, mit dem Exklusionsbegriff ein kritisches Analyseinstrument für gesellschaftliche Spaltungen und Ausgrenzung zu schaffen. Ein *gender*-geschärfter Exklusionsbegriff – zugegeben: eine höchst anspruchsvolle Herausforderung – würde diesem Anspruch noch sehr viel mehr entsprechen, als es der jetzige bereits tut. Ich warte gespannt auf die dritte Auflage. Ursula Filipič

Fünf Jahrzehnte österreichischer Sozialpolitik

Rezension von: Bernhard Achitz, Wolfgang Maßl (Hrsg.), *Zeitenblicke. Sozialpolitik im Wandel*, ÖGB-Verlag, Wien 2010, 232 Seiten, gebunden, € 29,80.

Im Herbst 2010 brachten Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, und Wolfgang Maßl, ehemaliger Leiter der Rechtsabteilung der AK Niederösterreich, anlässlich des 70. Geburtstags von Josef Cerny eine Kompilation wichtiger Schriften des Jubilars heraus. Cerny war nicht nur lange Zeit als Direktor der AK Wien (und der Bundesarbeitskammer) tätig, sondern er ist auch seit den 1960er-Jahren als Rechtswissenschaftler und Lehrender (dzt. Honorarprofessor an der Universität Salzburg) engagiert. Und in diesem Sinn ist er ein verlässlicher und hoch qualifizierter Zeitzeuge für den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel Österreichs seit mehr als vier Jahrzehnten – und für die Veränderungen im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts.

Die Auswahl von Publikationen, welche die Prägung der österreichischen Sozialpolitik durch die Sozialpartnerorganisationen ÖGB und AK aus verschiedenen Blickwinkeln gut nachvollziehbar macht, hat der Autor aber nicht nur seinem unbestrittenen rechtswissenschaftlichen Renommee zu verdanken, sondern wohl auch der „Gnade der zeitgerechten Geburt“. Als junger Rechtswissenschaftler wurde er bereits Mitte der 1960er-Jahre (die ÖVP-Alleinregierung Klaus folgte kurz darauf und sollte von 1966 bis 1970 bestehen) mit dem arbeitsrechtlichen Jahrhundertprojekt einer „Kodifikati-

on“ des zersplitterten Rechtsgebiets mitbeauftragt (man denke nur an die Regelungsunterschiede – und unterschiedlichen Kollektivverträge – für Arbeiter und Angestellte).

Ab dem Jahr 1970 tat sich dann ein Zeitfenster auf, das für die Gewerkschaftsbewegung einmalige Chancen eröffnete – und damit stand Cerny als ihr führender Arbeitsrechtler in einer zentralen Position. Die „Ära Kreisky“ war rechtspolitisch ungemein produktiv, nicht zuletzt das im ArbVG kodifizierte Kollektivvertrags- und Mitbestimmungsrecht trug wesentlich dazu bei, „alle Lebensbereiche mit Demokratie zu durchfluten“.

Wer sich über den damaligen Zeitgeist – und die nicht lange auf sich warten lassenden Gegenbewegungen – einer „Demokratisierung der Arbeitswelt“ präzise informieren möchte, lese die Seiten 121 bis 154 des vorliegenden Werks: „Entwicklung der Arbeitsverfassung aus der Sicht der Arbeitnehmer“ sowie „Grundsätze und Probleme des Kollektivvertragsrechts“. Will man sich den Diskurs zu verfassungsrechtlich garantierten „sozialen Grundrechten“ historisch und in seinem aktuellen Stand näher ansehen, enthält das gleichnamige Kapitel wertvolle Einschätzungen, Berichte und Analysen.

Neben den beiden genannten Kapiteln „Arbeitsverfassung“, „Kodifikation“ und „Soziale Grundrechte“ finden sich noch folgende Abschnitte:

- Sozialpolitik („Der Wohlfahrtsstaat von morgen“, „Arbeitsbeziehungen und soziales Gleichgewicht“ etc.);
- Europarecht (zu aktuellen Streikverbots-Urteilen des EuGH);
- Arbeitszeit (v. a. zur Flexibilisierungsdebatte); und
- Sozialgerichtsbarkeit.

Als eine der bedeutenden Persönlichkeiten der österreichischen Sozialpartnerschaft hat Cerny bis dato (der Jubilar ist nach wie vor sehr aktiv) weit mehr als hundert einschlägige Publikationen verfasst, darunter einige Gesetzeskommentare, welche die höchstgerichtliche Rechtsprechung nachhaltig prägen konnten.

Sozial- und Wirtschaftspolitik sind letztlich gezwungen, sich einer Austragung der gegensätzlichen Interessen zu stellen. In zahlreichen Poli-

tiksystemen sind Streik oder Boykott die vorrangig eingesetzten Mittel. In Österreich wird seit Jahrzehnten – von der Bekämpfung von Fundamenteingriffen abgesehen, wie das Jahr 2003 zeigte – ein anderer Weg beschritten. Ein Zeitzeuge ermöglicht tiefe Einblicke in unser diesbezügliches System, und in diesem Sinn ist das vorliegende Buch jedem (sozial)politisch Interessierten zu empfehlen.

Hannes Schneller

Kritik am Individualisierungswahn

Rezension von: Manfred Prisching, *Das Selbst. Die Maske. Der Bluff. Über die Inszenierung der eigenen Person*, Molden Verlag, Wien 2009, 224 Seiten, gebunden, € 19,95.

I.

Das Glaubensbekenntnis unseres Zeitalters ist das „Credo des euphorischen Individualismus“, das die Bindungslosigkeit und Bindungsunfähigkeit narzisstischer Individuen als Flexibilität verkauft und die Entfernung von Familien, Freunden und Nachbarschaften als Sieg der Mobilität feiert. Es ist eine Gesellschaft, in der der Konsum von Waren als Identitätsmerkmal herhalten muss und die Arbeit als Projekt vergeben wird, eine Gesellschaft, die als „Erlebnisgesellschaft“ beschrieben wurde, in der Großereignisse und Massenveranstaltungen Ersatz für das individuelle Erleben wurden.

Manfred Prisching erklärt die Botschaft von der umfassenden Individualisierung, wie sie von allen Seiten verkündet wird, für „übertrieben“ und verweist – ein echter Spielverderber – auf die Schattenseite: In der Forschung wird die Besonderheit der Individuen nämlich schon lange reduziert auf ihre Zugehörigkeit zu einem Typus und zu einem Milieu, das sehr differenziert nach Vermarktungsmöglichkeiten analysiert und beschrieben wird. „Die Gegenwartsgesellschaft schafft es hervorragend, den Menschen trotz aller Individualisierungsbegeisterung die gängigen Verhaltensmuster so einzublauen, dass sie norm- und marktgerechtes Verhalten geradezu als

Ausdruck ihrer Einmaligkeit und Spontaneität verstehen“. In einer Massengesellschaft, deren Funktionieren die Berechenbarkeit jedes Einzelnen voraussetzt, ist dies zweifellos die wahre Kunst, die Menschen „auf der Spur zu halten und ihnen die integrationsnotwendige Anpassung in einer solchen Form als Selbstentfaltung ihrer Individualität zu verkaufen“.

Das Ich, das für so individuell gehalten wird, bedarf in Wirklichkeit der Ich-Berater, der Psychologen und Betreuer, um die Kanten und Ecken abzuschleifen und die Maske zu perfektionieren, bis sie die „marktgängige Identität“ erreicht, die dann für die eigene Persönlichkeit gehalten wird und die erst den Bluff ermöglicht, von dem Prisching in diesem anspielungs- und materialreichen, anregenden Buch berichtet: Schönheitswahn, Jugendwahn, permanente Verfügbarkeit im Beruf, Entprivatisierung des Geschäftlichen und Vergeschäftlichung des privaten Alltags. Prisching beschreibt den „flexiblen Menschen“, der nach Richard Sennett gar keine sinnvolle Identität mehr entwickeln kann, sondern nur noch vorspielen. Denn die Identität, die da vorgespiegelt wird, ist eine falsche, eine vom Markt gelieferte, das ist die Erkenntnis, die das Buch vermittelt.

Sind es also tatsächlich narzisstische Ich-Monster, die es „für selbstverständlich halten, dass sie zu allem berechtigt sind, dass die Optionen dieser Welt für sie da sind, dass sie selbstständige, authentische und unverwechselbare Individuen sind, und dass die Umwelt ihre Außerordentlichkeit anerkennt, und honoriert“? Das scheint nun wieder bei Prisching eine Übertreibung, denn die abgründige Überzeugung, dass die Umwelt einem etwas schuldet, ist noch immer das exklusive Sozialisationskriterium der ge-

sellschaftlichen Eliten, das sich freilich mit Brüchen auch in privilegierten Mittelschichten ausbreitet.

Die an ihrer Identität arbeiten, bis die Maske so aussieht, wie sie sich selbst gern sähen, erlangen ihre Persönlichkeit nicht mehr durch Identifizierung mit einer Profession, einem Stand oder einem Standort, sondern durch die Kunst des Bluffs. Der „Generation Praktikum“ ist die normale Ich-Werdung verwehrt, die aus der Arbeit in einer Umgebung der Anerkennung der Leistung und der Person erwächst: Projekte ersetzen die Normalarbeit, das Geschäftsrisiko, das die einzige gesellschaftliche Rechtfertigung für die Gewinne der Unternehmer darstellt, wird nach unten verlagert auf die Schultern der abhängig Beschäftigten, die nicht mehr auf unbefristete Festanstellungen rechnen können, sondern von einem zum nächsten Projekt auf das Prinzip Hoffnung setzen müssen, dabei aber ihre Laune nicht verlieren dürfen, weil sie sonst als „unflexibel“ und „immobil“ gelten würden. Es ist eine neue Ökonomie, in der das Private permanent in das Geschäftliche hineinreicht, die Grenzen dauerhaft verwischt werden. Denn auch im Privaten wird das permanente Spontansein erwartet, und es herrscht eine ausgeprägte Angst vor Enttäuschung und Langeweile. Eine Spaßgesellschaft, in der die Anstrengung darauf verlegt wird, unangestrengt zu wirken.

II.

„Wer sich im Alter von 16 Jahren nicht mit der ‚Wer bin ich?‘-Frage auseinandersetzt, mit dem stimmt etwas nicht“, schreibt Prisching und fügt hinzu: „Vor hundert Jahren hätte man denjenigen, der diese Frage stellt, in die Kategorie psychisch Verdächtiger eingereiht.“

Die Frage selbst ist freilich viel älter, auch wenn sie niemals einen so breiten Raum eingenommen hat wie heute. Man findet sie beim Kaisersohn Marc Aurel, der sich in seinen „Selbstbetrachtungen“ die Frage nach seiner „Identität“ stellt, ebenso wie bei Goethe, der sie exemplarisch in seinem Werther abgehandelt hatte: eine Figur, die an ihrer Identität, an ihrer Klassengrenze scheitert. Goethe war es auch, der später formulierte, dass diese Suche nach dem Ich eine Erfindung böser Mächte sei.

Es gibt ein bestimmtes Alter, in dem der Übergang vom Kind zum Erwachsenen stattfindet, eine Phase der Krise, die erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts als eigene Lebensphase der Jugend anerkannt wurde. Es ist eine Phase, in der ein Spielraum für Experimente eröffnet wird, ein Moratorium, das insbesondere der studentischen Jugend gewährt wird, die Zeit zur Orientierung in einer sich immer neu ordnenden Welt benötigt. Die Antworten und die Arbeit der Orientierungssuche sind auch heute nicht einfach. Für die einen lautet die Antwort immer noch: Man ist, was man macht, und für die anderen lautet sie: Man ist das, wofür man gehalten wird oder gar gehalten werden will.

Da aber niemandem von der heutigen Generation Praktikum mehr ein klarer Berufsweg eröffnet wird, dominiert die zweite Wahl bei der Identitätsfindung.

III.

Das Unbehagen der Elterngeneration an Freiheitsmangel wurde abgelöst vom Unbehagen an scheinbarem und wirklichem Freiheitsüberschuss. Die Identitätsstiftung „scheint“ geglückt, wenn man eine angenehme Resonanz

im Innern verspürt. Ein gutes Leben ist ein ereignisreiches Leben, der Tag ist geglückt, wenn man etwas erlebt hat, und sich cool findet, alles wird gut, wenn du auf dich selbst hörst, auf dein Inneres, auf Herz oder spirit. Dann werden ungeahnte Kräfte wach und alles wird möglich“.

An manchen Stellen des Buches hat man den Eindruck, dass Prisching eher das Evangelium der Werbeindustrie beschreibt als die Realität: Ist der Alltag der zukunftslosen Jugend nicht viel trister – was sollen sie erkämpfen? Erschlagen sie mit Konsum und passiv erlebten „Ereignissen“ nicht alle sich regenden eigenständigen Wünsche und Ansprüche an das Leben?

Man weiß nicht immer ganz genau, wo beginnt die Analyse, wo haben wir noch Ironie? Doch das ist nur ein Schillern an manchen Textstellen, der Text ist eine eindeutige Absage an diese Scheinwelt des Individualismus.

Ist die Aufgabe nicht dieselbe geblieben, die sie immer war? Die Aufgabe der Selbstfindung hat sich verlängert, der Jugendwahn hat sie perpetuiert und lässt manche in permanenter Unbestimmtheit über sich selbst und ihre Rolle in der Gesellschaft: Sie wird für manche zur „andauernden Arbeit an einem Bild, wer wir sein wollen“. Es gibt einen „Supermarkt der weltanschaulichen Accessoires“, aus dem sie sich bei der Suche nach ihrem „Selbst“ bedienen können – von Hildegard von Bingen bis zum Buddhismus gibt es „Etiketten“, vom Fan für bestimmte Musikstile oder Musikgruppen bis zum Anhänger einer bestimmten Fußballmannschaft, vom „Bekenntnis“ zu einer bestimmten Schuhsorte oder einer bestimmten Bekleidungsmarke, die wie Weltanschauungen fungieren.

Prisching spricht mit Hitzler, Beck und anderen Soziologen der „reflexi-

ven Moderne“ und der „Postmoderne“ von einem „do it yourself-Selbst“ und einer „Bastelidentität“ oder einer „Patchwork-Identität“, die aus allen möglichen Bestandteilen kopiert wird und von hoher Toleranz gegenüber inneren Widersprüchen, Ambivalenzen und Inkonsistenzen gekennzeichnet sei. Demgegenüber stellt er die klassische „Persönlichkeit“, die auf Ganzheit, Kohärenz und Konsistenz beruht habe. Der Unterschied ist vielleicht der Grad der Verbindlichkeit – eine „Persönlichkeit“ bleibt sich treu, ein postmoderner Jugendlicher hält sich alle Optionen offen, legt sich nicht fest: „Meine Generation leidet an der Vielleicht-Krankheit. Lebensplan? Nein. Karriere? Nein. Ich mache Jobs, aber vor allem mache ich, was mir wichtig ist“, zitiert er einen Jugendlichen.

Das wird, so Prisching treffend, mit „den üblichen Flexibilisierungs- und Mobilitätseuphemismen geadelt“: Gehört es nicht zu den Selbstverständlichkeiten, den Arbeitsplatz zu wechseln ebenso wie den Wohnort und den Partner oder die Partnerin? Gilt heute nicht der Ortsfeste als „Sitzenbleiber ohne Elan“, als psychisch defekt? Auch wenn die meisten genau das wünschen, dürfen sie es doch nicht zugeben – die Bastelarbeit erweist sich als Propaganda, der leider auch Soziologen wie Beck den Nimbus der Zeitgemäßheit verliehen haben. Prisching bleibt jedoch hier nicht an der Oberfläche und erklärt die Hintergründe.

Ein Bestandteil dieser Spirale des Scheins im Sein geht zweifellos auf die Versäumnisse der vorherigen Generation zurück, die nicht in der Lage war, die Kinder an die Gesellschaft heranzuführen, die sie stattdessen als „Partner“ behandelte und damit völlig überforderte („die „Überforderungsgesellschaft“) und ihnen zugleich aus

einem falsch verstandenen pädagogischen Eros zu einem Selbstbewusstsein ohne Leistung verhelfen zu müssen meinten, sie damit aber hinderten, sich aufgrund von wirklichen Leistungen eine Identität zu verschaffen.

Der zweite Bestandteil dieser Spirale des Scheins geht auf die Bereitschaft der Geschäftswelt und der Unternehmen zurück, das Modell der Spontaneität, das ursprünglich gegen die militaristische Ordnung in Institutionen und Familien revoltierte, nun eben dieser Geschäftswelt zunutze zu machen und als Projektmanagement zu integrieren.

Deshalb ist es ein Sakrileg, diesen Bluff aufzudecken, und man eckt womöglich gleich an zwei Seiten an – an der Seite einer falsch verstandenen Pädagogik und an der Seite der postmodernen Personalmanager. Ein Spielverderber, der es wagt, die große Unverbindlichkeit für einseitig zu erklären, ein Nörgler und Banause, der von den Institutionen Verpflichtungen zu verlangen wagt.

IV.

Man ahnt schon, dass man sich in einer Gesellschaft befindet, die nicht so sehr von Armut geplagt wird (auch wenn die Armut wieder zunimmt), sondern von den typischen Gebrechen reicher Gesellschaften, in denen tatsächlich alles zuhanden ist, wenn man nur das Geld dazu hat, in denen das Üppige neben dem Elend besteht, die Euphorie neben der Depression, und in denen es umso schwieriger ist, zu begreifen, welche Bedeutung ökonomische Fragen in der Gesellschaft haben.

„Vor gar nicht langer Zeit löste der Begriff ‚Luxus‘ negative Assoziationen aus, das ist nicht mehr der Fall“, schreibt Prisching. Hatte nicht die BILD-Zeitung

nach der Eroberung des Irak durch die amerikanischen Truppen noch die goldenen Armaturen in der Villa des Saddam Hussein als typische Zeichen von diktatorischer Ausschweifung ge- geiselt? Das würde heute kaum noch verstanden: Gold war lange verpönt, heute findet man wieder Goldknäufe an den Türen und goldene Treppengeländer und gelegentlich sogar goldene Armaturen in den Häusern der Mittelschichten. Und die Wirtschaftseliten und die Finanzaristokratie stattdessen ihre Schlösser, Villen und Penthäuser mit üppigsten Materialien aus und feiern Feste, deren Inszenierungen denen der höfischen Aristokratie in nichts nachstehen. Die neue Sachlichkeit ist abgelöst von einem postmodernen neobarocken Lebensgefühl, Sein und Schein verschmelzen im Theater der politischen und ökonomischen Kultur. Denn während die Fabriken des Primärsektors vielfach in die Peripherie abwandern, bevölkern die oberen und die Mittelschichten mit ihrer an Konsum und Äußerlichkeiten orientierten Angestelltenkultur die Metropolenregionen. Hier dominieren die Lobbyisten und Strippenzieher, die Finanzdienstleister und Psychologen, die Werbeanalysten, Designer, Rechtsanwälte und Steuerberater, die Ingenieure und Techniker mit ihren Speziallabors und Dienstleistungen die urbane Szene.

Ist das Leben ein Spiel, in dem wir Theater spielen, uns inszenieren müssen, in dem es keine offen angeschlagenen Regeln gibt, sondern alle innovativ sein müssen, um aufzufallen und dennoch nicht abzuweichen? Konform sein, ohne uniform zu sein, das ist das klassische Weltgefühl des Barock, wie es dasjenige unseres postmodernen Neobarock ist. Die Welt des schönen Scheins mit Maske und Improvisation muss zerbrechen, wie die Welt des

Barock untergegangen ist, sobald das Vertrauen in die Stabilität dieser Welt verschwindet und niemand der Finanzaristokratie mehr Kredit gewährt.

Das Buch lässt sich als Pamphlet im Stile eines barocken Predigers wie Abraham a Sancta Clara lesen oder ebenso gut als eine kritische Bestandsaufnahme der soziologischen Literatur zu dem Thema. Man sieht die Entwicklung eines ganzen Weltbildes aus einer ökonomisch-kulturell beschreibbaren historischen Lage, aber was das Buch nicht liefert, ist eine größere historische Einordnung und eine exaktere ökonomische Zuordnung, also eine Prozessbeobachtung der längeren Dauer. Insofern beruht das Buch auf einer rein ideengeschichtlichen Konzeption, die von „der Renaissance“, „der Aufklärung“ oder von „der Studentenbewegung“ spricht, ohne die ökonomische Basis der jeweiligen Gesellschaften zu erfassen. Es wird auch hier nicht recht abgegrenzt, und man könnte den Eindruck gewinnen, als ob diese historischen „Schübe“ allumfassend gewesen wären und nicht vielleicht nur eine

ganz kleine formulierungskräftige Klasse in einem ganz eng geographisch und zeitlich umgrenzten historischen Raum betreffen würde – schon in Griechenland oder in den USA gab es keine Staatsbildung und keine Renaissance wie in Kerneuropa, in England hatte die Aufklärung niemals den polarisierenden Effekt, den sie in Frankreich hatte, und in der DDR gab es keine „allgemeine Studentenbewegung“. Auch die Bezeichnung „Studentenbewegung“ beschreibt ja die Begrenzung der Ereignisse auf eine bestimmte Schicht.

Jeder Stand hat seine Plage, wie Goethe schrieb, und Verallgemeinerungen sind von daher zu unpräzise: Es gibt nicht „die Me-Generation“, ebensowenig wie es die „Generation Golf“ oder all die anderen Erfindungen von Journalisten oder öffentlichkeitsgeilen Soziologen gibt. Aber das kann nicht die Vorzüge dieses Buches überdecken, die in der kritischen Darstellung eines wichtigen aktuellen Themas, seinem Materialreichtum und seiner Lesbarkeit liegen.

Reinhard Blomert

Verbraucherbilder

Rezension von: Nepomuk Gasteiger, *Der Konsument. Verbraucherbilder in Werbung, Konsumkritik und Verbraucherschutz 1945-1989*, Campus, Frankfurt am Main 2010, 291 Seiten, € 34,90.

Das Buch bietet einen interessanten Überblick über die verschiedenen Verbraucherbilder in der Bundesrepublik Deutschland und über deren Wandel im gesellschaftlichen Diskurs, das sei vorweggenommen. Das Buch – und damit die Analyse – hat aber einen gravierenden Nachteil: Im Fokus der Erörterung stehen die Verbraucherbilder von 1945 bis zum Jahr 1989, die daran anfolgenden 20 Jahre zur Gegenwart werden ausgelassen. Warum dies so ist, wird nirgendwo erläutert. Dieser Mangel, oder freundlicher ausgedrückt, diese Einschränkung, mag auch durch die Vorgabe der Universität herrühren (denn die Arbeit ist eine publizierte Dissertation in Gegenwartsgeschichte an der Universität München). Wenn diese Einschränkung auf der thematischen Vorgabe beruht, dann fragt man sich allerdings, was sich die Betreuer dachten, als sie ein halbes Thema vergaben.

Diese gegenwartsgeschichtliche Arbeit stellt die Verbraucherbilder – mithin also auch die Leitbilder des Verbrauchers – in Wirtschaftspolitik, Verbraucherpolitik, in der Werbung, in Marketing, in den Medien, die sich etwas intensiver mit Konsumfragen befassen, und damit in der öffentlichen, gesellschaftspolitischen Diskussion, vor. Solche Leitbilder sind immer dann ersatzweise ausfindig zu machen, wenn jemand Theorien des Verbrauchers oder Theorien zum Konsum erörtern

will. Allerdings, explizite politisch wie theoretisch brauchbare Verbrauchertheorien gibt es de facto nicht, sieht man von den kümmerlichen Theoriefragmenten der neoklassischen Ökonomie und konsumpsychologischen Erklärungsversuchen ab, die insgesamt sehr fragmentarisch bleiben. Deskriptive und normative Verbraucherbilder sind freilich aufzufinden, gerade in den vorhin genannten Feldern. Vier solche grundsätzliche und typische Verbraucherbilder macht der Autor im Wandel der Zeit von 1945 bis 1989 aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es den rationalen Konsumenten als erstes Leitbild, diesem folgt der psycho-soziale Konsument in den frühen 60er-Jahren, welcher durch den beherrschten Konsumenten abgelöst wird. Als Schlusspunkt dieser Entwicklung steht der postmoderne Konsument.

Diese Entwicklung, wie auch die materielle Ausbildung der Konsumgesellschaft, ist prägnant US-amerikanisch induziert. Die deutsche (und genauso die österreichische) Konsumwirklichkeit und der Umgang der Menschen mit Konsum und Konsummöglichkeiten folgen im Wesentlichen dem nordamerikanischen Muster einer schon früher sich ausentwickelnden Konsumgesellschaft.

Parallel zu diesen vier Entwicklungsstufen geht der Autor von vier „*Grand Narratives*“ des Konsums aus. Diese ‚Großen gesellschaftlichen Erzählungen‘ – ein Begriff, den Jean-Francois Lyotard entwickelt hat – spiegeln das gesellschaftliche Grundverständnis der Menschen bzw. der Verbraucher. Die erste dieser Großen Erzählungen ist der *Homo oeconomicus*, der Mensch als Subjekt, das egoistisch seinen persönlichen Nutzen maximiert, analog dem Modell der neoklassischen *Mainstream*-Ökonomie. Die zweite

Erzählung betrifft den demonstrativen Konsum. Karl Marx und Thorstein Veblen beschrieben diese distinktive Eigenschaft von Konsumgütern. Konsumgüter sind Zeichenträger, über die Menschen eine soziale Differenz kommunizieren können. Die dritte große Erzählung ist die Massenpsychologie im Zusammenhang mit Konsum, die Automatisierung der Menschen als Verbraucher im Sinne sozialer Normen, also sozialer Vorgaben, über welche Dinge man als Einzelner verfügen und den Moden folgen müsse. Die letzte große Erzählung ist die Psychoanalyse, mit anderen Worten die Fähigkeit des Unbewussten im Menschen, nach außen gerichtete Handlungen zu steuern, ohne die reflexiven Fähigkeiten des Bewusstseins anzusprechen; das Ich wird hier gewissermaßen als Objekt gehalten.

Diese großen Erzählungen sind sozusagen der unterliegende theoretische Kontext, aus dem sich die verschiedenen Verbraucherbilder bzw. Leitbilder des Verbrauchers in der Verbraucherpolitik, in den Aktivitäten

der Verbraucherverbände und in den veröffentlichten Meinungen abformen.

Das ist eine interessante und oft auch zum Widerspruch animierende Lektüre, insbesondere, was das Ende der Entwicklung betrifft. Hier sind die Verbraucher beim postmodernen Konsumenten angekommen, der relativ souverän und gewissermaßen von Werbung und Marktmachtverhältnissen emanzipiert erscheint. Korrespondierend dazu sinkt der Einfluss der Verbraucherverbände. Deren Schutz braucht der postmoderne Konsument auch nicht mehr so, schließt der Autor. Während der Verbraucher ein halbes Jahrhundert erst einmal ins Recht zu setzen war, müsste er jetzt, ab Ende der 80er-Jahre, in die Pflicht genommen werden – dies in Hinblick auf ökologischen und sozial verträglichen Konsum. Wie eingangs erwähnt, fehlen die letzten zwanzig Jahre. Möglicherweise folgt hier der Autor auch gewissen Postmodernitätstheorien, die – mit der Postmoderne – das Ende der Geschichte, sprich geschichtlicher Entwicklung, kommen haben sehen.

Karl Kollmann

(K)eine Technikgeschichte

Rezension von: Wolfgang König, Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2009, 264 Seiten, € 21.

Die Technik repräsentiert ein zentrales Element der menschlichen Existenz. Sie reicht von den primitiven Werkzeugen der Steinzeit bis zur hochkomplizierten Datenverarbeitung der Gegenwart. Die Etablierung als eigener Wissenszweig erfolgte relativ spät. Nach praxisorientierten Ansätzen im frühen 19. Jahrhundert erfolgte die theoretische Durchdringung erst gegen Ende dieser Periode. Freilich fanden und finden sich viele technische Aspekte in zahlreichen anderen Bereichen, vor allem in den Sozialwissenschaften.

Die Technikgeschichte selbst begann mit den frühen Aufklärern Ende des 18. Jahrhunderts, die in der Technik ja ein Element des menschlichen Fortschritts sahen. Ähnliche Motive prägten den Kameralismus. Nachhaltig setzte die Entwicklung um die Wende zum 20. Jahrhundert ein. Technische Museen entstanden – so auch das Technische Museum Wien im Jahre 1918. Allerdings lag das Schwergewicht lange Zeit bei der technischen Entwicklung im engeren Sinne. Erst nach dem 2. Weltkrieg wurde die Technikgeschichte von Historikern auf eine breitere sozio-ökonomische Basis gestellt.

Die Technikgeschichte kennt zahlreiche unterschiedliche theoretische Ansätze, welche nicht notwendig übereinstimmen, einander unter Umständen sogar widersprechen, wie etwa die Hypothese vom „Technikdeterminismus“

und der „Sozialen Konstruktion der Technik“. Einen Teil ihrer theoretischen Konzepte übernimmt die Technik aus anderen Wissenschaften, insbesondere auch aus der Nationalökonomie. Dazu zählen die Begriffe der „Innovation“ und der „Innovationssysteme“, aber auch der „Pfadabhängigkeit“ aus der Neuen Institutionenökonomie. Daneben tauchen auch Begriffe wie Fortschritt und Modernisierung oder Revolution und Evolution auf. König präsentiert die theoretische Diskussion im Detail unter Verweis auf sämtliche daran beteiligten Autoren und evaluiert sie auch. Er sieht jedoch bewusst davon ab, ein Resümee aus dieser Darstellung zu ziehen und eine eigene, konsistente Theorie zu formulieren.

Die Industrielle Revolution

Im Sinne einer in die sozio-ökonomische Entwicklung eingebetteten Darstellung präsentiert der Autor die materielle technische Entwicklung seit der Industriellen Revolution. Daher geht er zunächst den Ursachen dieses Prozesses in England nach, diskutiert die direkten wie indirekten Effekte der technischen Wissenschaften und konzentriert sich dann auf die beiden Leitsektoren der Industrialisierung: Textil- und Eisenindustrie. In diesem Zusammenhang übersieht er auch nicht die Bedeutung des Arbeitsmarktes sowie die Arbeits- und Lebensverhältnisse der männlichen und weiblichen Beschäftigten in dem neuen Produktionssektor.

Die Spinn- und Webmaschinen, welche die explosive Entwicklung der Textilproduktion bewirkten, ebenso wie die Dampfmaschinen, die nicht nur völlig neue, standortungebundene Möglichkeiten des Antriebs schufen, sowie schließlich die Eisenbahnen ließen all-

mählich eine eigene Maschinenindustrie entstehen, welche gleichfalls ihren Ausgang von England nahm.

König weist darauf hin, dass sich die Industrielle Revolution in Großbritannien ohne fundamentale Umbrüche im Transportwesen vollzog. Zwar wurden um die Wende des 18. Jahrhunderts schon neue Verkehrsverbindungen geschaffen – die berühmten MacAdam Straßen –, welche die Reisegeschwindigkeit steigerten, aber erst in den Dreißigerjahren des 19. Jahrhunderts setzte die Verkehrsrevolution durch den Bau der Dampfeisenbahnen ein. Und um die Mitte dieser Periode folgte die Kommunikationsrevolution durch die Erfindung und Einrichtung des Telegraphen. Freilich wäre hinzuzufügen, dass bereits die Eisenbahn als solche eine dramatische Beschleunigung der Informationsvermittlung mit sich gebracht hatte.

Großbritannien als „Werkstatt der Welt“ produzierte in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts weit mehr als jeder andere Staat. Natürlich bemühten sich die europäischen Länder wie auch die USA, ihre Produktionsstruktur gleichfalls umzustellen. Solches gelang vorerst vor allem durch den Import von englischen Maschinen. Zwar versuchte man britischerseits diesen Vorgang zu verhindern, jedoch ohne Erfolg. Nicht nur Maschinen fanden ihren Weg ins Ausland, sie wurden auch noch von Fachkräften begleitet, welche ihre Etablierung bewerkstelligten. Auch in Österreich vollzog sich die Industrialisierung unter diesen Umständen. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts setzte der Aufholprozess Deutschlands und der USA ein. In Ersterem mit Chemie und der optischen Industrie, in Letzerem mit Elektrotechnik und dem Maschinenbau.

König baut seine Darstellung nicht

streng chronologisch auf, sondern führt in den einzelnen Sachkapitel die Entwicklung bis an die Gegenwart heran – gewiss eine sinnvolle Vorgangsweise für eine Geschichte der Technik, weil man so die Entwicklung dieser besser verfolgen kann.

Ein eigenes Kapitel widmet sich dem Einfluss des Krieges auf die technische Entwicklung. Der Autor betont hiebei die Bedeutung der Eisenbahnen in beiden Weltkriegen, wogegen den Flugzeugen im 1. Weltkrieg keine entscheidende Bedeutung zukam. Das änderte sich im Zweiten, in welchem diese sowie die Panzer eine zentrale Rolle innehatten. Gegenüber „*spin-offs*“ der Militärtechnik auf den zivilen Sektor ist er skeptisch, weil sich direkte Investitionen dort als effizienter erweisen könnten.

Die Industrielle Revolution vollzog sich in England ohne Ingenieure im engeren Sinn. Dort gab es eine entsprechende Fachausbildung erst seit den 1860er-Jahren. Die Erfinder stammten aus technisch-handwerklichen Berufen. Lediglich die „*Civil Engineers*“ kamen dem Berufsbild nahe. Dagegen reichte die technische Ausbildung in Frankreich bis in das 18. Jahrhundert zurück. Deutschland folgte zu Beginn des 19. Jahrhunderts – wie auch Österreich. Der Hochschulstatus wurde erst um 1870 den Polytechnischen Schulen in Deutschland zuerkannt. Dazu kamen mittlere technische Lehranstalten, welche sich durch starken Praxisbezug auszeichneten – auch hier finden wir eine ähnliche Entwicklung in Österreich.

Ein Abschnitt widmet sich der Technik in unserer Konsumgesellschaft. Hier beginnt König allerdings mit grundsätzlichen Überlegungen zu den Wurzeln des Wohlstandes. Dieser resultiere aus der Fähigkeit des Menschen,

die Natur umzugestalten – oder wie er auch sagt „auszubeuten“. (Damit beweist er seine „politische Korrektheit“.) Diesen Prozess demonstriert er einerseits an den Leistungen der Chemie, andererseits an Produktionsrationalisierung und Massenproduktion. Hier fällt offenbar die technische Produktinnovation fort. Daran schließt sich eine Darstellung über die Wandlungen der energetischen Basis des industriellen Produktionsprozesses sowie über die Bedeutung der Stadt dafür wie auch die technikbestimmte Entwicklung ihrer Infrastruktur. Die Mobilität im 20. Jahrhundert führt vom Fahrrad über das Motorrad zum Auto, um schließlich im Luftverkehr einen Abschluss zu finden. Auch dem Massenmedien und deren technischer Entwicklung widmet der Autor ein Kapitel.

Abschließend stellt König Überlegungen zur Position der Technik in der Gesellschaft an. Hegten die Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch volles Vertrauen in den technischen Fortschritt, vollzog sich seit 1970 ein grundlegender Wandel. Dazu sieht der Autor Gründe in den Abwürfen der Atombomben, in der so empfundenen Beschleunigung des technischen Wandels und schließlich in der Umweltgefährdung. Letzteres wird ausführlich – mit einem wachstumsskeptischen Unterton – behandelt.

Zuletzt stellt er die Frage, ob man aus der Geschichte im Allgemeinen und der Technikgeschichte im Besonderen lernen könne. Anwendbare Lehren für zukünftige Entwicklungen ließen sich daraus kaum gewinnen, doch ergäben sich mittelbare Nutzenwendungen. „Technikhistorisches Wissen schärft die Urteilsfähigkeit hinsichtlich der soziokulturellen Voraussetzungen und Auswirkungen der Technik. ... Sie besitzt damit eine relativierende Funk-

tion; stärkt insbesondere das kritische Bewusstsein gegenüber leichtfertigen Heilsversprechungen und Untergangsprophetisierungen.“

Welche Technikgeschichte?

König hat eine kompakte Darstellung der technischen Entwicklung seit der Industriellen Revolution vorgelegt. Dem notwendigerweise etwas sperrigen theoretischen Teil folgt der materielle, welcher sich angenehm flüssig liest und über die gewählte Periode umfassend informiert. Gewiss lässt sich über das eine oder andere Argument diskutieren, aber das tut der Arbeit keinen Abbruch. Allerdings gibt es einen grundlegenden Einwand gegen dieses Buch: Es ist keine Technikgeschichte!

Zwar dokumentiert es diesen Anspruch im Titel, trägt diesem jedoch nicht Rechnung. Abgesehen davon, dass man sich von einem Autor dieses Zuschnittes eine Verarbeitung der diversen theoretischen Ansätze zu einem geschlossenen System erwartet hätte; König behandelt zwar den wichtigsten, aber doch schmalen Bereich der technischen Entwicklung. Die Technik der Antike hätte in einer Technikgeschichte einen relevanten Platz einnehmen müssen. Noch wesentlicher jedoch erscheint die technische Entwicklung des Mittelalters. Gerade ein Autor, der versucht, die Wandlungen der Technik in einen sozio-ökonomischen Rahmen zu stellen, müsste dieser Periode größte Aufmerksamkeit widmen.

Denn wie erklärt sich der Wandel von der antiken Statik zu einer wachsenden Dynamik Europas im technischen Bereich, der Weg von der Invention zur Innovation. Zwar kannte beispielsweise die Antike bereits die Wassermühle, aber erst im Mittelalter wurde sie in

West- und Zentraleuropa massenhaft eingesetzt und technisch weiterentwickelt. Wie und wo wurde der technische Fortschritt in dieser Periode zielgerichtet vorangetrieben? Was brachte die „quantitative Revolution“ des späten Mittelalters, wie bahnte sich die „wissenschaftliche Revolution“ des 17. Jahrhunderts an? Wie wirkten sich diese Prozesse auf die Technik aus? Das alles sind doch fundamentale Fragen!

Natürlich könnte mir der Autor entge-

genhalten, ein derartiges Buch wollte er eben nicht schreiben und sich nur auf die Periode der Industriellen Revolution konzentrieren. Gewiss, dann hätte er es aber nicht Technikgeschichte nennen dürfen und im Text darauf hinweisen müssen, dass für die technische Entwicklung sehr wichtige Perioden darin nicht behandelt würden.

Diese Bemerkungen sollen freilich das positive Urteil über die behandelte Periode nicht einschränken.

Felix Butschek

Der Erste Weltkrieg: Chronik und Fakten

Rezension von: Wolfdieter Bihl, *Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten*, Böhlau Verlag, Wien – Köln – Weimar 2010, 351 Seiten, broschiert, € 24,90.

Wolfdieter Bihl, emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit und langjähriger Vorstand des Instituts für Geschichte an der Universität Wien, hat sich seit den 1960er-Jahren in zahlreichen Beiträgen mit der Geschichte Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs auseinandergesetzt. 1991 gab er die „Deutschen Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs“ heraus.

Nun legt Bihl eine Chronik des Ersten Weltkriegs und eine dazugehörige Daten- und Faktensammlung vor, wie sie vielen historisch interessierten LeserInnen vom einstigen Würzburger Verlag A. G. Ploetz (bzw. jenen Verlagen, die dessen Produktkonzept übernahmen) bekannt sind. In komprimierter Weise werden die innen- und außenpolitischen, militärischen, ökonomischen und teilweise auch die kulturgeschichtlichen Faktoren erfasst. Das Spektrum der Datensammlungen reicht von den internationalen Abkommen der Jahre 1806-1914 bis zu „einigen Bereichen des Kulturlebens“, nämlich den Philosophen und Psychologen, Schriftstellern, Komponisten, Malern, Bildhauern und Architekten zur Zeit des Ersten Weltkriegs.

Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik werden vornehmlich in fünf Kapiteln behandelt, die sich jahrweise mit der „inneren Lage der Krieg führenden Staaten“ befassen. Innerhalb dieser

fünf Kapitel gelten die längsten länderspezifischen Unterkapitel jeweils Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich.

Relativ ausführlich dokumentiert Bihl die sich in den letzten drei Kriegsjahren ständig zuspitzende Ernährungssituation der Zivilbevölkerung und der Truppen in der österreichischen Reichshälfte (S. 154, 210) und geht auch auf die nicht zuletzt daraus resultierenden sozialen Unruhen ein.

Trotz frühzeitiger Bewirtschaftungsschritte wurde die Versorgungslage in Österreich bereits im Herbst 1916 kritisch. Die hochgesteckten Rüstungsanstrengungen im Rahmen des sog. „Hindenburg-Programms“, in das Österreich-Ungarn ab November 1916 einbezogen war, führten zur rapiden Erschöpfung von knappen Rohmaterialreserven. Die Importe aus Rumänien sanken drastisch, die Kornkammer Galizien fiel aus, insgesamt ging der Ertrag an Getreide in Cisleithanien 1916 gegenüber 1913 auf weniger als die Hälfte zurück! Entscheidend aber war die kompromisslose Haltung der ungarischen Regierung in Bezug auf die Nahrungsmittellieferungen: Die ungarischen Getreideexporte nach Cisleithanien erreichten 1916 nur noch drei Prozent des Vorkriegsvolumens. Die Getreidevorräte dienten der ungarischen Regierung als politisches Druckmittel in den Verhandlungen über einen neuen Ausgleich mit Österreich.

Die vom rein militärischen Standpunkt aus so erfolgreiche Offensive gegen Italien im Herbst 1917 erwies sich unter den Aspekten der Gesamtkriegsführung als Pyrrhussieg, als Offensive auf Kosten des Hinterlandes. Während der Großteil der Eisenbahnwaggons der Monarchie dem Transport von Truppen und Kriegsmaterial diente, war in den Lagerhäusern der

Städte kaum noch Kohle zu finden und konnte das Anlegen von Nahrungsmittelreserven für den Winter nicht bewerkstelligt werden. 300.000 italienische Kriegsgefangene mussten zusätzlich versorgt werden. Der Hungerwinter 1917/8 in den österreichischen Städten zeichnete sich ab. Offensive und ausreichende Versorgung des Hinterlandes schlossen einander bereits aus! Und Ungarn war – schon aus innenpolitischen Gründen – weniger denn je zum Nachgeben bereit. Der ungarische Ernährungsminister erklärte: „Wenn Österreich nichts zu essen hat, soll es keinen Krieg führen.“¹

Auch der „Brotfrieden“ mit der Ukraine im Februar 1918 brachte nicht die erhoffte Verbesserung der Versorgungssituation. Der Aufmarsch für die letzte Offensive der Monarchie an der Piavefront im Frühjahr 1918 erfolgte erneut zwangsläufig zu Lasten des Hinterlands, wo die Versorgung bereits kollabierte. Die Unterversorgung griff auch schon auf die Fronttruppen über. Die angreifenden k. u. k.-Truppen sollten im eroberten italienischen Hinterland ihre Versorgung mit Nahrungs- und Kriegsmitteln sicherstellen. Würden diese Ziele aber verfehlt, dann wäre der Krieg nicht mehr imstande, den Krieg zu nähren. Und so kam es dann auch; die Offensive musste nach

wenigen Tagen abgebrochen werden. „Am Vorabend der Piaveoffensive hatte Österreich noch 430 Waggons Getreide zur Verfügung gehabt. Ab dem 17. Juni war für Wien kein Mehl mehr vorhanden.“² Bereits Anfang Juli 1918 war Österreich-Ungarn konkursreif.

Den Gebrauchswert des Bandes erhöhen eine umfangreiche Bibliografie, ein Personenregister und ein Register der Orts-, Berg- und Flussnamen. Die Einfügung einiger Karten ist zwar zu begrüßen, sie reichen aber bei Weitem nicht aus, um den Verlauf aller im Textteil erläuterten militärischen Operationen zu verfolgen.

Empfohlen werden kann der vorliegende Chronik- und Datenband vor allem als Ergänzung zu einem der Standardwerke, also beispielsweise zu David Stevensons „Der Erste Weltkrieg 1914-1918“ (2006), zu John Keegans „The First World War“ (1998) oder – aus österreichischer Perspektive – zu Manfred Rauchensteiners „Tod des Doppeladlers“ (1993).

Michael Mesch

Anmerkungen

¹ Zitiert aus: Rauchensteiner, Manfred, Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg (1993) 526.

² Ebendort 576.

Jahresregister 2010

Artikel		Nummer	Seite
Nikolaus Altmann, Gerhard Ladengruber	Dienstleistungs- <i>Outsourcing</i> , - <i>Offshoring</i> : Bestimmungsgründe, Ausmaß und Effekte	3	375
Joachim Becker	Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa	4	519
Predrag Ćetković, Engelbert Stockhammer	Finanzialisierung und Investitionsverhalten von Industrie-Aktiengesellschaften in Österreich	4	453
Jörg Flecker, Annika Schönauer	Neue Politikfelder für eine Renaissance der Arbeitszeitpolitik. Eine Annäherung mit Hilfe internationaler Beispiele	3	349
Markus Hadler	Individuelle Reaktionen auf Wirtschaftskrisen. Deindustrialisierte Regionen in West Virginia und der Steiermark im Vergleich	3	397
Nikolaus Hammer	Regionen, Ebenen, Netzwerke: Interregionale Gewerkschaftskooperation im IGR West-Pannonien	1	33
Eckhard Hein, Achim Truger	Krise des finanzdominierten Kapitalismus – Plädoyer für einen keynesianischen <i>New Deal</i> für Europa und die Weltwirtschaft	4	481
Arne Heise, Özlem Görmüş Heise	Auf dem Wege zu einer europäischen Wirtschaftsregierung	3	325
Karl Kollmann	Benötigt die Verbraucherpolitik eine Verbrauchertheorie?	1	79
Markus Marterbauer	Budgetpolitik in Zeiten verminderter Erwartungen	3	299
Vladimir Pankov	Der Brennstoff- und Energiekomplex: Paradeferd oder Sorgenkind Russlands?	2	199
Manfred Prisching	Vergangene Paradigmen – Wirtschaftskrise und Verteilungskonflikte	2	149
Martin Schürz	Information zum „kleinen Häuselbauer“	2	181
Artur Streimelweger	Wohnbauförderung in Österreich – eine Bestandsaufnahme	4	543
Petra Völkerer, Petra Sauer	Schafft Bildung sozialen Zusammenhalt?	1	53

Karl Georg Zinn	Renaissance des Keynesianismus – Keynesianische Wirtschaftspolitik gegen die Krise	1	9
Editorials			
Das Transferkonto oder der Mythos vom „Leistungsträger“		1	3
Der Arbeitsmarkt in der Wirtschaftskrise		2	143
Die Zukunft privatrechtlicher kollektiver Versorgungssysteme		3	295
Europäische Wirtschaftspolitik nach der Krise		4	443
Berichte und Dokumente			
Michael Mesch	Kollektive Lohnverhandlungen in Ungarn	2	231
Kommentare			
Felix Butschek	Gedämpfte Dramatik	4	563
Martin Heintel	Wettbewerb der Regionen; der Vergleich macht Sie unsicher!	2	257
Sybille Pirklbauer, Norman Wagner	Verteilungsgerechtigkeit in Österreich – das Transferkonto	1	100
Peter Rosner	Diskussion der Umverteilungsstudie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung	1	95
Kurt W. Rothschild	Small Is Beautiful. Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich (Fritz) Schumacher	4	569
Erik Türk	Keine Veränderungen beim Pensionszugangsverhalten trotz tiefgreifender Pensionsreformen?	2	247
Bücher			
Bernhard Achitz, Wolfgang Maßl (Hrsg.)	Zeitenblicke. Sozialpolitik im Wandel (Hannes Schneller)	4	598
Erna Appelt	Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz (Ursula Filipić)	2	288
Karl Bachinger, Herbert Matis	Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus. Klassische sozio-ökonomische Konzeptionen und Analysen (Andreas Weigl)	2	276
Joachim Becker u. a. (Hrsg.)	Heterodoxe Ökonomie (Johannes Jäger)	4	577
Wolfdieter Bihl	Der Erste Weltkrieg 1914-1918. Chronik – Daten – Fakten (Michael Mesch)	4	611

Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst (Hrsg.)	Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts (Martin Mailberg)	3	438
Günther Chaloupek, Harald Hagemann, Andreas Resch	Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit. Otto Bauers Theorie der Rationalisierung im Kontext der Zeit (Hans Ulrich Eßlinger)	1	126
Günther Chaloupek, Peter Rosner, Dieter Stiefel	Reformismus und Gewerkschaftspolitik. Grundlagen für die Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften (Hans Ulrich Eßlinger)	1	126
Paul Davidson	John Maynard Keynes (Wolfgang Edel-müller)	1	109
Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk (Hrsg.)	Handbuch Armut in Österreich (Norman Wagner)	1	139
Nepomuk Gasteiger	Der Konsument. Verbraucherbilder in Werbung, Konsumkritik und Verbraucherschutz 1945-1989 (Karl Kollmann)	4	605
Sylvia Hahn, Nadja Lobner, Clemens Sedmak (Hrsg.)	Armut in Europa 1500-2000 (Norman Wagner)	1	139
O. F. Hamouda	Money, Investment and Consumption. Keynes's Macroeconomics Rethought (Kazimirz Laski)	3	417
Eckhard Hein, Torsten Niechoj, Peter Spahn, Achim Truger (Hrsg.)	Finance-led capitalism? Macroeconomic effects of changes in the financial sector (Martin Schürz)	1	117
Franz Heschl	„Der Druck auf den Baustellen wird immer gewaltiger.“ Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses auf die Bauwirtschaft im steirischen Grenzland (Karl Pfleger)	3	425
Sabine von Heusinger	Die Zünfte im Mittelalter. Zur Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Straßburg (Felix Butschek)	3	432
Jan Hoff	Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965 (Josef Schmee)	2	278
Tim Jackson	Prosperity without Growth – Economics for a Finite Planet (Simon Storn)	3	422

Wolfgang König	Technikgeschichte. Eine Einführung in ihre Konzepte und Forschungsergebnisse (Felix Butschek)	4	607
Martin Kronauer	Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus (Ursula Filipič)	4	594
Heinz Kurz (Hrsg.)	Klassiker des ökonomischen Denkens, Band 2: Von Vilfredo Pareto bis Amartya Sen (Günther Chaloupek)	2	267
Vittorio Magnago Lampugnani	Die Stadt im 20. Jahrhundert. Visionen, Entwürfe, Gebautes (Josef Schmee)	4	588
Walter Otto Ötsch	Mythos MARKT: Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie (Helge Peukert)	1	120
Verena Postel	Arbeit und Willensfreiheit im Mittelalter (Felix Butschek)	2	291
Manfred Prisching	Das Selbst. Die Maske. Der Bluff. Über die Inszenierung der eigenen Person (Reinhard Blomert)	4	600
Jeff Rubin	Warum die Welt immer kleiner wird – Öl und das Ende der Globalisierung (Harald Zschiedrich)	2	284
Wolfgang Schieder	Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland (Klaus-Dieter Mulley)	1	130
Knut Schulz	Handwerk, Zünfte und Gewerbe. Mittelalter und Renaissance (Andreas Weigl)	3	436
Robert Skidelsky	Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert (Robert Schediwy)	2	274
Wiebke Störmann	Regionalökonomik. Theorie und Politik (Christian Reiner)	4	581
Jan Willem Stutje	Rebell zwischen Traum und Tat. Ernest Mandel (1923-1995) (Josef Schmee)	2	282
Heinrich August Winkler	Geschichte des Westens, Band 1: Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert (Martin Mailberg)	1	133

Kurt W. Rothschild 1914-2010

Am 15. November 2010 ist Professor Kurt W. Rothschild im 97. Lebensjahr in Wien verstorben. Bis zuletzt schriftstellerisch und in der Öffentlichkeit präsent, galt Rothschild als Doyen der österreichischen Nationalökonomien, der die Entwicklung seiner Wissenschaft in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich geprägt hat.

Kurt Rothschild studierte ab 1933 zunächst Rechtswissenschaften und dann Nationalökonomie an der Universität Wien und war einer der letzten jüdischen Studenten, die 1938 knapp nach der Okkupation Österreichs noch zum Dr. iur. promoviert wurden. Nach England emigriert, setzte er seine nationalökonomischen Studien an der Universität Glasgow fort, an der er nach Erwerbung des M.A. von 1940 bis 1947 als *Lecturer in economics* tätig war. 1947 kehrte er nach Österreich zurück und war danach fast 20 Jahre als wissenschaftlicher Referent am Institut für Wirtschaftsforschung tätig. Dem Institut blieb Rothschild als Konsulent bis zu seinem Lebensende verbunden. An der Universität Wien zwar seit 1962 habilitiert, wurde Rothschild erst 1966 auf eine ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre an der neu gegründeten Universität (damals noch „Hochschule“) Linz berufen, von wo er 1985 emeritierte. Als forschender, schreibender und publizierender Wissenschaftler blieb Kurt Rothschild bis ganz zuletzt aktiv, wovon der posthum in dieser Ausgabe der Zeitschrift veröffentlichte Artikel Zeugnis gibt. Mit Stolz kann „Wirtschaft und Gesellschaft“ von sich sagen, mit 14 veröffentlichten Beiträgen eines der von Kurt Rothschild besonders bevorzugten Publikationsorgane zu sein (siehe die Liste seiner Artikel seit dem Erscheinen der Zeitschrift im Anhang zu diesem Nachruf).

Rothschilds nationalökonomisches Lebenswerk ist von einer heute nicht mehr anzutreffenden Universalität, es umfasst die Theorie ebenso wie die Empirie und die Wirtschaftspolitik. Als Theoretiker behandelte Rothschild zuerst Fragen der Preistheorie („Price Theory and Oligopoly“, 1947), bewegte sich dann über die Lohntheorie („The Theory of Wages“, 1954, deutsch 1963) zunehmend in den Bereich der Makroökonomik, in dem er wichtige Beiträge zur Wachstumstheorie und zur Einkommensverteilung verfasste. Wegweisend auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht waren Rothschilds Aufsätze zur Inflationstheorie („The Phillips Curve and All That“, 1971, u. a.). Beiträge zur Ökonomie des Arbeitsmarktes wurden zum Schwerpunkt von Rothschilds Analysen, als die Arbeitslosigkeit seit den 80er-Jahren zum zentralen wirtschaftspolitischen Problem der Industriestaaten wurde (v. a. „Arbeitslose, gibt's die?“, 1978). Fast unübersehbar ist die Zahl der Artikel, in denen sich Rothschild in den letzten drei Jahrzehnten mit den verschiedensten Fragen der Theorie und der Wirtschaftspolitik beschäftigt hat.

Seine generelle theoretische Orientierung hat Kurt Rothschild einmal selbst als „methodischen Pluralismus“ bezeichnet. Mit seinem synthetischen Denken vereinigte er Elemente aus so unterschiedlichen Theorierichtungen wie Neoklassik, Keynesianismus, Marxismus und Österreichische Schule. Seine ursprüngliche Prägung durch die Neoklassik – allerdings in der Version Alfred Marshalls, vor deren Pervertierung durch die mathematische Gleichgewichtstheorie – hat er nie verleugnet, dabei es in unnachahmlicher Art verstanden, die Neoklassik gegen

ihren Strich zu bürsten (Hajo Riese in seiner Laudatio 1979). Als Makroökonom war Rothschild Keynesianer, der klaren Kurs hielt in guten und – besonders wichtig – in den kritischen Zeiten, welche diese Richtung seit den 80er-Jahren durchgemacht hat.

Bei allem Respekt vor dem schulmäßigen Theoriekanon verstand Kurt Rothschild seine Wissenschaft immer auch als politische Ökonomie. Die vom *mainstream* der Nationalökonomie vorgespiegelte Wertfreiheit und Eindeutigkeit der Erkenntnisse lehnte er als Pseudoobjektivität schärfstens ab. Eine wichtige Erkenntnis seiner frühen preis- und lohntheoretischen Arbeiten hatte darin bestanden, dass innerhalb der Preisbildung auf unvollkommenen Märkten indeterminierte Bereiche bestehen, in denen Macht und Verhandlungsstärke das Ergebnis bestimmen. „Power in Economics“ war das Thema eines von Rothschild herausgegebenen Sammelbandes in der Reihe „Penguin Modern Economics Readings“, das ihn unter seinen verschiedenen Aspekten sein ganzes Leben beschäftigte: als politische Ökonomie im Sinne von Karl Marx ebenso wie als Wirtschaftssystem-Frage im Sinne von Friedrich Hayek oder der Sozialen Marktwirtschaft. Werte und Interessen spielen für Rothschild eine legitime Rolle in der Wirtschaftspolitik, wobei er seine eigenen Werte immer explizit machte.

Die synthetische Denkweise Rothschilds brachte es mit sich, dass er eine große Zahl seiner Arbeiten der Geschichte der ökonomischen Theorie widmete, beginnend bei den Klassikern bis hin zur zeitgenössischen Nationalökonomie.

Der in Australien lehrende Ökonom J. E. King hat die Bezeichnung „alternative Österreichische Schule der Nationalökonomie“ mit Bezug auf Kurt Rothschild und Josef Steindl (1912-1993), mit dem Rothschild eine lebenslange Freundschaft verband, geprägt. Die Botschaften dieser Schule werden auch in Zukunft ihre Relevanz behalten.

Günther Chaloupek

Erwähnte Bücher und Artikel von Kurt Rothschild:

Price Theory and Oligopoly, in: Economic Journal 57 (1947) 299ff.

The Theory of Wages (Oxford 1954), deutsche Übersetzung u. d. T. „Lohntheorie“ (Berlin 1963).

Power in Economics (Hrsg.), (Harmondsworth 1971).

The Phillips Curve and All That, in: Scottish Journal of Political Economy 18 (1971) 245ff.
Arbeitslose, gibt's die?, in: Kyklos 31 (1978).

Hajo Rieses Laudatio anlässlich der Übereichung der Festschrift für Kurt Rothschild und Josef Steindl, „Zwei österreichische Nationalökonomien“, ist in „Wirtschaft und Gesellschaft“ 5 (1979) 485ff erschienen.

In „Wirtschaft und Gesellschaft“ erschienene Beiträge von Kurt Rothschild:

Small Is Beautiful. Zum 100. Geburtstag von Ernst Friedrich (Fritz) Schumacher, 36/4 (2010) 569ff.

Einige Bemerkungen zum Thema *Mainstream* und *Heterodoxie*, 33/4 (2007) 581ff.

File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2007_33_4/2007_33_4_0581.pdf.

- Prognosen, Prognosen. Eine kleine Prognosediagnose, 31/1 (2005) 125ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2005_31_1/2005_31_1_0125.pdf.
- Adolf Kozlik 1912-1964 – eine Erinnerung, 30/2 (2004) 273ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2004_30_2/2004_30_2_0273.pdf.
- Wohlfahrtsstaat und Wachstum: der Fall Schweden, 23/2 (1997) 257ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1997_23_2/1997_23_2_0257.pdf.
- Rückblickende Notizen zur EG-Problematik, 15/1 (1989) 121ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1989_15_1/1989_15_1_0121.pdf.
- Beschäftigung in einer verflochtenen Wirtschaft. Gedanken zur Frage einer globalen Wirtschaftspolitik, 11/1 (1985) 35ff.
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1985_11_1/1985_11_1_0035.pdf.
- Stagflation: Was bleibt von der Phillipskurve?, 8/2 (1982) 183ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1982_08_2/1982_08_2_183.pdf.
- Markt, Interventionismus, Politik und die Rolle der Wirtschaftswissenschaft, 5/Sondernummer (1979) 9ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1979_05_5/1979_05_5_009.pdf.
- Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit 4/3 (1978) 233ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1978_04_3/1978_04_3_0233.pdf.
- Rezensionen:
- Gibson, Bill (Hrsg.), Joan Robinsons's Economics. A Centennial Celebration, 32/1 (2006) 121ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2006_32_1/2006_32_1_0121.pdf.
- Weissel, Erwin, Politik für Profiteure. Die politische Ökonomie des Neoliberalismus, 26/3 (2000) 460ff.
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2000_26_3/2000_26_3_0460.pdf.
- Lowe, Adolph, Hat Freiheit eine Zukunft?, 17/2 (1991) 265ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1991_17_2/1991_17_2_0265.pdf.
- Vogt, Winfried, Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie, 13/1 (1987) 136ff:
 File-URL: http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1987_13_1/1987_13_1_0136.pdf.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der Arbeiterkammer Wien“
Reihe Band 15**

**Ausgliederungen aus dem öffentlichen
Bereich – Versuch einer Bilanz**

Christa Schlager (Hrsg.)

Christa Schlager
Vorwort

Katharina Mader
Ausgliederung aus dem Bundeshaushalt, neuer Stand und vertiefende
Evaluierungen

Hannes Hofer
Gedanken zu Ausgliederungen aus der Sicht der BBG bzw. Stellungnahme
zur Studie

Andreas Pölzl
Thesen und Lösungsansätze zur Steuerung öffentlicher Aufgaben unter
besonderer Berücksichtigung des Beteiligungsmanagements

Ulrike Mandl und Thomas Obermayr
Erfahrungen und Perspektiven hinsichtlich Ausgliederungen aus Sicht des
Rechnungshofes

Heinz Leitsmüller und Bruno Rossmann
Ausgliederungen aus dem öffentlichen Haushalten – Versuch eines Resü-
mees

Wien 2010, 178 Seiten, € 24,-.

Bestellungen bei:
LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at